



# Landtag von Baden-Württemberg

71. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 7. Oktober 1999 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Schluss: 20:14 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	5587	Abg. Kiel FDP/DVP . . . . .	5602, 5609
Erweiterung der Tagesordnung . . . . .	5587	Abg. Dr. Schlierer REP. . . . .	5603, 5609, 5619
Glückwünsche zum Geburtstag des Ministers von Trotha . . . . .	5599	Minister Stratthaus . . . . .	5604
		Abg. Maurer SPD . . . . .	5607, 5617
		Ministerpräsident Teufel . . . . .	5610, 5616, 5618
1. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Flächendeckende Einführung der verlässlichen Halbtagschule in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 12/4079 . . . . .	5587		
Abg. Zeller SPD . . . . .	5587		
Abg. Rau CDU . . . . .	5589, 5598		
Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	5590		
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	5591		
Abg. König REP . . . . .	5592		
Ministerin Dr. Annette Schavan . . . . .	5594, 5597		
Abg. Maurer SPD . . . . .	5596		
Beschluss . . . . .	5599		
2. Aktuelle Debatte – <b>Gefährdung des Energiestandortes Baden-Württemberg durch unsachgemäßen Verkauf der Anteile an der EnBW</b> – beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	5599	3. Aktuelle Debatte – <b>Auswirkungen des regierungsinternen Streites um den Abbau von Schulden auf die Finanzplanung des Landes</b> – beantragt von der Fraktion der SPD . . . . .	5625
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	5599, 5606, 5614	Abg. Brechtken SPD . . . . .	5625, 5633
Abg. Oettinger CDU . . . . .	5600	Abg. Oettinger CDU . . . . .	5627, 5635
Abg. Brinkmann SPD . . . . .	5601	Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	5628, 5636
		Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	5629
		Abg. Rapp REP . . . . .	5630, 5637
		Minister Stratthaus . . . . .	5631
		Abg. Kiel FDP/DVP . . . . .	5636
		4. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 12/4418	
		4.1 Mündliche Anfrage der Abg. Christine Rudolf SPD – <b>Touristische Hinweisschilder</b> . . . . .	5620
		Abg. Christine Rudolf SPD . . . . .	5620, 5621
		Staatssekretär Mappus . . . . .	5620, 5621, 5622
		Abg. Drautz FDP/DVP . . . . .	5621
		Abg. Teßmer SPD . . . . .	5622
		Abg. Rudolf Hausmann SPD . . . . .	5622

4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Lothar König REP – <b>Rechtscharakter und Wahrheitsgehalt von Behördenzeugnissen u. Ä. des Landesamts für Verfassungsschutz</b> . . . . .	5622	6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg</b> – Drucksache 12/4389 . . . . .	5647
Abg. König REP . . . . .	5622	Ministerin Dr. Annette Schavan . . . . .	5647, 5658
Minister Dr. Schäuble . . . . .	5622	Abg. Ursula Lazarus CDU . . . . .	5649
4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – <b>Kontakte des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg zu Journalisten und Stellen der Justiz</b> . . . . .	5623	Abg. Zeller SPD . . . . .	5650, 5659
Abg. Krisch REP . . . . .	5623	Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen . .	5652
Minister Dr. Schäuble . . . . .	5623	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	5653
4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Dieter Puchta SPD – <b>Schweizer Rinder auf deutschen Weiden trotz hoher BSE-Fallzahlen in der Schweiz</b> . . . . .	5623	Abg. König REP . . . . .	5655
Abg. Dr. Puchta SPD . . . . .	5623, 5624	Abg. Christa Vosschulte CDU . . . . .	5656
Ministerin Gerdi Staiblin . . . . .	5623, 5624	Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	5660
Abg. Teßmer SPD . . . . .	5623	Beschluss . . . . .	5661
4.5 Mündliche Anfrage des Abg. Lothar König REP – <b>Finanzierung von vier Studienplätzen durch das Land</b> . . . . .	5624	7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Weiterentwicklung des Verbands Region Stuttgart</b> – Drucksache 12/4235	
Abg. König REP . . . . .	5624	Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 12/4402 . . . . .	5661
Staatssekretär Sieber . . . . .	5624, 5625	Anträge Drucksachen 12/4453-1 bis 12/4453-12	
Abg. Dr. Klunzinger CDU . . . . .	5625	Abg. Rosely Schweizer CDU . . . . .	5661
Abg. Krisch REP . . . . .	5625	Abg. Schmiedel SPD . . . . .	5661, 5670
5. a) Antrag der Fraktion Die Republikaner – <b>Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Die Recht- und Gesetzmäßigkeit der Verwendung staatlicher Fördermittel für Projekte der ländlichen Sozialberatung und sonstige Modellvorhaben und die Praxis ihrer Kontrolle durch die zuständigen Landesbehörden in Baden-Württemberg“</b> – Drucksache 12/4375		Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	5663
		Abg. Hofer FDP/DVP . . . . .	5665
		Abg. Deuschle REP . . . . .	5667
		Abg. List CDU . . . . .	5669
		Minister Dr. Döring . . . . .	5671
		Beschluss . . . . .	5672
		Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen (zur Abstimmung) . . . . .	5674
		Abg. Schmiedel SPD (zur Abstimmung) . . . . .	5674
b) Antrag der Fraktion der SPD – <b>Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“</b> – Drucksache 12/4416 . . . . .	5638	8. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – <b>Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes</b> – Drucksache 12/4417	
Abg. Dagenbach REP . . . . .	5638, 5643		
Abg. Junginger SPD . . . . .	5638	b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Finanzministeriums – <b>Finanzierbare Altersteilzeit für mehr Beschäftigung</b> – Drucksache 12/3867 (geänderte Fassung) . . . . .	5675
Abg. Winckler CDU . . . . .	5640	Abg. Fischer SPD . . . . .	5675
Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	5640	Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	5676
Abg. Dr. Glück FDP/DVP . . . . .	5641	Abg. Heinz CDU . . . . .	5678
Ministerin Gerdi Staiblin . . . . .	5642	Abg. Kluck FDP/DVP . . . . .	5680
Abg. Teßmer SPD . . . . .	5644	Abg. König REP . . . . .	5681
Abg. Hauk CDU . . . . .	5645	Minister Stratthaus . . . . .	5683
Beschluss . . . . .	5646	Beschluss . . . . .	5685
c) <b>Wahl der Mitglieder, des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses</b> . . . . .	5647	9. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes</b> – Drucksache 12/4432 . . . . .	5685
Abg. Rech CDU . . . . .	5647	Abg. List CDU . . . . .	5685
Abg. Junginger SPD . . . . .	5647	Abg. Veigel FDP/DVP . . . . .	5685
		Abg. Redling SPD . . . . .	5686

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	5686	<b>b) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Ozongehalt in der Luft</b>	
Abg. Käs REP . . . . .	5686	– Drucksachen 12/4397, 12/4422 . . . . .	5687
Minister Dr. Schäuble . . . . .	5687	Beschluss . . . . .	5687
Beschluss . . . . .	5687	Nächste Sitzung . . . . .	5687
10. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/4182, 12/4383, 12/4423, 12/4424, 12/4425, 12/4426, 12/4427, 12/4428, 12/4429 . . . . .	5687	Anlage 1	
Beschluss . . . . .	5687	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion Die Republikaner – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“ . . . . .	5688
11. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 12/4317, 12/4318 . .	5687	Anlage 2	
Beschluss . . . . .	5687	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Wahl des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“ . . . . .	5689
12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 9. September 1999 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;</b>		Anlage 3	
a) <b>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über nationale Emissionshöchstgrenzen für bestimmte Luftschadstoffe</b>		Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“ . . . . .	5689

## Protokoll

über die 71. Sitzung vom 7. Oktober 1999

Beginn: 9:33 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 71. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Thon und Herrn Abg. Wettstein erteilt.

Krank gemeldet sind Frau Abg. Renz und die Herren Abg. Birk und Herbricht.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein. Dazu darf ich bemerken, dass in Übereinstimmung mit allen Fraktionen der Tagesordnungspunkt 5 um den Buchstaben c – Wahl der Mitglieder, des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses – erweitert wurde. – Sie stimmen der Erweiterung zu.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Flächen-deckende Einführung der verlässlichen Halbtagschule in Baden-Württemberg – Drucksache 12/4079**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

**Abg. Zeller SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kultusministerin Schavan hat in der gestrigen Landtagsdebatte gefordert, mit Legendenbildung in der Bildungspolitik aufzuräumen und sich an Fakten zu halten. Dem stimme ich ausdrücklich zu.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Recht hat sie!)

Lassen Sie uns damit anfangen und die von Ihnen, Frau Schavan, so gern gestrickte Lieblingslegende beenden, dass Baden-Württemberg an der Spitze einer vorbildlichen Schulpolitik stehe. Die nackten Zahlen belegen das Gegenteil, meine Damen und Herren. Vergleicht man die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für den Schulbereich je Einwohner, so liegt Baden-Württemberg unter den Bundesländern auf dem 14. Rang, einem Abstiegsplatz. Betrachtet man speziell die Situation an den Grundschulen, so steht das Land noch schlechter da. Im Vergleich mit allen anderen Bundesländern werden in Baden-Württemberg an den Grundschulen die wenigsten Unterrichtsstunden je Schüler erteilt. Mit 1,07 Unterrichtsstunden pro Schüler ist das Land das Schlusslicht.

Die Bedingungen haben sich Jahr für Jahr verschlechtert. Das gilt für die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden, das

gilt für die immer größer werdenden Klassen, und es gilt ebenso für die Schüler-Lehrer-Relation an den Grundschulen, wo Baden-Württemberg unter den Bundesländern die absolut schlechtesten Bedingungen aufweist.

Über Jahre hinweg hat die Regierung die Mangelsituation an den Grundschulen schleifen lassen. Erinnern wir uns, wie hartnäckig der Widerstand und die Hinhaltetaktik von Frau Schavan gegen unsere Vorschläge zur raschen Verbesserung der Lage an den Grundschulen und zur Einführung der verlässlichen Halbtagschule waren. Ich wage die Behauptung, dass diese Blockadepolitik der Ministerin in engem Zusammenhang damit steht, dass sich die Lebenswirklichkeit vieler Familien mit Kindern, Alleinerziehender und berufstätiger Frauen in Baden-Württemberg grundlegend vom ideologieverhafteten Weltbild und Familienbild der Ministerin unterscheidet und die Realität deshalb von ihr nicht entsprechend wahrgenommen wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, weil wir eine bessere Unterrichtsbetreuung für die Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen – meistens betrifft es ja vor allem die Frauen –, haben wir schon vor langem einen Gesetzentwurf zur Einführung der verlässlichen Halbtagschule eingebracht, wie sie in anderen Bundesländern längst erfolgreich praktiziert wird. Noch im April haben CDU und FDP/DVP hier im Landtag dieses Gesetz abgelehnt und dadurch verhindert, dass bereits von diesem Schuljahr an verlässliche Unterrichtszeiten hätten garantiert werden können.

(Abg. König REP: Wir waren auch bei den Ablehnern dabei!)

Dafür tragen Sie, Frau Schavan, und die CDU/FDP-Koalition die Verantwortung.

Die SPD-Fraktion hat mit dem vorliegenden Antrag ein umfassendes Rahmenkonzept zur flächendeckenden Einführung der verlässlichen Halbtagschule ausgearbeitet. „Mehr Zeit für Kinder“ lautet unser pädagogischer Grundgedanke für die Weiterentwicklung der Grundschule, damit die Schulen besser auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen können und auf die veränderten Rahmenbedingungen und Anforderungen mit neuen pädagogischen Ansätzen, beispielsweise mit dem rhythmisierten Unterricht, reagieren können. Das heißt, wir wollen die starke Trennung von Unterricht und Betreuung aufheben. Die gewonnene Zeit soll den Kindern als Unterrichtszeit zugute kommen und

(Zeller)

neben der Vermittlung von Kulturtechniken stärker als bisher die Wahrnehmung erzieherischer Aufgaben ermöglichen. Eltern und Kinder brauchen verlässliche, täglich feste Schulzeiten. Eltern können dadurch die Anforderungen von Beruf und Erziehung besser miteinander verbinden.

Wir wollen mit unserem Konzept erreichen, dass für die Grundschulen und die zum Primarbereich gehörenden Sonderschulen, die wir hier nicht vergessen dürfen, in einem ersten Schritt flächendeckend feste Schulzeiten von täglich vier bzw. fünf Zeitstunden garantiert werden. Die Ausgestaltung im Einzelnen muss dann den Schulen vor Ort überlassen werden.

Frau Schavan, Sie haben wertvolle Zeit zulasten von Kindern und Eltern vergeudet und sind für die Zustände an unseren Grundschulen verantwortlich. Hätten Sie nur einen Bruchteil Ihrer Energie, die Sie für das Turbo-Abi aufwenden, für die verlässliche Halbtagschule eingesetzt, wären wir heute schon längst viel weiter.

(Beifall bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

Betrachtet man sich nun Ihre hastig in einer Pressekonferenz vorgelegten Absichtserklärungen etwas genauer, so ist das Ergebnis schlichtweg enttäuschend. Sie bleiben meilenweit hinter den Erwartungen vieler Eltern zurück und betreiben Etikettenschwindel. Denn außer schlichten Überschriften ist bisher kein Konzept für wirkliche Verlässlichkeit und rhythmisierte Unterrichtsformen bei Ihnen erkennbar.

(Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

Als Sie Ihr altes Kernzeitenkonzept neu gestylt als verlässliche Halbtagschule verkaufen wollten, wurde Ihnen in der Presse – zu Recht, meine ich – vorgeworfen, Taschenspielertricks präsentiert zu haben. Wer sich nicht von Ihren PR-Künsten blenden lässt, der stellt bei genauer Betrachtung fest, dass Sie als bundesweit Klassenschlechteste bei den Grundschulen kaum über den unbefriedigenden Status quo der heutigen Unterrichtsversorgung hinausgehen wollen.

Die von Ihnen angekündigten täglichen Schulzeiten von 4 ¼ Zeitstunden für die dritte und vierte Klasse spiegeln so ziemlich exakt die heutige Schulsituation und Schulpraxis von 7:45 bis 12:00 Uhr wider. Uns würde schon interessieren, wie Ihr Konzept für die erste und zweite Klasse im Detail aussehen soll, um beurteilen zu können, ob es sich nicht sogar um eine Verschlechterung gegenüber der heutigen Situation handelt.

(Lachen des Abg. Rau CDU)

Weil Sie nicht bereit sind, über die bisherige Kernzeitenbetreuung wesentlich hinauszugehen, die Unterrichtszeiten an den Schulen verlässlich auszuweiten und dafür entsprechendes Personal vorzusehen, werden Ihre Vorschläge in der Schulrealität sofort platzen, wenn es zu Krankheitsausfällen bei den Lehrern kommt und keine Vertretungen zur Verfügung stehen. Das von Ihnen vorgesehene Tableau der Stundentafel an Grundschulen reicht schlicht und einfach nicht aus,

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

und Ihre Personaldecke ist so dünn, dass bereits die kleinste Grippewelle Ihr tolles Konzept wie ein Kartenhaus zusammenbrechen lässt.

(Abg. Rau CDU: Also doch ein tolles Konzept! – Weitere Zurufe)

Nehmen Sie sich ein Beispiel an Bayern. Die bayerischen Grundschulkinder erhalten zehn Wochenstunden mehr Unterricht als unsere Kinder hier in Baden-Württemberg. Würden wir den bayerischen Standard bei uns einführen, so müssten Sie hierfür umgehend 2 000 zusätzliche Stellen schaffen. Und Bayern will – das muss man sogar noch wissen – die Unterrichtsstunden an den Grundschulen noch weiter erhöhen.

Ihre Vorschläge, Frau Schavan – man kann ja hier wohl kaum von einem Konzept der Landesregierung sprechen –, kommen viel zu spät, bleiben weit hinter dem Notwendigen zurück

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

und klammern im Übrigen den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen entgegen Ihren sonstigen Ankündigungen aus.

(Abg. Haas CDU: Typische Oppositionsphrasen!)

Es ist offenkundig, dass diese Vorschläge in den letzten Tagen mit heißer Nadel gestrickt wurden und Ihnen in der CDU der Rückhalt gegenüber dem Finanzminister fehlt. Sonst hätten Sie ein taugliches Konzept vorgelegt, mit dem das Land seiner Unterrichtsverpflichtung gegenüber Schülern und seinen Pflichten gegenüber Lehrern sowie seinen Aufgaben im Verhältnis zu den Kommunen gerecht würde. Durch die künstliche Trennung von Unterricht und Betreuungszeiten gaukeln Sie der Öffentlichkeit etwas vor, für was Sie jedoch nicht selbst geradestehen wollen. Wir sind dagegen, dass den Familien durch diese künstliche Trennung zusätzliche Kosten aufgebürdet werden und dass quasi Schulgeld durch die Hintertür eingeführt wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Oh Jesus!)

Es ist zu begrüßen, wenn das Land beabsichtigt, die Zuschüsse für die Kernzeitenbetreuung auf 50 % zu erhöhen. So ist es mal angekündigt worden. Wo aber bleibt hier eine verbindliche Vereinbarung der Ministerin mit den Kommunen, dass diese die andere Hälfte der Kosten tragen werden, zumal dies kürzlich der Präsident des Städtetags, OB Doll, bereits öffentlich angeboten hatte? Stattdessen pochen Sie, Frau Schavan, darauf, Familien mit Kindern weiter durch Gebühren zu belasten, und Sie brüsten sich noch damit. Die Einführung der verlässlichen Halbtagschule ist nicht zum Nulltarif zu bekommen. Neben einer verstärkten Präsenzzeit der Lehrkräfte, die im Übrigen auch zu einer besseren Teamarbeit an unseren Schulen führen wird, müssen wir zusätzliche Stellen schaffen, um die Verlässlichkeit garantieren zu können.

Die SPD wird daher bei den kommenden Haushaltsberatungen hierfür 600 zusätzliche Stellen beantragen, und wir

(Zeller)

sind gespannt, wie ernst es Ihnen mit der Verlässlichkeit und einer besseren Unterrichtsversorgung an den Grundschulen sein wird.

Mit dem vorliegenden Antrag haben wir einen pragmatischen und finanzierbaren Weg zur raschen Einführung der verlässlichen Halbtagschule vorgeschlagen. Im Interesse der Eltern und Kinder wollen wir der Regierung eine Brücke bauen, dem Anliegen garantierter Unterrichtszeiten endlich zuzustimmen und die Einführung nicht länger hinauszuzögern.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Nehmen Sie die Chance wahr, und stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rau.

**Abg. Rau** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern in der Debatte über Schulqualität habe ich eine Passage zum Leseverständnis vorgetragen. Ich glaube, die trifft auch auf den Kollegen Zeller zu. Er kann offensichtlich nicht lesen, zumindest nicht so lesen, dass er die Texte auch versteht. Sonst hätte er hier nicht etwas vorgetragen, was sich mit der Realität in keinsten Weise deckt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD – Zuruf von der CDU: Er ist Sonder-schullehrer! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das zeigt, wie schlecht die Grundschulen sind! Das belegt Ihre These! Wenn er nicht lesen kann, liegt es vielleicht an der Grundschule!)

– Dem müsste man doch einmal nachgehen, Herr Kuhn, welche Berechtigungen Herr Zeller ohne Leseverständnis sonst noch erworben hat.

(Abg. Bebbler SPD: Also, Herr Oberlehrer!)

Er spricht einmal von „keinem Konzept“ und einmal von einem „tollen Konzept“, das gefährdet sei, und er hat sich dann für „fast kein Konzept“ entschieden.

(Abg. Maurer SPD: Das war Ironie! Sie verstehen noch nicht einmal Ironie! – Zuruf von der SPD: Sie können nicht lesen!)

– Herr Kollege Maurer, der Letzte, der über Ironie philosophieren sollte, sind doch Sie. Bei Ihnen ist Griesgram ange-sagt. Das merkt man auch an den Reden des Kollegen Zeller, wenn man über Bildungspolitik im Land Baden-Württemberg diskutiert.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Rau, haben Sie schlecht geschlafen?  
– Abg. Maurer SPD: Jetzt zur Sache, Schätzchen!  
– Abg. Bebbler SPD: Saulaune haben Sie!)

Er warnt vor Legendenbildung. Legende wäre, wenn es hieße, dass wir mit unserem Konzept zur verlässlichen Grundschule die Grundschule hätten neu erfinden müssen. Das habe ich Ihnen schon in einer Debatte im Frühjahr vor-gehalten. Die Grundschule muss nicht neu erfunden wer-

den. Alles, was Sie in Ziffer 1 Ihres Antrags aufführen, was angeblich in der Grundschule eingeführt werden müsste, ist nach dem heute gültigen Bildungsplan der Grundschule bereits möglich.

(Abg. Zeller SPD: Sie kennen offensichtlich die Schulwirklichkeit nicht!)

Was Sie hier formulieren, ist ein Misstrauensantrag gegen die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer, und das haben diese überhaupt nicht verdient.

(Beifall bei der CDU)

Wir gehen davon aus, dass das pädagogische Konzept der Grundschule, wie wir es heute im Bildungsplan vorfinden, auf der Höhe der Zeit ist. Wir werben dafür, dass es auch so Anwendung findet.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Schwächen in der Defensive! – Abg. Brechtken SPD: Da war Axel Schulz noch besser!)

Was wir jetzt zu tun haben, ist, den Familien ein Konzept von Grundschulunterricht und ein Konzept von Betreuung an die Hand zu geben, das die Zeiten, in denen ihre Kinder an der Schule sind, verlässlich macht – nicht mehr und nicht weniger. Es ist vor allem eine familienpolitische Zielsetzung, die wir mit dem Konzept der Landesregierung umsetzen. Ich halte es für ungeheuer wichtig, dass die Familien sich darauf verlassen können, dass Kinder jeden Tag zur gleichen Zeit zur Schule gehen und zur gleichen Zeit nach Hause kommen.

Das bedeutet aber auch, dass wir die Grundschule umorganisieren müssen. Die Grundschule hat künftig innerhalb des Verbunds mehrerer Schulen Vorfahrt, beispielsweise wenn es um die Stundenplangestaltung geht. Der Unterricht muss absolut zuverlässig zu immer gleichen Zeiten beginnen und enden. Der sichere Unterricht bedingt dann, dass unser kommunaler Partner ein sicheres Betreuungsangebot hinzufügen kann. Hierzu sind die Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden geführt. Die Zustimmung liegt vor. Wir werden den Betreuungsteil mit 50 % Zuschuss unterstützen. Die kommunalen Landesverbände haben sich ganz eindeutig positiv zu diesem Konzept geäußert. Ich appelliere von dieser Stelle aus an die Schulleitungen, mit den Kommunen gut zusammenzuarbeiten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist wohl un-glaublich! – Abg. Zeller SPD: Haben Sie kein Ver-trauen zu den Schulleitungen?)

– Das habe ich. Ich appelliere nur, ich werfe ihnen nichts vor. – Denn eines ist klar: Wir werden die Betreuung unter dem gleichen Dach organisieren müssen, unter dem wir auch den Unterricht organisieren. Dieses Konzept wird kein neues Bauprogramm des Landes auslösen können.

(Abg. Zeller SPD: Ein Misstrauen!)

Wir werden damit auch den Verhältnissen vor Ort gerecht werden können. Es wird die Freiwilligkeit des Konzepts deutlich werden. Wir zwingen die Eltern nicht dazu, ihre Kinder über den Unterricht hinaus in der Schule zu lassen. Aber wir machen ihnen ein offenes und faires Angebot.

(Rau)

Die Kommunen können ihre Organisationshoheit dazu nutzen, um den örtlichen Verhältnissen gerecht zu werden.

Schließlich haben Sie behauptet, Herr Zeller, das Thema Fremdsprache komme nicht vor. Im November letzten Jahres hat der Ministerpräsident in einer Regierungserklärung gesagt, dass die Fremdsprache an der Grundschule im Schuljahr 2001/2002 eingeführt wird. Wir werden das erste und einzige Bundesland sein, das vernünftigerweise die Fremdsprache in der Grundschule ab Klasse 1 einführt.

(Abg. Zeller SPD: Darüber kann man aber streiten!)

Wir werden im Schuljahr 2001/2002 mit der Einführung beginnen und auch dafür rechtzeitig das Konzept vorlegen, genauso wie wir das jetzt für die familienfreundliche und verlässliche Grundschule getan haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der letzte Woche vorgelegten Konzeption zur Einführung der verlässlichen Grundschule sind Sie sich, Frau Kultusministerin Schavan, in bemerkenswerter Weise selbst treu geblieben. Sie haben von Anfang an gesagt, Sie würden auch künftig zwischen Unterricht und Betreuung unterscheiden; Grundschullehrerinnen seien Expertinnen für Unterricht. Und dieses Grundprinzip haben Sie jetzt auch in Ihrer Konzeption beibehalten. Deshalb stelle ich fest: Es wird in Baden-Württemberg keine zuverlässige Halbtagsgrundschule geben, sondern es wird in Baden-Württemberg auch künftig ein bedarfsorientiertes erweitertes Kernzeitenmodell geben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Etikettenschwindel! – Zuruf des Abg. König REP)

Sie sind unbeirrt bei Ihrer Zielsetzung geblieben, obwohl über das Ziel der zuverlässigen Halbtagsgrundschule eine große politische Einigkeit nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch bei den Fraktionen besteht. Der Städtetag, der Gemeindetag, die Eltern haben sich für die zuverlässige Halbtagsgrundschule ausgesprochen. Selbst die katholischen Landfrauenverbände haben in mehreren Schreiben eine zuverlässige Halbtagsgrundschule in Baden-Württemberg eingefordert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Wieser: Frau Kollegin, was heißt hier „selbst“? – Gegenruf des Abg. Maurer SPD: Ruhig! Du bist doch gar keine katholische Landfrau!)

Sie, Frau Kultusministerin, hätten jetzt die einmalige Gelegenheit gehabt, Forderungen aus der Mitte der Gesellschaft aufzugreifen. Es wäre doch eine Sternstunde für eine Kultusministerin gewesen, diesen Forderungen aus der Mitte der Gesellschaft nachzukommen. Stattdessen ziehen Sie es vor, sich in 100 000 Modellprojekten zu verzetteln, Ihr Kultusministerium, Ihre Abteilungen auf Dauertrab zu halten, statt das zu tun, was dringend notwendig ist, nämlich

eine Grundschule zu verwirklichen, die den gesellschaftlichen und pädagogischen Anforderungen entspricht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Unterscheidung zwischen Unterricht und Betreuung ist doch realitäts- und weltfremd. Sie entspricht nicht mehr den gesellschaftlichen und pädagogischen Bedingungen in der Gesellschaft. Es geht uns beim Schulunterricht am Vormittag doch nicht um Betreuung, sondern es geht um einen pädagogisch ausgestalteten Unterrichtsvormittag entsprechend dem Grundschullehrplan. Da muss ich jetzt auch wiederum sagen, Frau Ministerin: In Ihrer Konzeption kündigen Sie die Rhythmisierung des Unterrichtsvormittags an. Sie wissen offenbar selber nicht, was in Ihrem Grundschullehrplan steht; denn in der Tat – Herr Rau, da haben Sie völlig Recht –, all dies ist bereits in unserem Grundschullehrplan von 1994 enthalten.

(Abg. König REP: Dann machen Sie es doch!)

Zur Umsetzung dieses Grundschullehrplans brauchen wir einen pädagogisch ausgestalteten Unterrichtsvormittag von fünf Zeitstunden. Denn wenn man in die Schulen geht und mit den Grundschulpädagoginnen spricht, und zwar genau mit denen, die an der Basis den Schulanfang auf neuen Wegen und die Integration von behinderten Kindern verwirklichen, stellt man fest, dass es genau diese Grundschullehrerinnen sind, die sagen: Wir brauchen mehr Zeit, als wir in diesem verdichteten Unterrichtszeitraum haben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

So ist es in Baden-Württemberg.

Bei Ihnen spielt nach wie vor der Aufbewahrungsaspekt eine Rolle; denn Sie sagen: Es können in der Kernzeitenbetreuung auch erziehungskundige Personen wie Eltern oder Großeltern tätig werden. Nichts gegen die Erziehungsleistungen von Müttern, nichts gegen die große Bedeutung von Großmüttern, aber die Schule ist der Ort für erzieherisch und pädagogisch geschultes Personal.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Glauben Sie, für die Erziehung von Kindern braucht man keine pädagogischen Fähigkeiten? – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Mühlbeyer CDU und Kiel FDP/DVP)

Dass fünf Zeitstunden für Grundschulkindern viel zu viel seien, geht doch an der Realität vorbei. Viele Kinder sind bereits im Vorschulbereich in Ganztagsbetreuung.

(Abg. Wieser CDU: Sie predigen ja das verstaatlichte Kind!)

– Genau das ist Ihre Vorstellung, von der Sie nicht abrücken wollen.

(Abg. Zeller SPD: Dann hat also Bayern eine verstaatlichte Grundschule?)

Ein pädagogisch ausgestalteter Unterrichtsvormittag ist eine Selbstverständlichkeit, wenn man grenzüberschreitend in andere Länder blickt. In anderen Ländern gibt es sogar Ganztagsgrundschulen, und schauen Sie sich die Kinder

(Renate Rastätter)

dort an. Der Schulausschuss war in Holland und hat keinesfalls festgestellt, dass den Kindern dort die Kindheit fehlen würde.

Sie, Frau Schavan, sagen, es sei nicht Zeit, Gebühren abzuschaffen. Ich frage Sie: Wann ist es Zeit, Familien in Baden-Württemberg finanziell zu entlasten?

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Ich halte es für inakzeptabel, dass jetzt wieder den Kommunen der schwarze Peter zugeschoben wird, indem sie eine weiterhin originäre Landesaufgabe, nämlich Unterricht am Vormittag, übernehmen sollen.

Ich gebe zu: Der Unterricht wird am Vormittag um eine Viertelstunde ausgeweitet und in einen festen Zeitblock gegliedert.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Dies ist insbesondere meiner Kollegin Berroth zu verdanken, die als berufstätige Mutter von zwei Kindern weiß, was unregelmäßige Anfangs- und Endzeiten des Unterrichts für die Lebensplanung von Müttern in Baden-Württemberg konkret bedeuten.

Dies ist ein kleiner Fortschritt; das bin ich bereit einzuräumen. Aber, Frau Ministerin, um mit Ihren Worten von gestern zu reden: Das Bessere ist der Feind des Guten. Das Bessere ist eine volle Halbtagsgrundschule in Baden-Württemberg. Deshalb werden wir uns weiterhin dafür engagieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wieser CDU: Sehr schön! – Abg. König REP: Das wäre nicht nötig gewesen!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Rastätter hat in einem Recht: Heute ist für mich wirklich ein besonderer Tag; denn das Thema der zuverlässigen Zeiten an Schulen war mit ein Grund, weshalb ich vor etwa einem Jahrzehnt in die Politik gegangen bin. Mir hat das nämlich wirklich gestunken.

Als ich die Diskussion über die verbindliche Halbtagschule im November 1998 mit einem Antrag angestoßen habe, hätte ich allerdings nicht zu hoffen gewagt, dass so schnell konkrete Ergebnisse vorliegen würden. Jedoch wurde bald klar, dass ich sowohl beim Koalitionspartner als auch im Ministerium bereits halb geöffnete Türen aufgestoßen habe. Weil die Reaktion der Bürgerschaft auf dieses Thema ebenso positiv ausfiel wie die grundsätzliche Unterstützung der Opposition, konnte zügig gehandelt werden.

Manche versuchen jetzt allerdings, das Konzept madig zu machen, weil sie es vielleicht gern unter der eigenen Flagge verkauft hätten. Aber, Herr Zeller, ich habe mich gestern schon gefragt und frage heute erst recht: Gibt die SPD eigentlich am Morgen Jammertropfen aus?

(Abg. Zeller SPD: Quatsch! Wir zeigen die Perspektiven auf!)

Herr Zeller, wann waren Sie zum letzten Mal in einer Grundschule?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Gestern Morgen!)

Sie kritisieren die Schule von Vorgestern. In der Realität findet bereits vieles von dem statt, was Sie in Ihrem Antrag wortreich fordern.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mit Bosch könnte man sagen: „Gibts schon.“ Das Ministerium hat das in seiner Stellungnahme deutlich dargestellt.

**Präsident Straub:** Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Wenn Sie meine Redezeit so lange anhalten.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Zeller.

**Abg. Zeller** SPD: Frau Berroth, ich darf zurückfragen, wann Sie das letzte Mal in einer Grundschule waren.

Zum Zweiten bin ich gern bereit, Ihre Frage zu beantworten: Ich bin jede Woche als Kooperationslehrer an einer Grundschule tätig.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Zeller, ich war das letzte Mal vor drei Monaten dort.

(Lachen bei der SPD – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sommerferien!)

Viele der von Ihnen geforderten Neuerungen gibt es nämlich in der Praxis schon länger. Ich habe regen Kontakt mit Grundschullehrern,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das war doch in den Sommerferien, oder? – Abg. Wintruff SPD: Sie wissen gar nicht, wo die Schule ist!)

die aktiv sind und auch für Weiterentwicklungen aufgeschlossen sind.

Mit dem festen Zeitrahmen erreichen wir eine weitere gewaltige Verbesserung. Der wesentliche Unterschied zu bisher ist, dass die Schule an jedem Wochentag zur gleichen Uhrzeit beginnt und endet. Frau Rastätter hat Recht: Das war eine meiner Hauptforderungen. Ich habe wirklich eine glückliche Stunde erlebt, als ich erfuhr, dass das Ministerium meinen Vorschlag umsetzt.

Ich habe meine Position aus pädagogischen Gründen so vehement vertreten. Dass eine feste Zeit über die ganze Woche zusätzliche Stabilität – –

(Unruhe)

Herr Präsident, ich kann so nicht sprechen. Entschuldigung!

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie kann man sich so in die eigene Tasche lügen? – Anhaltende Unruhe)

(Heiderose Berroth)

Ich bitte Sie, für Ruhe zu sorgen. So kann ich wirklich nicht reden.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Ich bitte um Ruhe.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Diese Position habe ich aus pädagogischen Gründen vertreten. Dass eine feste Zeit über die ganze Woche zusätzlich Stabilität in die Familien und einen zuverlässigen Freiraum für Eltern bringt, ist ein schöner Nebeneffekt. Wichtig ist mir aber, dass im Grundschulalter die Formung im Hinblick auf Zuverlässigkeit stattfindet genauso wie die Ausbildung eines gesunden Selbstbewusstseins, einer ausgewogenen, stabilen Persönlichkeit. Für beides ist der verbindliche Zeitrahmen eine solide Stütze, oder, wie es in der Antwort der Regierung steht: „Rituale und feste zeitliche Strukturen geben Kindern Orientierung und Halt.“ „Familienfreundlich“ war deshalb die falsche Überschrift; das ist ein Nebeneffekt, aber nicht die Hauptsache.

Die FDP/DVP-Fraktion hält es für wichtig und richtig, die Verantwortung für den Betreuungsteil bei den Gemeinden zu verankern. Subsidiarität ist gerade in diesem Fall notwendig, weil es vor Ort für die Betreuung sehr unterschiedliche Bedürfnisse gibt. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass etliche Gemeinden Kernzeitenbetreuung schon ab 7:00 und bis 14:00 Uhr oder länger anbieten. Die konkrete Nachfrage wird dies regeln.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Bereits heute gibt es in vorbildlichen Kommunen Angebote in den Ferien. Ein weiterer Ausbau ist erstrebenswert. Aber das können wir genauso wenig vorschreiben, wie wir die finanzielle Beteiligung der Eltern fixieren wollen. Hier kann sich kommunale Selbstverwaltung bewähren. Die vom Volk gewählten Entscheidungsträger sind täglich ansprechbar und nah an den Verhältnissen vor Ort.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Das wird mit Sicherheit ein Thema im Gemeinderatswahlkampf, der ja gerade läuft, sein. Die FDP/DVP steht für bürgernahe Angebote im Interesse von Frauen und Familien.

(Abg. Zeller SPD: Machen Sie jetzt Kommunalwahlkampf, oder wie? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Falsche Veranstaltung!)

Dazu gehören auch Ganztagslösungen bei der Kernzeitenbetreuung.

(Abg. Rapp REP: Die FDP/DVP ist kein kommunaler Faktor mehr!)

Gleiches gilt im Übrigen für die personale Ausstattung der Gruppen. Ich erwarte schon, dass die SPD da demnächst ein Studium verlangt. Ich halte Mütter generell für fähig, dass sie sich mit mehreren Kindern gleichzeitig vernünftig beschäftigen können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Gerade in kleineren Ortschaften wird es Gruppengrößen geben, die den Umfang eines Kindergeburtstags nicht überschreiten. Uns ist es wichtig, dass gerade solche Kleingruppen tatsächlich eingerichtet werden und nicht an der Regelungswut einiger Landespolitiker scheitern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich gehe im Übrigen davon aus, dass durch die höhere Landesbeteiligung und die klare zeitliche Abgrenzung des schulischen Zeitanteils von den Gemeinden kostengünstige und sozial orientierte Lösungen angeboten werden, die zu einem starken Ansteigen der Teilnehmerzahlen führen.

Ich will Kinder im Grundschulalter nicht grundsätzlich fünf Stunden in die Schule zwingen. Das muss man auch einmal ganz klar sagen: Das kann nicht das Ziel von Pädagogen sein. Die Fremdsprache wird übrigens eine Erweiterung bringen; das ist im Konzept schon enthalten. Außerdem bieten verantwortungsbewusste Lehrerinnen und Lehrer schon heute Kindern eine gewisse Zeit um den Unterrichtsblock herum Gelegenheit zu Vor- und Nachgesprächen. Sie tun dies in dem professionellen Bewusstsein, dass ihr Lehrauftrag über die zu haltenden Zeitstunden hinausgeht und dass sie sich mit solchen Kontaktmöglichkeiten den eigentlichen Unterricht wesentlich erleichtern.

Ich komme zum Schluss. Mit der Bereitstellung zusätzlicher Vertretungskräfte ist meine Forderung aus dem Schulausschuss vom Juni nach zuverlässiger Einhaltung dieses Zeitrahmens abgesichert. Eine direktere Kontaktaufnahme der Schulleitungen mit den Vertretungskräften bei Bedarf erscheint mir vorteilhaft und erstrebenswert.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Alles in allem bin ich sehr zufrieden, dass wir in Baden-Württemberg nicht Träumereien nachhängen, die sich dann nicht konkretisieren lassen, sondern dass wir den Bürgerinnen und Bürgern zügig ein tatsächlich umsetzbares Projekt regelmäßiger und verbindlicher Schulzeiten anbieten. Ich bedanke mich schon heute insbesondere bei den Schulleitungen, auf die hierdurch ein größerer organisatorischer Aufwand zukommt. Aber dieser wird sich für uns alle lohnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Vetter CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Darf ich bitten, die Gespräche einzustellen.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass eine Reihe von Eltern verlässliche Grundschulzeiten braucht. Das heißt, wir brauchen für die Eltern, die berufstätig sind, eine verlässliche Zeit am Vormittag. Hier scheiden sich natürlich die Geister, auf welchem Weg wir das erreichen.

(Abg. Birzele SPD: Er führt jetzt eine Geisterdebatte!)

(König)

Die Grünen und die Sozialdemokraten wollen dies durch einen jetzt über fünfständigen Unterricht erreichen, während wir Republikaner der Meinung sind, dass ein Bedarf auch gedeckt werden kann, indem man einen Unterrichtsblock bildet und um diesen herum Betreuungszeiten einrichtet, wie wir das schon seit Jahren auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, das ist bedarfsgerecht; denn der Bedarf ist nicht bei allen Eltern da. Sogar die Mehrzahl der Eltern im Land wollen noch immer nicht, dass ihre Kinder total verschult werden, wie es nach dem Modell des real existierenden Sozialismus der Fall war, den wir in der DDR gehabt haben.

(Abg. Zeller SPD: Sind Sie bei der falschen Vorstellung, oder wie?)

Es gibt nach wie vor noch intakte Familien – und das ist die Mehrzahl der Familien – mit Oma, Tante usw., die ihre Kinder außerhalb der Unterrichtszeit selbst erziehen und betreuen wollen.

(Beifall bei den Republikanern)

Deshalb sprechen wir Republikaner uns ganz klar für den Ausbau des bestehenden Kernzeitenmodells aus; denn es hat sich gezeigt, dass dieses Modell bedarfsgerecht, aber auch sehr gut praktikabel ist. Ein Überstülpen einer fünfständigen Unterrichtszeit für Erst- und Zweitklässler – überhaupt in der Grundschule – halten wir für nicht kindgerecht. Das muss man schlicht und einfach einmal so sagen. Wenn dann Modelle vorgestellt werden, diese fünfständige Unterrichtszeit mit so genanntem rhythmisiertem Unterricht zu gestalten, dann sage ich schlicht und einfach: Das, was Ihre Vorstellungen sind, nämlich eine Spiel-, Spaß- und Gaudischule

(Abg. Moser SPD: Au ja!)

während über fünf Stunden am Vormittag, ist nicht pädagogisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Bravo! – Abg. Zeller SPD: Uff, der Oberpädagoge hat gesprochen! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt sehr viele Gründe, die gegen dieses Modell sprechen. Einen habe ich schon genannt: dass viele Eltern eben nicht die Vollverschulung oder Totalverschulung ihrer Kinder wünschen.

Dann kommt hier aber auch noch ein anderer Aspekt herein, der überhaupt noch nicht erwähnt worden ist. Ich habe das vor drei Wochen erlebt, als meine Enkelin eingeschult wurde:

(Abg. Brechtken SPD: Jetzt müssen doch nicht alle ihre eigenen Erfahrungen hier darlegen! Das ist ja furchtbar!)

Es ist für die Kinder eine Zäsur, wenn sie vom Kindergarten weg in die Schule einziehen. Das ganze Einschulungszeremoniell mit Schultüte usw. ist ein deutliches äußeres

Zeichen dafür, und die Kinder freuen sich, jetzt den Kindergarten zu verlassen und in die Schule zu kommen. Bei dieser Zäsur muss es doch einen deutlichen Unterschied geben,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

was den Verlauf des Vormittags anbelangt.

(Beifall bei den Republikanern)

Es kann nicht sein, dass der Kindergarten nahtlos in die Grundschule übergeführt wird, ohne dass die Kinder dies merken. Sie freuen sich darauf – das habe ich gesagt –, weil sie jetzt in eine Lernphase kommen, in der sie lesen, rechnen, schreiben usw. lernen. Darauf freuen sie sich. Das muss man auch berücksichtigen, wenn man dauernd von „kindgerecht“ spricht. Was Herr Zeller und die SPD hier immer vortragen, das ist nicht unbedingt kindgerecht.

(Lachen des Abg. Zeller SPD)

Das orientiert sich vielmehr an Ihrer Ideologie. Das orientiert sich an Einzelwünschen aus Ihrer Klientel. Das orientiert sich sehr oft auch an den Lehrern. Wenn man die Dinge kindgerecht regeln will, dann sind wir mit dem Hort an der Schule und mit der Kernzeitenbetreuung auf einem sehr guten Weg.

Meine Damen und Herren, diesen Weg gilt es auszubauen. Wenn die Landesregierung künftig mehr in die Bezuschussung der Kernzeiten einsteigt und diese Bezuschussung von 6,1 Millionen DM auf 16,1 Millionen DM aufstockt und damit 50 % der Kosten abdeckt, dann bleiben noch 50 % der Kosten für die Träger, nämlich für die Kommunen. Auch die Eltern müssen weiterhin im Boot bleiben. Wenn es sich auch nur um einen Anerkennungsbetrag handelt, so halte ich es doch für gerechtfertigt, dass sich die Eltern beteiligen.

Der Grund dafür ist, dass für den Betreuungsträger eine gewisse Planungssicherheit gegeben sein muss. Sie ist in dem Moment vorhanden, in dem Gebühren erhoben werden und eine verbindliche Anmeldung zur Teilnahme an der Betreuung nötig ist. Wenn die Betreuung kostenlos ist, weiß kein Mensch, wie viele Kinder jeweils in die Betreuungsstunden kommen; dann sind es an einem Tag vielleicht fünf und an einem anderen Tag vielleicht 50. Das, was der Betreuungsträger stellen muss, nämlich das Personal und den Raum, muss er vorher planen können. Er kann nicht morgens, fünf Minuten bevor es losgeht, noch nach Personal suchen, wenn die Gruppe zu groß ist. Gebühren sind also ein Steuerungsinstrument, das Planungssicherheit für den Betreuungsträger bietet.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, wir können dem Antrag, den die SPD formuliert hat, nicht zustimmen. Wir sind dafür – ich habe es schon gesagt –, die Kernzeiten und auch den Hort an der Schule bedarfsgerecht auszubauen. „Bedarfsgerecht“, das ist in diesem Zusammenhang die entscheidende Vokabel.

Danke schön.

(Beifall bei den Republikanern)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in diesem Haus und auch bei vielen anderen Gelegenheiten, unter anderem beim Grundschulkongress, schon manches Mal darüber gesprochen: Die Grundschule ist eine besonders wichtige Schulart, weil sich in diesen ersten vier Schuljahren viel entscheidet über das Verhältnis der Eltern zur Schule und auch über die Einstellung der Kinder zur Schule. Hier werden Maßstäbe gesetzt, darüber sind wir uns einig.

Weil das so ist, ist die Grundschule in Baden-Württemberg in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt worden. Frau Rastätter, Sie haben mir bescheinigt, dass ich das unbeirrt zu Ende gebracht habe, und genauso haben Sie an bestimmten Punkten eine andere Position vertreten. Das wussten wir voneinander, und das ist so.

Aber das kann doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir bei dieser stufenweisen Weiterentwicklung der Grundschule in vielen Punkten auch Konsens über diese Weiterentwicklung haben. Wenn jetzt so getan wird, als sei die Chance für ein tolles Konzept der SPD verpasst worden, als sei stattdessen eine Konzeptionslosigkeit zutage getreten, die nur durch ein paar einzelne Damen und Herren im Plenum an dieser oder jener Stelle noch habe verbessert werden können, dann mögen Sie das so sehen – jedenfalls mögen Sie es so sagen –, aber draußen an den Schulen glaubt man Ihnen das wirklich nur sehr bedingt.

Wir haben in Baden-Württemberg – das war die erste Stufe – seit 1994 Bildungspläne, von denen es bundesweit, übrigens auch im Arbeitskreis Grundschule, heißt: Das sind die modernsten Bildungspläne, die es in der Bundesrepublik Deutschland für die Grundschule gibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Meine Damen und Herren, das sind deshalb die modernsten Bildungspläne, die es derzeit in der Bundesrepublik Deutschland gibt, weil sie längst das aufgreifen, was im SPD-Antrag steht, diese ganze Litanei von pädagogisch wertvollem Vokabular, worüber doch in der Grundschule niemand mehr streitet. Mit wem wollen Sie denn über die Frage streiten, ob es einen kindgerechten Zeitrhythmus geben soll? Mit wem wollen Sie darüber streiten, ob es eine kindgerechte Gestaltung von Schulräumen geben soll, eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Eltern, Wochenplanarbeit, Stationslernen und Freiarbeit?

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das alles ist an vielen Grundschulen in Baden-Württemberg Realität. Keine Schulart ist in ihrer pädagogischen Entwicklung so weit wie die Grundschule in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.  
König REP: Das ist der Berufsschwarzseher!)

Zur zweiten Stufe der Weiterentwicklung seit 1996. Wir haben miteinander festgestellt: Es ist nicht richtig, dass jedes zehnte Kind nicht eingeschult, sondern zurückgestellt

wird. Es ist nicht richtig, dass diese Kinder ein ganzes Jahr warten müssen. Schulfähigkeit ist etwas, das nicht an einem bestimmten Tag festgestellt werden kann.

Wir brauchen den Schulanfang auf neuen Wegen. Über 500 Grundschulen haben sich zwischen 1996 und 1999 aufgemacht, neue Wege zu gehen, Wege, bei denen zweierlei miteinander verbunden ist: Sie sind kindgerechter, beweglicher im Blick auf die Entwicklungsverläufe bei Kindern, und gleichzeitig wird Grundschule als Lernort weiterentwickelt.

Dritte Phase: Wir haben auch Wege einer stärkeren Kooperation im Blick auf das Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern gefunden – über 40 Außenklassen. Es ist vor allem Ihr Anliegen gewesen, Frau Rastätter, an diesem Punkt weiterzukommen.

Wir haben in diesem Zusammenhang viel Neues ausprobiert. Dazu sagen uns heute manche, auch aus Ländern, die eine reine Integrationspolitik betrieben haben: „Das ist ein behutsamerer Weg gewesen. Er ist weniger spektakulär, aber ihr entwickelt vieles von dem, was wichtig ist an Erfahrung, an neuen Kenntnissen für das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern, weiter.“

Wir haben im Blick auf das Zusammenwirken von Lehrerinnen und Lehrern an der Grundschule einerseits sowie Erzieherinnen und Erziehern andererseits die pädagogische Teambildung vorangebracht. Es ist doch nicht wahr, dass an jeder Grundschule die Erzieherinnen und Erzieher sowie die Lehrerinnen und Lehrer unverbunden und ohne jeden Kontakt nebeneinander arbeiten würden. Das mag es hier und da auch noch geben. Aber es ist doch längst auf den Weg gebracht, dass das ein pädagogisches Team ist, das bei der Frage zusammenwirkt: Wie gestalten wir Betreuungszeit, wie gestalten wir Unterrichtszeit?

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir haben eine Menge im Hinblick auf eine bewegungsfreundliche Grundschule getan. Viele Grundschulen sind eingestiegen. Da gibt es nicht nur den Sport, sondern da gibt es auch Pausenhofgestaltung, da gibt es Pausengestaltung.

Das alles ist Realität. Realität ist auch, dass an 35 % aller Grundschulen in Baden-Württemberg Betreuungsangebote bestehen.

Nun ist klar, dass wir zwei große Probleme haben. Das eine Problem: Noch so viele Betreuungsangebote gewährleisten nicht Verlässlichkeit im Blick auf die Unterrichtszeiten. Ihre Antwort darauf ist: „Wir integrieren beides, wir trennen nicht mehr. Es ist eine Geschichte von 8:00 bis 12:00 Uhr. Das wird von Lehrern gestaltet.“ Jetzt muss ich Sie einmal fragen, was die Zeit angeht: Worüber streiten wir eigentlich bezüglich der Klassen 1 und 2? Sie reden von 8:00 bis 12:00 Uhr, ich rede von 8:15 bis 12:00 Uhr. Der Streitwert sind also exakt 15 Minuten. Das ist die Differenz zwischen Konzept und Konzeptlosigkeit. Das müssen Sie draußen einmal jemandem erzählen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/  
DVP – Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Zeller SPD melden sich zu Zwischenfragen. – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Ja, bitte sehr.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Zeller.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

**Abg. Zeller SPD:** Frau Ministerin, ich bin gern bereit, Ihnen die Zahlen nochmals zu nennen. Wir haben gesagt: Wir wollen für die – –

(Zurufe von der CDU: Frage! – Glocke des Präsidenten)

Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen – ist damit Ihr Anliegen befriedigt? –, dass wir vorgeschlagen haben, für die erste und zweite Klasse mindestens vier sowie für die dritte und vierte Klasse fünf Zeitstunden zur Grundlage der verlässlichen Halbtagschule zu machen? Das ist ein bisschen mehr, als Sie eben vorgeschlagen haben. Sie können das auch im Detail nachrechnen. Bei der dritten und vierten Klasse zum Beispiel sind es 45 Minuten am Tag mehr,

(Zuruf des Abg. König REP)

als wir derzeit haben. Wenn Sie es nicht glauben, lassen Sie es von Ihrem Haus nochmals nachrechnen und lassen Sie sich die richtigen Zahlen geben.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Frau Ministerin.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Zeller, in Ihrem Antrag steht: 8:00 bis 12:00 Uhr

(Abg. Zeller SPD: Für die erste und zweite Klasse!  
– Abg. Maurer SPD: Jetzt sagen Sie etwas über die dritte und vierte Klasse!)

– ja, ist ja wahr – und 8:00 bis 13:00 Uhr. In meinem Konzept steht: in der ersten Stufe 8:15 bis 12:00 Uhr und 7:45 bis 12:00 Uhr. Sie wissen, dass die nächste Stufe schon in Vorbereitung ist, dass das schon in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten angekündigt wurde, dass wir den Fremdsprachenunterricht einrichten werden, dass wir in diesem Zusammenhang die Stundentafeln natürlich erweitern und dass diese Erweiterung dann auch zu mehr Zeitstunden führt. Aber im Unterschied zu Ihrem Konzept geht unser Angebot der Betreuung über diese Zeit hinaus. 12:00 Uhr reicht nicht, auch 13:00 Uhr ist im Blick auf manche Eltern ein Problem. Also schaffen wir auf der einen Seite eine Verlässlichkeit in der Unterrichtszeit, die sich in etwa bis auf eine Viertelstunde, also 15 Minuten, in den Klassen 1 und 2 und 30 Minuten in den Klassen 3 und 4 von Ihrer unterscheidet. Dann beginnt das Thema Betreuung. Für diese Betreuung verdoppeln wir den Zuschuss.

Da gibt es Dissenspunkte; das ist überhaupt keine Frage. Ich will mit Ihnen auch gar nicht einig werden. Das ist überhaupt nicht Ziel unserer Debatte.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Ausgezeichnet!)

Sie haben ein anderes Konzept. Dieses andere Konzept, meine Damen und Herren, haben andere probiert. Es ist nicht gelungen. Deshalb habe ich von Anfang an gesagt: Diesen Weg gehen wir nicht. Wir werden jetzt den Schulen und übrigens auch den Kommunen eine Menge zumuten, wenn es um die Verlässlichkeit geht, wirklich zum gleichen Zeitpunkt anzufangen und wirklich zum gleichen Zeitpunkt aufzuhören. Wir muten uns vieles zu, weil völlig klar ist, dass wir mehr Krankenvertretung besorgen müssen, eine „mobile Krankenreserve“. Aber dies ist doch kein Punkt, über den Sie mit mir im Ernst streiten können.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf: Zeller soll zurück in die Grundschule!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Ja, bitte.

**Präsident Straub:** Bitte, Herr Zeller.

**Abg. Zeller SPD:** Frau Ministerin, würden Sie zur Kenntnis nehmen – vielleicht haben Sie es sogar schon gemacht –, dass heute ein Interview in den „Stuttgarter Nachrichten“ mit dem Geschäftsführer des Landesfamilienrates von Baden-Württemberg, Herrn Siegfried Stresing, steht, der Ihnen vorhält – ich will jetzt nicht das ganze Interview vorlesen –, dass das, was Sie haben, überhaupt keine Reform der Grundschule sei? Er hat sich darüber beklagt, dass dies als Weiterentwicklung der Grundschule untauglich ist. Ist Ihnen das klar?

(Zuruf von der CDU: Der tappt genauso im Nebel wie der Zeller! – Unruhe)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Zeller, haben Sie schon einmal ein politisches Projekt, irgendeine bildungspolitische Maßnahme gesehen, von der alle sagen?: Genau so muss es sein, genau das ist unsere Vorstellung von Reform. Es gibt zur Weiterentwicklung der Grundschule unterschiedliche Positionen, und es liegen unterschiedliche Konzepte auf dem Tisch. Ich behaupte, wir haben in Baden-Württemberg – mit den neuen Bildungsplänen 1994 beginnend – eine mehrstufige Entwicklung, die ich für eine gute Entwicklung halte, die in enger Abstimmung mit den Schulen und den Kommunen geschieht. Das sind die Partner, die wir für unsere Bildungspolitik brauchen: die Schulen, die Kommunen und die Eltern. Es muss etwas dabei herauskommen, was nicht drei Jahre hält und dann wieder zurückgeführt werden muss, wie es in Niedersachsen passiert ist,

(Zuruf von der CDU: Um Gottes willen!)

und bei dem nicht alle beteiligten Schulen wie in Rheinland-Pfalz sagen: Unsere Ausstattung ist miserabel, wir schaffen doch nicht einmal die verlässliche Zeit bis 12:00 Uhr, wir schaffen doch nicht einmal die Krankenvertretung.

(Zurufe von der CDU und des Abg. König REP – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Ministerin – –

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Deshalb habe ich ein Konzept vorgelegt, das weniger spektakulär ist, das aber solider ist, das finanzierbar ist und bei dem wir als Land zulegen, und zwar erheblich zulegen, wo Verlässlichkeit in die Zeiten und mehr Betreuungsangebote

(Zuruf des Abg. König REP)

– jetzt hören Sie doch einmal zu, Herr König – in die Schulen kommen.

Was den Slogan „Mehr Zeit für Kinder“ betrifft, über den wir uns ja auch völlig einig sind: Er wird in der nächsten Phase, der Einrichtung des Fremdsprachenunterrichts, noch mehr möglich.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Ja, bitte schön.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Frau Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter** Bündnis 90/Die Grünen: Frau Ministerin Schavan, wir sind uns einig, dass die Grundschule die in Baden-Württemberg pädagogisch am weitesten entwickelte Schulart ist.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Das ist schon einmal ein guter Konsens.

**Abg. Renate Rastätter** Bündnis 90/Die Grünen: Da bin ich der gleichen Überzeugung, weil ich auch die Praxis vor Ort kenne. Ist Ihnen auch bekannt, dass gerade die Pädagoginnen und Rektorinnen an der Grundschule, die die Schulentwicklung am engagiertesten vorantreiben – Schulanfang auf neuen Wegen, Integration, etwas, wohinter auch ich stehe –, sagen?: Wir brauchen mehr Zeit für die gute individuelle und differenzierte Förderung aller Grundschulkin-der, da Kindheit heute sehr unterschiedliche Lebenslagen bedeutet, und es muss deshalb das Ziel sein, einen Zeitrahmen von fünf Stunden zu haben. Ist Ihnen bekannt, dass wir Grünen deshalb für die Klassen 1 und 2 vier Zeitstunden Unterricht und eine Stunde ausgestaltet durch Erzieherinnen als offenen Anfang und als offenes Ende fordern, das dann mit dem Angebot vernetzt werden kann? Halten Sie dies nicht für eine zeitgemäße Antwort auf die Herausforderung der Grundschule?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Ich kenne Ihr Konzept. Ich weiß, dass der Faktor Zeit in der Grundschule ein wichtiger Faktor ist, und deshalb sage ich – das habe ich schon, beginnend beim Schulanfang auf neuen Wegen, gesagt –: Die Zeiträume, die die Kinder verlässlich in der Schule sind, werden größer. Sie werden vor allem verlässlicher. An vielen Stellen sind sie heute nicht verlässlich. Deshalb ist das das vorrangige Ziel.

Der Dissens, den wir haben, besteht lediglich darin, ob diese zusätzliche Stunde der Erzieherin eine für alle Kinder verbindliche Stunde ist, ob also alle Kinder diese zusätzliche Zeit in der Schule sein sollen, oder ob ich dies als Angebot mache.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Angebot!)

Ich meine, es soll ein Angebot sein. Ich bin der Meinung, es ist wichtig, dass es eine pädagogische Teambildung zwischen den Erzieherinnen und Erziehern und den Lehrerinnen und Lehrern gibt. Ich merke an vielen Grundschulen, dass dies auf dem Weg ist.

Meine Damen und Herren, in einigen Punkten wird es beim Dissens bleiben. Das liegt in der Natur der Sache. Ich bin davon überzeugt, dass unser Konzept Verlässlichkeit und einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bringt. Unser Konzept ist am Wohl des Kindes, an sehr verschiedenen Situationen vor Ort orientiert. Es lässt Vielfalt zu und verbindet die Vielfalt mit Verlässlichkeit.

Deshalb, auch wenn der Satz so furchtbar schön ist: Wenn Sie bei mir von einem „veralteten und ideologiebehafteten Familienbild“ sprechen, müssen Sie das den Leuten auch noch erst erklären.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Seimetz CDU: Der neue bildungspolitische Sprecher!)

**Abg. Maurer** SPD: Ich denke, wenn wir über Schule reden, reden wir über eines der wichtigsten Themen der Landespolitik, vielleicht über das wichtigste. Frau Ministerin, ich habe sehr aufmerksam zugehört.

(Abg. Wieser CDU: Hoffentlich haben Sie dabei etwas gelernt!)

Sie haben wortreich an der entscheidenden Frage vorbeigeredet. Sie haben nämlich zu der Darstellung meines Kollegen Zeller, die er mit Zahlen untermauert hat, dass die Grundschulen in Baden-Württemberg im Ländervergleich an 14. Stelle rangieren oder Schlusslicht sind, was das Unterrichtsangebot für die Kinder angeht, nichts gesagt. Das ist ein Geständnis durch Schweigen, Frau Ministerin.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihren wortreichen Ausführungen einen sehr verräterischen Satz gesagt, nämlich: „Wir haben viel ausprobiert.“ Das ist in der Tat der Kern des Problems. Sie probieren viel aus. Die kreative Kraft Ihres Ministeriums ist eh beschränkt. Sie sollten weniger ausprobieren und sich stattdessen auf die Verbesserung des Dienstleistungsangebots Schule konzentrieren, das der Staat den Kindern und den Eltern in diesem Land schuldet.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Ihr probt doch in Bonn ein ganzes Jahr lang!)

Das ist der Kern des Problems.

Ich verstehe nicht – ich sage Ihnen das –, warum Sie die Chance, dieses ganze Parlament für ein verbessertes Angebot an den Grundschulen – so war es einmal ursprünglich

(Maurer)

auch bei der CDU gedacht – zu gewinnen, nicht genutzt haben. Sie spielen ja fast die Rolle eines Finanzministers; aber das ist nicht Ihre Aufgabe, zumal dies seriös zu finanzieren wäre. Das werfe ich Ihnen vor. Ich rate Ihnen: Machen Sie weniger Versuche. Hören Sie auf, die Menschen an den Schulen mit allen möglichen neuen Projekten zu verwirren. Sorgen Sie vielmehr mit unserer Unterstützung dafür, dass das Unterrichtsangebot an den baden-württembergischen Schulen garantiert und verbessert wird, konkret an den Grundschulen. Das ist Ihre eigentliche Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen – damit höre ich auch schon auf –: Seien Sie dann wenigstens ehrlich! Sagen Sie, dass das, was Sie hier machen, mit verlässlicher Halbtagschule nichts zu tun hat. Es ist ein verbessertes Kernzeitenangebot, das die Eltern weiterhin zahlen sollen, und ohne pädagogischen Impetus. Sagen Sie das, bekennen Sie sich dazu, aber machen Sie um Gottes willen nicht den Versuch, ein verbessertes Kernzeitenangebot semantisch als die Einführung der verlässlichen Halbtagschule zu verkaufen.

Eines noch zum Schluss: Sie haben noch einmal neue Verwirrung hinterlassen, nicht nur bei mir.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Sie haben sich hier hingestellt, haben unser Konzept zu einem verbesserten pädagogischen Angebot an den Schulen abgelehnt, aber in einem Halbsatz angekündigt, Sie würden das pädagogische Angebot demnächst verbessern. Das haben Sie nämlich gemacht.

(Zuruf des Abg. König REP)

Ich frage mich allmählich: Wo sind wir denn eigentlich? Wenn Sie hier vor dem Landtag verkünden, Sie würden nächstens die Stundentafel erweitern und damit – so muss ich das ja wohl verstehen – auf die Unterrichtszeiten, die wir in unserem Antrag vorschlagen, kommen, warum stimmen Sie dem nicht zu, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen?: Ich komme nächstens mit den Englischlehrerinnen und Englischlehrern, und dann sind wir bei dem, was SPD und Grüne verlangen. Das haben Sie nämlich in einem Halbsatz gesagt. Warum stimmen Sie diesem Antrag nicht zu? Da fällt mir nur noch schiere Parteitaktik ein. Ich weiß nicht, was sonst dahinter stecken sollte. Ich verstehe das nicht mehr. Wenn Sie selbst sagen, Sie wollten die Stundentafel an den Grundschulen erhöhen, dann können Sie doch mitmachen bei dem, was hier der gemeinsame Wille dieses Hauses ist. Aber hier eine wilde Rede zu halten, dass man eigentlich dagegen ist, und in einem Halbsatz anzukündigen, in einem Jahr sei man möglicherweise dafür, das ist konzeptionslos und nicht das richtige Verständnis von Ihrer Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

(Abg. Wacker CDU: Jetzt aber! – Zuruf des Abg. König REP)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Maurer, es ist wahr: Ich bin auf die Fragen „Schüler-Lehrer-Relation“ und „Geld“ nicht mehr eingegangen. Bei der Schüler-Lehrer-Relation liegt Baden-Württemberg im Bundesvergleich aller Flächenstaaten über alle Schularten hinweg nach wie vor auf Platz 1. Die Unterschiede zwischen den Schularten sind groß; wir liegen im Bereich der Sonderschulen an der Spitze, wir liegen im Bereich der beruflichen Schulen auf Platz 3, und wir liegen bei den Grundschulen, was Ausgaben angeht, auf einem unteren Rang. Das war mal Rang 14; das ändert sich im Moment, weil sich auch in anderen Ländern etwas ändert.

(Lachen der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Aber jetzt muss ich mal sagen: Das ist ein anderes Thema als die pädagogische Weiterentwicklung der Grundschule, und das wissen Sie. Ich habe nicht über das geredet, was irgendwelche wilden Projekte sind, mit denen ich irgendwelche Leute auf Trab halte, sondern über das, was bundesweit anerkannte Weiterentwicklungen der Grundschule sind. Dazu gehört der Schulanfang auf neuen Wegen,

(Beifall bei der CDU)

dazu gehört die Fremdsprache ab Klasse 1, und das wissen Sie.

Übrigens war das ja bei einer Pressekonferenz; ich habe es vorhin vergessen, deswegen trage ich es jetzt gern nach. Bei einer Pressekonferenz zu sagen, in Baden-Württemberg werde pro Schüler weniger Geld ausgegeben als in diesem oder jenem anderen Land und dies sei ein Zeichen für die dramatische Lage der Schulen in Baden-Württemberg: Sie können Ihre sozialdemokratischen Kollegen mal fragen, was die machen, wenn ihnen die Opposition so etwas vorwirft! Sie wissen ganz genau, dass Quantität allein nicht der Maßstab für Qualität ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen der Abg. Birzele, Brechtken und Maurer SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben doch gestern über Kriterien für Qualität gesprochen. Die Frage, was qualitativ in der Schule ist, bemisst sich nicht daran, wie viel ich pro Schüler ausbebe, sondern an den Schulabschlüssen, an gutem Unterricht, an Anschlussfähigkeit – darüber haben wir gestern gesprochen – und an der Zeit.

Letzter Punkt, Herr Maurer: Was ich eben gesagt habe, ist seit langem bekannt: die Stundentafel, wie sie jetzt ist, und der bildungspolitische Plan in Baden-Württemberg, nach der Jahrtausendwende, mit dem Schuljahr 2001 beginnend, die Fremdsprache ab Klasse 1 einzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch das ist für den Landshaushalt kein leichtes Spiel. Auch das ist ein Projekt, das in keinem anderen Bundesland so durchgesetzt wird. Wir sind mitten in der Vorbereitung. Wir schaffen die Anschlussfähigkeit zu den weiterführenden Schulen. Das bedeutet – das weiß jeder, der die Debatten im Schulausschuss verfolgt hat –, dass damit die Stundentafel ab Klasse 1 erweitert wird.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Aber ich stimme Ihrem Konzept deshalb nicht zu, weil wir doch gar nicht über Zeiten streiten, sondern über einen generell anderen Ansatz, nach dem allein für die Betreuung in den Grundschulen 1 250 neue Lehrerstellen notwendig wären. Dies halte ich für illusorisch.

(Abg. Wintruff SPD: Die Zahl ist nicht richtig! – Abg. Zeller SPD: Seit wann übernehmen Sie GEW-Zahlen? – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Die Zahlen haben Sie doch früher auch nie geglaubt!)

– Die Zahl ist von der GEW. Dann legen Sie einmal andere Zahlen vor. – Aus anderen Bundesländer, die es versucht haben, weiß ich doch, dass dies ein Lehrervolumen ausschließlich für Betreuung ist, das unsere Pläne einer Stabilisierung der Stundentafel verhindern würde. Deshalb habe ich mich anders entschieden.

(Zuruf von der SPD: Sie wursteln sich durch!)

Ich brauche neue Lehrerstellen für die Grundschule, ich brauche sie für den Unterricht. Ich bin davon überzeugt, dass Erzieherinnen und Erzieher einerseits und Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer andererseits in der Grundschule gut zusammenarbeiten können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rau.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Schlechte Laune aus Südbaden!)

**Abg. Rau** CDU: Herr Maurer, falls Ihnen vorhin noch nicht das Licht aufgegangen ist, warum wir diesen Antrag ablehnen: Er ist in entscheidenden Punkten überflüssig.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Der Bildungsplan der Grundschule sagt bereits aus, was in Ihrem Antrag steht. Sie brauchen sich doch nicht einzubilden, dass Sie eine neue Grundschule entwerfen würden und das auch noch durch Zustimmung im Landtag absegnen lassen könnten. Wir können auf das verweisen, was wir an Qualität an der Grundschule haben. Deswegen wäre es völlig verkehrt, einem solchen Antrag heute durch Zustimmung noch eine Aufwertung zu geben.

Auf der anderen Seite möchte ich noch etwas zum Thema Unterrichtsversorgung sagen. Dazu gehört, dass der Unterricht nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch stattfindet.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

– So ist es. – Die Ministerin hat im Sommer dieses Jahres konkrete Zahlen vorgelegt, die Ihr Jammertal konterkariert haben. Sie haben versucht, der Bevölkerung in diesem Land, was die Unterrichtsversorgung betrifft, etwas vorzumachen. Tatsache ist, dass in keinem Bundesland so wenig Unterricht ausfällt wie in Baden-Württemberg.

(Abg. Zeller SPD: Das ist wieder so eine Behauptung, das ist unglaublich!)

Nirgendwo ist der Unterricht verlässlicher als in diesem Land. Das werden wir in diesem Jahr fortlaufend durch Schulstatistiken belegen.

(Abg. Zeller SPD: Sie werden nicht einmal rot!)

Ihre Jammerei wird bald ein Ende haben müssen. Es nimmt Ihnen keiner mehr ab. Es ist kein Beitrag zur Weiterentwicklung von Schule, sondern es ist mehr ein Beitrag dazu, die Schule zu diskreditieren.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

**Abg. Rau** CDU: Sicher.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Frau Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Rau, ist Ihnen bekannt, dass beim Schulleitertag in dieser Woche auf die Aussage der Landtagsabgeordneten Kuri, dass es in diesem Schuljahr in Baden-Württemberg keine Unterrichtsausfälle gebe, dass es überhaupt keine Unterrichtsausfälle gebe, weil ausreichend Nebenlehrer zur Verfügung stünden, Gelächter, Heiterkeitsausbrüche und Pfiffe durch den Raum gingen? Es waren 500 Schulleiter bei diesem Schulleitertag.

(Abg. Döpfer CDU: Das ändert doch nichts an der Aussage, dass es besser ist als in allen anderen Bundesländern! Zuhören! – Weitere Zurufe)

**Abg. Rau** CDU: Das ändert überhaupt nichts an meiner Feststellung von gerade eben. Sie steht bewiesen im Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist doch erhoben worden bei eben den Schulleitern, von denen Sie gerade reden. Die Zahlen zum Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg gehen auf Meldungen von Schulleitern zurück und nicht auf Erfindungen des Ministeriums.

(Abg. Zeller SPD: Sie sagen die Unwahrheit, Herr Rau!)

Deshalb kann ich die Situation beim Schulleitertag nicht nachvollziehen. Natürlich wird es so sein, dass immer einzelne Stunden ausfallen können, weil ganz überraschend die Situation auftreten kann, dass Unterricht nicht stattfindet. Das wissen wir auch, da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Einen Nullausfall wird es nicht geben. Wenn wir das, was wir im vergangenen Schuljahr belegen konnten, als Qualität auch in die nächsten Schuljahre hineintragen, dann ist das mehr wert als irgendwelche Versprechungen in anderen Bundesländern, die doppelt und dreimal so hohe Ausfallzahlen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich gehe davon aus, dass der Antrag an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport überwiesen werden soll. – Es wird Abstimmung gewünscht.

(Präsident Straub)

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4079, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, heute hat Herr Wissenschaftsminister von Trotha Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Minister, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich herzlich. Wir wünschen Ihnen alles Gute.

Ich rufe dann **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Gefährdung des Energiestandortes Baden-Württemberg durch unsachgemäßen Verkauf der Anteile an der EnBW – beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: 50 Minuten Gesamtdauer ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, fünf Minuten für die Eröffnungsreden und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diese Redezeiten zu halten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diese Aktuelle Debatte beantragt, weil wir der Überzeugung sind: Wenn Landesvermögen in dieser Größenordnung zum Verkauf ansteht und aufgelöst werden soll, muss dieses Haus nicht nur über die Frage diskutieren, was mit dem Geld geschehen soll – das wollen wir ja heute nicht tun –, sondern auch über die Frage, welche konkreten strategischen Interessen die Landesregierung und das Land bei diesen möglichen Geschäften eigentlich verfolgen.

Ich bin der Meinung, dass der Herr Ministerpräsident und der Herr Wirtschaftsminister nach dem, wie bisher agiert worden ist, und dem, was darüber in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, keine klare Strategie haben erkennen lassen, außer vielleicht, dass man rasch möglichst viel Geld sehen will.

Der Begriff „strategischer Mehrwert“, vom jetzt abwesenden Ministerpräsidenten eingeführt, ist im Nebulösen geblieben. Es kann ja bezüglich der Energiewirtschaft in Baden-Württemberg nicht ein strategischer Mehrwert sein, dass ein möglicher Käufer eine Fabrik in einem anderen Bereich hier in Baden-Württemberg ansiedelt oder behält. Das ist diffus und unklar geblieben.

Die Gemeinden und die Gemeindeverbände sind nach meiner Auffassung zu Recht verunsichert, weil sie nicht ordentlich in die Gespräche einbezogen worden sind. Jetzt muss ja die CDU nächste Woche die Gemeinden und die Gemeindeverbände einladen. Dies wäre Aufgabe des Ministerpräsidenten gewesen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ist doch längst geschehen!)

Ich kann nur sagen: Die Verunsicherung kommt daher, dass keine abgestimmte Strategie gewählt worden ist und jetzt beide Gemeinden befürchten, dass sie ins Hintertreffen kommen, wenn sie jetzt nicht schnell genug verkaufen. Es wäre Aufgabe des jetzt immer noch abwesenden Ministerpräsidenten gewesen, dafür zu sorgen, dass dies nicht geschieht.

Ich will Ihnen sagen, was für uns,

(Abg. Pfister FDP/DVP und Abg. Oettinger CDU unterhalten sich.)

Herr Kollege Pfister, strategischer Verkauf und strategisches Denken in dieser Frage heißt, und zwar in fünf Punkten.

Erstens: In Baden-Württemberg müssen – und nur so darf verkauft oder fusioniert werden – auch zukünftig – –

(Abg. Pfister FDP/DVP unterhält sich weiter mit Abg. Oettinger CDU.)

– Reden Sie, Herr Pfister, doch im Koalitionsausschuss mit Herrn Oettinger. Das stört irgendwie.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Entschuldigung!)

Der erste strategische Punkt ist: In Baden-Württemberg fallen auch künftig Entscheidungen über das Wo und Wie der Energieproduktion. Sie fallen nicht woanders, sondern hier, weil das Land auch in Zukunft ein Energiestandort bleiben soll und wir dies wollen. Es geht an dieser Stelle um die Entscheidungsfähigkeit Baden-Württembergs.

Zweitens: In einem Land, in dem neue Energietechniken an den Universitäten und Instituten exzellent ausgeforscht und erforscht werden, muss auch sichergestellt werden, dass in diesem Land in neue Anlagen neuer Technik – egal, ob es Gas- und Dampfkraftwerke oder regenerative Energiequellen sind – investiert wird und nicht mögliche Käufer das Interesse an solchen Investitionen verhindern. Bei den neuen Technologien geht es um Industriepolitik. Ich finde, dass dieses strategische Interesse bei allem, was geschieht, mit berücksichtigt werden muss.

Als Drittes möchte ich sagen, dass dies mit dem Schutz von Arbeitsplätzen einhergehen muss. Selbstverständlich werden alle möglichen Erwerber Rationalisierungsinteressen haben und haben müssen; aber die Landesregierung muss beim Verkauf klipp und klar berücksichtigen, wer die meisten der 12 000 Arbeitsplätzen, die es bei der EnBW im Land gibt, für die Zukunft garantieren kann und für welchen Zeitraum er sie garantieren kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Wieser CDU: Wenn verkauft ist, ist verkauft!)

Der vierte Punkt: Es geht auch um Interessen der Gemeinden. Ich finde es wirklich schwach, dass die Angelegenheit bisher nicht mit den Gemeinden koordiniert und abgesprochen worden ist. Es ist absurd, welche Ängste da entstanden sind. Sie sind aber entstanden, weil der Ministerpräsident nicht klar gesagt hat, was er will und welche Ziele er insgesamt hat.

(Kuhn)

Die Fragen, die ich genannt habe, muss man meines Erachtens mit dem Preis abgleichen, den man erzielen kann. Der Preis darf nicht das einzige Kriterium sein – so wird ja gegenwärtig diskutiert –, sondern ganz entscheidend muss auch im Vordergrund stehen, ob der Energiestandort Baden-Württemberg erhalten bleibt oder ob nur noch zu den bisherigen EnBW-Kunden durchgeschaltet wird.

Wenn Sie die genannten strategischen Interessen akzeptieren können, hat das, finde ich, einige Konsequenzen. Die erste Konsequenz heißt: 51 % der Anteile an der EnBW müssen in öffentlicher Hand bleiben.

Die zweite Konsequenz heißt: Das Land muss mit den Gemeinden kooperieren, damit der Anteil nicht auf freier Wildbahn unterschritten wird – diese Gefahr besteht ja gegenwärtig –, und muss dafür sorgen, dass die 51 % erhalten bleiben. Das heißt, Herr Pfister, das Land muss gegebenenfalls bereit sein, von der Position abzurücken, 25,1 % in Gänze zu verkaufen, und mit den Gemeinden einen Weg abzusprechen, den man gemeinsam geht.

Bayern hat gezeigt, Herr Ministerpräsident, was ein strategischer Verkauf ist und wie man die Standortsicherung und den Verkauf von Anteilen kombinieren kann, auch wenn der Fall dort anders liegt als in Baden-Württemberg.

Ich verstehe nicht, warum Sie sich von der EdF – ich finde, auch von Herrn Goll – in den letzten Wochen so haben an der Nase herumführen lassen. Heute findet übrigens zeitgleich mit unserer Debatte hier im Landtag eine Pressekonferenz der EdF statt. Daran können Sie ermessen, wie viel das Land und die Gemeinden noch zu sagen haben, wenn Sie nicht strategisch vernünftig verkaufen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Es ist völlig klar, Herr Teufel, dass der EdF-Verkauf der gesamten deutschen Energiewirtschaft schadet, und ich verlange, dass Sie dazu heute klare Worte sprechen. Denn die Franzosen kommen bisher nicht an die einzelnen Kunden im deutschen Markt heran. Dies wäre aber möglich, wenn sich die EdF in einem bestimmten Volumen in die EnBW einkaufen könnte.

(Abg. Rapp REP: Was sind denn das für nationale Töne? – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Sie müssen einfach die europäische Stromentwicklung kennen. Die Franzosen haben ihre Märkte noch nicht geöffnet, und es wäre wie ein Reißverschluss, wenn Sie dies möglich machen würden, was in der Diskussion bislang nicht ausgeschlossen ist.

Ich komme in der ersten Runde zum Schluss und fordere Sie, Herr Ministerpräsident, auf, heute nicht zu kneifen, sondern offen über die strategischen Ziele zu sprechen, die Sie haben. Ich fordere Sie auf, den Gemeinden die Verunsicherung zu nehmen und endlich ein gemeinsames Konzept von Land und Gemeinden zu verfolgen. Ich fordere Sie schließlich auf, dafür zu sorgen, dass Baden-Württemberg in Zukunft ein Energiestandort ist, an dem auch Energie produziert wird, und nicht der französischen EdF die Kundenkartei zu öffnen.

Diese Bedingungen müssen für einen vernünftigen Verkauf gelten, und ich würde mich freuen, wenn wir mit der De-

batte heute ein Stück weiterkämen und wenn Sie einmal klarstellen würden, was Sie eigentlich vorhaben.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! In der heutigen Debatte geht es um die Positionierung der Energie Baden-Württemberg, und es geht darüber hinaus um die künftige Teilhabe der Energiewirtschaft in unserem Land am europäischen Markt. Damit haben wir die bedeutsamste Baustelle der Landespolitik neben dem anstehenden Doppelhaushalt, und ich darf Ihnen sagen: Die CDU-Fraktion widmet diesem Thema die Bedeutung, die es jetzt, in den letzten Monaten und in den nächsten Wochen, wenn es um eine Entscheidung geht, verdient bzw. verdient hat. Es geht dabei um die EnBW, aber es geht um mehr als die EnBW. Es geht auch um die NWS, es geht um die MVV, es geht um die GVS, und es geht auch um die Stadtwerke in ganz Baden-Württemberg.

Die Neckarwerke Stuttgart haben dieser Tage ein Gutachten vorgelegt bekommen. Würden die Neckarwerke Stuttgart – und Anläufe dafür waren bisher ohne Erfolg, weitere Anläufe erscheinen aussichtsreich – in enge Kooperation treten oder gar eine Fusion mit der EnBW durchführen, wäre ein Kostenpotenzial, eine Kostensenkung allein am Unternehmen Neckarwerke Stuttgart von über einer halben Milliarde Mark möglich. Dies sind weit mehr als 10 % des Gesamtumsatzes. Deswegen arbeiten wir daran, dass die Bündelung der Kräfte in Baden-Württemberg erneut in einen weiteren Versuch treten soll.

(Beifall bei der CDU)

Es geht um Strom, meine Damen und Herren, aber es geht nicht nur um Strom. Wir behaupten: Es geht auch um Gas, um Wasser, um Abfall, um Telefonie, um Kommunikation. Kurzum: Mit der jetzigen Partnerschaft wird entschieden, wohin in Zukunft die Stromdienste, die stromnahen Dienste und alle anderen Beförderungsdienste der alten Daseinsvorsorge, des künftigen Markts gehen werden und ob Baden-Württemberg dabei auch in Zukunft eine bedeutsame Rolle spielt.

Heute steht nicht die Mittelverwendung im Mittelpunkt. Aber ich sage trotzdem heute: Wir sind für eine wirksame Standortinitiative. Wir tragen eine Zukunftsoffensive, dritter Teil, im nächsten Jahr hier im Landtag mit und arbeiten daran, dass sinnvolle Projekte den Standort Baden-Württemberg stärken helfen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Wir sagen auch Ja zur Gründung einer Landesstiftung und legen darauf Wert, dass die Wahrung der Haushaltsbefugnisse des Landtags dabei in vollem Umfang Anwendung finden kann.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

– Kollege Brechtken, warten Sie es ab. – Stiftung und Haushaltskompetenz des Landes sind kein Gegensatz.

(Oettinger)

Wir haben bei der EnBW Fragen und Ziele, an denen wir arbeiten, an denen wir uns messen lassen und die wir durchsetzen wollen. Vier davon nenne ich heute.

Die erste Frage ist: Geht es um höchsten Verkaufserlös, oder geht es neben hohem Verkaufserlös um Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, um Erhalt von Produktionsstätten primär in Nordbaden und Nordwürttemberg? Geht es um Festigung von Investitionen im Stromdienstleistungsbereich? Geht es um Partnerschaft mit Stadtwerken? Wir glauben, dass es um hohen Verkaufserlös gehen muss, dass aber mehr dabei erzielbar ist, dass der Sicherung von Arbeitsplätzen, dass der Festigung von Investitionen, dass dem Erhalt von Produktionsstätten im Sinne einer Landespolitik, die mehr als Fiskalpolitik sein muss, der gleiche bedeutsame Rang und unser Augenmerk zukommen muss. Wir sehen in Landespolitik die Interessen des Landes im weiteren Sinne und nicht nur die Interessen der Kasse. Deswegen arbeiten wir darauf hin.

Die zweite Frage kommt aus dem Aktienrecht: Was soll das Ende des Prozesses sein? Verkaufen wir 25 %, oder nehmen wir hin oder arbeiten wir darauf hin, dass 51 % beim neuen Partner oder bei neuen Partnern ankommen? Ich glaube, wir brauchen in jedem Fall einen gesamtkontrollierten Verkauf. Deswegen lege ich darauf Wert, dass wir bisher in der Entwicklung davon reden, dass der Anteil des Landes ganz oder teilweise zum Verkauf ansteht.

Ich habe mit Interesse gelesen, dass die FDP/DVP-Fraktion die Lösung favorisiert, dass die Mehrheit der Aktien im Lande bleibt. Wohlan!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Durch Bündelung der Interessen!)

Deswegen wird es notwendig sein, dass wir den engen Arbeitskontakt mit den Kommunen fortsetzen, um zu prüfen und zu entscheiden, dass die öffentliche Hand in ganz Baden-Württemberg – Rathäuser, Landratsämter und Land Baden-Württemberg – aus einem Guss handelt und entscheidet und nicht ein unkontrollierter, ausfransender Prozess im Land entsteht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Wir hören, die Stadt wolle 9 % verkaufen. Wir hören, beim LEVW sollen 7 % zum Verkauf anstehen. Wir hören, beim GSD sollen es 4 bis 5 % sein. Wir hören, die Stadt Mannheim sei mit 1,87 % am Verkauf interessiert. Macht alles in allem 22 bis 23 %. 3 oder 4 % hat die EnBW selbst. Das heißt, wir sind jetzt genau an dem Zeitpunkt angekommen, wo es entweder 51 % sein müssen oder aber durch eine Bündelung und Teilverkauf die Mehrheit im Land gehalten werden muss. Entweder ganzer Verkauf oder Mehrheit im Land – beides zusammen geht nicht.

Damit kommen wir zur entscheidenden Frage: Wer soll denn der Partner sein, und wo soll die unternehmerische Führung für die Zukunft sein?

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Einen Partner brauchen wir. Aber all die Partner, die sich bewerben, sind natürlich nicht nur rein marktwirtschaftli-

che Unternehmen, sondern haben eine starke Verankerung bei der öffentlichen Hand ihres Standorts – die einen zu 100 % in Paris und die anderen weniger stark, aber trotzdem deutlich gesichert.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Deswegen wird die Frage sein: Vertrauen oder Kontrolle? Vertrauen wir dem neuen Partner, oder kontrollieren wir die Partnerschaft, unterlegt durch eigene Aktien oder gar durch eine Aktienmehrheit, auch in Zukunft? Fragen über Fragen.

(Abg. Maurer SPD: Sehr gut! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Drei Wochen vor der Entscheidung muss man ein bisschen weiter sein!)

Ich glaube, sie können hier – insofern hat Kollege Döring Recht – nicht auf dem offenen Markt ausgetragen werden. Ich sage Ihnen, Herr Kuhn: Die Kompetenz der CDU-Fraktion wird ausreichend hoch sein. Wir werden dafür sorgen, dass eine Lösung im Interesse des Standorts Baden-Württemberg, im Interesse unserer Kasse, aber auch im Interesse aller Arbeitsplätze, im Interesse der Partner in der EnBW und im Interesse der Partner in der Energiewirtschaft – auch der Stadtwerke – möglich ist und dass dafür bis Dezember entscheidungsreife Grundlagen vorzulegen sind. Solange sage ich: Warten Sie es ab!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brinkmann.

**Abg. Brinkmann SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser Debatte über den Verkauf der Landesanteile an der EnBW sollten wir zwei Versuchungen nicht erliegen. Das eine ist die Versuchung – darüber hat Herr Kollege Oettinger gerade auch schon gesprochen –, nur auf den Verkaufserlös zu schielen. So nötig das Land es hätte, einen möglichst hohen Verkaufserlös zu erzielen und dadurch Schulden zu senken und die ersparten Zinsen für Zukunftsinvestitionen in Bildung und Arbeitsplätze zu verwenden, wäre es nicht im Interesse dieses Landes, ausschließlich auf den Verkaufserlös zu achten und andere Bedingungen zu vernachlässigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Republikaner)

Einer zweiten Versuchung sollten wir nicht erliegen, nämlich der Versuchung, wieder nationale Ressentiments aus der Mottenkiste zu holen. Es ist in diesem Falle notwendig, unter anderen Kriterien zu entscheiden, als sich daran zu orientieren, ob der eine Bewerber aus Frankreich und der andere Bewerber möglicherweise zum Teil aus den USA kommt. Auch dies darf nicht unser Kriterium sein.

(Beifall des Abg. Birzele SPD)

Woran wir uns orientieren sollten, haben wir als SPD-Fraktion bereits vor mehreren Wochen in einem Fraktionsbeschluss – in einer Pressemitteilung können Sie das nachlesen – festgelegt: Wir müssen uns daran orientieren, erstens

(Brinkmann)

Arbeitsplätze zu erhalten, zweitens Wertschöpfung im Land zu behalten, drittens Entscheidungen im Land zu behalten, viertens regenerative Energien zu stärken und fünftens die Auswirkungen unserer Energiepolitik auf die Kommunen zu beachten.

Zusätzlich zu diesen fünf Kriterien sind die Rahmenbedingungen, die in der Diskussion allmählich deutlich werden, nicht uninteressant. Eine ist, dass es nicht nur um die 25 % Landesanteile geht, sondern unter dem Strich, wenn man auch andere Verkaufswillige betrachtet, um einen Bereich um 45 %. Jeder weiß, dass jemand, der einmal 45 % Beteiligung an solchen Unternehmen erreicht hat, durch Zukäufe auch leicht die Mehrheit bekommen kann.

Eine weitere Rahmenbedingung ist: Wir müssen auch auf die Auswirkungen einer solchen Konzentration auf den deutschen und auf den europäischen Energiemarkt achten. Ich glaube, inzwischen ist jedem klar geworden, dass diese „Wildwest“-Liberalisierung, die Rexrodt im letzten Jahr durchgesetzt hat,

(Abg. Rapp REP: Den habt ihr doch gewollt!)

nicht zum Nutzen unseres Energiemarkts, nicht zum Nutzen der Verbraucher und nicht zum Nutzen der Stadtwerke ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

Hier haben wir die Chance, zumindest einen Teil davon zu korrigieren.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist europaweit so! – Gegenruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt doch nicht!)

– Herr Kollege Hofer, das stimmt nicht. Wir sind die Einzigen, die die Liberalisierung plötzlich viel weiter durchgesetzt haben, als es die europäische Richtlinie vorsieht. Darum sage ich: Dies war Wildwest, und es war keine vernünftige Liberalisierung.

(Beifall bei der SPD)

Dritte Rahmenbedingung: Wir haben nicht nur die Energieversorgung Baden-Württemberg, die EnBW, zu betrachten, sondern wir haben auch dafür zu sorgen, dass die Stadtwerke in diesem Strudel nicht untergehen. Hier haben wir als Land auch eine große Aufgabe für unsere Kommunen.

Zusammengefasst: Wir dienen den Interessen unseres Landes nicht, wenn wir ausschließlich auf kurzfristige finanzielle Vorteile achten, sondern wir dienen dem Land dann, wenn wir eine langfristige Vorsorge treffen, vor allem auch für die Stadtwerke und die dort vorhandenen Arbeitsplätze. Wir dienen den Interessen des Landes nicht, wenn wir uns einen Bieter einhandeln, der bei der Stromerzeugung dieselbe Erzeugerstruktur hat wie die EnBW. Denn dann kann sich jeder ausrechnen, wo möglicherweise Arbeitsplätze gefährdet sind, wenn irgendwann Überkapazitäten auftreten.

(Abg. Wieser CDU: Wenn eure Atompolitik zieht!)

– Herr Kollege Wieser, hören Sie doch einmal zu. – Wir dienen dem Land, wenn wir auf eine ausgewogene Struktur

(Abg. Dr. Schlierer REP: So ein Schwachsinn!)

zwischen Grundlast- und Mittellasterzeugung achten. Lassen Sie mich noch hinzufügen, dass wir auch darauf achten müssen, dass bald auch der Wettbewerb auf dem Gasmarkt losgeht. Auch das können wir vom Strommarkt nicht trennen.

Drittens dienen wir unserem Land nicht, wenn wir einen wesentlichen Teil des Landesvermögens in die Einfluss-sphäre von Banken, Versicherungen, Vermögensverwaltungen und Investmentgesellschaften geben. Wir dienen vielmehr dem Land, wenn wir an die kommunale Verantwortung denken und die kommunalen Interessen an der Energieversorgung auch bei der Auswahl des Käufers beachten.

Wir haben beim Verkauf der Landesanteile die Chance, für eine gesunde Energiestruktur in unserem Land zu sorgen, aber nur, wenn wir der Versuchung des schnellen Geldes nicht erliegen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal eine Bemerkung zu Herrn Kuhn. Es ist schon interessant, lieber Herr Kuhn, mit welcher Arroganz Sie einfordern, wer wann was hier sagen soll.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Was? Das habe ich schon bei der letzten Rede gesagt!)

Herr Brinkmann, zu der „Wildwest“-Methode, die Sie angeprangert haben: Warum ist eigentlich nicht das eingetreten, was SPD und Grüne vor der letzten Bundestagswahl gesagt haben: dass man das Energiewirtschaftsgesetz ändern würde? Der jetzige Bundeswirtschaftsminister sagt deutlich: „Das wird nicht geschehen“, weil er erkannt hat, dass das nicht richtig wäre.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Meine Damen und Herren, wir sollten zunächst einmal an die Überlegung gehen: Warum ist diese Liberalisierung eigentlich gemacht worden?

(Abg. Rapp REP: Das weiß keiner!)

Dabei sollte man sich einmal überlegen, wie die Situation vorher war: demarkiert, genau abgegrenzt, wer wo Strom liefern durfte. Dazu kamen satte, staatlich festgelegte Preise. Jedweder Wettbewerb war unmöglich durch Gesetz. Dass dies aufgebrochen wurde, hat dazu geführt, dass die Preise wesentlich gesunken sind, zunächst für die Sonderabnehmer, jetzt auch für die Tarifabnehmer. Wozu sind wir denn eigentlich da? Doch dazu, dass die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes möglichst wenig zur Kasse gebeten werden,

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

(Kiel)

wenn es darum geht, diese für das tägliche Leben so wichtige Energie Strom zu bekommen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Standort!)

Zum Thema Stadtwerke möchte ich etwas sagen. Die Stadtwerke hatten lange Zeit, sich darauf einzurichten. Sie haben es nur nicht geglaubt. Das sage ich als Oberbürgermeister, weil ich weiß, dass letztendlich Beweglichkeit, Mut und Kooperationsbereitschaft bei den Stadtwerken gefordert sind.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich nenne Tübingen, wo eine Stromhandelsgesellschaft gegründet wurde. Es gibt Kommunen – lieber Kollege List, Ihre und meine –, die das Stromnetz gekauft und gesagt haben: In Form von Kooperationen und Partnerschaften mit anderen werden wir das bestehen. Das Lamentieren kann nicht angehen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Selbstverständlich ist die Frage, inwieweit darunter der Umweltschutz zu leiden hat. Aber da sage ich auch an die Adresse von Berlin: Sehen Sie doch zu, dass bei der Strom-Wärme-Kopplung nicht erst neue, sondern auch bestehende Anlagen von der zusätzlichen Steuer, die Sie eingeführt haben, entlastet werden. Dazu haben Sie die Möglichkeit.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Das können Sie doch machen.

Ich meine, auch das Land kann etwas tun. Wenn man den Stadtwerken den Wettbewerb verschreibt – das halte ich für richtig –, muss man sehen, dass das Örtlichkeitsprinzip ebenfalls aufgegeben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Brinkmann SPD: Warum habt ihr das beim Gemeindefortschrittsrecht nicht gemacht?)

Die entscheidende Frage lautet nun: Welches öffentliche Interesse an Anteilen an der EnBW besteht noch? Meine sehr verehrten Damen und Herren, so, wie sich der Strommarkt jetzt darstellt, ist der Wettbewerb – ich muss das Wort noch einmal gebrauchen – voll entbrannt. Völlig Wurst, wer in der Zukunft Eigentümer der EnBW sein wird: Sie haben sich dem Markt zu stellen, Sie müssen auf dem Markt agieren. Da können Sie nicht versuchen, neue Schutzzäune aufzubauen. Das können nur diejenigen tun, die von Marktwirtschaft nichts verstehen und die im Grunde genommen nicht wissen, wohin der Weg ordnungspolitisch eigentlich zu führen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn vorhin schon darüber philosophiert wurde, an wen am günstigsten verkauft werden sollte, sage ich: Warten Sie doch bitte noch die 14 Tage ab.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Wozu haben wir denn jemanden beauftragt – Stichwort Kleinwort Benson –, sich zu überlegen, was für das Land

Baden-Württemberg am günstigsten sei? Dann wird man abzuwägen haben. Bei jedem Partner ist sicherlich irgend etwas auszusetzen. Aber in der Summe muss es stimmen. Dann, meine ich, werden wir auch die richtige Entscheidung treffen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte um den Verkauf des EnBW-Anteils des Landes findet vor dem Hintergrund eines sich foudroyant verändernden Elektrizitätsmarkts statt. Die Umsetzung der EU-Richtlinie vom Dezember 1996 ist bisher in der Tat in aller Konsequenz nur in Deutschland erfolgt –

(Abg. Krisch REP: Hört, hört!)

in Nachbarländern noch nicht. Das verändert natürlich die Gesamtsituation, vor deren Hintergrund wir alle Entscheidungen in Bezug auf unseren Strommarkt zu berücksichtigen haben.

Der Wettbewerb, der nun eingesetzt hat, hat uns in der Tat fallende Strompreise beschert, wobei jetzt darüber gestritten wird, ob er nun gelb, grün oder blau ist.

Aber wir haben auch andere Entwicklungen zu gewärtigen, beispielsweise die, dass die Energieversorgungsunternehmen bei uns einen rigiden Personalabbau betrieben haben, betreiben mussten, weil sie durch die Trennung der verschiedenen Sparten innerhalb ihrer Unternehmen gezwungen waren, bestimmte Bereiche betriebswirtschaftlich zu überprüfen.

Wir sehen ferner den Zwang zu Fusionen, etwas, was wir beispielsweise hier im Land, in Deutschland, bei der Zusammenlegung von Veba und Viag vor Augen geführt bekommen haben.

Interessanterweise stagniert aber zugleich der Strommarkt. Wir werden weiterhin von Zuwachsraten von maximal 1 % pro Jahr auszugehen haben. Wir haben nach wie vor eine – auch mit Sicherungsüberlegungen begründete – Überkapazität im Land.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, wird ein Wachstum auf diesem Markt entweder dadurch stattfinden können, dass neue Geschäftsbereiche erschlossen werden – das betreiben die Energieversorgungsunternehmen im Bereich der Telekommunikation übrigens schon seit Jahren –, oder dass man sich gegenseitig die Kunden abjagt. Das heißt, wir werden einen reinen Preiswettbewerb erleben, bei dem auch Dumpingphänomene zunehmend eine Rolle spielen.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, das hat Folgen für die kleinen kommunalen Energieversorger, die in Zukunft wahrscheinlich nur noch eine Verteilerfunktion haben werden. Das hat Folgen für die Energieversorgungsunternehmen, die hohe Erzeugerkosten haben. Das betrifft beispielsweise den Sek-

(Dr. Schlierer)

tor der regenerativen Energien sehr stark. Das hat schließlich – dies hat der Kollege Kiel vorhin schlichtweg vergessen oder vielleicht auch unterschlagen – auch eine entscheidende Auswirkung auf die Frage der Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Der Markt, Herr Kiel, mag zwar in manchem sehr flexibel sein, aber die langfristigen Planungen, die Sie gerade im Bereich der Versorgungssicherheit auf dem Energiesektor benötigen, wird er eben nicht gewährleisten können. Insofern müssen Sie natürlich immer sagen: Die Medaille hat zwei Seiten, nicht nur die eine.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, ist nun der Verkauf des Landesanteils und möglicherweise auch des Anteils der kommunalen Anteilseigner zu bewerten. Für uns steht fest, dass dieser Verkauf die Aufgabe jeglicher energiepolitischer Einflussmöglichkeiten bedeutet.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf von den Republikanern: Sehr richtig!)

Diese Einflussnahme wäre gerade jetzt vor dem Hintergrund dieser Veränderungen notwendig, um die Arbeitsplätze zu sichern und die Versorgungssicherheit auch langfristig zu gewährleisten. Es ist übrigens eine interessante Frage, wie denn künftig Investitionen von den Energieversorgungsunternehmen getätigt werden. Es ist doch klar, dass ein Energieversorger vor dem Hintergrund der Marktöffnung eher dazu tendiert, nicht so kapitalintensive Investitionen zu tätigen, kurzfristiger zu planen. Ob das aber im Interesse von Umweltschutz, ob das im Interesse von langfristiger Versorgungssicherheit ist, steht auf einem ganz anderen Blatt Papier.

(Beifall bei den Republikanern – Zurufe von den Republikanern, u. a.: Sehr richtig! – Bravo!)

Das, meine Damen und Herren, führt uns dann zur zentralen Frage: Wie sieht es denn dann aus, wenn wir hier jemanden als neuen Partner gewinnen, beispielsweise einen Stromgiganten aus Frankreich? Das hat nichts mit nationalen Tönen zu tun, sondern mit ganz anderen Dingen, beispielsweise mit dem Energiemix in Frankreich, der anders ist als bei uns.

Was bedeutet es denn beispielsweise, Herr Kiel, wenn die EdF, die über ganz andere Anteile, etwa der Kernkraft, im Bereich der Mittellast verfügt, in der Lage sein wird, Energie besonders billig anzubieten? Das alles wird auf die Arbeitsplätze hier eine unmittelbare Auswirkung haben. Die Befürchtungen, dass der Energiestandort Baden-Württemberg durch diesen Verkauf, wie er jetzt geplant ist, gefährdet ist, sind begründet.

Im Übrigen möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen: Wenn wir jetzt schon hier in Baden-Württemberg über solche Projekte sprechen, sollten wir uns einmal die Erfahrungen im eigenen Land vor Augen führen. Ich kann mich noch gut daran erinnern, mit welchen Lobestönen man seinerzeit den Kauf von SEL durch Alcatel gepriesen hat. Da ging für manche die Sonne auf, was sich wohl im Telekommunikationssektor alles entwickeln werde. Und was war das Ergebnis, Herr Kiel?

(Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

Es gibt bei uns in der Region keinen einzigen Produktionsarbeitsplatz von SEL mehr.

Vor diesem Hintergrund sollte man sich auch einmal bewusst machen, was eine solche Partnerschaft, die langfristig natürlich auf die Mehrheit im Unternehmen angelegt ist, für uns bedeutet. Der Mehrheitsanteil ist nach wie vor unklar. Die Entwicklung ist unklar. Deswegen kann ich nur sagen: Ich halte die von Herrn Kollegen Oettinger angesprochenen Fusionen und Partnerschaften im Lande durchaus für sinnvoll. Um sie aber langfristig auch in die Wege leiten zu können, müssen wir den Einfluss in diesem Sektor behalten. In dieser Situation jetzt schnell zu verkaufen, kann nur einen einzigen Grund haben: das Geld für Wiederwahlprogramme zu gewinnen, ohne Rücksicht auf die Interessen des Landes.

(Beifall bei den Republikanern)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

**Finanzminister Stratthaus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe eigentlich eine viel aufgeregtere Debatte erwartet als das, was heute gekommen ist.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Kann ja noch kommen!)

Denn alles, was die Opposition als Ziele formuliert hat, kann ich von der Regierung her mittragen. Es sind zum allergrößten Teil genau unsere Ziele. Ich gehe darauf ein. Wir haben diese Ziele bedacht, wir haben sie durchdacht und meistens viel tiefer durchdacht, als das eine Fraktion machen kann. Es war eigentlich nur Herr Oettinger, der wirklich Vorschläge gemacht hat, die es zu bedenken gilt. Alles andere sind Dinge, die wir auch schon überlegt haben. Im Übrigen sind auch einige – –

(Abg. Birzele SPD: Ach, deshalb ist nicht überlegt, was Herr Oettinger gesagt hat?)

– Nein, Herr Oettinger hat, wie er das immer wieder macht, heute neue Ideen gebracht. Wir sind für alle neuen Ideen, die etwas bringen, immer aufgeschlossen.

(Abg. Maurer SPD: Aha!)

Es gibt übrigens auch einige Vorurteile, die immer wieder durchschimmern. Ich habe mir heute Morgen einmal eine interessante Zahl geben lassen. Die EdF, für die ich in keiner Weise Reklame machen will, war im letzten Jahr Nettoimporteur deutschen Stroms. Die EdF, um das noch einmal zu wiederholen, hat im letzten Jahr mehr Strom aus Deutschland eingeführt als Strom nach Deutschland geliefert. Den Grund kann ich Ihnen auch gleich sagen. Er lag darin, dass nicht genügend Kühlwasser für die Kernkraftwerke da war. Aber immerhin: Es werden hier mit einer Selbstverständlichkeit Dinge in die Welt gesetzt, die dann, wenn man sie nachprüft, einfach nicht stimmen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, seit Jahren wird über die Privatisierung des Anteils des Landes an den Energieversorgern gesprochen. Die Regierung und insbesondere der Ministerpräsident haben sich immer gegen eine pure Verschleude-

(Minister Stratthaus)

zung gewandt. Es wurde immer klargemacht, dass ein strategischer Verkauf erfolgen muss. Deswegen hat man zunächst einmal die EVS und das Badenwerk fusioniert, hat aber damals klargemacht, dass nach dieser Fusion ein neuer Partner gesucht wird, der der EnBW ein hilfreicher Partner sein kann.

Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, dass die EnBW, gerade um die Ziele zu erreichen, die Sie heute genannt haben, einen starken Partner braucht, der ihr, was das Know-how, die Marktdurchdringung und die Anwesenheit in anderen Märkten betrifft, mehr bringen kann als der Partner Baden-Württemberg. Selbstverständlich wird dieser neue Partner auf die Geschäftspolitik Einfluss nehmen wollen. Er wird sie aber auf keinen Fall allein bestimmen können.

Für uns ist bei diesem Verkauf deswegen ganz entscheidend:

Erstens: Welcher Partner wird die Anteile übernehmen?

Zweitens: Wie gestaltet sich das Verhältnis dieses neuen Partners zu den verbleibenden Aktionären, die ja im Grunde genommen alle kommunale Aktionäre sind?

Wir haben ein ganz klares, transparentes, für jedermann durchschaubares Veräußerungsverfahren gewählt. Wir haben eine deutsche Investmentbank, die Dresdner Kleinwort Benson, beauftragt. Diese hat nun nach der Ausschreibung dem Lenkungsausschuss einige Unternehmen, die als Käufer infrage kämen, vorgeschlagen. Der Lenkungsausschuss hat vier Bewerber ausgewählt, nämlich RWE, das Bayernwerk, ein Konsortium von VEW und dem US-Unternehmen Texas Utilities Energy Group sowie die EdF aus Frankreich.

Diese Unternehmen hatten nun in der Zwischenzeit die Möglichkeit, in der so genannten due diligence – so heißt das nun einmal – die Bücher einzusehen und die Anlagen des Unternehmens zu prüfen. Sie hatten also die Möglichkeit, sich ein klares Bild über dieses Unternehmen zu verschaffen. Meine Damen und Herren, das ist für das Unternehmen eine nicht ganz einfache Sache, denn es besteht natürlich immer die Gefahr, dass einer, der in Wirklichkeit gar kein Interesse hat, nur sehen will, wie es beim Konkurrenten aussieht. Deswegen muss man da auch äußerst vorsichtig sein.

Wir werden die endgültigen Angebote bis Mitte November haben und wollen anschließend die Einzelheiten des Verkaufs ausarbeiten. Wir hoffen, noch in diesem Jahr zu einem Abschluss zu kommen.

Das Bayernwerk hat auch Kaufinteresse gezeigt. In der Zwischenzeit hat eine Fusion stattgefunden, wie Sie wissen: Veba/Viag. Aber das Kaufangebot liegt noch vor. Es wurde bisher nicht zurückgezogen.

Meine Damen und Herren, die Ziele des Landes wurden vorhin genannt. Herr Kuhn, es ist interessant: Ihre fünf Ziele – sie wurden aber auch von der SPD genannt – sind fast identisch mit denen des Landes. Sie haben von einer Sicherung der Eigenständigkeit der Entwicklungsmöglichkeiten der EnBW gesprochen. Auch das wollen wir. Die

Frage ist aber, wie wir das erreichen können. Können wir das nur mit Verträgen erreichen, oder können wir es erreichen, wenn wir die wirtschaftliche Situation in der Zukunft einschätzen, soweit wir das können, und uns entsprechend verhalten? Jedermann, der sich mit der Sache beschäftigt, weiß, dass man davon ausgeht, in Europa werde es in Zukunft nur noch fünf Stromkonzerne geben und in Deutschland nur noch zwei: im Osten die Veba/Viag, im Westen RWE und andere.

Wir sind nun der Meinung, dass die EnBW, wenn sie sich einen vernünftigen strategischen Partner sucht, mit diesem Partner im Rücken durchaus in der Lage sein könnte, ein dritter Mitspieler zu sein.

Damit bin ich genau beim nächsten Thema. Sie werden Arbeitsplätze erhalten können, aber nicht durch Beschwörungen oder Defensive, sondern nur, wenn Sie sich im Markt offensiv verhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf)

– Nein, eben nicht wie bei Alcatel.

Einige Male ist „Sehr richtig“ bei der Feststellung gesagt worden, der Strommarkt sei kein Wachstumsmarkt. Irgendjemand hat gesagt, das Wachstum betrage nur 1 %.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Das ist richtig. Insofern sind alle Vergleiche mit der Telekommunikation falsch, weil dort zwar auch eine totale Veränderung stattgefunden hat, wir es aber dort mit einem extrem innovativen und mit einem explodierenden Markt zu tun haben. Das ist gar kein Wachstumsmarkt mehr. Dies haben wir beim Strom nicht. Deswegen muss sich jeder, der sagt, wir würden durch Fusionen Geld und Kosten sparen, auch die ehrliche Antwort geben, dass diese Kosten vor allem Personalkosten sind. Manchmal wird so leicht gesagt, da würden Kosten gespart. Das Kostensparen ist in diesem Fall Personalabbau, um das hier einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen. Es sind bestimmt keine Bleistifte und keine Schreibmaschinen, sondern es ist Personal.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Und geringere Gewinne!)

Wenn wir Überkapazitäten haben, werden Kapazitäten abgebaut werden müssen. Das wird auch der Fall sein.

Deswegen sind wir der Meinung: Wir müssen einen Partner für die EnBW suchen, damit sie ein Spieler sein kann und sich innerhalb dieses schwierigen Umfelds positiv entwickeln kann. Das ist unsere allererste Absicht, die mit dem, was Sie genannt haben, durchaus übereinstimmt.

Es ist gesagt worden: Die eigentliche Wertschöpfung – so hat es das Land genannt – muss bei der Stromerzeugung im Land bleiben. Auch dazu wieder etwas: Meine Damen und Herren, wir reden immer nur von der Stromerzeugung. Das stammt aus der Zeit der Monopole, als der Strom verteilt wurde.

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

In der Zwischenzeit wird der Strom verkauft, und daher spielen Vertrieb, Marketing und Werbung eine größere

(Minister Stratthaus)

Rolle, so wie es in der ganzen kapitalistischen Wirtschaft der Fall ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Das müssen wir auch mit aller Klarheit sehen. Beim standortpolitischen Mehrwert haben wir gehofft, dass außerhalb der Energiebranche noch etwas hinzukommt; selbst dann, wenn dies nicht käme, wäre aber allein die Tatsache, dass wir die EnBW besser positionieren, damit sie innerhalb des Marktes wachsen kann, bereits ein standortpolitischer Mehrwert.

Nun ist einige Male über den Preis gesprochen worden. Aus allem, was ich gesagt habe, wird klar, dass auch die Landesregierung den Preis natürlich nicht als einziges Kriterium sieht, sondern als eines unter mehreren, aber, meine Damen und Herren, als ein sehr wichtiges. Denn alle anderen Bedingungen, die genannt worden sind, hängen von x Imponderabilien ab. Wir werden vielleicht einen starken Preisnachlass machen, um eine Situation zu vermeiden, die wir nicht wollen, und einige Jahre später hat der sich frapierend ändernde Markt genau diese Situation herbeigeführt. Dann sind wir so nass wie vorher, aber uns fehlen die 500 Millionen DM.

Um es noch einmal klar zu sagen: Der Preis ist nicht der einzige Grund, aber ich muss als Finanzminister schon darauf hinweisen, dass es zumindest ein wichtiger Grund ist.

Diskussionen über einzelne Bewerber sind heute kaum geführt worden. Das finde ich richtig; denn ich bin der Meinung, man muss hier eine gewisse Vertraulichkeit bewahren.

Meine Damen und Herren, wenn Sie Ihr Haus verkaufen wollen und erzählen, wer es alles nicht bekommt, und außerdem erzählen, wie es angestrichen werden muss, wenn es ein anderer bekommt, dann werden Sie die Verkaufschancen für Ihr Haus nicht gerade steigern. Deswegen sollten wir selbst dann, wenn wir vor einem bestimmten Erwerber eine Abscheu haben, dies nicht so laut sagen; denn das würde natürlich die Preisangebote der anderen Erwerber eher drücken. Wir sollten, so glaube ich, schon öffentlich klarmachen, dass alle Welt die EnBW will – das ist so, und das sollten wir auch klarmachen –, und keinen von vornherein ausscheiden.

Dann ist die Sache mit den kommunalen Aktionären angesprochen worden. Das ist uns selbstverständlich ein Anliegen. Meine Damen und Herren, bereits am 8. März – noch vor Beauftragung der Investmentbank – haben wir im Finanzministerium die kommunalen Mitaktionäre zusammengeholt, und wir haben damals vorgeschlagen, die Interessen zu bündeln: entweder in Form einer Gesellschaft, in der die Anteile zusammengelegt werden, oder in Form eines Konsortialvertrages. Leider ist diese Bündelung nicht zustande gekommen.

Hier wird aber immer so getan, als ob die Kommunen nicht informiert wären. Meine Damen und Herren, das stimmt nicht. Jedes Mal, wenn der Lenkungsausschuss getagt hat, werden am gleichen Abend die kommunalen Aktionäre informiert. Sogar die kommunalen Landesverbände, die im

Grunde genommen mit der Sache direkt nichts zu tun haben, reden mit und reden sogar laut und deutlich mit.

Dass es bei den kommunalen Aktionären sehr unterschiedliche Interessen gibt, ist selbstverständlich. Ich bin dennoch der Meinung, wir sollten vom Land her – wir haben wirklich eine gewisse Pflicht, als Schutzherrn der Kommunen aufzutreten – auch die Interessen der Kommunen bedenken – dieser Meinung bin ich durchaus –, in erster Linie die des Landes, aber dann auch die der Kommunen. Wir sollten ihnen helfen, einen vernünftigen Weg zu finden, entweder als Aktionär im Unternehmen zu bleiben oder aber die Aktien so zu verkaufen, dass die Ziele, die wir vorhin genannt haben, erreicht werden.

Wir wollen, meine Damen und Herren, die Verhandlungen zügig fortführen. Wir erwarten, dass die Verhandlungen im Dezember abgeschlossen werden können.

Vielleicht noch als Letztes und ganz Wichtiges zum Prozedere: Sie wissen ja, dass diese Aktien nicht direkt im Landeshaushalt sind, sondern bei der Landesholding. Ein Verkauf aus der Landesholding bedarf der Zustimmung des Finanzausschusses, und insofern hat das Parlament durch den Finanzausschuss das letzte Wort.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal bin ich froh, dass unter den Fraktionen über die strategischen Ziele des Landes jedenfalls gewisse Übereinstimmung herrscht. Herr Stratthaus, ich finde es erstaunlich, dass Sie sagen, die neuen Aspekte von Herrn Oettinger hätten Ihnen so gefallen, weil ich mir die Frage stellen muss: In welcher Qualität wird im Lenkungsausschuss diskutiert, wenn das jetzt neue Argumente waren, die er hier eingebracht hat? Sie müssen die Frage beantworten, wie Sie das sehen.

Selbstverständlich reden wir hier nicht über die einzelnen möglichen Käufer. Aber wenn über die strategischen Ziele, die Sie benannt haben, hier Konsens besteht, dann scheiden bestimmte Anbieter meines Erachtens aus. Für mich ist es keine Frage des deutschen Stroms oder des französischen Stroms. Das finde ich völlig albern. Strom hat keine nationalen Farben. Aber es ist eine ganz entscheidende Frage, was passieren würde, wenn wir an die EdF verkaufen. Ihr Argument, dass die Franzosen im letzten Jahr mehr Strom importiert haben, widerlegt nicht die Befürchtungen, die man haben kann. Denn Sie wissen, in Frankreich gibt es massive Überkapazitäten, die die Franzosen, weil sie ihren Markt noch nicht geöffnet haben und die Reziprozitätsklausel gilt, sodass sie hier nicht hereinkommen, zum Beispiel in einzelne Stadtwerke, nicht in den baden-württembergischen Markt und den bundesdeutschen Markt bringen können.

Der entscheidende Punkt ist – und da haben Sie eine energiepolitische Verantwortung für das ganze Land –, dass Sie, wenn sie Erwerber der EnBW zu einem bestimmten Anteil sind, dies unter bestimmten Bedingungen machen könnten. Dann muss man doch die Frage stellen, ob Baden-

(Kuhn)

Württemberg noch Energiestandort wäre, weil dann nach Kostenkalkül entschieden würde, was hier abgeschaltet und was hier an neuen Kraftwerken in die Zukunft investiert wird.

Jetzt will ich das ganz bewusst nicht mit der Atomfrage vermengen, weil völlig klar ist, dass die EdF dann auch rechnen und in Baden-Württemberg Atomkraftwerke stilllegen würde, deren Stromkosten bei 7 Pfennig je Kilowatt liegen, während der französische Atomstrom 3 bis 4 Pfennig je Kilowatt kostet.

(Abg. Wieser CDU: Die legen doch Sie still, Herr Kuhn!)

Der entscheidende Punkt, um den es uns geht, sind die Zukunftsinvestitionen. Wird denn dann an diesem Standort in neue ökologische Technologien, in Gas- und Dampfkraftwerke, die Arbeitsplätze schaffen, und in regenerative Energiequellen investiert, wenn der Partner, der den Markt hat, Überkapazitäten bei sehr billigem Atomstrom hat? Dann verschlafen wir die Zukunft bei neuen Energietechnologien, die aber industriepolitisch für Baden-Württemberg wichtig sind, weil wir da forschen und auch Arbeitsplätze schaffen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Rechnen Sie doch bitte einmal das Yello-Angebot 19/19 auf die Stromgestehungskosten herunter. Wenn Sie alle Kosten zusammenrechnen, kommen Sie darauf, dass dies nur bei Stromgestehungskosten von 3,5 Pfennig funktioniert, also bei Kosten von französischem Atomstrom. Ich sage Ihnen, die Zukunft ist nicht gelber Atomstrom, sondern die Zukunft liegt, wenn man weiter denkt als heute, bei grünem Strom, also bei ökologisch und vom Klimaschutz her verantwortbarem Strom.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Finanzminister, was Sie zu den Gemeinden gesagt haben, kann ich so nicht teilen. Wenn Sie einmal in die Gemeinden gehen und mit den Verantwortlichen reden, werden Sie feststellen, dass die überhaupt keine Bemühungen zur Koordination verspüren, sondern sagen: Wir werden, auch wenn wir unseren Anteil halten wollen, weil wir von Wertsteigerungen ausgehen, weil wir das Geld jetzt nicht verbraten wollen oder aus welchen Gründen auch immer, durch das Vorgehen des Landes gezwungen, nun doch zu verkaufen, weil einige Bewerber in den nächsten Monaten noch einen hohen Preis bieten. Wenn wir in der EnBW nicht mehr das Sagen haben, werden wir preislich in einigen Jahren ganz unten liegen.

Das heißt, es entsteht ein Sog auch für die, die gar nicht verkaufen wollen, wegen der Preisschiene in Panikverkäufe zu geraten. Herr Ministerpräsident, Sie sind der Ministerpräsident des Landes und seiner Gemeinden. Ich finde, dass Sie dies zu koordinieren haben und auf einen vernünftigen Weg bringen müssen.

Wir müssen hier einmal die politischen Blockaden benennen. Ich glaube, dass man mit den Gemeinden und den Gemeindeverbänden sehr gut eine Lösung finden kann, bei der 51 % in öffentlicher Hand wären. Dann muss das Land

aber von der Maximalposition heruntergehen, zu sagen: „Wir verkaufen auf jeden Fall alles.“ So können Sie mit den Gemeinden nämlich nicht verkehren, dass Sie sagen: „Wir verkaufen alles, und ihr wahr die Interessen Baden-Württembergs über eure Anteile.“

Dann muss man auch ganz offen über Koalitionsfragen reden. Mir scheint es so, dass bei den letzten großen Streitigkeiten in der Koalition das Trostpflaster für die FDP/DVP war: Der EnBW-Anteil wird zu 25,1 % verkauft. Und davon geht die FDP/DVP nicht runter. Ich meine, dass dies geschehen muss. Auch wenn Sie noch einen weiteren Posten in Berlin oder in Bonn in der Landesvertretung dafür bekommen,

(Zuruf des Abg. Hehn CDU – Abg. Wieser CDU:  
Also noch einen Ministerialdirektor!)

kommt es das Land billiger, als wenn man hier eine falsche Lösung zulasten der Gemeinden wählt, nur weil die FDP/DVP, weil Herr Döring damals dieses Versprechen brauchte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe der  
Abg. Fleischer CDU und Pfister FDP/DVP)

– Herr Pfister, Sie können, wenn Sie das für falsch halten, ja rausgehen.

Ich habe Sie vorhin so verstanden – Herr Oettinger hat es ja zitiert, was ich auch interessant finde –, dass Sie tatsächlich eine andere Richtung vertreten, als dies bei Herrn Döring zu spüren war,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Bündelung!)

dass Sie eine Bündelung haben. Aber, Herr Pfister, Sie müssen erkennen, dass eine Bündelung nicht so aussehen kann: Das Land verkauft alles – hurra! – und freut sich über die Einnahmen, und die Gemeinden nehmen Erwin Teufel oder wem auch immer zuliebe die energiepolitische Verantwortung des Landes in Zukunft allein wahr. So geht eine Bündelung nicht. Deswegen muss die FDP/DVP in diesem Streit flexibler sein und Offenheit signalisieren, sonst können wir die strategischen Interessen, zu denen hier alle zustimmend nicken, nicht verwirklichen. Von diesem Ross müssen Sie wirklich runter.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des  
Abg. Kurz CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger. – Entschuldigung.

Bitte, Herr Abg. Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Nachdem sich Herr Kollege Oettinger nicht zu Wort gemeldet hat, will ich ihn zitieren.

(Unruhe bei der CDU)

– Du brauchst keine Sorge zu haben.

(Abg. Wieser CDU: Dann bin ich beruhigt!)

(Maurer)

Kollege Oettinger hat eigentlich meines Erachtens die Quintessenz der bisherigen Debatte zum Ausdruck gebracht, indem er gesagt hat: „Fragen über Fragen“. Ich will Ihnen schon sagen, wie ich das hier empfinde. Man sollte ruhig ein bisschen ehrlich miteinander umgehen und zugeben: Wir spielen doch alle mit verdeckten Karten.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Was hier abläuft, ist eine große Märchenstunde. Jeder weiß ganz genau, dass es mit der viel beschworenen Einigkeit in dem Moment vorbei ist, wo die Karten aufgedeckt werden müssen. So schlicht ist das. Ich habe das auch so kommen sehen. Ich weiß ehrlich gesagt aufgrund dieser Debatte nicht mehr als zuvor, aber ich habe noch ein paar Fragen mehr. Die will ich jetzt doch stellen.

Allerdings noch ein Vorwort an die Adresse des Kollegen Kiel:

Herr Kollege Kiel, die Illusion – das hat ja mit der Verkaufsfrage nur indirekt etwas zu tun –, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher ungeheuer von der Liberalisierung des Strommarkts profitieren würden,

(Abg. Kiel FDP/DVP: Ja!)

die Sie gemacht haben, sollten Sie nicht weiter verbreiten,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Warum nicht?)

und zwar deswegen, weil Sie als überzeugter Marktwirtschaftler eigentlich wissen müssten, dass funktionierende Marktmodelle eine Vielzahl von Anbietern und Konkurrenz voraussetzen. Was hier abläuft, das ist eine über wenige Jahre hinweg ruinöse Konkurrenz, bis anschließend eine Oligopolstruktur übrig sein wird. Es werden nur ganz wenige ganz Große übrig bleiben. Diese werden ihre Claims gegeneinander abstecken. Anschließend werden wir auf dem Strommarkt das Gleiche erleben, was wir auf dem Benzinmarkt und dem Mineralölsektor haben, nämlich dass die oligopolistischen Strukturen anschließend die Preise beliebig diktieren und diese erhöhen werden. Deswegen sollten Sie keine Illusionen verbreiten.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Die Menschen in Baden-Württemberg werden bei dem, was Sie hier bewirken – sollte dies nicht korrigiert werden –, zwei, drei Jahre lang einen Vorteil haben, aber anschließend werden sie gewaltig zahlen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist doch bei der Telekommunikation nicht anders!)

Das wollte ich Ihnen einfach einmal bei der Gelegenheit gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Aber jetzt zum Eigentlichen: Ich habe, nachdem ich dem Kollegen Oettinger und dem Finanzminister aufmerksam zugehört habe, nicht das Gefühl, dass die Regierungskoalition eine einheitliche Strategie verfolgt, sondern ich habe den Eindruck, dass Sie ganz verschiedene Zielsetzungen verfolgen. Das macht mir Sorge.

(Abg. Wieser CDU: Machen Sie sich doch über die SPD Sorgen!)

Das muss ich schon sagen.

(Unruhe)

Da geht es um das Interesse des Landes, um die Menschen hier und um die Beschäftigten. Ich will das schon sagen: Sie haben offensichtlich keine gemeinsame Strategie.

Herr Kollege Oettinger hat unter Bezugnahme auf die FDP/DVP hier in der Debatte gesagt, die Mehrheit dürfe nicht weggehen. Das ist eine richtige Position. Er hat das ein bisschen vorsichtig, aber schon deutlich gesagt.

Der Herr Ministerpräsident hat, wenn man den Zeitungen glauben darf, etwas ganz anderes erklärt. Er hat nämlich erklärt, dass die Mehrheitsfrage überhaupt keine Rolle spiele. Das heißt, Sie sind in einer fundamentalen Frage offensichtlich auseinander. Wenn aber eine Regierungskoalition, die die Interessen des Landes wahren soll, diese fundamentale Frage noch nicht geklärt hat, sich aber in einem offenen Prozess mit einem Anbieter befindet, der ja für den Abschluss eine Deadline hat, ist das, muss ich Ihnen sagen, ziemlich abenteuerlich. Normalerweise sollte man schon wissen, was man will, bevor man sich auf ein solches Spiel einlässt, liebe Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Wieser CDU: Tosender Beifall!)

– Ich blicke in eure nachdenklichen Gesichtlein, und das reicht mir als Bestätigung.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Haasis CDU: Manche haben ganz große Gesichter! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Seien Sie doch froh, dass wir uns Gedanken machen!)

Ein Zweites habe ich gehört, und Herr Kollege Kuhn hat darauf dankenswerterweise hingewiesen. Es war ja der größte Gag in der Märchenstunde, dass uns Herr Kollege Stratthaus mitgeteilt hat, er sei von neuen Ideen des Kollegen Oettinger überrascht worden. So habe ich Koalitionsrunden auch immer erlebt; genau so läuft es.

(Abg. Haasis CDU: Das ist aber schon lange her! Maurer erinnert sich gern an Koalitionsrunden! Lieber eine Koalitionsrunde als gar nicht dabei! – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Da teilt man sich die neuen Vorschläge im Parlament mit. Wunderbar, Herr Stratthaus. Ich bin völlig fasziniert.

Das ist natürlich keine neue Idee. Aber wir kommen zu einer anderen interessanten Frage. Herr Kollege Oettinger hat gesagt – vielleicht hat sich Herr Stratthaus darauf bezogen; da hat er, das sage ich ausdrücklich, Recht, und das sagt er schon länger –, man müsse die öffentlich-rechtlichen Strukturen, die wir in Baden-Württemberg haben, erst einmal bündeln, bevor man mit einer solchen Operation beginnt.

Ich muss Ihnen sagen, ich finde Ihre Vorgehensweise allmählich ziemlich unverantwortlich. Was soll denn bei-

(Maurer)

spielsweise aus den Neckarwerken Stuttgart werden? Diese Frage ist wirklich berechtigt. Daran scheinen Sie keinen Gedanken zu verschwenden. Sie machen einen Deal mit irgendeinem Großen, anschließend beginnt der Preiskampf in Baden-Württemberg mit den anderen Großen, und alle anderen kommen natürlich unter die Räder.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Warten Sie doch einmal ab! Nicht heulen, bevor man Schläge kriegt!)

Ich finde es schon bemerkenswert, dass es dem Stuttgarter Oberbürgermeister offensichtlich egal ist, was aus einem für seine Stadt sehr wichtigen Unternehmen wird. Aber auch Ihnen scheint es egal zu sein, und ich bin wirklich baff, wie das hier abläuft.

Es ist völlig klar, dass das Szenario so aussieht: Wenn der Deal abgeschlossen ist, egal, mit wem, beginnt anschließend der Preiskrieg, und alle mittleren Unternehmen, die nicht positioniert sind und die nicht irgendwie in die Struktur eingebracht sind, werden in die größten Schwierigkeiten kommen. Das scheint bei Ihnen überhaupt keine Rolle zu spielen. Das ist, sage ich Ihnen, verantwortungslos. Das ist schlicht verantwortungslos, und dazu will ich von Ihnen etwas hören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Das gilt aber nicht nur für die Neckarwerke Stuttgart. Das gilt auch für die Mannheimer Strukturen und für viele andere. So kann es nicht gehen. Wenn Sie verantwortungsbewusst wären, müssten Sie eine Strategie haben, und die Frage, was aus den öffentlichen Unternehmen in Baden-Württemberg wird, müsste Bestandteil dieser Strategie sein und vernünftig und befriedigend geklärt werden. Offensichtlich haben Sie eine solche Strategie nicht, und da kann ich nur sagen: So sollten Sie nicht weitermachen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal muss man wohl ein paar Totschlagargumente benennen und damit aus dem Feld schlagen.

Erstens: Wenn der Staat keine Einflussnahme mehr hat, geht alles den Bach hinunter. Was ist das für ein Verständnis von der Wirtschaft?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweitens: Die Versorgungssicherheit ist gefährdet, wenn der Staat nicht mehr dabei ist. Was ist das für ein Verständnis von der Wirtschaft?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Drittens: Wir hatten bis jetzt das Staatsmonopol, und offenbar gibt es einige wie Herrn Maurer, die meinen, ohne dieses Monopol gehe es nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Das ist doch Quatsch!)

Da werden andere Totschlagargumente gebracht, dass da etwas anderes komme.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Ich möchte darüber hinaus viertens sagen: Wenn neue Technologien, für die wir ja nun weiß Gott eintreten und für die vor allem unser Wirtschaftsminister eintritt, aufgebaut werden müssen, muss man andere Maßnahmen des Förderns und der Erleichterung des Weges anwenden und nicht etwas miteinander verknüpfen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ja, wo sind die denn?  
– Abg. Brechtken SPD: Welche?)

– Zu gegebener Zeit sage ich Ihnen das, Herr Brechtken.

(Lachen bei der SPD)

Fünftens: Warum meint man denn, für die Kommunen sprechen zu müssen? Die haben Eigenverantwortung, und die wissen sehr genau, was sie wollen. Die einen wollen dieses, und die anderen wollen jenes. Bildet euch doch nicht ein, ihr müsstet der Lehrmeister der Kommunen sein.

Und als Letztes möchte ich sagen: Wenn Bayern und Preußen es schaffen, sich in sechs Monaten zu einigen, dann können wir es doch wirklich nicht mehr verzeigen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Die verzeigen das auch noch!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will gleich auf den Kollegen Kiel eingehen. Herr Kiel, das Problem besteht darin, dass wir im Energiesektor einen Paradigmenwechsel haben: Markt statt Planung. Nun wissen Sie, dass aber gerade hier bei den Investitionen schon vom Umfang her in ganz anderen Zeiträumen geplant oder strategisch etwas angelegt werden muss, als das in der Regel der Markt zulässt.

Ich will Ihnen das jetzt einmal an einem Beispiel deutlich machen. Der Wettbewerb führt zu Investitionen mit möglichst geringen Kapitalkosten. Die Folge wird sein, dass beispielsweise die Energieversorger bei der Frage, welche Art von Kraftwerken sie künftig bauen, solche bevorzugen werden, die in der Tat geringere Kapitalkosten verursachen, beispielsweise Gaskraftwerke. Nun wissen Sie aber auch, dass bei diesen Kraftwerken die Brennstoffkosten alles andere als sicher sind. Damit sind wir wieder abhängig von Lieferanten, von denen wir den Brennstoff beziehen. Das heißt, dass wir in der Zukunft keine langfristige Sicherheit haben, insbesondere nicht im Bereich der Kosten. Deswegen ist die Aussage richtig, dass die Versorgungssicherheit hier nicht gewährleistet ist. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei den Republikanern)

Herr Kiel hört nicht zu. Er hat es nicht nötig. Er hat es auch nicht begriffen, und er wird es auch in Zukunft nicht begreifen. Das ist jetzt völlig klar.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

(Dr. Schlierer)

Ich möchte nun noch einige Bemerkungen zu Ausführungen des Herrn Finanzministers machen.

Herr Finanzminister, ich hoffe, dass Privatisierung bei uns im Land nicht bedeutet, dass man an Staatsmonopolisten verkauft. Das ist ein Widerspruch, den ich bis heute nicht aufgeklärt bekommen habe. Ich dachte immer, Privatisierung hätte ganz andere Ziele. Ich habe auch gehört, dass seitens Ihres Staatssekretärs verkündet wurde, man wolle nicht um jeden Preis privatisieren. Ich bin immer noch davon ausgegangen, dass bei einer Privatisierung auch eine echte Privatisierung stattfindet und nicht der Verkauf an ausländische Monopolisten, die noch in vollem Staatsbesitz sind.

(Beifall bei den Republikanern)

Ein weiterer Punkt: Sie haben die Einflussnahme des möglichen Partners angesprochen. Ich gebe Ihnen Recht, dass man in der sich abzeichnenden Oligopolstruktur versuchen sollte, so weit wie möglich konkurrenzfähig zu bleiben. Aber eines müssen Sie dann trotzdem erklären: Wenn beispielsweise der Herr Ministerpräsident bei irgendeiner Gelegenheit wörtlich ausführt: „Mir kommt es darauf an, dass ein baden-württembergisches Unternehmen bestehen bleibt“ und er gleichzeitig aber auch sagt, es sei überhaupt nicht wichtig, dass hier die Mehrheit bei der öffentlichen Hand bleibt, dann müssten Sie heute eigentlich hier klar und deutlich sagen, ob Sie, vergleichbar etwa mit der Fusion zwischen Veba und Viag, eine entsprechende Vereinbarung treffen wollen, wie das Herr Stoiber gemacht hat. Dort sind nämlich Festlegungen getroffen worden, die den Standort Bayern als Energiestandort festlegen. Dazu hören wir gar nichts. Ich will natürlich jetzt nicht in Ihre geheimen Verhandlungen eindringen, aber das wäre doch etwas, was wichtig wäre, gerade auch als Signal an die anderen Anteilseigner. Wird nun die Mehrheitsbeteiligung der öffentlichen Hand gewünscht oder nicht, und, wenn man glaubt, darauf verzichten zu können, welche Sicherungsmaßnahmen gibt es dann? Dazu hören wir überhaupt nichts, und das müssten Sie dem Parlament durchaus darlegen.

(Beifall bei den Republikanern)

Das hat meiner Ansicht nach überhaupt nichts mit der Frage der Verhandlungsführung mit den einzelnen möglichen Partnern zu tun.

Ich sage Ihnen bloß eines: Die Diskussion um den Preis – ich verstehe, dass ein Finanzminister möglichst viel Geld haben will, zumal der Ministerpräsident es ja für den Wahlkampf braucht – ist durchaus nachvollziehbar. Aber das Entscheidende ist – und dazu habe ich nichts gehört –, wie der Standortfaktor gesichert werden soll.

Die Unklarheiten stehen im Raum. Vor diesem Hintergrund, muss ich sagen, kann man von einem solchen Projekt eigentlich nur abraten. Das, was Sie hier machen, ist schnelle Geldschöpfung und nichts anderes. Die wirklichen, sich abzeichnenden strategischen Linien sind nicht berücksichtigt. Diesen Vorwurf haben Sie heute nicht entkräften können.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Teufel.

(Abg. Brechtken SPD: Was? Der Döring hat nichts zu sagen? Der Energieminister hat nichts zu sagen!)

**Ministerpräsident Teufel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat alle Fragen, die heute beantwortet werden können, beantwortet. Wenn ich dennoch das Wort ergreife, dann allein deshalb,

(Abg. Deuschle REP: Weil das Fernsehen läuft!)

weil ich mehrfach in Pressekonferenzen zu diesem Thema gefragt worden bin und weil ich nicht nur auf Pressekonferenzen auf die Probleme antworten möchte, sondern auch in diesem Haus.

Entscheidende Fragen können in sechs oder acht Wochen beantwortet werden, dann, wenn wir überhaupt Angebote vorliegen haben. Bis jetzt hat das Land mit keinem einzigen Bieter auch nur über einen einzigen Punkt der Angebote gesprochen, sondern bis jetzt liegt das ganze Verhandlungsmandat bei der Investmentbank, die wir beauftragt haben. Deswegen können wir sehr viele Fragen, die sich in den letzten Monaten ergeben haben und die heute auch diskutiert worden sind,

(Abg. Bebber SPD: Sie werden doch wissen, was Sie wollen!)

erst in einigen Wochen beantworten. Wir werden dann aber alle Fragen beantworten, die zu jenem Zeitpunkt beantwortet werden können. Auch dann werden noch Fragen übrig bleiben, die kein Mensch beantworten kann, nämlich die Fragen danach, wie die Energielandschaft in Baden-Württemberg, in Deutschland oder in Europa

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Fragen über Fragen!)

angesichts der rasanten Veränderungen, die wir in den letzten Wochen erlebt haben, in fünf Jahren oder in zehn Jahren aussehen wird.

Was ist Sache, meine Damen und Herren? Es handelt sich um eine ganz außerordentlich wichtige landespolitische Frage. Deswegen gehen wir auch mit der allergrößten Sorgfalt an die Lösung dieser Frage heran.

(Abg. Bebber SPD: Ihr wisst wohl nicht, was ihr wollt!)

Wir hatten in unserem Land eine unterschiedliche Versorgungsstruktur bei den Hauptunternehmen. Das Badenwerk war ein Landesunternehmen und bekanntlich zu 100 % in Landesbesitz, die EVS war ein fast ganz kommunal bestimmtes Unternehmen. Das Badenwerk wurde – das übersehen die meisten – in den letzten 30 Jahren in mehreren Schritten bereits zu mehr als 50 % privatisiert. Ich habe, als ich Ministerpräsident wurde, weitere Privatisierungsschritte abgelehnt mit der Begründung, dass ich eine Zusammenführung der großen Energieversorgungsunternehmen unseres Landes für notwendig halte und dass anschließend kein Grund mehr besteht, dass das Land an dem Energieunternehmen beteiligt bleibt. Aber bis wir die Energieunterneh-

(Ministerpräsident Teufel)

men zusammengeführt haben, habe ich allem Drängen widerstanden und keine weitere Privatisierung vorgenommen.

Jetzt haben wir erreicht, dass sich das Badenwerk und die EVS zusammengeschlossen haben, und das Land hält noch seine 25,1 % Anteile. Jetzt ist auch der richtige Zeitpunkt zu privatisieren. Wir könnten keinen günstigeren Zeitpunkt finden. Kein Zeitpunkt in den letzten Jahren wäre besser gewesen, und vermutlich wird auch keiner in den nächsten Jahren besser sein.

Nun möchte ich das aufnehmen, was Herr Maurer gegen Ende seiner Rede gesagt hat: Wir würden uns überhaupt nicht um die Neckarwerke Stuttgart kümmern, das interessiert uns nicht, und das sei doch eigentlich verantwortungslos. Lieber Herr Kollege Maurer, die Landesregierung ist seit vielen Monaten sowohl mit dem Vorstand als auch mit den Anteilseignern der Neckarwerke Stuttgart im Gespräch. Aber wir tragen solche Dinge vernünftigerweise nicht auf offenem Markt aus, weil wir ergebnisorientiert verhandeln. Sie wissen, dass die Neckarwerke Stuttgart bisher nicht bereit waren, sich an dem großen Verbund zu beteiligen. Aber auch da ist sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen. Auch da gebe ich den Anteilseignern keine Ratschläge, denn sie sind selber sachverständig genug,

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

um zu beobachten, was sich in den letzten Wochen und Monaten auf dem nationalen und internationalen Energiemarkt getan hat,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und werden dann die richtigen Entscheidungen treffen.

Wir haben – ich erwähne das, damit Sie nachher nicht hergehen und sagen, wir würden nur über Strom reden und nicht über Energie insgesamt – selbstverständlich auch Gespräche geführt und führen sie bis zum heutigen Tag über eine Abrundung der Energieaktivitäten in diesem Land insgesamt. Wir haben deshalb auch mit den Anteilseignern der GVS, die für die Gasversorgung zuständig ist, Gespräche geführt. Wir könnten uns auch eine Stärkung der baden-württembergischen Energiewirtschaft vorstellen, wenn es zu weiteren Kooperationen oder Fusionen käme.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind sich im Vorgehen beim Verkauf des Landesanteils auf Punkt und Komma einig. Wir haben jeden Schritt miteinander besprochen, und in der Lenkungsgruppe, in der auch der Vorstandsvorsitzende der EnBW vertreten ist, was ich für vernünftig halte, wurden nur einstimmige Beschlüsse gefasst. Wir werden die weiteren Schritte der Entscheidungsfindung wiederum in enger Abstimmung vornehmen und werden Ihnen am Ende dieses Jahres – plus/minus, das habe ich immer gesagt – ein Konzept vorlegen, über das wir dann hier debattieren können.

Ich habe Ihnen aber auch angeboten, Sie über die weiteren Schritte in internen Gesprächen auf dem Laufenden zu halten. Wir haben vor der Sommerpause ein solches Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden geführt, und ich habe ihnen

dabei alle Fragen beantwortet, die sie gestellt haben und die ich zu jenem Zeitpunkt beantworten konnte. Aber ich bitte um Verständnis dafür, dass wir im Interesse des Landes zum jetzigen Zeitpunkt wirklich nicht alles auf offenem Markt austragen können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich möchte nicht, dass das Land Schaden nimmt; das möchte ich ausdrücklich sagen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Hier wird so getan, als ginge es uns nur um Geld. Es geht uns aber gerade um die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Energieversorgungsunternehmens Baden-Württemberg.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Es geht uns darum, dass Wertschöpfung auch in Zukunft in diesem Land stattfindet, soweit wir darauf überhaupt Einfluss nehmen können. Es geht uns darum, dass möglichst viele Arbeitsplätze erhalten bleiben. Es geht uns darum, dass Standorte in Baden-Württemberg gesichert werden. Selbstverständlich werden wir über alle diese Punkte mit einem möglichen Erwerber unseres Landesanteils nicht nur verhandeln, sondern konkrete Abmachungen treffen. Aber wie sollen wir Ihnen – und das waren ja die Hauptfragen – dazu heute ein Ergebnis vorlegen können, wenn wir noch nicht einmal mit einem potenziellen Erwerber gesprochen haben?

(Abg. Brinkmann SPD: Kriterien können Sie aber sagen!)

Ich möchte nur eines sagen: Wem es um Arbeitsplätze geht, wem es um Wettbewerbsfähigkeit des Energieversorgungsunternehmens geht, der muss zu Veränderungen bereit sein.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Er wird nicht einfach den Status quo halten können, sondern muss offensiv an das Thema herangehen. Schauen Sie sich einmal an, was sich in Deutschland von Nord nach Süd tut.

Es geht allerdings auch – das ist vorhin einfach so beiseite gewischt worden – um wettbewerbsfähige Energiepreise. Ich habe in den letzten 20 Jahren erlebt, dass Unternehmen des Landes Baden-Württemberg ihren Sitz ins Ausland verlagert haben, dass ganze Branchen hier nicht mehr vertreten sind, und zwar ausschließlich deshalb, weil wir unwahrscheinlich hohe und nicht wettbewerbsfähige Strompreise in diesem Land hatten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Ich halte es deshalb im Interesse unserer Wirtschaft und auch im Interesse unserer Verbraucher für gut, dass durch Wettbewerb auf diesem Gebiet kostengünstigere Strompreise für unsere Wirtschaft und für die Bürger zustande kommen. Das sage ich ganz offen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Hier ist vorhin vorwurfsvoll so getan worden, als hätte man etwas Unrechtes vor, wenn man die eigenen Anteile zu einem möglichst günstigen Preis verkaufen will. Ich kann nur sagen: Im Umgang mit öffentlichen Mitteln und öffentlichem Vermögen sollte man sich genauso verhalten wie beim Umgang mit privatem Geld und seinem privaten Vermögen. Das ist für mich ein entscheidendes Kriterium. Ich möchte einmal fragen, ob jemand, der Aktien an einer AG oder Anteile an einer GmbH hätte und diese verkaufen wollte, für sich nicht einen möglichst günstigen Erlös erzielen wollte.

(Abg. Brinkmann SPD: Es sei denn, er schadete sich selbst!)

Aber selbstverständlich haben wir auch andere Ziele und Kriterien, die genannt worden sind und die wir, soweit man das überhaupt kann, auch sichern wollen.

Die beiden Energieversorgungsunternehmen unseres Landes haben in den letzten Jahren je 1 000 Arbeitsplätze abgebaut. Sie werden doch von niemandem in der Wirtschaft eine Garantie erhalten, dass es nicht zu weiteren Rationalisierungen kommt. Das hat doch mit dem Thema hier überhaupt nichts zu tun. Aber es ist doch eine bare Selbstverständlichkeit, dass wir in diesem Land, so gut wir es überhaupt können, Standortsicherung und Arbeitsplatzsicherung betreiben wollen und Wertschöpfung halten wollen.

Wir haben uns ganz bewusst auch des Rates eines externen Instituts bedient. Wir haben sehr viel Zeit für die Auswahl der Investmentbank aufgewandt. Wir haben eine Bank gewählt, die einschlägige Erfahrungen hat, die in der Energiewirtschaft bei zahlreichen Veräußerungen von Anteilen beratend tätig gewesen ist. Wir wollen den Rat dieser Investmentbank auf dem Tisch haben und Ihnen diesen natürlich auch zur Verfügung stellen. Erst dann werden wir Entscheidungen treffen. Deswegen kann es zum heutigen Tag auch nicht eine einzige Vorentscheidung geben.

Beteiligung der Gemeinden: Hier ist vorhin zu Recht gesagt worden – ich glaube, in einem Zwischenruf eines Kollegen von der FDP/DVP –, die Gemeinden würden sich ja auch nicht hineinreden lassen, wenn sie einen Anteil verkaufen. Da wäre nichts außer der Rechtsaufsicht durch das zuständige Regierungspräsidium gefragt, wenn es um ureigenes Vermögen der Gemeinden geht.

Zunächst einmal hat das Land in eigener Verantwortung über seinen Anteil von 25,1 % zu befinden. Aber dann gibt es vonseiten des Landes auch eine Mitverantwortung gegenüber den kommunalen Eignern. Diese Mitverantwortung sehen wir in vollem Umfang. Von den kommunalen Eignern werden zurzeit überhaupt keine Vorwürfe gegen das Land erhoben – Sie haben diese erfunden. Ich kann nur sagen: Die kommunale Seite ist beteiligt, alle Eignerverbände sind es. Sie bekommen am gleichen Tag die gleichen Informationen. Sie sind aber nicht nur informell beteiligt, sondern wir hören sie auch. Aber auch da können erst in sechs oder acht Wochen, wenn Angebote auf dem Tisch liegen, Entscheidungen fallen oder von uns konkrete Äußerungen gemacht werden.

Mir geht es um eine mehrfache Mitverantwortung des Landes für die Kommunen. Erstens: Für diejenigen, die ihre

Anteile behalten wollen, wollen wir möglichst durch einen strategischen Partner die Wettbewerbsfähigkeit der EnBW sichern, sodass der Wert des Unternehmens und der Wert der Anteile erhalten bleiben oder nach Möglichkeit steigen.

Zweitens: Wir wollen denjenigen Städten und Gemeinden, die verkaufen wollen, das Verkaufen auch ermöglichen, und zwar zu einem möglichst günstigen Preis oder zu einem Preis, der vergleichbar ist mit dem, den das Land Baden-Württemberg erzielt. Es ist allein die Entscheidung der Gemeinderäte, ob sie verkaufen wollen. Dabei möchte ich hinzufügen, dass der Aufsichtsrat der EnBW den Veräußerungen von Anteilen zustimmen muss. Aber das ist eine Verantwortung und Angelegenheit des Unternehmens und des Aufsichtsrats – nicht des Landtags oder der Landesregierung von Baden-Württemberg.

Wir wollen also, dass die Gemeinden ihre Anteile zu möglichst günstigen Konditionen halten können oder, wenn sie dies wollen, zu möglichst günstigen Konditionen verkaufen können.

Im Übrigen, wenn ich sage, auch wir wollten zu möglichst günstigen Konditionen verkaufen: Es ist doch von allergrößter Bedeutung, dass wir mit Vermögen, das in diesem Land in Jahren und Jahrzehnten erarbeitet worden ist, pfleglich umgehen. Deswegen habe ich mehrfach öffentlich gesagt und sage es auch heute: Wir werden dieses Vermögen nicht verplempern, sondern wir werden es noch nutzbringender für die Bürger, vor allem für die junge Generation in unserem Land anlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, eine weitere Zukunftsoffensive, auf die wir uns innerhalb der Koalition und in diesem Hause auch verständigen müssen, erstreckt sich auf fünf Jahre, nämlich auf die gesamte nächste Legislaturperiode, so wie sich die letzte Zukunftsoffensive auf die gesamte Legislaturperiode erstreckt hat. Sie hat nichts mit dem Wahlkampf zu tun.

(Zurufe von der SPD – Zuruf von den Republikanern: Rein zufällig!)

Meine Damen und Herren, ich möchte einmal wissen, was Sie uns in diesem Hause sagen würden, wenn wir die Entwicklung im Bereich der Hochtechnologien, im Bereich der Forschung und der Bildung und Ausbildung verschlafen würden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nein, dieses Land ist bis zum heutigen Tag nicht nur wettbewerbsfähig, sondern an der Spitze. Es ist die Verantwortung der Regierung und des ganzen Parlamentes, dieses Land an der Spitze zu halten. Dafür müssen wir investieren. Weil wir die Investitionen, die notwendig sind, nicht aus dem öffentlichen Haushalt aufbringen können, schieben wir Vermögen um und setzen es noch nutzbringender für dieses Land ein.

Aber wir werden nicht mehr verbrauchen, als wir für eine solche Zukunftsoffensive brauchen. Deswegen werden wir

(Ministerpräsident Teufel)

zuerst Schulden bei der Landesholding tilgen. Ich habe gerade Ihnen, Herr Kollege Maurer, immer wieder gesagt, dass die Anteile des Badenwerks schon einmal verkauft worden sind, nämlich an die Landesholding, die dies fremdfinanziert hat. Deswegen werden wir mit Erlösen zunächst einmal diese Schulden tilgen müssen. Das steht vor der Klammer.

Dann werden wir 1 Milliarde DM plus/minus für eine dritte Zukunftsoffensive für die gesamte nächste Legislaturperiode verwenden, ausschließlich für gemeinnützige Zwecke. Dann wird ein namhafter Betrag übrig bleiben. Den setzen wir so ein, dass auf Jahre und Jahrzehnte nachhaltig Nutzen gezogen werden kann. Wir wollen eine Stiftung Baden-Württemberg gründen, aus der jährlich Erträge von bis zu 100 Millionen DM von Regierung und Parlament – ich quitiere ausdrücklich das, was der Fraktionsvorsitzende Oettinger gesagt hat – in einem von uns festzulegenden Verfahren für gemeinnützige Zukunftsprojekte ausgegeben werden können. Kann man vernünftiger, verantwortlicher mit Landesvermögen umgehen, das in mehreren Generationen angespart worden ist, als wir das zu tun beabsichtigen?

Meine Damen und Herren, hier ist von Einzelnen gesagt worden, man könne nicht an die EdF verkaufen. Ich möchte Ihnen eines sagen: Bis zum heutigen Tag und bis zu dieser Stunde, nehmen Sie es mir ab, bin ich in gar keiner Weise festgelegt, wohin die Landesanteile gehen – in gar keiner Weise. Ich möchte jedem raten, sich genau so zu verhalten. Ich habe mich nur immer dagegen gewehrt, dass man ein Unternehmen nur deshalb gar nicht einbezieht, weil es ein französisches

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Staatsunternehmen!)

oder ein amerikanisches ist, denn wir haben einen europäischen Energiemarkt, und wir haben einen gemeinsamen Binnenmarkt.

Wohin man kommt, wenn man bei Privatisierungen ausländische Unternehmen ausschaltet, haben wir im letzten Amtsjahr des Ministerpräsidenten Schröder in Niedersachsen erlebt, wo Salzgitter nicht an Voest-Alpine gehen durfte, weil es sich um ein ausländisches Unternehmen handelt, aus einem Land, das zur Europäischen Union und zum Gemeinsamen Markt gehört. Dann sind die Anteile bei der NordLB geparkt worden. Dort liegen sie heute noch. Die Anteile werden wie saures Bier ausländischen Unternehmen angeboten, beispielsweise Arbed Saarstahl in Luxemburg. Das passiert in Baden-Württemberg nicht. Das möchte ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir behandeln alle gleich und legen die gleichen Maßstäbe und Kriterien an.

Jetzt noch zu der Frage, die auch eine Rolle gespielt hat, die man aber heute noch gar nicht beantworten kann, weil man nämlich nur das tun kann – und zwar aufgrund von ständigen Gesprächen, die wir mit den Kommunen führen –, was der Kollege Oettinger getan hat, nämlich einmal aufzuaddieren, was bis zum heutigen Tag an Verkaufsbisshen besteht. Nach wie vor geht es um weniger als 50 %;

es können aber morgen oder übermorgen über 50 % sein. Nun möchte ich von all denen, die sagen, man müsse den Anteil unbedingt halten, wissen, wie sie denn vermeiden wollen, dass im Jahr 1999, im Jahr 2001 oder im Jahr 2005 Mehrheitsanteile an private Unternehmen gehen, sodass mehr als 51 % nicht bei der öffentlichen Hand oder bei öffentlichen Händen liegen. Mir soll einmal gesagt werden, wie das tatsächlich geregelt werden kann. Auf diese Bemerkung habe ich nur in einer öffentlichen Diskussion einmal gesagt, als mir entgegnet worden ist, das sei dann aber kein baden-württembergisches Unternehmen mehr: Wenn ich mich recht erinnere, sind ungefähr 99,5 % der Unternehmen in unserem Land nicht von der öffentlichen Hand dominiert; das wären dann alles keine baden-württembergischen Unternehmen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Sie wären nur baden-württembergische Unternehmen, wenn sie auf Dauer wenigstens zu 51 % im Besitz der öffentlichen Hand wären. Eine solche These wird doch wohl niemand aufstellen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Daseinsvorsorge!)

Also geht es darum, Kriterien festzulegen, die uns wichtig sind, und sie bei einer Veräußerung abzusichern.

Aber das, was ich jetzt gesagt habe, ist überhaupt keine Festlegung, dass jetzt mehr als 51 % einfach weggehen könnten; denn in allen unseren Ausschreibungen – das hat übrigens niemand zur Kenntnis genommen – steht, wir wollten b i s z u 25 % verkaufen. Wir sind also innerhalb der Regierung und innerhalb des Parlaments noch absolut frei, auch in der Frage, welchen Anteil wir verkaufen. Sie sehen, wir haben die Weichen so gestellt, dass wir wirklich bis zur Stunde Kriterien, Rahmenbedingungen und Zielsetzungen festgelegt, aber noch in gar keiner Weise Entscheidungen getroffen haben. Nur, die Frage des 51%-Anteils der öffentlichen Hand gehört nicht zu den Vorgaben, die der Lenkungsausschuss den möglichen Interessenten mitgeteilt hat. Wohl aber haben wir im Lenkungsausschuss darüber diskutiert, und es wird eine ganz entscheidende Frage bei der Sichtung der Angebote sein, ob Interessenten sagen, sie wollten sofort auf 51 % kommen und machten es gar nicht anders, oder ob sie sagen, sie wollten sofort eine Fusion haben, oder ob sie sagen, sie seien bereit, sich auf Dauer oder auf eine bestimmte Frist darauf festzulegen, keine Mehrheitsbeteiligung anzustreben.

Viel wichtiger wird sein, dass ein möglicher Erwerber garantiert, dass dies ein selbstständiges Unternehmen bleibt,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Das ist der Punkt!)

dass es seinen Sitz in Baden-Württemberg hat, dass Wertschöpfung – ich sage es noch einmal – in diesem Land stattfindet und dass Arbeitsplätze in diesem Land da sind. Das werden viel wichtigere Gesichtspunkte sein als die Frage, ob es am Ende 43,5 % oder 47,2 % oder 54,0 % sind, wobei wir ja immer nur auf die 25 % Einfluss haben und im Gespräch vielleicht ratend und uns abstimmend auch noch auf ein bisschen mehr. Herr Maurer hat uns ja

(Ministerpräsident Teufel)

vorhin Verantwortung für einen Bereich, beispielsweise Neckarwerke Stuttgart, zugewiesen, wo das Land überhaupt keinen Anteil hat. Da haben wir ausschließlich Koordinierungsmöglichkeiten im Unterschied zur Fusion von Badenwerk und EVS.

Zu dem Thema „Anteile der öffentlichen Hand“ möchte ich in der Debatte doch, damit die Dinge etwas zurechtgerückt werden und nicht der Eindruck entsteht, dass wir hier in Baden-Württemberg einen Sonderweg gehen wollten, noch sagen: Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg sind die einzigen von 16 deutschen Ländern, die überhaupt noch Beteiligungen an Stromversorgern halten. Bayern zieht sich durch den Verkauf eines 10%-Anteils an der Viag weiter zurück und wird am fusionierten Unternehmen Veba/Viag nur noch mit etwa 5 % beteiligt sein. In Hamburg stehen derzeit weitere 25 % zum Verkauf. Der Normalfall in Deutschland ist also, dass Länder nicht an den Stromversorgungsunternehmen ihres Landes beteiligt sind, auch nicht das große Nordrhein-Westfalen an den RWE. Dort sind noch ganze 25,9 % in der Hand der Kommunen, aber in der Hand des Landes kein Prozent. Die kommunalen Beteiligungen und die Mehrfachstimmrechte der Kommunen sind aber kontinuierlich abgebaut worden, und der ganze Rest – also fast 75 % – ist in Nordrhein-Westfalen bei den RWE in privater Hand.

Am früheren Staatskonzern Veba, der Muttergesellschaft von Preussen Elektra, gibt es überhaupt keinen öffentlichen Aktionär mehr, also in ganz Norddeutschland, dem Versorgungsgebiet der Veba.

An den VEW – Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen – haben die Kommunen mit 56 % derzeit noch eine Mehrheit. Aber auch hier ist durch die Abschaffung von Mehrheitsstimmrechten der kommunale Einfluss reduziert worden.

Die Stadt Hamburg ist noch mit 50,2 % an den HEW beteiligt. Derzeit läuft aber das Verfahren zum Verkauf von weiteren 25 %.

Die ostdeutsche Veag ist zu 100 % im Besitz westdeutscher Energieversorger. An der Berliner Bewag ist die Stadt Berlin nicht mehr beteiligt, sondern ein fremdes Konsortium.

(Zuruf von der SPD: Wirtschaftsteil der Tageszeitung!)

– Das möchte ich einfach mal sagen, weil es ja doch interessant ist.

Vorhin ist der Eindruck erweckt worden, verantwortungslos handle, wer einen Anteil an einem Energieversorgungsunternehmen in der heutigen Zeit verkauft. Ich kann nur sagen: Verantwortungsbewusst handelt, wer den Kairos erkennt, den günstigsten Zeitpunkt für die Umschichtung von Vermögen. Ich möchte nur jedem raten, einmal täglich in der Zeitung zu lesen, was sich auf diesem Gebiet tut. Dann wird er feststellen: In diesem gigantischen Ringen um die Neuordnung der Energieversorgung in Deutschland und in Europa ist eine Fraktion des Landtags von Baden-Württemberg nur relativ eine Großmacht. Ich glaube, das muss man einmal feststellen.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Deswegen abschließend am heutigen Tag Folgendes: Wir gehen mit ganz großer Sorgfalt Schritt für Schritt vor, unter Beachtung aller Fragen, die intern kommen oder die von außen an uns herangetragen werden, unter Nutzung des ganzen Sachverständes, den wir haben und den wir durch Beratungsfirmen zusätzlich bekommen. Die Interessen des Landes Baden-Württemberg sind unsere einzige Maxime.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung haben sich die Herren Fraktionsvorsitzenden Kuhn, Maurer und Dr. Schlierer zu Wort gemeldet. – Herr Abg. Kuhn, Sie erhalten das Wort.

(Abg. Haasis CDU: Einen großen Zettel dabei!)

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nach der Rede des Ministerpräsidenten doch etwas zum Parlamentsverständnis sagen. Herr Teufel, Sie haben so getan, als könnten Sie die Fragen, die hier gestellt werden, jetzt natürlich nicht beantworten, weil Sie in Verhandlungen sind. Das ist aber nicht das Problem. Wir haben diese Debatte nicht als Fragestunde angesehen, sondern Sie sagen zu Recht, das sei eine der wesentlichen landespolitischen Entscheidungen, die jetzt getroffen werden. Dass der Landtag hier zum ersten Mal über die strategischen Optionen dieser Privatisierung debattiert, ist doch völlig logisch. Ich finde, das Ergebnis ist auch klar: Fast alle Fraktionen haben über die Kriterien geredet, nach denen sie das strategische Interesse des Landes bei dieser Frage definieren würden, und es ist eine Reihe von Übereinstimmungen herausgekommen. Die Debatte kann nicht mehr bringen, als dass Sie den Willen dieses Parlaments aus dieser Debatte entnehmen und in die Verhandlungen – oder Vertragsgestaltungen, wie auch immer – einbeziehen.

Ich will noch einmal deutlich sagen, was denn hier die Gemeinsamkeit war: Die Entscheidung, wer der zukünftige Partner der EnBW ist – oder der größere Partner der EnBW –, ist an der Frage, dass hier in Baden-Württemberg in Zukunft ein Energiestandort erhalten bleibt, in dem neue Investitionen in energiebezogene Arbeitsplätze möglich sind, auszurichten, und es ist sicherzustellen, dass dies nicht durch den Verkauf, den Sie jetzt anstreben, verhindert wird. Das ist von allen Fraktionen übereinstimmend gesagt worden. Das ist eine ganz klare Handlungsrichtlinie für Ihre Verhandlungen.

Meines Erachtens können Sie dann die verschiedenen Anbieter, die noch im Rennen sind, schon unter dieser Frage nicht mehr als gleichrangig einstufen, wenn Sie ehrlich sind, weil sie sich bezüglich der Frage, ob sie Interesse an neuen Investitionen am Energiestandort Deutschland und am Energiestandort Baden-Württemberg haben, unterschiedlich verhalten.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Das ist ganz klar. Dazu haben Sie nichts gesagt, weil Sie alle Bewerber gleichrangig im Rennen lassen wollen.

Weiter haben Sie gesagt, die Arbeitsplätze hätten direkt damit zu tun. Selbstverständlich wird bei jeder Fusion und je-

(Kuhn)

dem Erwerb weiter rationalisiert werden. Das hat den einfachen Grund, dass das Marktvolumen nicht mehr wächst, sondern es wahrscheinlich bei 1 % Steigerung oder sogar weniger verbleiben wird. Trotzdem sind die nicht alle gleich in ihren Rationalisierungsinteressen. Es ist doch logisch: Einer, der massive Überkapazitäten auf dem europäischen Markt hat, hat ein anderes Rationalisierungsinteresse bei der Stromproduktion als jemand, der eher im Mittellastbereich agiert und Interesse an einem Energieversorgungsunternehmen hat, das eher im Grundlastbereich agiert.

Auch wenn Sie dieses Kriterium aller Fraktionen ernst nehmen, wird vom Landtag zu überprüfen sein, ob Sie tatsächlich so verhandelt haben oder ob andere Interessen dominiert haben. Dabei sind die Standortfragen und die ökologischen Zukunftsfragen mit angesprochen, weil sie bei der Frage von Investitionen in neue Energiestrukturen eine Rolle spielen.

Ich habe deswegen die EdF angesprochen – im Unterschied zu Ihnen, das kann ich nachvollziehen –, weil ich glaube, dass wir über die Situation auf dem europäischen Energiemarkt und die Tatsache reden müssen, dass Sie mit einem Staatsmonopolisten verhandeln, der seinen Markt noch nicht im Sinne der Liberalisierung geöffnet hat. Wer die Kriterien ernst nimmt, der muss sagen, so geht es nicht. Wenn Sie die EdF zum Preistreiben unter den Bewerbern lassen wollen, tun Sie das; das ist Ihr Bier. Aber der Landtag hat, weil es um eine Standortentscheidung für Baden-Württemberg geht, selbstbewusst die Kriterien zu definieren, die zur Überprüfung Ihres Regierungshandelns angelegt werden müssen, wenn Sie in den Finanzausschuss kommen.

Ich will etwas zu der Liberalisierung des Energiemarktes sagen. Ich glaube, dass sie von Rexrodt zu schnell gemacht wurde, weil ein Gleichklang mit den anderen Ländern in Europa notwendig gewesen wäre. Die Franzosen haben im Prinzip bis zum Jahr 2006 Zeit, ihren Markt zu öffnen. Das muss man sich einmal überlegen. Das hat nichts mit Nationalismus zu tun, sondern das hat mit dem Gemeinsamen Europäischen Markt zu tun. Da hätte man vorsichtiger sein müssen.

Aber die Liberalisierung in Deutschland ist gemacht worden, Herr Kiel. Wir vertreten die Ansicht, dass sie so bleiben wird. Jetzt dagegen anzugehen wäre völlig absurd, das geht nicht. Sie müssen aber in bestimmten Bereichen, wie jetzt bei den Stadtwerken, die Frage stellen, ob sie bestehen können oder nicht. Die Antwort ist ganz einfach: Diejenigen, die keine Eigenproduktion haben, können selbstverständlich bestehen, wenn sie beweglich sind, weil sie kaufen können, was und wo sie wollen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das sind aber die wenigsten!)

Diejenigen, die positiv in die Eigenerzeugung gegangen sind, zum Beispiel weil sie Kraft-Wärme-Kopplung eingesetzt haben, muss man jetzt natürlich schützen.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Die müsst ihr aber doch nicht zusätzlich besteuern! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das sind sehr wenige, 50 in ganz Deutschland!)

– Langsam. Sie sind bis zu einer bestimmten Größenordnung von der Ökosteuer ausgenommen worden, wie Sie vielleicht wissen sollten.

(Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

– Jetzt hören Sie einmal zu, Herr Kiel. In Ihrem Alter sollten Sie ganz ruhig bleiben.

(Heiterkeit)

Der entscheidende Punkt ist, dass die Kraft-Wärme-Kopplung bei jedem Stromanbieter immer geschützt werden muss. Deswegen haben wir auf Bundesebene den Vorschlag gemacht, dass es eine Quote gibt und jeder, der Strom anbietet, einen bestimmten Anteil durch Kraft-Wärme-Kopplung erzeugten Strom anbieten oder auf der Amsterdamer Strombörse zukaufen muss.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Herr Kiel, um das einmal im Privatissimum für Sie zu beantworten.

Herr Teufel, eine Frage interessiert mich noch. Sie sagen locker, die Interessen des Landes hätten Vorrang – ich verstehe, dass Sie das als Ministerpräsident sagen müssen –, und es gebe kein Verfahren zu einem koordinierten Vorgehen. Das möchte ich bezweifeln. Wie Sie wissen, hat man den Versuch gemacht, die Gemeinden per Vertrag zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Das haben sie zu einem frühen Zeitpunkt nicht gewollt. Herr Pfister, Sie haben das gesagt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt nicht!)

Die Frage ist aber, wie es jetzt, zu einem anderen Zeitpunkt, aussieht. Das ist der Punkt, an dem Sie sich vorbeimogeln. Denn viele Gemeinden, die ihre Anteile halten wollen, kommen in den Druck: Wir sind jetzt doch zum Verkauf gezwungen, weil wir möglicherweise nachher, wenn das Ganze in eine bestimmte Richtung rutscht, wenn am Standort Baden-Württemberg nicht mehr genügend Strom produziert wird, Wertminderungen in Kauf nehmen müssten.

Ich glaube, dass politische Führung eines Ministerpräsidenten in einem Land mit selbstbewussten, aber auch mit am Land Baden-Württemberg interessierten Gemeinden schon heißt, dass Sie dies bündeln. Sie sollten diesen Versuch jetzt erneut machen, denn es ist schon ein Unterschied, ob man in der ersten Stufe über 51 % liegt oder nicht. Wenn Sie darunter liegen, möchte ich im Landtag die Verträge sehen, die diese Kriterien, die wir hier in die Diskussion eingebracht haben, absichern. Es ist doch klar, dass Sie dann eine höhere Anforderung an Präzision, die Reichweite und die Gestaltungskraft dieser Verträge haben, als wenn Sie beim Land insgesamt eine Mehrheit haben.

Deswegen glaube ich, dass in der Debatte für die Verhandlungen klare Punkte genannt wurden. Das Parlament denkt sehr stark daran, dass hier in der Zukunft ein Energiestandort sein wird. Es verachtet nicht die Frage, dass man hohe Erlöse erzielen sollte. Das haben Sie etwas überdramatisiert; denn anderes hat niemand gesagt. Aber Sie haben die

(Kuhn)

Verantwortung in den Verhandlungen, dass Baden-Württemberg als Standort der Energieproduktion erhalten bleibt.

In diesem Sinne wünsche ich gute Verrichtungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön, Herr Ministerpräsident, Sie erhalten das Wort.

**Ministerpräsident Teufel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In aller Kürze ein paar Bemerkungen.

Sie sagten, die Debatte habe gezeigt, dass man sich in den wesentlichen Zielen einig sei. Dazu kann ich nur sagen: Das ist, da wir übereinstimmen, eine Bestätigung dessen, was die Regierung in den letzten Monaten erarbeitet und in der Lenkungsgruppe vertreten hat.

Zweitens sagten Sie, es sei schwierig, einen Partner zu wählen, der eine massive Überkapazität habe. Herr Kollege Kuhn, damit legen Sie sich bereits gegen einen Partner fest, während ich mich für keinen und gegen keinen festlege. Das ist der Unterschied. Wir sind in einem offenen Verfahren. Sie kennen überhaupt nicht die Angebote, Sie kennen überhaupt nicht die Bindungen, die ein möglicher Partner einzugehen bereit ist, aber Sie legen sich bereits im Voraus fest. Das halte ich für grundfalsch.

Sie sagen weiter, Frankreich öffne seinen Markt nicht. Frankreich ist an das gleiche EU-Recht gebunden

(Abg. Krisch REP: Hält sich aber nicht daran!)

und wird sich mittelfristig ganz genauso öffnen. Das hat aber mit unserem Thema nur bedingt zu tun.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Tatsache ist, dass jeder europäische Stromunternehmer auf dem deutschen Markt auftreten kann und auch auftritt. Auch die EdF ist nicht zwingend darauf angewiesen, sich beispielsweise an der EnBW zu beteiligen, um in den deutschen Markt zu gehen. Ich glaube, dass Sie, wenn Sie eine Marktsicherung betreiben wollten, falsch lägen. Und ich sage Ihnen auch: Wenn Sie die EdF auf dem deutschen Markt verhindern wollen, so reicht auch dazu Ihr Arm nicht aus; denn wir haben in Europa einen offenen Strommarkt.

Sie haben auch das Thema Stadtwerke angesprochen. Mir ist es ganz wichtig, hier noch zu sagen: Bei den Stadtwerken wird sich unglaublich viel verändern. Davon bin ich überzeugt. Aber es wird sich viel durch die Liberalisierung des Strommarkts verändern und doch nicht dadurch, dass das Land Baden-Württemberg 25 % Anteil an der EnBW verkaufen will. Bitte vermischen Sie doch diese beiden Dinge nicht. Ich möchte mir nicht in drei oder vier Jahren, wenn etwa Entwicklungen bei Stadtwerken eintreten, Entwicklungen, die ich so wenig wünsche wie Sie, vorwerfen lassen, das hänge damit zusammen, dass wir unseren Anteil an der EnBW verkauft hätten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: 25 % verkaufen!)

Wenn Sie da anderer Meinung wären, müssten Sie es sagen. Ich sage: Beides hat wirklich nichts miteinander zu tun.

Es wurde auch behauptet, ich hätte locker gesagt, die Interessen des Landes hätten Vorrang.

(Abg. Deuschle REP: Das kann man nicht so einfach sagen wie Sie!)

Das ist eine klare Verdrehung dessen, was ich vorhin gesagt habe. Ich habe von der Mitverantwortung für die Kommunen gesprochen, und zwar in zweifacher Hinsicht, und ich trage dieser Mitverantwortung Rechnung. Deswegen sind die Kommunen auch beteiligt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das lesen wir mal im Protokoll nach!)

Ich werde auch jeden Schritt mit der kommunalen Seite abstimmen.

Übrigens haben wir auch dem Wunsch der kommunalen Landesverbände entsprochen und den Präsidenten des Städtetags in die Arbeitsgruppe aufgenommen, obwohl man dazu durchaus unterschiedliche Auffassungen haben kann, denn die Gemeinden, die Anteilseigner sind, können ihre Interessen selber am besten vertreten. Uns geht es darum, auch in engster Abstimmung mit den Kommunen in unserem Land die weiteren Schritte zu tun.

Einen Punkt verstehe ich nun überhaupt nicht, und den muss ich Ihnen auch vorhalten: Sie sagen, der Partner, den Sie nicht wollen, nämlich das französische Unternehmen EdF, könnte bei uns wegen möglicher Überkapazitäten Standorte schließen. Der Herr Finanzminister hat vorhin darauf hingewiesen, dass Frankreich mehr Strom aus Deutschland importiert als hierher exportiert hat.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das liegt am Kühlwasser im Sommer!)

Im Grunde ist das schon das Gegenargument.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein, das ist es nicht!)

Aber wenn ausgerechnet von Ihnen, Herr Kuhn, das Argument kommt,

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

der Partner EdF könnte, wenn wir uns denn überhaupt für ihn entscheiden würden, unter Umständen Standorte bei uns schließen, kommt das von der gleichen Seite, die sich auf Bundesebene mit letzter Inbrunst darum bemüht, dass noch in dieser Legislaturperiode Standorte in Baden-Württemberg geschlossen werden,

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das sind bittere Wahrheiten, Herr Kuhn!)

nämlich als symbolischer Akt wenigstens ein Kernkraftwerk, und zwar das älteste, das Kernkraftwerk Obrigheim. Jetzt aber drücken Sie die Befürchtung aus, dass Standorte geschlossen werden. Was ist das für eine Doppelzüngigkeit? Das muss ich doch einmal festhalten.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Ministerpräsident – –

**Ministerpräsident Teufel:** Ich kann nur sagen: Wir stehen zu Obrigheim, und wir werden sicherstellen, dass Obrigheim bei einem Erwerb des Landesanteils kein Jahr früher geschlossen wird, als dies aus Sachgründen und Sicherheitsgründen geboten ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn Sie sich dem anschließen,

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Dann sind wir uns einig!)

brauchen Sie keine Angst um die Standortsicherung in Baden-Württemberg zu haben.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Ministerpräsident, Herr Abg. Kuhn wollte noch eine Zwischenfrage stellen.

**Ministerpräsident Teufel:** Aber gern.

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Ministerpräsident, nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir – das ist der Unterschied, und deswegen zieht da Ihre Argumentation nicht – sagen: Wenn ein Kraftwerk wie Obrigheim in Baden-Württemberg aus Sicherheitsgründen stillgelegt wird, dann soll – in diesem Fall am gleichen Standort – in ein modernes Gas- und Dampfturbinenkraftwerk investiert werden. Das heißt, wir wollen den Standort, was die Arbeitskräfte und die Versorgungssicherheit angeht, auf jeden Fall erhalten.

Ich sage nur Folgendes.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Oh, jetzt eiern Sie aber!)

– Das kann man doch klären.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Herr Kuhn, Sie gehen von zu vielen Prämissen aus, die nicht der Wirklichkeit entsprechen!)

Wenn die EdF Obrigheim stilllegt, weil sie selber einen billigeren Atomstrom hat, wird sie dafür nicht am gleichen Standort investieren. Ich persönlich sage Ihnen auch: So vergnüglich ist es nicht, wenn wir dann mit französischem Atomstrom beliefert werden. Es geht also um die Zukunft der Investitionen in Baden-Württemberg.

**Ministerpräsident Teufel:** Ich kann Ihnen nur sagen, dass Obrigheim nicht aus Sicherheitsgründen geschlossen werden muss.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das werden wir sehen!)

In dieses Kraftwerk ist in den letzten Jahren für die Sicherheit mehr investiert worden, als der Bau des Kraftwerks gekostet hat. Deswegen halten wir am Standort Obrigheim fest und sichern so am besten die Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Maurer.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Jetzt kommen wieder staatsmännische Ausführungen!)

**Abg. Maurer SPD:** Was habt ihr denn?

Herr Kollege Kuhn, ich weiß nicht, ob es sehr sinnvoll und taktisch klug ist, hier eine Debatte pro oder anti EdF zu führen. Sie haben das vielleicht eben gerade ein bisschen gemerkt. Aber ich will mich jetzt noch ganz kurz in zwei Punkten an Sie wenden, Herr Teufel.

Erstens: Der Herr Ministerpräsident hat – insofern hat die Diskussion schon einen Ertrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU – hier erklärt, dass er sich – so habe ich es verstanden – durchaus einen Mehrheitsaktionär außerhalb Baden-Württembergs vorstellen kann. Das war ganz klar.

(Ministerpräsident Teufel: Das ist doch unglaublich! Kein Wort davon habe ich gesagt!)

– Ich kann es Ihnen aus dem Protokoll vorlesen. Sie haben hier, wenn Sie auch wortreich darum herumgeredet haben, gesagt – ich zitiere Sie –: Und wenn es denn 54 % sind, dann sind es halt 54 %. Das können Sie im Protokoll nachlesen. Das haben Sie gesagt.

Das ist doch etwas, was ich bemerkenswert finde, denn das ist – ich brauche das niemandem zu erzählen – eine strategische Grundfrage. Das fängt beim Preis an. Es ist von entscheidender Bedeutung, ob ein Käufer eine Sperrminorität – das ist die erste Preisschwelle – oder gar die Mehrheit des Unternehmens erwerben kann. Dafür gibt es noch einmal einen gewaltigen Zuschlag; das wissen wir ja.

Diese Frage, lieber Herr Ministerpräsident, haben Sie so beantwortet, dass Sie gesagt haben: Wenn es dann am Ende 54 % werden, ist es auch nicht so schlimm. Dolus eventualis nennen das die Juristen. Sie haben das billigend in Kauf genommen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sie wissen ganz genau, dass das unter die Bedingung einer klaren Absicherung der Stimmenmehrheit gestellt ist! Das hat mit der Anteilsmehrheit gar nichts zu tun!)

– Ja, ja. Ich bin Jurist, und ich sage Ihnen: Sie können Verträge mit den tollsten Klauseln schließen; die Frage, wer in einem Unternehmen am Ende mehrheitlich das Sagen hat, ist die entscheidende Frage. Das wissen Sie doch auch, und deswegen haben Sie doch bisher auch eine andere Position eingenommen. Ihr Fraktionsvorsitzender und der Kollege Pfister und die FDP/DVP haben bisher auch noch eine andere Position eingenommen, aber bei der FDP/DVP ist die Halbwertszeit von Positionsveränderungen sehr kurz.

(Abg. Haas CDU: Aber nicht so kurz wie bei der SPD! – Zurufe der Abg. Dr. Glück und Kiel FDP/DVP)

Deswegen nehme ich das nicht sehr ernst. – So ist es doch.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sagen Sie mal etwas Neues!)

(Maurer)

Deswegen ist der wesentliche Ertrag dieser Debatte – und das muss man dann auch ernst nehmen –: Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg wird den Verkauf an der Tatsache, dass der Erwerber die Mehrheit des Unternehmens bekommt, nicht scheitern lassen. Es sei denn, der Ministerpräsident dementiert das. Sie können es ja gleich anschließend wieder dementieren. Aber so haben Sie sich glasklar geäußert.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Teufel:  
Zum Lachen!)

– Dann sagen Sie etwas anderes. Ich lese Ihnen gern das Protokoll vor. Wir haben heute Nachmittag noch genügend Zeit. Wortwörtlich: „Und wenn es dann 54 % sind, ist das so wichtig?“ Wörtlich Erwin Teufel.

(Abg. Haas CDU: Haben Sie noch etwas anderes zu sagen?)

– Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Ich werfe doch Herrn Teufel nicht vor, dass er bestimmte Fragen nicht beantworten kann. Ich werfe ihm noch nicht einmal vor, dass er bestimmte Fragen nicht beantworten will.

(Abg. Haas CDU: Die Bürger draußen sehen es anders! So verliert man Wahlen!)

Natürlich ist es das Recht von Regierungen, manche Fragen nicht beantworten zu wollen, so wie es das Recht der Opposition ist, solche Fragen zu stellen, auch wenn die Regierung nicht antwortet. Aber die Frage, ob am Ende der Erwerber die Mehrheit dieses Unternehmens haben soll, ist keine Frage, die etwas mit Angeboten oder dergleichen zu tun hat.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Doch!)

Das hat nichts mit Ihrem Prozess zu tun, sondern das ist eine strategische Grundentscheidung, die ich treffen muss, bevor ich mich überhaupt auf eine solche Reise begeben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben hier einen merkwürdigen neuen Verantwortungsbegriff geschaffen. Bei der Frage Stuttgart und Mannheim und andere haben Sie hier gesagt: „Das gehört uns ja nicht; da haben wir eigentlich gar keine Verantwortung.“ Das ist ja ganz merkwürdig. Das können Sie auch im Protokoll nachlesen. Ich sage Ihnen: Wir haben natürlich alle die Verantwortung für die Frage, welche strukturpolitischen Auswirkungen davon ausgehen. Als Ministerpräsident haben Sie die Verantwortung für Arbeitsplätze und für Wertschöpfung. Dazu gehört, dass Sie natürlich nicht sagen können: Ich habe ein Kriterium, dass ich da, wo ich selber Anteile verkaufe, mich darum kümmere, was mit der Wertschöpfung und mit den Arbeitsplätzen geschieht; aber bei denen, die dann indirekt davon betroffen sind, habe ich keine Verantwortung. Diese Position ist nicht haltbar. Sie haben für die Zukunft dieser Unternehmen als Ministerpräsident exakt dieselbe Verantwortung wie für das Unternehmen, von dem Sie Anteile verkaufen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Teufel.

**Ministerpräsident Teufel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fange mit dem zweiten Punkt an. Ich habe hier dargestellt, dass ich auch eine Verantwortung für die Energieversorgungsunternehmen sehe, an denen wir nicht beteiligt sind. Deswegen sind wir seit vielen Monaten mit denen im Gespräch, wie ich gesagt habe.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Wäre ich mit denen im Gespräch, wenn ich keine Verantwortung empfinden würde? Wir verhandeln zielgerichtet weiter in der Hoffnung, dass sich die Position, wie sie sich bisher abgezeichnet hat, in den nächsten Monaten aufgrund der Ereignisse, die sich außerhalb unserer Grenzen mit Wirkungen auf unser eigenes Versorgungsgebiet vollzogen haben, vielleicht doch verändert.

(Abg. Maurer SPD: Was immer das heißen mag!)

Jetzt zum Ersten: Es ist schon unglaublich,

(Abg. Kiel FDP/DVP: Wie einem das Wort im Mund umgedreht wird!)

wie einem da Positionen unterstellt werden, die ich mit Sicherheit nicht habe. Hätte ich mich eigentlich jahrelang darum bemühen müssen, dass das Badenwerk und die EVS zusammenkommen, wenn wir der Meinung wären, dass auch 51 % an ein anderes großes Energieversorgungsunternehmen in Deutschland oder in Europa gehen können? Ich kann nur sagen: Für mich wird es ein entscheidendes Kriterium beim Verkauf sein, ob einer, an den wir unseren Anteil verkaufen, die Bedingung einer Fusion stellt oder ob er die Bedingung stellt: „Ich will Mehrheitsaktionär werden.“ Das wird für mich ein entscheidendes Kriterium sein.

Wenn ich davon gesprochen habe, dass wir vor allem mittel- und langfristig betrachtet bisher keinen Einfluss darauf haben, wie die Eigentumsverhältnisse an einem solchen Unternehmen in 10 oder 20 Jahren aussehen werden,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

dann heißt das überhaupt nicht, dass ich mich nicht jetzt in der Verantwortung für den Zeitraum sehe, der überschaubar ist und den wir gestalterisch beeinflussen können.

Wenn ich davon gesprochen habe, dass im Ergebnis 34 % oder 47 %, wie ich gesagt habe, oder 54 % herauskommen können, dann können Sie daraus eben gerade nicht schließen, dass ich der Meinung bin, dass ein Anteilseigner jetzt auf 54 % kommen sollte oder kommen könne. Wenn Sie sich ein kleines bisschen mit dem Thema beschäftigen, dann gehört nicht viel zu der Erkenntnis, dass, wenn wir einen strategischen Partner, aber keinen Mehrheitsaktionär suchen, dieser dann 25 % oder 30 % haben kann, dass aber, wenn mehr verkauft wird – deswegen sind wir doch im ständigen Gespräch und in der Abstimmung mit den Kommunen –, andere zum Zug kommen. Wir haben beispielsweise Interessenten, die an 9 % und nicht an den 25 % interessiert sind.

Ich möchte jetzt nicht weiter ins Detail gehen, sondern nur sagen: Wenn privatisiert wird und wenn verkauft wird,

(Ministerpräsident Teufel)

dann heißt das doch nicht, dass alles, was vonseiten des Landes und der verkaufswilligen Städte und Gemeinden zusammenkommt, an einen geht. Für mich ist dies im Gegenteil ein ganz zentrales Kriterium,

(Abg. Brinkmann SPD: Ich denke, Sie wollen einen starken Partner!)

nicht aber die Frage, ob die öffentliche Hand mehrheitlich an einem Energieversorgungsunternehmen beteiligt ist oder nicht. Das habe ich auch zum Ausdruck gebracht.

Ich bin dankbar, dass ich das noch einmal klarstellen konnte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es gibt doch noch einige Punkte, die klärungsbedürftig sind. Ich will mir aber eine Vorbemerkung gestatten. Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin davon gesprochen, jetzt sei der rechte Augenblick, der Kairos zum Verkauf. Sie haben aber auch eingangs ausgeführt, man könne angesichts des rapiden Wandels im Energiesektor eigentlich gar nicht genau voraussagen, wie die Strukturen denn morgen oder übermorgen aussehen. Ich kann nur eines sagen: Wenn Sie das heute gar nicht genau abschätzen können, dann können Sie heute auch gar nicht festlegen, dass der Kairos da ist. Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist eine *Contradictio in se* und nichts anderes.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Der richtige Zeitpunkt für die Wahl!)

Nun aber zu den Punkten. Zu der Frage, wie denn nun mit den kommunalen Anteilseignern umzugehen ist, haben Sie gesagt, dass die Entscheidung über den Verkauf von Anteilen bei den Kommunen liegt. Das ist richtig. Sie wollen den Kommunen die Entscheidung jetzt natürlich auch offen halten; sie sollen verkaufen können, und zwar zu möglichst gutem Preis. Die Frage ist doch nur: Mit welcher Konsequenz? Die Frage der Mehrheitsbeteiligung bei der öffentlichen Hand, ja oder nein, ist ja eine Frage der Standort-sicherung; ich hoffe, dass wir darin übereinstimmen. Es wäre gut, Sie würden heute hintreten und uns wenigstens insofern einmal Klarheit verschaffen, wie Sie denn im Falle einer Mehrheitsbeteiligung irgendeines möglichen strategischen Partners diese Standort-sicherung sicherstellen wollen.

Was ich bisher vermisse, ist eine klare Aussage darüber, wie Sie das nachher machen wollen. Da wären schon auch in der jetzigen Diskussion die Kriterien für uns wichtig. Sie wären übrigens auch deswegen wichtig, weil das für die Kommunen natürlich eine gewisse Vorgabe bedeuten würde. Tun wir doch nicht so: Der ganze Prozess ist doch durch die Verkaufsabsicht der Landesregierung in Gang gesetzt worden. Es ist doch klar, dass sich die Kommunen selbstverständlich an der Landesregierung zu orientieren versuchen. Deswegen geben Sie den Takt vor, nicht die Kommunen. Deswegen müssen sie auch eine gewisse Klarheit haben.

Sie haben gerade davon gesprochen, es gebe die Möglichkeit der Fusion oder eines Mehrheitsaktionärs. Je nachdem, welche Möglichkeit später realisiert wird, wären auch unterschiedliche Konsequenzen hinsichtlich der Standort-sicherung zu ziehen. Ich frage mich, Herr Ministerpräsident, wie Sie das dann machen. Wollen Sie eine Grund-satzvereinbarung abschließen, wie Herr Stoiber es bei der Fusion von Viag und Veba geschafft hat?

Als Nächstes frage ich mich, wie Sie das mit diesem möglichen Partner machen wollen, wenn Sie die verschiedenen Möglichkeiten noch im Spiel halten wollen. Ich sage Ihnen eines voraus: Sie werden mit der EdF mit Sicherheit keine solche Vereinbarung schließen können, wie sie bei der Fusion von Viag und Veba möglich war. Ich bin übrigens der Überzeugung, dass wir bei solchen Verträgen, wenn sie denn geschlossen würden, kaum die Möglichkeit hätten, sie langfristig tatsächlich durchzusetzen.

Spätestens an dieser Stelle, Herr Ministerpräsident, komme ich auch zur Frage des günstigen Preises. Es wird niemanden in diesem Haus geben, der nicht sagen würde: Wir verkaufen zum günstigsten Preis. Aber was ist günstig? Immerhin müssen wir bei diesem Verkauf auch die Folgekosten einrechnen. Was ist daran günstig, wenn ich im Moment eine Menge Geld habe, wenn ich aber später die Probleme am Hals habe, bei denen das Land dann wieder mit in Haftung genommen wird?

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist die Rechnung, die Sie aufstellen müssen. Das ist die Abwägung, die sicherlich Unbekannte hat und gewisse Unwägbarkeiten enthält.

Für mich ist heute deutlich geworden, dass es hier bei Ihnen noch keine Klarheit gibt. Ich will gar nichts über die Details wissen, wobei es übrigens Dinge gibt, die längst in der Presse gestanden haben, zum Beispiel, wer an den 9 % interessiert ist.

Was ich heute wissen möchte, ist, wie es später tatsächlich zu einer echten Sicherung der Punkte kommt, die von allen Fraktionen als *Essentialia* für unverzichtbar erachtet wurden. Ich habe den Eindruck, dass eben doch im Vordergrund steht, diesen Verkauf möglichst schnell über die Bühne zu bringen, um das Geld zur Verfügung zu haben, anstatt sich klarzumachen, dass alle Erfahrungen der Vergangenheit – ich sage einmal: in parallelen Vorgängen – eines gelehrt haben: dass man bei einer solchen Aktion gar nicht vorsichtig genug sein kann, wenn man daran interessiert ist, in einem Schlüsselbereich – das ist ja nicht nur ein industriepolitisches Thema, sondern der Energiesektor ist, wie es vorhin formuliert wurde, sozusagen die Großbaustelle in der Landespolitik – genau solche Sicherungsmomente einzubauen. Das fängt bereits bei der Auswahl der möglichen Partner für die Zukunft an.

Deswegen ist diese heutige Debatte für mich unbefriedigend gewesen. Ich habe nicht verlangt, irgendein Ergebnis von Ihnen zu hören. Aber ich hätte gerne Klarheit gehabt.

Eine Unklarheit besteht übrigens immer noch in dem nicht aufgelösten Widerspruch zwischen den Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der CDU und des Ministerpräsidenten

(Dr. Schlierer)

ten. Das ist auch heute nicht ausgeräumt worden. Herr Oettinger hat dazu – sage ich einmal – viel sagend geschwiegen. Wie ist es mit der Mehrheitsbeteiligung der öffentlichen Hand? Solange diese Unsicherheiten im Raum stehen, kann ich die Kommunen schon verstehen, dass sie in ihrer jetzigen Position nicht wissen, was sie machen sollen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Punkt 2 der Tagesordnung ist damit beendet.

Ich unterbreche die Sitzung bis 13:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:43 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:45 Uhr)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, die Türen zu schließen und Platz zu nehmen. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Da die Fragestunde nach der Geschäftsordnung im Anschluss an die Mittagspause stattfindet, wird Punkt 3 der Tagesordnung aufgrund des bisherigen Debattenverlaufs als vierter Punkt und Punkt 4 der Tagesordnung – Fragestunde – als dritter Punkt behandelt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 12/4418**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Christine Rudolf SPD – Touristische Hinweisschilder

Frau Abg. Rudolf, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage lautet wie folgt:

- a) Ist die Landesregierung grundsätzlich bereit, in Abwägung mit Interessen der Verkehrssicherheit dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen, die mit dem Instrument der Autobahnbeschilderung anscheinend deutlich weniger restriktiv umgehen als unser Bundesland und auf diesem Wege erfolgreich auf ihre touristischen „Schokoladenseiten“ aufmerksam machen?
- b) Warum sind kaum nachvollziehbare Ausnahmen von dieser restriktiven baden-württembergischen Praxis möglich, wie zum Beispiel im Zuge der A 81 (Bodenseeautobahn), wo auf die „Historische Altstadt Rottweil“ hingewiesen wird, und trifft es zu, dass der Stadt Besigheim ein entsprechendes Hinweisschild verweigert wird, obwohl die Gemarkung Ottmarsheim direkt an der Bundesautobahn verläuft und Ottmarsheim seit 27 Jahren ein Stadtteil von Besigheim ist?

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort erhält der Herr Staatssekretär im Ministerium für Umwelt und Verkehr Mappus.

**Staatssekretär Mappus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage der Abg. Christine Rudolf SPD wie folgt:

Zu a: Da die Länder für den Vollzug der Straßenverkehrsordnung zuständig sind, liegen dem Ministerium für Umwelt und Verkehr Informationen über Anzahl und Auswahl touristischer Hinweiszeichen aus den anderen Bundesländern nicht vor.

Nach § 42 Abs. 7 der Straßenverkehrsordnung dient Zeichen 386 an Autobahnen der Unterrichtung über Landschaften und Sehenswürdigkeiten. Die mit Zustimmung des Bundesrats erlassene allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung schreibt vor, dass touristische Hinweiszeichen nur äußerst sparsam aufgestellt werden dürfen. Inhalt der Unterrichtungstafeln sollen bevorzugt Landschaften oder von der Autobahn aus sichtbare bedeutende Kultur- oder Baudenkmäler sein.

Untereinander sollen die braun-weißen Tafeln in der Regel keinen geringeren Abstand als 20 Kilometer haben. Nur im Ausnahmefall kann auf eine Sehenswürdigkeit von hohem Bekanntheitsgrad oder besonderem touristischem Rang hingewiesen werden, auch wenn sie nicht von der Autobahn aus sichtbar ist. Sie muss dann aber in unmittelbarer Nähe der Autobahn liegen. Die Unterrichtungstafeln dürfen den Kraftfahrer nicht von seiner Fahraufgabe ablenken.

Die Regierungspräsidien sind gehalten, auch künftig unter Berücksichtigung dieses Regelwerks die verkehrsrechtlichen Anordnungen zur Aufstellung der touristischen Hinweise mit Zustimmung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr zu erlassen.

Bundesweit hält Baden-Württemberg als Ferien- und Reiseland eine Spitzenstellung, die auf die landschaftliche und insbesondere kulturelle Vielfalt zurückzuführen ist. Gleichzeitig nehmen wir bei der Länge unserer Autobahnen im Verhältnis zu Einwohnerzahl und Fläche unter den alten Flächenbundesländern einen hinteren Platz ein. Schon daraus wird deutlich, dass es unmöglich ist, alle von den Städten und Gemeinden angetragenen Ausschilderungswünsche – und seien sie aus touristischen Erwägungen heraus noch so unterstützenswert – zu berücksichtigen.

Das Instrumentarium der Straßenverkehrsordnung kann den tourismuswirtschaftlichen Interessen nur bedingt Rechnung tragen.

Zu Frage b: Aus dem zu Frage a Gesagten folgt, dass für allgemeine Hinweise auf Städte und Gemeinden kein Raum bleibt. Auch der Verweis auf das Beispiel „Historische Altstadt Rottweil“ kann nicht zur Rechtfertigung weiterer Ausnahmen herangezogen werden, denn die Anregung zu dieser Ausschilderung stammt aus dem Jahre 1989 und damit aus einer Zeit, in der die Ausschilderungsfreudigkeit unserer Gemeinden nicht vorhersehbar war. Unter diesen Bedingungen konnte auch der Wunsch der Stadt Besigheim nicht berücksichtigt werden. Insoweit hat sich an dem Sachverhalt, den ich Ihnen mit Schreiben vom 14. Juni dieses Jahres darstellen konnte, nichts geändert. Dies gilt auch unter der Voraussetzung, dass die Gemarkung Ottmarsheim direkt an der BAB verläuft und Ottmarsheim seit 27 Jahren ein Stadtteil von Besigheim ist.

**Stellv. Präsident Weiser:** Zusatzfrage, Frau Abg. Rudolf.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** In welchem Zusammenhang stand dann die Freigabe des Schildes „Residenzstadt Ludwigsburg“, die am gleichen Tag erfolgt ist wie Ihre Antwort mit der Ablehnung für Besigheim?

**Staatssekretär Mappus:** Ich bitte Sie jetzt um Verständnis, dass ich nicht jede einzelne Hinweistafel oder jedes einzelne Projekt direkt vor Augen habe.

(Zuruf von der SPD: Das können wir von einem Staatssekretär erwarten! – Abg. Rapp REP: Davon geht Frau Rudolf in Zukunft aus! – Glocke des Präsidenten)

– Herr Rapp, immer ganz ruhig bleiben. Es ist ungesund, wenn man sich so aufregt. Zunächst einmal zuhören, bis ich den Satz fertig gesprochen habe.

Aber wenn ich es richtig in Erinnerung habe, gibt es in verschiedenen Parametern abweichend von dem, was ich zu dieser Anfrage gesagt habe, Hinweise, dass man es da eher machen kann. Ich sage aber auch, dass es natürlich bei der Auswahl Bewertungsfragen in den Kriterien gibt. Ich bitte andererseits zu berücksichtigen, dass ich dann auch auf den Abstand, den ich gerade geschildert habe, Rücksicht nehmen muss. Das heißt, wenn man ein Schild aufstellt und bei einem Schild, das in der Nähe ist, ähnliche Parameter hätte, dann muss man natürlich auf diesen Abstandsparameter Rücksicht nehmen. Deshalb sind die Fälle zugegebenermaßen relativ schwierig zu vergleichen. Das gebe ich gerne zu. Aber ich darf Ihnen auch sagen, damit da kein falscher Verdacht reinkommt: Das ist keine Selektion, die gewissen parteipolitischen Kriterien unterliegt. So kam zum Beispiel aus unserer Fraktion heraus der gleiche Wunsch wie von Ihnen. Insofern können Sie sehen, dass wir uns wirklich bemühen, objektive Kriterien anzulegen. Ich bitte Sie um Verständnis, dass dies natürlich nicht jedem Wahlkreis zugute kommen kann.

**Stellv. Präsident Weiser:** Zweite Zusatzfrage, Frau Abg. Rudolf.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Sie haben zu Frage a ausgeführt, dass Sie die Kriterien der anderen Bundesländer nicht kennen. Aber stimmen Sie mir zu, dass, wenn man auf der Autobahn durch die Bundesrepublik fährt, der Eindruck entsteht, dass es andere Bundesländer erheblich besser schaffen, an der Autobahn ihre touristischen Besonderheiten zu präsentieren?

**Staatssekretär Mappus:** Korrekterweise muss man sogar noch eines hinzufügen – ich widerspreche Ihnen nicht –: Wir haben sogar Fälle, in denen andere Bundesländer die Straßenverkehrsordnung nicht beachten. Ich weiß es aus einem eigenen Vergleich meines Wahlkreises mit einem ähnlich gelagerten Zentrum im Bereich Idar-Oberstein. Da wird die Straßenverkehrsordnung nicht eingehalten. Jetzt gehen wir aber sicherlich einig, dass ich daraus nicht folgern kann, dass wir sie auch nicht einhalten sollen. Wir halten uns an die Buchstaben von Recht und Ordnung.

Ein zweiter Punkt, der uns von anderen Ländern unterscheidet: Baden-Württemberg hat in Bezug auf Kultur und Tourismus erheblich mehr Sehenswürdigkeiten als so manches andere Land und somit natürlich auch mehr Bedarf an solchen Schildern. Deshalb bitte ich auch um Verständnis dafür, dass wir der Vielfalt an Wünschen, die bei uns grö-

ßer als in anderen Bundesländern ist, nicht dadurch nachkommen, dass wir die Straßenverkehrsordnung quasi außer Vollzug setzen. Wir legen sie relativ korrekt aus. Ich stimme Ihnen zu, dass wir da restriktiver sind als manche anderen Länder. Aber das ist der korrekte Vollzug dieser Verordnung. Ich denke, das ist auch der richtige Weg.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Was ist der Unterschied zwischen „relativ korrekt“ und „korrekt“?)

**Stellv. Präsident Weiser:** Moment, Herr Abg. Kiel, Sie haben nicht das Wort. – Das Wort hat Herr Abg. Drautz.

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bezüglich Baden-Württemberg als Tourismusland würde mich noch interessieren, warum zum Beispiel in Südbaden an der Autobahn Freizeitparks ausgeschildert sind, während andere Freizeitparks im Lande diese Möglichkeit nicht haben und deren Anträge, entsprechende Hinweisschilder an der Autobahn aufzustellen, abgelehnt wurden.

(Abg. Brechtken SPD: Eine Lex anti Altweiber-mühle! – Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Regierungstragende Fraktion!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Mappus:** Ich wollte es gerade sagen. Bei diesem konkreten Fall weiß ich nicht, ob das beantragt wurde oder nicht. Ich sage noch einmal: Sie können jetzt natürlich nicht argumentieren, da sei irgendwo einmal ein Hinweisschild auf einen Freizeitpark genehmigt worden, deshalb müsse so etwas jetzt überall automatisch genehmigt werden, sondern es sind verschiedene Kriterien, die angelegt werden, die alle einer Bewertung unterliegen, aufgrund derer wir dann zum Ergebnis kommen, ob oder ob nicht. In diesem Fall war es offensichtlich nicht so.

**Stellv. Präsident Weiser:** Zweite Zusatzfrage, bitte, Herr Abg. Drautz.

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Staatssekretär, ich frage Sie: Wird die Straßenverkehrsordnung in diesem Bereich eventuell in den Regierungspräsidien, wo das in der Regel entschieden wird, unterschiedlich ausgelegt?

**Staatssekretär Mappus:** Nein, davon gehe ich nicht aus. Im Gegenteil, die Regierungspräsidien sind, weil der Bedarf, zumindest aus der kommunalen Sicht, in der jüngeren Vergangenheit erheblich zugenommen hat, angewiesen, sehr restriktiv zu verfahren. Ich habe deshalb auch besonders darauf hingewiesen, dass man in früheren Zeiten bei erheblich weniger Anträgen dieses Problem nicht hatte, und weil die Zahl der Anträge sehr stark zugenommen hat, legen wir relativ restriktiv aus oder, um keine Verunsicherung aufkommen zu lassen: Ich streiche das Wort „relativ“ und sage: Wir legen restriktiv aus.

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Teßmer.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Nein, Hausmann!)

– Überlassen Sie mir bitte die Verhandlungsführung. Sie können gar nicht nach rückwärts schauen, es sei denn, Sie drehen sich um. Sie sind dann als nächster dran.

**Abg. Teßmer SPD:** Herr Staatssekretär, nachdem ich Ihre Ausführungen gehört habe, möchte ich fragen, wie lange denn das Ministerium braucht, bis man eine Antwort bekommt, wenn zum Beispiel, wie in meinem Fall jetzt, vier Landkreise parteiübergreifend für den nördlichen Teil dieses Bundeslandes ein ähnliches Schild beantragt haben, nämlich „Bauland – Land des Grünkerns“

(Lachen des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

– Herr Buchter, Sie wohnen nicht dort –, weil das natürlich auch Unsicherheit schafft. Wir kriegen natürlich – Sie werden das als Ergänzung zur Frage verstehen – die Schilder vorgehalten, die es gibt, und nicht diejenigen, die es nicht gibt. Vor etwa fünf bis sechs Monaten wurde – Ihr Parteikollege hat dies auch mit beantragt – dieses Schild beantragt. Wann gibt es da einen Zwischenbescheid, nach welchen Möglichkeiten gehandelt wird? Dort gibt es auch nicht viel Konkurrenz. Das wissen wir. Können Sie mir da einen Zeitablauf nennen und die Chancen einstufen?

**Staatssekretär Mappus:** Zunächst einmal, Herr Kollege: Wir bemühen uns immer so schnell wie möglich.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist mir bekannt!)

– Das freut mich.

Zum Zweiten haben Sie ja gehört, dass das nicht eine Frage ist, die nur innerhalb unseres Hauses entschieden wird, sondern dass auch das Regierungspräsidium eingebunden ist. Dem von Ihnen geschilderten Zeitraum nach zu folgern, denke ich allerdings, dass das relativ rasch entschieden wird.

(Abg. Teßmer SPD: Können Sie da – –)

**Stellv. Präsident Weiser:** Moment. Wer Zusatzfragen stellen will, meldet sich zu Wort. – Bitte, Herr Abg. Teßmer.

**Abg. Teßmer SPD:** Können Sie das ein bisschen beschleunigen und Herrn Hauk und mir dann mitteilen? Wir werden gefragt und werden auch als Ihr Sprachrohr benutzt.

**Staatssekretär Mappus:** Erlauben Sie mir generell zu diesem Thema einmal einen Hinweis: In letzter Zeit wird so getan, als ob es, wenn es bestimmte Projekte gibt, nichts Wichtigeres gebe als die entsprechende Hinweistafel auf der Autobahn. Ich bitte, den Stellenwert da zu lassen, wo er hingehört. Wir arbeiten so schnell wie möglich, aber mit der gebotenen Sorgfalt. Entsprechend kommt die Antwort.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Hausmann.

**Abg. Rudolf Hausmann SPD:** Herr Staatssekretär, Ihrer ersten Antwort habe ich entnommen, dass Sie unter anderem in Sorge bezüglich der Aufmerksamkeit der Kraftfahrer sind. Dürfen wir damit rechnen, dass uns die Landesregierung in absehbarer Zeit damit überrascht, die Werbeflächen auf Lkws, die ja vielleicht ebenfalls von der Aufmerksamkeit ablenken könnten, abzuschaffen oder dem zu begegnen?

**Staatssekretär Mappus:** Herr Kollege, wie Sie sicherlich meiner Antwort entnommen haben, vollziehen wir die Stra-

ßenverkehrsordnung, und entsprechend handeln wir. Das bezieht sich in diesem Fall auf die Hinweisschilder. Selbstverständlich werden auch Gesetze und Verordnungen mit Blick auf die Werbung in anderen Bereichen eingehalten, genau so wie es das Gesetz oder die Verordnung vorsieht.

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist diese Frage erledigt.

Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, die Mündlichen Anfragen unter den Ziffern 4 und 5 vorzuziehen, weil sich der Herr Innenminister – –

(Zurufe: Er kommt!)

– Gut. Dann bleibt es bei der Reihenfolge.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Lothar König REP – Rechtscharakter und Wahrheitsgehalt von Behördenzeugnissen u. Ä. des Landesamts für Verfassungsschutz

Das Wort zur Verlesung seiner Anfrage hat Herr Abg. König.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Zu welchem Zweck und in welcher Form erstellt das LfV Baden-Württemberg so genannte „Behördenzeugnisse“ bzw. Gutachten, und welchen Rechtscharakter haben diese Behördenäußerungen bei Staatsanwaltschaften und Gerichten?
- b) Durch wen und in welcher Weise werden Wahrheitsgehalt und Nachrichtenehrlichkeit von „Behördenzeugnissen“ oder Gutachten zugrunde liegender „Quellenaussagen/Quellenangaben“ überprüft bzw. verbürgt?

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zum ersten Teil: Die Frage zielt vermutlich auf behördliche Zeugnisse und Gutachten im Sinne des § 256 der Strafprozessordnung. Im Strafverfahren kann auch das Landesamt für Verfassungsschutz als öffentliche Behörde vom Gericht um eine Stellungnahme gebeten werden. Zeugnisse geben Auskunft über Tatsachen, die der Urheber amtlich wahrgenommen hat, oder über sonstiges Wissen. Gutachten ziehen wissenschaftlich begründete Schlüsse aus Tatsachen. Behördliche Zeugnisse und Gutachten unterliegen der freien Beweiswürdigung des Gerichts gemäß § 261 der Strafprozessordnung. Das Landesamt für Verfassungsschutz erstellt solche behördlichen Zeugnisse und Gutachten dann, wenn es von einem Gericht dazu aufgefördert wird.

Zum zweiten Teil der Frage: Quellenaussagen oder Quellenangaben werden durch das Landesamt bewertet.

(Minister Dr. Schäuble)

Im Übrigen beantwortet die Landesregierung Fragen, die Rückschlüsse auf die Arbeitsweise des Landesamts zulassen, nur gegenüber dem dafür vorgesehenen Gremium. Das ist der Ständige Ausschuss.

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – Kontakte des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg zu Journalisten und Stellen der Justiz

Herr Abg. Krisch, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Krisch REP:** Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

- a) Inwieweit trifft es zu, dass das Landesamt für Verfassungsschutz gegenüber anfragenden Journalisten die in der „Spiegel“-Ausgabe 45/95 aufgezeigten und als volksverhetzend und antisemitisch zu bezeichnenden Reden eines verdeckt eingesetzten Staatsschutzmitarbeiters bestätigt hat?
- b) Inwieweit und zu welchem Zweck hat das LfV im Zusammenhang mit dem in Frage a dargestellten Vorgang Kontakte mit welchen Stellen der Justiz gehabt?

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Innenminister.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündlichen Anfragen wie folgt:

Zur ersten Frage: Anfragen von Journalisten beim Landesamt für Verfassungsschutz zu den in der „Spiegel“-Ausgabe 45/95 im Artikel „Geselliger Typ“ enthaltenen Angaben sind nicht bekannt.

Zur zweiten Frage: Im Zusammenhang mit diesem Vorgang gab es auch keine Kontakte zwischen dem Landesamt und Stellen der Justiz.

**Stellv. Präsident Weiser:** Zusatzfrage.

**Abg. Krisch REP:** Herr Minister, Sie sagten: „... sind nicht bekannt“. Auf wen bezieht sich das, auf das Landesamt oder auf das Innenministerium? Wem sind sie nicht bekannt?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Beiden.

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank. Damit ist auch diese Frage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Dieter Puchta SPD – Schweizer Rinder auf deutschen Weiden trotz hoher BSE-Fallzahlen in der Schweiz

(Abg. Oettinger CDU: Zentrales Thema!)

Herr Abg. Dr. Puchta, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Dürfen Schweizer Landwirte – trotz der hohen BSE-Rate in der Schweiz – ihre Rinder wieder auf deutsche Weiden bringen, falls ja, warum und seit wann?
- b) Geht die Landesregierung davon aus, dass die Schweiz dies im umgekehrten Fall ebenfalls dulden würde, und welche gesundheitlichen Gefahren sieht sie für die betroffene deutsche Bevölkerung?

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort zur Beantwortung hat die Ministerin für den ländlichen Raum.

(Abg. Oettinger CDU: Für nichts zu schade!)

**Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Seit Generationen finden Sömmerungen von Schweizer Rindern in den Grenzgebieten auf baden-württembergischem Boden statt. Im Jahr 1996 wurde die Sömmerung aufgrund einer bundesweiten BSE-Verordnung vom 28. März verboten. In den Jahren 1996 und 1997 haben keine Sömmerungen stattgefunden. Im Jahr 1998 wurden wiederum Sömmerungen beantragt. Das Ministerium Ländlicher Raum hat dies versagt. Aber aufgrund der Verwaltungsrechtsprechung von Freiburg und Stuttgart mussten wir diese Sömmerungen im Jahr 1998 dulden. Ab dem Jahr 1999 haben wir die Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung. Demnach unterliegt die Sömmerung nicht mehr dem Verbot der tierseuchenrechtlichen BSE-Verordnung und ist nun im kleinen Grenzverkehr genehmigungsfrei möglich.

Sie haben die Frage gestellt, ob dies im umgekehrten Fall geduldet würde. Diese Frage stellt sich nicht, da Deutschland als BSE-freies Land bekannt ist.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Teßmer.

(Abg. Dr. Puchta SPD meldet sich zu Wort.)

– Ich erteile das Wort. Sie waren vorher dran.

**Abg. Teßmer SPD:** Frau Ministerin, wenn Sie sagen, dass das seit kurzem erlaubt ist, frage ich Sie: Wie kommt es dazu, dass deutsche Landwirte im Grenzgebiet, wenn sie Schweizer Tiere haben, nach wie vor Tötungsanordnungen von Ihrem Ministerium erhalten und diese bisher nur per Gericht verzögert oder verhindert haben, was nicht ganz kostenfrei ist? Widerspricht sich das nicht?

**Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin:** Herr Teßmer, wie Sie wissen, haben wir im Jahr 1996 eine „freiwillige Tötungsanordnung“ erlassen. Wie Sie sicherlich auch wissen, waren einige Tierhalter nicht bereit, diese Tötung vorzunehmen, da es sich um eine freiwillige Tötung gehandelt hat. Wir haben noch einige Tiere aus dieser Zeit. Diese Tiere werden von uns beobachtet

(Abg. Deuschle REP: Vom Verfassungsschutz!)

(Ministerin Gerdi Staiblin)

und kontrolliert, was im Sinne des Verbraucherschutzes auch richtig ist. Mehr als das, was aufgrund der Verordnungen vorgegeben ist, wird nicht getan.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Dr. Puchta.

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Frau Ministerin, stellt es nicht eine erhebliche Verschlechterung der Möglichkeiten dar, die Gesundheit der Bevölkerung zu garantieren, wenn im kleinen Grenzverkehr jetzt andere Regelungen gelten als in der Vergangenheit?

**Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin:** Ich glaube, ich brauche meine Antwort nicht zu wiederholen. Sie gründet auf einer Bundesverordnung. Wenn Ihnen so viel an der Sicherheit der Verbraucher liegt, Herr Dr. Puchta, möchte ich Sie doch bitten, sich bei der Gesundheitsministerin in Bonn oder Berlin dafür einzusetzen, dass die Einfuhr von britischem Rindfleisch – darüber wird ja derzeit in Bonn oder in Berlin nachgedacht – nicht wieder zugelassen wird. Das Land Baden-Württemberg hat eine Bundesratsinitiative eingebracht, in der wir fordern, dass das In-Verkehr-Bringen und die Einfuhr von britischem Rindfleisch weiterhin untersagt bleiben.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Dr. Puchta.

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Ich empfinde es als einen eklatanten Widerspruch, Frau Ministerin, dass Sie auf der einen Seite vehement dafür eintreten, die Einführung von britischem Rindfleisch zu verbieten, obwohl wir auf der anderen Seite in der Schweiz mit Abstand die zweithöchsten BSE-Raten in der EU haben. Wenn man das prozentual auf die Bevölkerung umrechnet, ist der Anteil der BSE-Fälle in der Schweiz erheblich höher als in Großbritannien. Dass Sie jetzt dafür plädieren, gerade da nichts zu unternehmen, bedeutet eine eklatante Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung, die Sie hier in Kauf nehmen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr! Es ist doch nicht so, dass nichts unternommen wird!)

**Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin:** Sie haben doch die Frage nach der Sömmerung gestellt. Uns ist bis jetzt kein Fall bekannt, in dem durch Kontakte eine BSE-Krankheit aufgetreten ist, sondern nach bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen wird BSE durch die Fütterung übertragen – und nicht durch Kontakte. Bei der Sömmerung findet im Grunde genommen kein Kontakt zwischen Schweizer und deutschen Rindern statt, und die Tiere gehen ja auch wieder in die Schweiz zurück. Sie werden vom Zoll kontrolliert.

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, damit ist auch die Diskussion über diese Mündliche Anfrage abgeschlossen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Lothar König REP – Finanzierung von vier Studienplätzen durch das Land

Herr Abg. König, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Inwiefern besteht zwischen der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Ministerpräsident Erwin Teufel durch die Universität von Massachusetts und den vier zusätzlichen Studienplätzen an Hochschulen in Baden-Württemberg für US-amerikanische Austauschstudenten als Gastgeschenk des Ministerpräsidenten ein direkter oder indirekter Zusammenhang?

(Abg. Hauk CDU: Was Blöderes fällt euch nicht ein?)

b) Welche Kosten werden dem Land durch die Einrichtung dieser vier zusätzlichen Studienplätze jährlich zusätzlich entstehen, und wo sind oder werden diese etatisiert?

(Abg. Ruder CDU: So ein Quatsch!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Staatssekretär Sieber.

**Staatssekretär Sieber:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die – –

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen – Unruhe)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, Sie wollen doch eine Antwort. Ich bitte zumindest die Fragesteller, zuzuhören.

(Abg. Brechtken SPD: Andere müssen aber nicht!)

**Staatssekretär Sieber:** Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu a: Die Verleihung der Ehrendoktorwürde der University of Massachusetts an Ministerpräsident Erwin Teufel steht in keinerlei sachlichem Zusammenhang mit der Aufstockung der Stipendien im Rahmen des Massachusetts-Studentenaustauschprogramms des Landes Baden-Württemberg.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

– Warten Sie einmal ab; vielleicht lachen Sie erst nachher.

Die Delegationsreise des Herrn Ministerpräsidenten wurde lediglich zum Anlass genommen, eine längst überfällige Erhöhung der Stipendienzahl bekannt zu geben. Seit den Siebzigerjahren wird die Zusammenarbeit mit Massachusetts und Oregon durch die Vergabe von Stipendien an amerikanische Austauschstudenten unterstützt. Die Förderung betrug bisher 10 Jahresstipendien im Massachusetts-Programm und 14 im Oregon-Programm. Das 1990 errichtete Austauschprogramm Baden-Württemberg/Connecticut wird sogar mit 18 Stipendien unterstützt. Diese Stipendien sind eine geringe Gegenleistung an die amerikanischen Gaststudenten, die an ihrer Heimathochschule die Studiengebühren weiter entrichten müssen und es den Austauschstudenten aus Baden-Württemberg so ermöglichen, einen einjährigen Studienaufenthalt in den USA ohne die Bezahlung von hohen Studiengebühren zu absolvieren. Dies ist

(Staatssekretär Sieber)

ein erheblicher Vorteil für die deutschen Studierenden, da sie sonst die in den USA weitaus höhere Gebühr für ausländische Studenten bezahlen müssten.

Der Studierendenaustausch insbesondere mit Massachusetts steht wegen des großen Interesses deutscher Studierender an einem Studienabschnitt in den USA seit Jahren unter einem Ungleichgewicht. Mit Massachusetts ist der Austausch von je 40 Studenten pro Jahr vereinbart. Die dortigen Hochschulen nehmen jedoch regelmäßig weitaus mehr Studenten aus Baden-Württemberg auf – im beginnenden Studienjahr immerhin 77. In Anerkennung dieser großzügigen Aufnahmepraxis hielt es die Landesregierung für angezeigt – und ich füge hinzu: für überfällig –, die Zahl der Stipendien für Massachusetts mindestens auf den Level von Oregon zu erhöhen. So kam die Zahl der vier zusätzlichen Stipendien zustande.

Zu Frage b: Zusätzliche Kosten entstehen dem Land nicht. Hierfür werden vier Stipendien aus dem Programm „Gegenseitigkeitsstipendien“ zweckgebunden umgewidmet.

Die Jahresstipendien sind mit 795 DM pro Monat bei einer Laufzeit von zehn Monaten dotiert. Sie werden überwiegend als Teilstipendien je nach Bedürftigkeit der amerikanischen Austauschstudenten vergeben.

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Herr Abg. Dr. Klunzinger.

**Abg. Dr. Klunzinger** CDU: Herr Staatssekretär, können Sie wegen der Bedeutung dieser Frage bestätigen, dass es für ein exportorientiertes Land wie Baden-Württemberg in einer globalisierten Situation von außerordentlicher Wichtigkeit ist, dass möglichst viele ausländische Studenten an baden-württembergischen Hochschulen studieren, und dass es deshalb auch ein Ziel langfristiger baden-württembergischer Universitätspolitik war, hier nachzubessern, unter anderem durch das von Ihnen schon erwähnte Programm Connecticut?

**Staatssekretär Sieber:** Herr Kollege Klunzinger, ich bestätige Ihnen gerne, dass diese Frage von zentraler, ja sogar existenzieller Bedeutung für ein Bundesland wie Baden-Württemberg ist, und ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren Hinweis.

(Abg. Brechtken SPD: Wirklich? Aber, Herr Staatssekretär, das wussten Sie doch vorher schon!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Krisch.

**Abg. Krisch** REP: Ich hätte gerne gewusst, für welche Fachrichtungen sich die Studierenden interessieren und woher sie geographisch aus USA stammen.

**Staatssekretär Sieber:** Herr Krisch, diese Fragen kann ich Ihnen aus dem Stegreif nicht beantworten.

(Abg. Krisch REP: Nachträglich! Schriftliche Antwort!)

Ich kann Ihnen zusagen, sie schriftlich zu beantworten.

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Fragestunde angelangt.

Ich rufe den **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Auswirkungen des regierungsinternen Streites um den Abbau von Schulden auf die Finanzplanung des Landes – beantragt von der Fraktion der SPD**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte die üblichen Redezeiten festgelegt: Gesamtdauer 50 Minuten, worauf die Redezeit der Regierung nicht angerechnet wird, fünf Minuten für die Redner in der ersten Runde und ebenfalls fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Herr Abg. Brechtken, Sie haben das Wort.

(Abg. Deuschle REP: Die Debatte war doch gestern schon! Karten Sie nach?)

**Abg. Brechtken** SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute Morgen hat der Herr Ministerpräsident einen bedenkenswerten Satz gesagt. Er hat nämlich gesagt, man dürfe als verantwortlicher Politiker in der Finanzpolitik – das hat er heute Morgen im Zusammenhang mit den Einnahmen bei EnBW gesagt – nur das tun, was man verantworten könne, nämlich nur so viel ausgeben, wie man hat. An diesen Satz will ich erinnern und anknüpfen.

Wie verhalten wir uns eigentlich in dieser Beziehung, was die Finanzpolitik dieses Landes angeht? Wir sind doch in diesem Land in der Gefahr, den Handlungsspielraum zu verlieren, wie wir es bereits auch im Bund sind, weil wir jede fünfte Mark für Zins und Tilgung ausgeben müssen. Das, Herr Minister, ist der eigentliche Grund dafür, dass wir in diesem Land Probleme haben.

Sie haben gestern bedenkenswerte Sätze zu der Tendenz gesagt, die Neuverschuldung zu verringern. Aber wo bleiben Ihre Handlungen?

Ein erster Punkt: Ich möchte einmal festhalten, dass am Montagabend in einer Strategiebesprechung zwischen CDU und CSU die Vereinbarung getroffen worden ist, Steuersenkungen in der Größenordnung von 50 Milliarden DM durchzuführen. Gleichzeitig ist gesagt worden: Das werden wir mit einer erhöhten Schuldenaufnahme finanzieren.

(Abg. Fleischer CDU: Nein! – Abg. Scheuermann CDU: Das ist nicht gesagt worden!)

– Aber selbstverständlich wurde das gesagt. – Sie haben dann die Hoffnung ausgesprochen, dass langfristig eine Refinanzierung stattfindet. Aber Sie werden zuerst einmal Schulden aufnehmen müssen,

(Abg. Fleischer CDU: Kennen Sie die Gesetze des freien Marktes?)

und dies würde im Lande Baden-Württemberg, wenn es durchgesetzt würde – es wird ja nicht durchgesetzt, weil

(Brechtken)

Sie dafür Gott sei Dank nicht die Mehrheit haben –, eine Kreditaufnahme von weiteren 3 bis 4 Milliarden DM bedeuten.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Es gibt in der Finanzpolitik kein Perpetuum mobile mehr! – Abg. Fleischer CDU: Herr Brechtken, das ist völlig verkehrt!)

Eine Kultusministerin, die heute Vormittag noch beklagt, dass sie in ihrem Bereich zu wenig Bewegungsspielraum hat,

(Abg. Oettinger CDU: Zur Sache, Herr Kollege! Zur Sache!)

darf im Präsidium der CDU als Vizepräsidentin eine solche Entscheidung nicht mit treffen.

(Abg. Oettinger CDU: Jetzt zur Sache, Herr Kollege!)

– Das ist ein wichtiger Punkt, weil er völlig neu ist. Sie sollten dafür sorgen, dass keine solchen Steuerausfälle provoziert werden.

Als Zweites möchte ich etwas zum Thema Sommertheater sagen. Schade, dass Herr Kollege Döring jetzt nicht an seinem Platz ist.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Er hockt unten im „Plenum“!)

Herr Döring hat in der Sommerpause im Grundsatz eine berechtigte Frage angesprochen, nämlich die Frage: Wie schaffen wir es in Baden-Württemberg, in die Richtung einer Verringerung der Nettoneuverschuldung zu kommen? Ich rede gar nicht von Nullverschuldung – ich glaube, dies ist ein langfristiges Ziel –, denn mir geht es um die Schritte in diese Richtung.

Was ist aber passiert? Sie haben – und Herr Döring hat dem zugestimmt – zu Beginn Ihrer Regierung eine mittelfristige Finanzplanung korrigiert. Diese hatte noch auf der Basis der alten Regierung für 1998 1,3 Milliarden DM Nettoneuverschuldung, 1999 1 Milliarde DM und 2000 750 Millionen DM, also eine schrittweise Rückführung der Nettoneuverschuldung, vorgesehen. Wie sieht es heute aus? 1998 2,3 Milliarden DM, 1999 1,9 Milliarden DM, 2000 2,2 Milliarden DM, 2001 2,1 Milliarden DM, und 2002 führen Sie ein völlig neues Instrument der mittelfristigen Finanzplanung ein: Sie führen den so genannten Schuldenkorridor ein. Da schreiben Sie dann: zwischen 2,1 und 2,9 Milliarden DM, also faktisch 1 Milliarde DM Differenz. Dies ist die Realität der Politik, die Herr Döring mitgetragen hat und die die CDU gemeinsam mit dem Koalitionspartner zu verantworten hat.

Das Zweite: Er schlägt dann etwas Vernünftiges vor und tut so, als wäre dies plötzlich eine völlig neue Entwicklung, nämlich dass dies eine echte Neuverschuldungsverringerung wäre, indem er sagt: Steuermehreinnahmen werden dazu verwendet, die Schuldenaufnahmen zu verringern. Da muss er sich sagen lassen, dass dies bereits Beschluss dieses Parlaments ist. Darüber haben wir ja gestern kurz gere-

det. Zwischen uns allen bestand völlige Übereinstimmung, dass Steuermehreinnahmen natürlich nach Abzug der rechtlichen Verpflichtungen zur Verminderung der Nettoverschuldung verwendet werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das könnte übrigens Berlin auch machen! Das wäre auch ein guter Vorschlag für Berlin! – Zuruf des Abg. König REP)

– Entschuldigen Sie einmal! Was glauben Sie, was im Augenblick in Berlin passiert? Das ist doch der Grund, warum wir gerade die Probleme haben. Man versucht, dort endlich einen Schritt zu tun, nämlich um 30 Milliarden DM von einer Entwicklung herunterzukommen, die – –

(Widerspruch bei der CDU – Zurufe der Abg. Mappus und Hans-Michael Bender CDU)

– Regen Sie sich doch nicht so auf! Wer hat denn diese Neuverschuldung zu verantworten?

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hören Sie auf! – Zuruf des Abg. Seimetz CDU – Glocke des Präsidenten)

Das werde ich Ihnen nicht ersparen: Zu Beginn der Regierung Kohl hatte die Bundesrepublik Deutschland 300 Milliarden DM Schulden, und als Sie die Regierung beendet haben, hatten wir 1,5 Billionen oder 1 500 Milliarden DM Schulden,

(Abg. Seimetz CDU: Und was war dazwischen?)

also eine Verfünfachung der Schuldenaufnahme.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Deutsche Einheit, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

– Kommen Sie hier nicht mit der deutschen Einheit, als sei dies Ursache für die gesamte Situation gewesen.

(Abg. Seimetz CDU: Wo sind denn die Gelder hin?)

– Gut, dann machen wir noch ein Landesdatum. Vorsicht! Wir machen noch ein Landesdatum. Letzte Woche gab es eine interessante Auseinandersetzung im Bundesrat, bei der der Bundesfinanzminister mit Recht darauf hingewiesen hat, dass – das sage ich jetzt in Richtung FDP/DVP – Baden-Württemberg eines der wenigen Bundesländer ist, das über den Daten des Finanzplanungsrats, der das Wachstum für die Länderhaushalte bei 3 % festgelegt hat, liegt. Dies ist auch ein Punkt. Sie haben es doch in der Hand, hier durch Ihre eigene Politik die Neuverschuldung entsprechend herunterzufahren,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Machen wir doch!)

indem Sie in diesem Bereich endlich einmal das tun, was andere Länder tun. Da haben Sie noch erheblichen Nachholbedarf.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Entschuldigung! Das darf doch nicht wahr sein!)

(Brechtken)

Ich komme nachher in der zweiten Runde auf die Entschuldung mit den konkreten Alternativen. Dazu werde ich dann etwas sagen.

Meine Forderung an Sie ist – das sage ich vor allem in Richtung der FDP/DVP;

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wo sitzt die denn?)

ich dachte, Herr Döring kommt irgendwann auch einmal –:

(Abg. Rapp REP: So weit rechts sind die nicht!)

Sie sollten endlich nicht nur die Themen aufgreifen, sondern Sie sollten auch dafür sorgen, dass endlich Veränderungen in der Politik stattfinden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Davon können Sie ausgehen!)

Die Veränderung muss heißen: schrittweises Herunterfahren,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

wie es die frühere mittelfristige Finanzplanung vorgesehen hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Genau das machen wir, Herr Kollege!)

Das, was Sie im Augenblick tun, ist genau das Umgekehrte: Sie gehen mit der Neuverschuldung nach oben und versprechen das Zurückfahren für die kommenden Jahre.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Genau das machen wir!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen, meine Herren Kollegen! Für Aufgeregtheiten ist kein Grund vorhanden. Es gibt weder heute, noch gab es im Sommer Grund, um in die Haushaltsberatungen Hektik, Eilmanöver und Wichtigtuerei hineinzubringen. Der Fahrplan steht fest: zuerst die Planausschreibung, dann die Chefgespräche, in zwei Wochen der Kabinettsbeschluss, im Dezember die Haushaltsrede, im Januar und Februar die Beratungen im Finanzausschuss und die abschließenden Beratungen im Landtag. Und daran halten wir uns. Dieser Fahrplan wird maßgeblich sein. Die Linie dafür ist eng zwischen CDU und FDP/DVP abgestimmt. Wer glaubt, er müsse dazwischen herumdebattieren, wie Sie heute oder wie ein Regierungsmitglied im August, dem sage ich: Er ändert an der klaren Linie nichts.

Zunächst einmal der Haushaltsvollzug: Wir sind für 1999 im Plan. Wir werden die Schulden, die wir als Landtag der Regierung eingeräumt haben, in diesem Jahr garantiert nicht ausschöpfen, sondern besser abschneiden, als wir uns letztendlich vorgenommen hatten. Baden-Württemberg überschreitet den Schuldenrahmen nicht.

Zweitens der Doppelhaushalt: Die Eckwerte werden eingehalten. Neuverschuldung: 2,2 Milliarden DM und 2,13 Milliarden DM. Das Kabinett trifft dafür in wenigen Tagen die Entscheidung.

Jetzt kommt der entscheidende Punkt: Wenn im November die Steuerschätzung für das nächste oder das übernächste Jahr oder für beide Jahre Steuermehreinnahmen prognostiziert, dann wird jede Mark Steuermehreinnahme von den 2,2 Milliarden DM oder 2,13 Milliarden DM in Abzug gebracht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Dann werden wir – da wette ich – im Haushaltsvollzug und im Haushaltsplan, der dann gilt, in den nächsten beiden Jahren bei unter 2 Milliarden DM sein.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, CDU und FDP/DVP nehmen sich ergänzend weitere Schritte vor. Im Haushaltsentwurf der Regierung stehen 200 Millionen DM globale Minderausgaben. Wir wollen erreichen, dass die Hälfte davon in den Finanzausschussberatungen gemeinsam mit den Ressorts konkretisierbar ist, damit auch die globale Minderausgabe für uns kein Risiko im Haushaltsvollzug wird.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist sehr gut! Das unterstützen wir!)

Eine Frage bleibt offen, und die rufen wir auf, wenn es so weit ist: Die Spreizung, Kollege Brechtken, hat ja einen ganz richtigen, nachvollziehbaren Grund, nämlich die Unsicherheit – das ist keine Kritik – über künftiges Bundesrecht. Das steht entsprechend auch im Haushaltsplan und in der Mifri. Darin steht: Weil seinerzeit die kostenmäßige Auswirkung des Urteils für Familien aus Karlsruhe nicht abschätzbar war – was kostet das das Land Baden-Württemberg? – und weil die Unternehmensteuerreform offen ist, haben wir für 2002 einen Korridor für die Neuverschuldung zwischen 2,13 Milliarden DM und 2,93 Milliarden DM gemacht.

Wenn die Unsicherheiten zwischen Bundesrat und Bundestag weg sind – und es spricht viel dafür, dass, egal mit welchem Kompromiss, im Januar und Februar klar ist, welche Ergebnisse beim Familienrecht, bei den Leistungen und bei der Steuerreform zulasten der Ländereinnahmen kommen werden –, dann kann man, Herr Finanzminister, die CDU-Fraktion dafür gewinnen, dass die Spreizung aufgehoben wird, und man kann die CDU-Fraktion dafür gewinnen, dass bei einer möglichen positiven Steuerschätzung eher der untere Wert

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

oder eine Unterschreitung des unteren Werts als der obere Wert angenommen wird. Insoweit erwarten wir dafür – aber erst dann, wenn in Berlin Klarheit besteht, das heißt im Januar – eine Mifri der Regierung, die es dann zu bewerten und zu beschließen gilt.

Für Aufgeregtheiten besteht kein Grund.

Ich wäre eigentlich, Kollege Brechtken, nur über eines aufgeregt. Euer Musterland heißt Nordrhein-Westfalen. Da gibt es noch ein halbes Jahr Rot-Grün. Nordrhein-Westfalen hat die Mifri fortgeschrieben. Ich sage kommentarlos, mit welchem Betrag. Ich rede von der Neuverschuldung in der alten Mifri, die vor einem Jahr beschlossen worden

(Oettinger)

war, und der Neuverschuldung, die jetzt beschlossen worden ist. Das heißt, es geht um genau das, was NRW mit oder ohne Sommertheater in der letzten Zeit gemacht hat. 2001 alt: 5,3 Milliarden DM neue Schulden – Nordrhein-Westfalen: Schleußer, Clement und die grünen Kadetten. Neu: 6,1 Milliarden DM.

(Abg. Fleischer CDU: Hört!)

800 Millionen DM mehr neue Schulden, beschlossen durch Rot-Grün. Aber es kommt noch dicker. Für das Jahr 2002, für das wir hiermit anbieten, bei der Spreizung den unteren Wert zu nehmen, für das Baden-Württemberg mit 10,4 Millionen Einwohnern sagt: „Maximal 2,13 Milliarden DM Schulden, eher unterhalb von 2 Milliarden DM“, hatte Nordrhein-Westfalen – noch ein halbes Jahr Rot-Grün – den alten Wert von 3,6 Milliarden DM neue Schulden in der Mifri. Die neue Mifri von Rot-Grün – noch ein halbes Jahr Gültigkeit – enthält 5,9 Milliarden DM neue Schulden. Ihr haut 2,3 Milliarden DM mehr neue Schuldenrechte in den Haushalt in Düsseldorf drauf.

(Zurufe von der SPD: Wer ist „ihr“?)

Da kann ich nur sagen: Freunde, Klappe halten, abwählen lassen. CDU und FDP sorgen nötigenfalls auch in NRW für einen Haushalt, der Benchmark in Deutschland bleiben wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Kuhn.

(Abg. Drexler SPD zu Abg. Oettinger CDU: Die Klappe haben bloß Sie!)

– Herr Abg. Drexler, wenn es etwas zu rügen gibt, macht das der Präsident.

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir fanden die Sommerdiskussion eigentlich nicht so verkehrt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig! Das sehe ich auch so!)

Sie hat dazu geführt, den Blick auf die Frage zu lenken – das siehst du auch so, Ernst –: Muss man im Land den Haushaltskonsolidierungskurs weiter treiben? Kann man ihn weiter treiben, und wie sieht das aus?

Diese Diskussion ist meines Erachtens nicht zu klaren Ergebnissen gekommen. Ich dachte, es sei schon weit vor diesem Sommer beschlossen worden, dass bei zusätzlichen Steuereinnahmen Schulden zurückgezahlt werden. Aber man hat sich noch einmal an den Beschluss erinnert, und das Gedächtnis zu schulen ist im Sommer auch immer besonders wichtig.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Sache ist es dienlich, das müssen Sie zugeben!)

Ich glaube, Herr Oettinger – und deshalb habe ich die Lautstärke am Schluss Ihrer Rede nicht ganz verstanden –, dass sich die Landesregierung und auch alle Fraktionen politisch schon die Frage stellen müssen, ob es Sinn macht,

wenn im Bund ein Kurs der Haushaltskonsolidierung begonnen wird – diese 30 Milliarden DM sind ja ein Beginn, damit ist der Bundeshaushalt mit 82 Milliarden DM Zinszahlungen jährlich nicht saniert –, im Land auch in eine solche Richtung zu gehen, also zusätzliche Konsolidierungsbemühungen zu unternehmen, oder ob alles bei der mittelfristigen Finanzplanung bleibt. Sie ist inzwischen bei Ihnen so eine Art dogmatische Zahlensammlung, aber nicht mehr das, was sie real ist, nämlich eine Projektion, die man, was die Neuverschuldung angeht, auch nach unten verändern kann.

Da bin ich schon der Meinung, dass die Sparbemühungen der Landesregierung – diskutieren wir jetzt einmal über Baden-Württemberg, Herr Oettinger – nicht so klar konturiert sind, dass man sagen könnte: Hier wird wirklich ein Konsolidierungskurs gemacht. Sie blenden sich nämlich, Herr Oettinger, seit langer Zeit mit der tatsächlichen Zahl der Nettoneuverschuldung und rechnen nicht mit hinzu, was an Investitionen im Land für die verschiedenen Zukunftsoffensiven ausgegeben wird. Wenn Sie diese Zahlen nebeneinander halten, dann stellen Sie fest, dass Sie immer zwischen 2,5 und 3 Milliarden DM tatsächliche Nettoneuverschuldung plus Ausgaben für die Zukunftsoffensiven haben.

Wenn wir jetzt noch eine dritte Zukunftsoffensive starten – nachdem am Vormittag vom Herrn Ministerpräsidenten argumentiert wurde, nur dann könne man den technischen Fortschritt halten –, dann muss sich jeder verantwortliche Landespolitiker die Frage stellen: Was passiert eigentlich mit dem technischen Fortschritt in Baden-Württemberg, wenn die letzte große Zukunftsoffensive geschehen ist?

Deswegen sage ich Ihnen: Es gibt letzten Endes keine Alternative zur Haushaltskonsolidierung. Wir müssen versuchen, unter die Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung zu kommen.

(Abg. Moser SPD: Richtig!)

Übrigens, Herr Oettinger, anstatt immer über Bonn zu reden

(Abg. Oettinger CDU: Über Berlin, Herr Kollege!)

– über Berlin zu reden; Sie sind immer auf der Höhe der Zeit, Herr Oettinger – und immer nur zu sagen, das und jenes wollten Sie nicht, sollten die Landes-CDU und die Landesregierung, die ja demnächst im Bundesrat darüber sprechen muss, wie die CDU 30 Milliarden DM einsparen will, sagen,

(Abg. Drexler SPD: Gar nicht!)

welche Vorschläge sie dafür haben.

(Abg. Oettinger CDU: Abwarten, Herr Kollege!)

Bisher habe ich keinen einzigen gehört. Wer so wie Sie mit einem Finger auf die anderen Leute zeigt, sollte bedenken, dass dann drei oder vier Finger auf ihn selber zurück zeigen.

Wir müssen Folgendes festhalten: Erstens: Die Neueinnahmen, wenn sie denn in den Jahren 2000 und 2001 kommen,

(Kuhn)

wovon ich auch ausgehe, werden tatsächlich zum Abbau der Nettoneuverschuldung verwendet. Dieser Punkt scheint jetzt ja Konsens zu sein.

Aber zu kurz kommt in der Diskussion – dazu habe ich nichts gehört –, dass wir im Land weitere Konsolidierungsbemühungen unternehmen müssen. Dazu will ich auf das Thema Haushaltsstrukturkommission bzw. zu der Fragestellung kommen: Wie macht man das?

Ich persönlich glaube, dass man in der Struktur, was Verwaltungsreform angeht – da sind ja die größten Posten, bei denen man noch Mittel einsparen kann –, nur weiterkommen kann, wenn es eine vernünftig besetzte Haushaltsstrukturkommission gibt. Ich für meine Fraktion sage: Wir bieten da auch gern unsere Mitarbeit an. Denn ich glaube, dass die Einspareffekte größer sind, wenn die Diskussion über Einsparungen nicht nach dem Muster der Konkurrenz zwischen Regierung und Opposition stattfindet. Da nennt nämlich keiner die unangenehmen Einsparungen; vor allem nennt sie keiner zuerst. Es gibt viele Beispiele dafür, wo wir im Land etwas reformieren müssen.

Ich nenne einmal Tabuthemen: Dazu gehören das Landeserziehungsgeld und auch die Art, wie wir Schülerbeförderung machen. Ich sage nichts dagegen, dass wir sie machen. Aber die Art, wie wir sie machen, wird nie politisch diskutiert. Denn wenn sie die Regierung zuerst anspricht, ist in der Regel die Opposition dagegen, und die Opposition wiederum kann es schon gar nicht tun, weil sie sonst sozusagen von der Regierung als Opposition überholt wird. Weil dieser Mechanismus in Bund und Ländern Sparpolitik blockiert, sage ich: Setzen Sie unter Beteiligung der Opposition eine ordentliche Haushaltsstrukturkommission ein. Denn man kommt nur dann weiter, wenn man einen solchen Weg geht.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich biete für meine Fraktion jedenfalls an, da mitzumachen.

Ich will noch zwei Thesen anführen. Die eine: Wenn wir, wie die SPD immer sagt, die Privatisierungserlöse steuer-schädlich zur Schuldentilgung oder zum Abbau der Netto-neuverschuldung verwenden, habe ich die Sorge, dass dies von einer zusätzlichen Haushaltskonsolidierung gerade ablenkt, weil Sie psychologisch – da wird sich das öffentliche Klima verändern, ein oder zwei Jahre – auf diesem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen können. Aber Konsolidierungsbemühungen im Sinne von Strukturrefor-men in Einzelbereichen werden dadurch schwieriger.

Zum Abschluss habe ich noch eine Frage. Vielleicht kann sie mir jemand von der CDU oder der Regierung beantwor-ten. Jetzt hat man ja auf Bundesebene von CDU-Seite die ersten Steuerreformvorschläge – zum Beispiel die von Herrn Stoiber: 50 Milliarden DM Nettoentlastung – gehört. Wie Sie wissen, ist das Einkommensteueraufkommen so verteilt, dass 21,5 Milliarden DM bei den Ländern heimge-hen würden. Die Selbstfinanzierungseffekte, die man sich durch zusätzliches Wachstum erhoffen kann, können im

ersten Jahr mit Sicherheit nicht die ganze Summe erbrin-gen. In den USA hat man gesehen, dass das Timelag bei der Laffer-Kurve drei bis vier Jahre beträgt. Deswegen sol-len mir einmal alle, die für solche Modelle sind, erklären – Schäuble hat es ja im Grundsatz bestätigt, wenn auch nicht in der Größenordnung –, wie das Land Baden-Württem-berg in den Jahren 2000 und 2001 die Umsetzung solcher Entlastungsvorschläge im Landeshaushalt verkraften kann.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Wer so etwas blauäugig in Berlin fordert, macht die Lan-deskassen kaputt und gefährdet den Konsolidierungskurs, den wir hier alle immer wieder zelebrieren, aber den man auch praktizieren muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Pfister.

**Abg. Pfister** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr vereh-ten Damen und Herren! Zunächst einmal will ich Herrn Kuhn völlig Recht geben: Auch ich bin der Meinung, dass die Sommerdiskussion nicht nur gut, sondern vor allem auch notwendig war. Es ist doch klar: Wenn eine Regie-rungscoalition im Herbst und im Winter einen Haushalts-plan und eine mittelfristige Finanzplanung vorlegen will, tut sie gut daran, die Eckdaten rechtzeitig zu diskutieren und sich auf die Eckdaten zu verständigen und festzulegen. Genau dies haben wir getan, nicht mehr und nicht weniger. Ich bin mit dem Ergebnis dieser Sommerdiskussion außer-ordentlich zufrieden. Ich werde Ihnen das nachher Punkt für Punkt beweisen. Insofern, lieber Herr Brechtken, halte ich die Kritik, die Sie gegenüber dem Kollegen Döring oder der FDP/DVP angebracht haben, für völlig unver-ständlich und für neben der Kappe.

Die Ergebnisse dieser Diskussion, was die Verringerung der Neuverschuldung angeht, werden Sie dann erkennen, wenn der Haushaltsplan und die mittelfristige Finanzpla-nung – Kollege Oettinger hat darauf hingewiesen – zu ge-gebener Zeit vorgelegt werden.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Aber eines kann ich Ihnen schon heute sagen: Die Grundli-nien für diesen Haushalt und die mittelfristige Finanzpla-nung sind klar: Wir haben allerbeste Chancen – wir werden das auch tun –, dass die Nettokreditaufnahme bereits im Haushalt 2000/2001 unter die Linie der mittelfristigen Fi-nanzplanung verringert wird. Das ist klar.

Es ist zweitens klar, dass wir danach in den kommenden Haushalten – festgelegt in der mittelfristigen Finanzpla-nung – die Nettokreditaufnahme um 300 bis 400 Millio-nen DM pro Jahr senken werden. Dies ist eine klare Ver-einbarung. Dazu stehen wir. Das wollen wir, und das wis-sen Sie auch. Das Ziel wird dann sein, weil Sie auch von Schritten gesprochen haben, in sieben oder vielleicht auch in acht Jahren die Nettokreditaufnahme auf null abzusen-ken.

Das ist im Sommer vereinbart worden. Dazu steht die FDP/DVP. Dazu steht diese Koalition. Ich halte dies für einen

(Pfister)

großen Erfolg, jedenfalls für diejenigen, die nicht nur über Haushaltskonsolidierung reden, sondern auch konkrete Schritte tun wollen. Das haben wir getan.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb, lieber Kollege Brechtken, verstehe ich Ihre Aufregung eigentlich nicht. Ich verstehe auch nicht, warum Sie diese Aktuelle Debatte beantragt haben. Ich kann das nur so interpretieren, dass Sie hier ein Ablenkungsmanöver veranstalten wollen.

(Abg. Nagel SPD: Ach was!)

Sie wollen von den Herbststürmen ablenken, die zurzeit über Sie ergehen. Sie wollen von der miserablen Politik ablenken, die Ihre Genossen derzeit in Berlin inszenieren. Sie wollen wahrscheinlich auch von einer Lafontaine-Geschichte ablenken, von der klar ist, dass das Herz links, aber offensichtlich der Geldbeutel rechts sitzt. Auch davon wollen Sie ablenken, und Sie wollen von der so genannten Sparpolitik ablenken, die in Berlin stattfindet, eine Sparpolitik, die in weiten Teilen entweder ein gigantischer Verschiebebahnhof oder auch nur virtuelle Sparpolitik ist.

Gehen wir auf dieses 30-Milliarden-DM-Paket einmal nur mit wenigen Sätzen ein. 5 Milliarden DM haben Sie nach wie vor in Form von globalen Minderausgaben drin. Kein Mensch kann Ihnen sagen, wie diese globalen Minderausgaben erwirtschaftet werden sollen. Das ist also eine klare Luftnummer.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Aber Sie wissen dies in Baden-Württemberg, oder wie?)

8 Milliarden DM werden auf die Versicherungssysteme verschoben. Ergebnis: Renten nach Kassenlage. 3,5 Milliarden DM verschieben Sie auf die Länder und Kommunen, Stichworte: Unterhaltsvorschuss, Wohngeld, Wegfall der Arbeitslosenhilfe.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ernst!)

Meine Damen und Herren, ich kann die Landesregierung von Baden-Württemberg nur auffordern, diesen Verschiebebahnhof zulasten Dritter nicht mitzumachen und im Bundesrat eindeutig gegen eine solche unseriöse Finanzpolitik à la Berlin zu stimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU – Abg. Christine Rudolf SPD: Dass Sie gerne durchs Land reisen und Geschenke verteilen, haben wir vorher schon gewusst!)

Für Baden-Württemberg ist erstens klar – ich kann das nur wiederholen, es bleibt dabei –: Sämtliche, nicht teilweise, wie der Kollege Puchta gestern missverständlich gesagt hat, möglichen Mehreinnahmen aus der nächsten Steuerschätzung – im November werden wir sie haben – werden in vollem Umfang dazu verwendet, die Nettokreditaufnahme abzusenken.

Zweitens: Wir haben zusätzlichen Spielraum, wenn es zutrifft – was ich vermute –, dass das Haushaltssanierungsgesetz, das ja im Augenblick noch beachtliche Belastungen für die Länder, auch für das Land Baden-Württemberg mit

sich bringt, in dieser Form nicht verabschiedet wird. Es sind ja nicht nur die CDU-regierten Länder, es sind ja auch die SPD-regierten Länder, die heute schon klar sagen, dass sie diesen Verschiebebahnhof zulasten der Länder nicht mitmachen. Ich gehe also davon aus, dass dies auch im Bundesrat abgelehnt wird. Dies wird dazu führen, Herr Kollege Brechtken, dass es auf dieser Schiene möglicherweise nochmals Entlastungen für den Haushalt mit allen damit verbundenen Möglichkeiten geben wird.

Ich sage nur: Diese Linie wird wie besprochen und dargestellt fortgesetzt. Dazu sind die Grundlagen im Sommer gelegt worden. Das ist auch gut so, denn wenn wir Ja sagen zur Haushaltskonsolidierung, dann ist dies zwar richtig, weil wir alle der Meinung sind, dass neue Gestaltungsspielräume für die Politik geschaffen werden müssen, dass die Zukunftschancen der jungen Generation nicht verpersperrt werden dürfen, aber noch richtiger ist, dass konkrete Schritte eingeleitet werden.

(Zuruf von der SPD: Ach Quatsch!)

Noch einmal: Diese Sommerdiskussion hat dazu geführt, dass der Haushalt 2000/01 und auch die mittelfristige Finanzplanung einen neuen Kurs bekommen, nämlich den Kurs einer echten Haushaltskonsolidierung mit der entsprechenden konkret vereinbarten Absenkung der Nettokreditaufnahme.

Meine Damen und Herren, in Bonn hat es einen Finanzminister gegeben, der hieß Lafontaine und hat Marx zelebriert. Im Augenblick wird im Bund eher Murks zelebriert. In Baden-Württemberg gibt es weder Marx noch Murks, sondern seriöse Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Rapp.

**Abg. Rapp REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ließe sich nun darüber streiten, was die – –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Weiser:** Moment. Ich darf die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bitten, dafür zu sorgen, dass jemand als Schriftführer kommt. Frau Abg. Günther hat sich ordnungsgemäß entschuldigt, aber irgendwie sollte der Schriftführerplatz jetzt besetzt werden. – Jetzt haben Sie das Wort, Herr Rapp.

**Abg. Rapp REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man könnte darüber streiten, was die Steigerung von Marx und Murks ist. Spontan fällt mir da nur „Pfister“ ein,

(Abg. Gerd Scheffold CDU: Reps!)

nachdem ich Ihre Rede hier gehört habe.

Meine Damen und Herren, es ist viel von chaotischer Finanzpolitik im Land und im Bund die Rede gewesen. Auch das ist so eine Streitfrage, wie wenn sich zwei unterhalten und der eine fragt: Karle, was ist schlimmer, Pest oder Cholera? Wenn man es hat, ist es egal, was man hat. Es ist egal, ob im Bund oder hier das Finanzchaos herrscht. Das wissen wir alle. Es gibt in Europa kein Land, in dem die

(Rapp)

Steuerbelastung, die Gebühren- und Abgabenbelastung und sonstige Belastungen höher sind, und es gibt kein Land, in dem die sozialen Standards immer weiter zurückgefahren werden. Das ist ein Ergebnis der Politik von CDU, SPD, FDP und Grünen.

Sie sagen, Sie hätten keine Möglichkeit, 30 Milliarden DM im Bundeshaushalt herauszusparen; das sei unmöglich. Aber Sie haben jederzeit die Möglichkeit, locker 50 Milliarden DM für die EU nach Brüssel zu überweisen, von denen kaum noch etwas zurückkommt. Diese Möglichkeit ist offenbar da.

(Abg. Brechtken SPD: Unglaublich!)

Prüfen Sie doch einmal dort, wo Sie das Geld sinnlos verschwenden, ob das sein muss oder ob man seine Abgaben nicht auf einem Niveau wie in anderen EU-Ländern leisten kann. Wenn ich da einen Vergleich mit Frankreich ziehe, stelle ich fest, es wäre nicht mal mehr ein Viertel, was wir bezahlen müssten. Nehmen Sie sich das einfach einmal zu Herzen.

Meine Damen und Herren, wenn das Geld knapp wird, gilt es, zu prüfen, wer in diesem Land die Kassen füllt und wer sie leert. Da kommen wir schon zu Thema Nummer 1: Asylbewerber, Wirtschaftsflüchtlinge, die uns Milliardensummen kosten und damit wirklich die Haare vom Kopf fressen.

(Oh-Rufe von der SPD)

Darüber müssen wir uns doch im Klaren sein. Sie, Herr Kuhn, sind doch der Erste – es gibt keine Sparziele mehr und Ähnliches –, der sagt: „Lass sie noch einmal hier.“ Die Verpflichtungen laufen uns davon. Wir können uns das, was Sie anrichten, nicht mehr leisten. Hier muss einmal klipp und klar die Entscheidung getroffen werden: Scheinasylanten so schnell wie möglich aus dem Land. Dann haben wir Geld.

Jetzt frage ich aber Sie, Herr Brechtken: Warum haben Sie das, was Sie heute sagen, nicht alles gestern schon gesagt?

(Abg. Nagel SPD: Weil heute Sitzung ist! – Heiterkeit)

– Warum haben Sie die gestrige Sitzung verschlafen, Herr Nagel? Waren Sie gestern nicht hier? Gestern hatten Sie Gelegenheit, Ihren Sparwillen in der Landesverfassung festschreiben zu lassen. Da haben Sie dann gesagt: Nein, vielleicht brauchen wir doch Schulden, und wir müssen etwas flexibler reagieren. Das hat der Kollege Puchta gesagt. Es waren nicht Sie.

(Abg. Brechtken SPD: Da hat Herr Puchta völlig Recht!)

Sie haben gesagt, es reiche nicht aus, eine Nullverschuldung zu machen, Sie wollten noch mehr. Deswegen machen Sie lieber gar nichts. So kann man auch Politik machen. Typisch SPD.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist ein bisschen Unsinn, was Sie sagen!)

– Nein.

Was ist eigentlich hier mit der SPD? Sobald der Ministerpräsident in den letzten Jahren irgendeine dubiose Geldkasse geöffnet hat, wie die LEG-Kasse und Ähnliches, waren bei der SPD als erster Begehrlichkeiten geweckt und wurde gesagt, wo man das Geld wieder hineinstecken oder investieren könnte. Auch da haben Sie keine weiße Weste, sondern Sie haben immer ganz schön mitgemacht.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Brechtken SPD: Das haben wir bekämpft!)

Wir Republikaner sind bereit, wenn sich zum Beispiel Privatisierungserlöse einstellen, diese wirklich zur Tilgung von Schulden zu verwenden. Wenn wir es anders rechnen müssen, wenn das Geld in einer Stiftung ist, fallen woanders Verpflichtungen weg, und dann tilgen wir mit dem dann nicht benötigten Geld Schulden. Aber man muss bereit sein, überhaupt einmal mit dem Sparen zu beginnen. Man muss bereit sein, Schulden auch einmal zurückzahlen, und darf nicht immer nur jahrelange Diskussionen eröffnen und nachher doch nichts tun und sagen: Dieses Jahr nicht, spare nächstes Jahr oder übernächstes Jahr. Nein, jetzt müssen wir damit beginnen. Die Beratungen zum nächsten Doppelhaushalt im Dezember, Januar und Februar bieten uns hier im Parlament die Gelegenheit, mit dem zu beginnen, was Sie von CDU, SPD, FDP/DVP und Grünen gestern versäumt haben, nämlich die Verschuldungsgrenze in der Verfassung festzuschreiben, indem wir sie als Freiwilligkeitsleistung in den nächsten Doppelhaushalt einbringen. Weniger Schulden muss das Ziel sein. Erst wenn Sie bereit sind, damit zu beginnen, haben Sie ein moralisches Recht auf eine solche Debatte, Herr Brechtken.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf von der SPD: So ein Quatsch!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat der Herr Finanzminister.

**Finanzminister Stratthaus:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine ähnliche Debatte ist ja gestern schon geführt worden. Ich möchte aber doch auf ein paar Fragen eingehen, die insbesondere Herr Kuhn aufgeworfen hat und auf die, wie ich meine, hier eine Antwort gegeben werden sollte.

Zunächst einmal: Die Senkung der Nettoneuverschuldung ist das übereinstimmende Ziel der gesamten Regierung. Es ist überhaupt keine Frage, dass die Herabsetzung der Nettoneuverschuldung ein richtiges Ziel ist, und wir arbeiten auf diese Richtung zu. Wir tun uns dabei nicht sehr leicht – wir tun uns schwerer als andere Länder –, und zwar einfach deswegen, weil wir bisher schon gespart haben.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Bereits in den ganzen Neunzigerjahren wurde in Baden-Württemberg wesentlich mehr gespart als in anderen Ländern, und deswegen wird es natürlich immer schwerer, die zusätzliche Mark herauszuquetschen.

Im Übrigen: Die Aussage, wir würden jede fünfte Mark für den Kapitaldienst ausgeben, Herr Brechtken, ist zwar formal richtig, jedoch eine böse Irreführung.

(Abg. Brechtken SPD: Ach so?)

(Minister Stratthaus)

– Ja, nun: Da sind doch die Refinanzierung und die Umfinanzierung enthalten. Es ist doch ganz klar: Wenn unsere Darlehen durchschnittlich sieben Jahre lang laufen, dann müssen jedes Jahr 15 % der Darlehen ersetzt werden, und die schlagen Sie einfach zu den Zinsen dazu. Das ist genau so, als wenn Sie, wenn Sie privat ein Darlehen für ein Haus hätten, dieses Darlehen in einem Jahr total durch ein anderes ersetzen würden; dann hätten Sie in einem Jahr die Tatsache, dass Sie 150 % Ihres Jahreseinkommens für den Schuldendienst ausgegeben hätten.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

– Ja, das ist doch einfach falsch. Nicht jede fünfte Mark, sondern jede 13. Mark geben wir für Zinsen aus. Das ist überhaupt keine Frage, und das wollte ich einfach einmal richtig stellen.

Dann haben Sie vorhin davon gesprochen, wir hätten einen Schuldenkorridor. Das ist ein Fluchtkorridor. Bei dieser Bundesregierung müssen Sie die Möglichkeit haben, finanzpolitisch irgendwohin zu flüchten. Wir haben diesen Schuldenkorridor deshalb gemacht, weil wir einfach für das letzte Jahr nicht wussten, was an schlimmen Entscheidungen noch auf uns zukommt. Wenn wir einmal wissen, wohin sich die Bundesregierung und die Bundespolitik bewegen, dann können wir auf diese Spreizung verzichten.

(Abg. Capezzuto SPD: Das haben wir 16 Jahre lang nicht gewusst!)

– Ja, dann haben Sie es heute gelernt.

Meine Damen und Herren, es gab einen Unterschied in den Auffassungen der Koalitionspartner über das Tempo des Abbaus der Verschuldung, aber keinen Unterschied und keinen Dissens über den Weg. Es war wirklich ein edler Wettstreit, wer dieses Ziel als Erster erreichen kann.

Herr Kuhn hat vorhin zwei Fragen aufgeworfen, zu denen ich jetzt doch etwas sagen will. Er hat gefragt, wie wir uns im Bund eigentlich zum Sparpaket verhalten. Das hat zwar nicht direkt damit etwas zu tun, aber die anderen Dinge sind ja alle schon gesagt worden. Wie werden wir uns zum Sparpaket verhalten? Es ist schon einige Male gesagt worden, dass ein großer Teil kein Sparen ist, ein Teil ist aber Sparen. Ich bin der Ansicht, dass wir im Bundesrat Teile dieses Sparpakets mittragen sollten. Ich sage gleich, welche. Aber unter gewissen Bedingungen, nämlich unter der Bedingung, dass eine vernünftige Steuerreform gemacht wird,

(Zuruf von der SPD: Haben wir doch!)

und unter der Bedingung, dass wir eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und einen Rückschnitt der Sozialpolitik vornehmen.

Nur dann, wenn wir dieses Gesamtpaket schnüren, hat es auch einen Sinn, zu sparen. Denn Sparen allein ist eine rein defensive Maßnahme.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Wenn wir die Arbeitslosigkeit beseitigen wollen, müssen die Steuerreform und die Flexibilisierung des Arbeits-

markts hinzukommen. Im Sparpaket ist die Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe enthalten; ich bin der Meinung, das ist richtig. Das hat übrigens die CDU im Bundestag zusammen mit der SPD auch vorgehabt

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mit der FDP!)

– mit der FDP –, und Herr Lafontaine hat es blockiert. Das wollen wir auch einmal feststellen. Es ist im Prinzip richtig, dass die originäre Arbeitslosenhilfe näher zur Sozialhilfe gerückt wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aufgaben werden verschoben!)

Was wir bei der ganzen Sache ablehnen, ist die Tatsache, dass einfach die Finanzierung vom Bund auf die Gemeinden verschoben wird.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Das Gleiche gilt auch für das Wohngeld. Auch das Wohngeld soll näher zu den Gemeinden. Ich bin absolut dafür. Nur sollte man nicht einfach die Kosten überschieben, sondern wir müssen dafür sorgen, dass eine Kompensation stattfindet.

Als Nächstes haben Sie gefragt, ob das, was der bayerische Ministerpräsident gesagt hat, seriös sei. Eine Entlastung um 50 Milliarden DM kann natürlich nicht im gleichen Jahr finanziert werden. Es wäre einfach unredlich, zu behaupten, die Steuermehreinnahmen kämen im gleichen Jahr. Man kann nur hoffen, dass sie in einigen Jahren kommen.

Jetzt sage ich Ihnen meine ganz persönliche Meinung: Ich bin überzeugt, für eine vernünftige Steuerreform können wir vorübergehend Schulden hinnehmen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kiel FDP/DVP: Jawohl!)

wenn es eine Steuerreform ist. Das war der englische Weg, das war der amerikanische Weg. Blair profitiert heute von Frau Thatcher. Clinton profitiert von Reagan. Nur die deutschen Sozialdemokraten waren so dumm und haben die kleinen Reformschritte der CDU zurückgeschraubt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Wir „profitieren“ von Kohl!)

– Sie sagen immer, die höheren Schulden, die wir heute haben – –

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Capezzuto?

**Finanzminister Stratthaus:** Bitte sehr.

**Abg. Capezzuto SPD:** Herr Minister, können Sie uns sagen, wovon wir bei der alten Bundesregierung hätten profitieren können, nachdem 1,5 Billionen DM Schulden hinterlassen worden sind?

(Zuruf von der CDU: Lug und Trug! – Unruhe)

**Finanzminister Stratthaus:** Wenn Sie zum Beispiel nicht so dumm gewesen wären und nicht die vernünftige demographische Komponente abgeschafft hätten, hätten Sie heute zum Beispiel nicht so viel Trouble mit den Rentnern.

(Abg. Capezzuto SPD: Das war noch keine Antwort!)

Jetzt zu den 1,5 Billionen DM Schulden: Dazwischen liegt die deutsche Wiedervereinigung. Das muss auch einmal gesagt werden.

(Abg. Capezzuto SPD: Das haben Sie aber neun Jahre lang nie betont! – Zuruf von der CDU: Die greifen es nicht!)

Die Zeit ist knapp, und wir haben schon überzogen. Sie wissen das sowieso alle. Ich möchte es relativ kurz machen.

Es ist sehr schwer, einen verbindlichen Plan für die Nullverschuldung vorzuschreiben, weil es viel zu viele Fakten gibt, die wir nicht im Griff haben. Wir wissen nicht, was noch von der Bundespolitik auf uns zukommt. Wir wissen nicht, was die Konjunktur bringt. Wir wissen nicht, ob das Bundesverfassungsgericht wieder eine Entscheidung fällt, die das Land innerhalb kurzer Zeit Hunderte von Millionen DM kosten kann. Aus allen diesen Gründen sollten wir uns vornehmen, die Verschuldung so schnell wie möglich zurückzuführen. Wir können nicht sagen, wann das der Fall sein wird. Die Konjunktur läuft zurzeit gut. Wir wissen aber nicht, was durch Ihre Ökosteuer noch bewirkt wird. Vielleicht wird dadurch die Konjunktur abgewürgt.

Meine Damen und Herren, es wird übrigens immer Bayern mit der Nullverschuldung genannt. Bayern ist schon längst davon abgerückt. Sie müssen das einmal genau lesen und dürfen nicht nur die Verkündigungen sehen. In Bayern spricht im Augenblick niemand mehr von der Nullverschuldung. Ich möchte einfach darauf hingewiesen haben.

(Abg. Deuschle REP: 2009!)

Es wurde heute auch schon einige Male gesagt: Wir haben die Kreditlinie in unserem Haushalt 2000 und 2001 eingehalten. Auch dazu noch etwas: Wir haben sie eingehalten, obwohl wir den Haushaltsplan äußerst seriös aufgestellt haben. Wir haben alle Belastungen, die durch die Bundespolitik auf uns zukommen, als Belastungen in diesem Haushalt vorgesehen, obwohl ich in der Zwischenzeit der Überzeugung bin, dass es so nicht kommt, schlicht und einfach deswegen, weil sich die Verhältnisse im Bundesrat verändert haben.

Wir haben zum Beispiel 563 Millionen DM Ausfall durch Ihre Unternehmensteuerreform im Haushaltsplan stehen. Ich war kürzlich mit einem Landesfinanzminister unterwegs, der der SPD angehört. Er sagte, er denke im Traum nicht daran, solche Vorschläge, die die Bundesregierung macht und die seinen Haushalt belasten, bereits heute in den Haushalt einzustellen, weil sie noch nicht beschlossen sind. Wir hätten einfach sagen können: „Dieses Sparprogramm geht nicht durch, also werden wir die Belastungen nicht veranschlagen.“ Wir hätten sagen können: „Die Unternehmensteuerreform kommt nicht“, und schon hätten

wir 563 Millionen DM weniger an Belastungen. Wir haben das nicht gemacht, sondern wir haben ganz bewusst sehr präzise veranschlagt und sind davon ausgegangen, dass alle Belastungen tatsächlich auftreten können.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie waren doch dafür, dass die Unternehmen entlastet werden!)

– Sie haben Recht. Wenn eine vernünftige Steuerreform durchgeführt wird, werden wir die mittragen, und dann werden wir auch die Belastungen mittragen. Ich wollte nur darauf hingewiesen haben.

Wir werden die Nettokreditlinie einhalten. Wir werden in der mittelfristigen Finanzplanung jedes Jahr 300 bis 400 Millionen DM Schulden abbauen, vorausgesetzt, es passiert nicht etwas ganz Außergewöhnliches durch die Bundespolitik.

(Abg. Rapp REP: 2040!)

Meine Damen und Herren, ich darf zusammenfassen: Wir sind uns in der Zielsetzung einig. Die CDU und die FDP/DVP werden die Nettoverschuldung in klaren Schritten zurückfahren. In Abwandlung eines Wortes, das einmal ein französischer Außenminister gesagt hat, bin ich der Meinung, wir sollten nicht so viel darüber reden, wir sollten oft daran denken, aber immer danach handeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Brechtken.

**Abg. Brechtken SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will noch etwas zur Nettoneuverschuldung und zur mittelfristigen Finanzplanung und zu ihrer Einhaltung sagen.

In dem Fünfjahreszeitraum vor 1992 haben Sie während Ihrer Alleinregierung die mittelfristige Finanzplanung (alt) um 5 Milliarden DM erhöht, entgegen Ihren Festlegungen, die Sie zuvor beschlossen hatten. Zwischen 1992 und 1996 hatten wir dann – ohne den Nachtrag 1996; das ist ganz wichtig, denn diesen haben Sie zu verantworten – eine kontinuierliche Rückführung der Nettoneuverschuldung. Das waren die einzigen vier Jahre, in denen man konsequent eine mittelfristige Finanzplanung ohne jede Veränderung eingehalten hat. Das war das einzige Mal, und zwar während der großen Koalition.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt sagen Sie, Sie wollten die Nettoneuverschuldung zurückfahren. Sehr schön. Aber Sie, Herr Finanzminister, verschweigen, dass Sie die mittelfristige Finanzplanung erhöht haben. Jetzt nenne ich einmal im Hinblick auf das, was Herr Oettinger gesagt hat, die Zahlen.

Die ursprüngliche mittelfristige Finanzplanung zum Zeitpunkt Ihrer Regierungsübernahme – ich rede jetzt nur von den letzten Jahren – sah für das Jahr 1998 eine Nettoneuverschuldung von 1,3 Milliarden DM vor. Sie haben sie auf 2,3 Milliarden DM erhöht. Im Jahr 1999 war es 1 Milliarde DM; Sie haben auf 1,9 Milliarden DM erhöht. Für

(Brechtken)

das Jahr 2000 waren es 755 Millionen DM; Sie haben auf 2,2 Milliarden DM erhöht. Eigentlich wollten wir nach der alten Finanzplanung ab dem Jahr 2001 allmählich zur Nullverschuldung kommen. Stattdessen haben Sie eine Netto-neuverschuldung von 2,1 Milliarden DM und dann 2,1 Milliarden DM bis 2,9 Milliarden DM vorgesehen. Das heißt, Sie haben eine feste Nettoneuverschuldung um über 5 Milliarden DM erhöht, und jetzt sagen Sie, bezogen auf den erhöhten Plafond: „Wir gehen runter, und das ist unsere große Sparanstrengung.“ Das kann ich auch: Zuerst den Kreditrahmen erhöhen und dann sagen: „Jetzt nehme ich ein bisschen zurück; jetzt habe ich gespart.“ Dies ist nicht eine Politik, wie wir sie verstehen.

Lieber Herr Oettinger, weil Sie jetzt da sind: Sie haben vorhin eine Veränderung in einer mittelfristigen Finanzplanung von Nordrhein-Westfalen mit unter 2 Milliarden DM dargestellt.

(Abg. Oettinger CDU: Verschlechterung!)

– Eine Verschlechterung unter 2 Milliarden DM.

(Abg. Oettinger CDU: Bitte, was? Um 2 Milliarden nach oben!)

– Eine Verschlechterung gegenüber der früheren mittelfristigen Finanzplanung. Dort ist nach Ihrer Darstellung in einer mittelfristigen Finanzplanung die Verschuldung um 2 Milliarden DM erhöht worden.

(Abg. Oettinger CDU: 2,3!)

Sie haben sie um über 5 Milliarden DM erhöht.

(Abg. Oettinger CDU: Was haben wir? – Abg. Gerd Scheffold CDU: Nur in einem Jahr! Entschuldigung!)

Wenn Sie sagen, man solle im nächsten Jahr die Regierung abwählen, dann schlage ich vor, dass Sie bei Ihren Zahlen im Jahr 2001 überhaupt nicht mehr antreten. Das müsste die Konsequenz sein.

(Beifall bei der SPD)

Man kann nicht etwas als eine Sparbemühung darstellen, wenn man zuvor um 5 Milliarden DM draufgelegt hat, und sagen: Jetzt werden wir uns aber bemühen, von der Neuverschuldung herunterzukommen.

Zweiter Punkt – und der ist mir ganz wichtig, Herr Finanzminister –: Wir sind uns ja in der Grundlinie völlig einig, dass das, was wir an Steuermehreinnahmen bekommen, selbstverständlich zur Zurückführung der Nettokreditaufnahme verwendet werden soll. Das heißt, es ist selbstverständlich an der Zeit, die angesichts der konjunkturellen Daten und Gott sei Dank auch der Maßnahmen der Bundesregierung höheren Steuereinnahmen dazu zu verwenden, von der Neuverschuldung herunterzukommen.

Aber für mich ist die Frage: Sind Sie auch bereit, künftig über den Beschluss des Parlaments hinaus solche Mehreinnahmen zur Verringerung der Neuverschuldung zu verwenden und auch in einem Nachtrag eine geringere Kreditaufnahme zu veranschlagen? Denn die jetzige Politik führt

dazu, dass man zwar in einem Jahr weniger Schulden aufnimmt, aber die Kreditemächtigung erhalten bleibt; sie kann auf kommende Jahre übertragen werden. Dadurch haben Sie eine indirekte Erhöhung der Neuverschuldungsmöglichkeit in den kommenden Jahren. Wenn man ehrlich weniger Neuverschuldung will – und ich hoffe, dass Sie das im Haushalt auch so vorsehen –, muss man auch die entsprechende Kreditemächtigung in Form eines Nachtrags herunterfahren, um nicht Mehrausgabemöglichkeiten für die kommenden Jahre zu haben.

Noch eine Bemerkung zur Steuerreform: Ich muss ehrlich sagen, die Bundesregierung hat eine Vorlage gemacht, wonach die Steuerreform unter dem Gesichtspunkt „Wir wollen runter mit der Belastung für den nicht entnommenen Gewinn“ gemacht werden soll – das, was thesauriert wird –, und zwar wollen wir das sowohl für die Körperschaft als auch für den Einzelbetrieb in Form der Option für den Körperschaftsteuersatz. Das halte ich für vernünftig. Vor diesem Hintergrund, also produktives Kapital zu entlasten, jetzt eine Steuerdiskussion zu beginnen, auch den Spitzensteuersatz für den individuell entnommenen Gewinn herunterzufahren und dafür eine erhebliche Neuverschuldung in Kauf zu nehmen, halte ich für unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Das begünstigt diejenigen, die Kapital entnehmen, und es belastet den Staat und seine Handlungsfähigkeit in wichtigen Bereichen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Letzte Bemerkung, nur einen Punkt, und zwar zur Frage der Alternative. Da muss ich mich mit Ihnen, Herr Kuhn, auseinandersetzen.

Wir haben den Vorschlag gemacht, Privatisierungserlöse – das ist ja ein Vermögensverkauf – dadurch sozusagen vermögenswirksam anzulegen, dass wir sagen: Wir verringern damit Negativvermögen, sprich wir tilgen damit Schulden – damit gewinnen wir einen Spielraum von ungefähr 200 Millionen DM im Jahr –, um bei den Ausgaben tatsächlich vernünftige Schwerpunkte zu setzen.

Nun versuchen Sie, die Beträge aus steuerrechtlichen Gründen in eine Stiftung zu geben. Da sehe ich aber eine Klippe, und ich bin gespannt, wie Sie darum herkommen. Sie haben heute Morgen gesagt – der Finanzminister hat es bestätigt –, Sie würden so tun, als wären es Haushaltsmittel.

(Abg. Oettinger CDU: Nein!)

Das heißt, unter Beteiligung des Parlaments werden die Mittel für Aufgaben verwendet, die sozusagen staatliche Aufgaben sind.

(Abg. Oettinger CDU: Nein! Das hat keiner gesagt!)

– Es geht nicht um die Frage der Gemeinnützigkeit.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

**Abg. Brechtken SPD:** Ich bin gleich fertig.

Wenn Sie die Mittel für Positionen ausgeben, die eigentlich zum klassischen Haushalt gehören, sind Sie sehr nahe – darauf hat Herr Kollege Puchta in der letzten Debatte hingewiesen – an einem Umgehungstatbestand nach der Abgabenordnung. Ich sage Ihnen voraus: Da werden Sie steuerrechtlich möglicherweise Schiffbruch erleiden.

Deshalb halte ich es für vernünftig, Vermögensveräußerungen dazu zu verwenden, die Schulden zu senken und den Spielraum vernünftig zu nutzen. Dies ist sauber, dies ist fair, und wir sind auch ein Vorbild für die Wirtschaft. Wir können nicht Steuertricks in einer Weise anwenden, die eine negative Vorbildwirkung in die Wirtschaft hinein hätte.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger CDU:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, meine Herren Kollegen! Beim letzten Punkt mag ja ein Missverständnis vorliegen. Das kann man ausräumen. Ich versuche, es zu tun.

Der Haushalt hat Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben. Im Haushalt stehen Ausgaben, die aufgrund eines Beschlusses der Regierung oder des Parlaments vollzogen werden, und in ihm stehen neue Maßnahmen, zu denen uns niemand – weder ein Gesetz noch eine Vorgabe durch Landtagsbeschluss – zwingt.

Wir wissen sehr wohl, dass die gemeinnützige Lösung nur klappt, wenn man Investitionen vornimmt, zu denen wir durch gar nichts – nicht durch Gesetz, nicht durch den Bund, nicht durch den Landeshaushalt und nicht durch Landtagsbeschluss – verpflichtet sind. Es gibt in Baden-Württemberg genügend gute Vorhaben, genügend Ideen und genügend Standortmaßnahmen, die in keinem Gesetz zwingend vorgeschrieben sind, die aber Sinn machen, die den Standort Baden-Württemberg in der Konkurrenz mit anderen Standorten voranbringen und die deswegen gemeinnützig finanzierbar sind.

Daran halten wir uns. Da brauchen wir keinen Oberlehrer Brechtken; das schaffen wir auch ohne ihn.

(Abg. Nagel SPD: Auch keinen Hausmeister Oettinger! – Heiterkeit bei der SPD)

Heute Vormittag war übrigens interessant, dass die Regierung mit uns der Meinung ist, dass der Landtag und die Landtagsabgeordneten, die hier Regierungsverantwortung tragen, auch die Verantwortung tragen müssten, wenn es um Investitionen der gemeinnützigen Stiftung geht. Dafür sorgen wir. Warten Sie es ab! Heute Vormittag hat der MP dies ganz deutlich gesagt.

(Zuruf von der SPD: Wer ist das?)

Jawohl, so wird es sein.

Deswegen, Herr Kollege Brechtken, ist die gemeinnützige Stiftung, die auch Herr Kollege Kuhn vorschlägt, die Sie aber ablehnen, der richtige Weg, damit wir nicht Steuern in andere Bundesländer zahlen müssen. Sie ist ein steuerrechtlich gangbarer Weg, damit Investitionen voll im Land

bleiben und nicht hinausfließen, und ist ein Weg, der von Abgeordneten beeinflusst wird, weil wir in den Gremien der neuen Stiftungs-GmbH

(Abg. Brechtken SPD: Sie meinen das gesamte Parlament und nicht nur die Regierungsfaktionen!)

in entscheidender Verantwortung sind.

(Abg. Brechtken SPD: Das gesamte Parlament oder nur die Regierungsfaktionen?)

Zum Zweiten, Herr Kollege Brechtken, zum Schuldenvergleich. Sie haben behauptet, wir würden um 5 Milliarden DM nach oben gehen.

(Abg. Brechtken SPD: Das haben Sie!)

So ein Irrsinn! Sie haben mehrere Jahre addiert und die Summe dieser Jahre mit einem einzigen schlechten Jahr von NRW verglichen. Vergleichen darf man immer nur ein Jahr, und der Vergleich eines beliebigen Jahres zeigt, dass Baden-Württemberg besser aussieht als jedes rot-grün regierte Land in Deutschland.

Noch etwas, weil die Zahlen eklatant sind. In der Mifri 2002 geht Nordrhein-Westfalen um 2,3 Milliarden DM nach oben. Baden-Württemberg – ich verspreche es Ihnen – aber bleibt gleich oder geht in der Neuverschuldung nach unten.

Noch ein eklatanter Wert. Was passiert denn in diesem Jahr 1999? In diesem Jahr macht Baden-Württemberg maximal 1,8 Milliarden DM neue Schulden. So steht es im Haushaltsplan. Wenn aber die Steuereinnahmen gut bleiben, dann wird der Rechnungsabschluss bei uns unter 1,8 Milliarden DM liegen. Im selben Jahr 1999 macht Ihr Musterland NRW eine Verschuldung von 7,3 Milliarden DM. 1,8 Milliarden DM hier, 7,3 Milliarden DM dort – da kann ich nur sagen: Da können Sie lange Zahlenspielereien machen, diese Zahl spricht nicht für, sondern gegen Sie.

(Abg. Drexler SPD: Wir sind hier in Baden-Württemberg, oder nicht?)

Nun zur Bundesebene. Einsparungen im Bundeshaushalt – warten Sie es ab – tragen wir mit. Einen Verschiebebahnhof zu Ländern und Gemeinden machen wir nicht mit. Globale Minderausgaben müssen aufgelöst werden. Aber was Sie derzeit auf Bundesebene machen, ist nur der Versuch, scheinbar zu sparen, aber in der Gestaltung bringen Sie nichts zustande.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das muss nicht meine Person sagen. Das sagt Ihnen jeder Zeitungskommentar: Diese rot-grüne Bundesregierung gestaltet null und spart wenig. Deswegen geht davon keine Motivation für den Standort Deutschland aus. Deswegen sind davon derzeit alle enttäuscht: Die Gewerkschaften sind enttäuscht, die Wirtschaft ist enttäuscht, das Ausland ist enttäuscht und Lafontaine sowieso.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Die CDU ist enttäuscht, und der Oettinger ist auch enttäuscht! – Abg. Capezzuto SPD: Fünf Leute von 69 applaudieren!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Kuhn.

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Ich möchte zunächst, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, etwas zu der Stiftungsfrage sagen, weil Sie diese angesprochen haben.

Ich meine, dass wir im Finanzausschuss in der Lage sein müssten – und ich meine, dass wir da auch eine intensivere Diskussion als in der Vergangenheit brauchen –, diese Frage rechtlich einwandfrei und zweifelsfrei zu klären. Meine Fraktion ist für diese Stiftung nur dann, wenn es ein klares und sauberes Stiftungsmodell gibt und wenn neue Zwecke definiert werden können, die rechtlich einwandfrei sind und die das Land tatsächlich braucht. Einen Mechanismus nach dem Muster „Wir müssen das jetzt durch das Nadelöhr treiben“ halte ich nicht für akzeptabel. Ich finde, da muss die Landesregierung, die ja offensichtlich eine Begutachtung zu dieser Rechtsfrage hat, im Finanzausschuss diese Begutachtung vorlegen – Herr Finanzminister, dazu fordere ich Sie auf –, sodass im zuständigen Gremium dieses Landtags über die Frage diskutiert werden kann – das Gutachten müssten Sie dann liefern –, was rechtlich einwandfrei geht und was nicht geht.

(Abg. Drexler SPD: Das gibt der nie heraus! –  
Abg. Brechtken SPD: Kriegen wir es?)

Ich stimme Ihnen zu, Herr Brechtken: Da darf es keinen Zweifel geben, keine Grauzone. Danach wird man auf unserer Seite die Entscheidung treffen, ob eine solche Stiftung möglich ist oder nicht. Ich würde mich freuen, wenn sie möglich ist. Denn es gibt Aufgaben, die man da mit mehr Geld, das man dann zur Verfügung hätte, leisten könnte. Ich nenne zum Beispiel das alte Thema „Stiftung Weiterbildung“. Das ist eine Aufgabe, die meines Erachtens über eine solche Stiftung problemlos bewältigt werden könnte und die wir dringend lösen müssen. Ich kann mir im Umweltbereich, im Naturschutz, wo auch immer, ähnliche Beispiele vorstellen. Darüber muss man doch sachlich und, so finde ich, auch undogmatisch diskutieren können.

Ich möchte, Herr Oettinger, noch einen Punkt ansprechen, weil das hier jetzt auch eine allgemeine Debatte über die Bundessteuerreform wird.

Der erste Punkt: Herr Brechtken, bei der Unternehmensteuer sind wir noch nicht ganz über den Berg. Der entscheidende Punkt für uns als Grüne hier in Baden-Württemberg wird sein, ob die Kleinbetriebe und der Mittelstand tatsächlich entlastet werden, übrigens auch die Kleinaktionäre. Da sehe ich beim Halbteilungsgrundsatz, der bisher als Alternative zum bestehenden Anrechnungsverfahren vorgesehen ist, noch nicht so klar, wie die ganz Kleinen, die ja bei einem hohen Einkommensteuersatz dann benachteiligt wären, auch eine Entlastung bekommen. Ich will das nur anmelden, damit das klar ist. Dieser Punkt ist mit ein Prüfstein für eine Unternehmensteuerreform.

Herr Oettinger hat gesagt, er trage Einsparungen in Berlin und im Bundesrat mit, aber er hat so getan, als wären alle Belastungen, die durch diese Einsparungen für das Land und die Gemeinden entstehen, nicht hinnehmbar. Da möchte ich eine Frage an die CDU hier stellen: Sie können doch nicht, wenn in Berlin beim Steuertarif durch Reduktion der

Abschreibung, durch Erweiterung der Bemessungsgrundlage eingespart wird, was ja auch in diesem Sparpaket geschieht, ernsthaft hier sagen: Aber unser Anteil der Einkommensteuer beträgt immerhin 42,5%, womit das Land dann ja belastet würde; da machen wir nicht mit.

Das Gleiche gilt für die Unternehmensteuerreform. Wenn 8 Milliarden DM Nettoentlastung da sind, dann ist das Land halt mit 42,5 % und sind die Gemeinden mit 15 % dabei. Da kann man nicht sagen, das sei ein Verschiebebahnhof, sondern das ist das Ergebnis des Steuerverbunds, den man in der Bundesrepublik hat, und der Aufteilung bei der Einkommensteuer. Ich finde, da kann man nicht so reden, wie Herr Oettinger das getan hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Wohngeld!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kiel.

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Brechtken, Sie haben mit Zahlen manipuliert. Ich habe mir die Zahlen noch einmal herausgeholt.

(Abg. Wintruff SPD: Oh, das ist ein böser Vorwurf! – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP:  
Aber wenn es halt so ist!)

– Aber der steht.

1993 lag die Nettoneuverschuldung bei 1,6 Milliarden DM, 1994 bei 1,7 Milliarden DM. 1995 schnellte sie dann auf 2,8 Milliarden DM hoch, verharrte 1996 und 1997 in etwa auf diesem Niveau, nämlich bei 2,7 Milliarden DM bzw. 2,8 Milliarden DM, und erst 1998 gelang es, die Nettokreditaufnahme auf 1,7 Milliarden DM zu begrenzen – übrigens 660 Millionen DM unter den im Haushalt veranschlagten Kreditermächtigungen.

Etwas anderes kommt hinzu: Das relativ schlechte Ergebnis 1996 und 1997 ist darauf zurückzuführen, dass die beiden jeweils vorvergangenen Jahre, in denen Sie noch Mitverantwortung getragen haben, mit erheblichen Defiziten abgeschlossen wurden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Deshalb sind die Ergebnisse in den Jahren 1996 und 1997 entsprechend schlecht gewesen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf das hinweisen, was Herr Kuhn eben gesagt hat. Natürlich überlegt sich auch die FDP, wie sie sich im Vermittlungsausschuss – denn da wird das ja wohl landen – verhalten kann und was sie da zu erreichen versuchen wird. Es geht nicht darum, was geschieht, wenn im Steuerbereich irgendwelche Senkungen kommen, die zwangsläufig auch die Länder und damit auch die Kommunen treffen, sondern es geht um diejenigen Bereiche, in denen die Dinge, ohne dass der Bund in irgendeiner Weise partizipiert hätte, einfach verschoben werden. Nehmen Sie zum Beispiel das Wohngeld – Sie kennen die ganzen anderen Dinge ja auch –, bei dem es eben nicht darum geht, sich etwa anteilig am Sparen zu

(Kiel)

beteiligen, wie es unser System vorsieht, sondern wo man ganz speziell versucht, sich selbst zu entlasten, indem man andere belastet, ohne daran beteiligt zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Die Länder werden doch auch entlastet!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas anderes sagen. Wir leben in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen zumindest vorübergehend steigen. Möge es so bleiben, dass das weitergeht und sich nicht etwa das bewahrheitet, was in den letzten Tagen in den Zeitungen stand, dass man sich überlegt, wo in Zukunft der Hauptsitz von Daimler-Chrysler sein wird. Eine Verlagerung würde nämlich immerhin jährlich etwa 700 Millionen DM ausmachen, wie entsprechende Berechnungen ergeben.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Ich hoffe jedenfalls, dass die Entwicklung nicht nur vorübergehend ist, sondern dass es mit den Steuereinnahmen auf Dauer besser geht. Dann ist aber doch bei einem niedrigen Zinsniveau die beste Zeit, zu sagen, dass man sparen will. Freilich, man muss das auch wirklich wollen. Alle Beteiligten müssen das wollen. Da sind alle Minister, da ist die gesamte Regierung und da sind auch die Fraktionen gefordert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Rapp.

(Unruhe)

Herr Abg. Rapp, Sie haben schon das Wort.

**Abg. Rapp REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch Stellung nehmen – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter. – Meine Damen und Herren, bitte behalten Sie Ruhe. Führen Sie die Gespräche bitte draußen, damit die Aktuelle Debatte möglichst schnell vollends beendet werden kann.

Bitte schön, Herr Abg. Rapp.

**Abg. Rapp REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch zu dem Thema Stiftung Stellung nehmen. Dazu sind ja gewisse Sätze gefallen. Herr Oettinger hat gesagt: „Sonst müssen wir in andere Bundesländer Steuern zahlen.“ Es ist ja schon seltsam, dass man bereit ist, überallhin in der Welt Geld zu bezahlen, aber ganz schnell dagegen ist, wenn ein anderes Bundesland Nutznießer davon sein kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Das ist für mich schon ein seltsames Gebaren. Sind wir denn Deutsche, oder wer sind wir denn eigentlich? Den ei-

genen Landsleuten gönnen wir nichts, aber anderen gönnen wir es. Und dann kommt noch die Rechtssicherheit der ganzen Sache dazu. Wir diskutieren hier darüber, dass diese Stiftung letzten Endes Staatsaufgaben übernimmt, in der Form, dass man eben Geld stiftet und nicht in den Haushalt einbringt. Aber es ist doch de facto eine Staatsfinanzierung, was dabei herauskommt. Da warte ich schon einmal ab, was die Justiz dazu sagt, wenn Sie diese Sache so durchziehen wollen. Ich würde die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen schon bitten, ein vernünftiges rechtliches Gutachten zu der Frage einzuholen, was passiert, wenn woanders geklagt wird. Denn auch sonst haben Sie irgendwo Mittel veranschlagt. Wenn Sie diese nach einem Jahr nachversteuern müssen, ist das Dilemma noch größer als jetzt. Diesem Problem sollte man schon nachgehen.

Sie haben vorhin eingeengte Handlungsspielräume durch zu hohe Zinsen angesprochen. Aber Sie lassen keine Bereitschaft erkennen, neue Zinsen zu vermeiden – bei den alten geht das ja nicht. Diskutieren Sie doch einmal darüber, wie man neue Zinsen vermeidet, wie man versuchen kann, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das tut möglicherweise gewissen Nehmerstellen weh. Aber wenn wir heute nicht beginnen, eine Mark zu sparen, müssen wir in fünf Jahren zehn Mark sparen.

(Unruhe bei der SPD)

– Ich weiß, dass das für Sie ein Fremdwort ist. Dort sollte einmal damit begonnen werden.

Wir, die Republikaner, sind dazu bereit. Wir haben Ihnen bei den Haushaltsberatungen immer und immer wieder sinnvolle Vorschläge unterbreitet.

(Abg. Nagel SPD: Oje!)

– Natürlich, die sind sehr sinnvoll. Ich möchte sie jetzt gar nicht aufzählen, aber bei den nächsten Haushaltsberatungen kommen noch viel bessere.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nennen Sie mal ein paar Beispiele! Meinen Sie Asylbewerber, oder was?)

– Das können Sie sich gar nicht vorstellen, Herr Kuhn. Die Kreativität der Republikaner, was Einsparungen angeht, kennt keine Grenzen. Darauf können Sie sich absolut verlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Brechtken SPD: Ich tät' am liebsten euch einsparen!)

Genauso wird es bei den Haushaltsberatungen sein. Da stellen wir wieder so viele Anträge wie die übrige Opposition zusammen,

(Abg. Nagel SPD: Ja, wir kaufen neue Mülleimer!)

und dann stehen wir recht gut da.

Danke schön.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Punkt 3 der Tagesordnung, die Aktuelle Debatte, ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion Die Republikaner – Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Die Recht- und Gesetzmäßigkeit der Verwendung staatlicher Fördermittel für Projekte der ländlichen Sozialberatung und sonstige Modellvorhaben und die Praxis ihrer Kontrolle durch die zuständigen Landesbehörden in Baden-Württemberg“ – Drucksache 12/4375**

**b) Antrag der Fraktion der SPD – Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“ – Drucksache 12/4416**

Das Präsidium hat für die Begründung jeweils fünf Minuten und für die Aussprache über beide Anträge eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Herr Abg. Dagenbach, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Dagenbach REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion Die Republikaner legt heute als erste Oppositionsfraktion gemäß Artikel 35 der Landesverfassung von Baden-Württemberg den Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorgänge um die Verwendung staatlicher Zuschüsse in Millionenhöhe in der ländlichen Sozialberatung vor. Neben der inhaltlichen Begründung für den beantragten Untersuchungsauftrag – auf diese werde ich nachher noch zu sprechen kommen – sind insbesondere drei Gesichtspunkte für unseren Antrag entscheidend.

Erstens: Wir machen damit entschlossen Gebrauch von unserem verfassungsmäßigen Recht und von der Pflicht, meine Damen und Herren von den regierungsstützenden Fraktionen CDU und FDP/DVP, zur parlamentarischen Kontrolle der regierungsamtlichen Tätigkeiten.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Zweitens: Wir Republikaner kommen damit einem Auftrag der Bürger nach, die uns am 24. März 1996 bei der Wahl zum 12. Landtag dazu demokratisch legitimiert haben.

Drittens: Wir setzen damit unsere bereits in der 11. Legislaturperiode nachgewiesene Linie fort, die Arbeit der Landesregierung und der ihr nachgeordneten Behörden entschieden und anlassbezogen auch konsequent zu kontrollieren.

(Beifall bei den Republikanern)

Als Beleg für diese Kontinuität einer ernsthaften Kontrolle der Exekutive erinnere ich an die von uns in der 11. Legislaturperiode beantragten Untersuchungsausschüsse im Steuerfall Graf und in dem Fall des sich der Freundschaft eines im Augenblick nicht anwesenden hochmögenden CDU-Politikers rühmenden, der Mafia-Aktivität in Italien verdächtigen Stuttgarter Gastronomen.

Meine Damen und Herren, im demokratisch verfassten Rechtsstaat ist ein Untersuchungsausschuss – ich zeige es bildhaft auf – das schärfste Schwert des Parlaments, wenn es gilt, rechtsstaatswidrige Praktiken, Verhaltensweisen oder Einstellungen in der Exekutive und der für sie verantwortlichen Regierung aufzuhellen und abzustellen. Die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist immer das letzte dem Parlament verbleibende Mittel, die Ultima Ratio parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten, wenn alle anderen Wege zur Sachverhaltsklärung entweder bereits erfolglos beschritten worden sind oder wenn sie von vornherein keinen Erfolg versprechen.

Nach allem jedoch, was seit dem erstmaligen Bekanntwerden von Unregelmäßigkeiten in der Finanzierung der ländlichen Sozialberatung von der Landesregierung gegenüber Landtag und Öffentlichkeit verlautbart wurde, ist die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mehr als gerechtfertigt. Dieser Untersuchungsausschuss ist geradezu zwingend geboten. Er soll Licht bringen in das Dunkel des Dickichts der entweder ausweichenden, sich widersprechenden oder oftmals überhaupt nicht gegebenen Antworten auf konkrete Fragen.

Wenn es noch zureichender Beweise bedurft hätte, dass nur die Arbeit eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses die notwendige Aufklärung von möglichen Fehlverhaltensweisen in der Landesregierung und den ihr nachgeordneten Behörden zu leisten vermag, dann hat Frau Ministerin Staiblin die Belege dafür in der Plenardebatte am 15. Juli 1999 in diesem hohen Hause geliefert.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Ihr Auftritt, Frau Ministerin Staiblin, und Ihre „Augen zu und durch“-Rede an diesem Platz haben deutlich gemacht, dass Sie weder über die Kraft noch den ernsthaften Willen verfügen, in diesem Parlament die ganze Wahrheit in dieser unendlichen Geschichte von Unregelmäßigkeiten und strafrechtlichen Verstrickungen aufzuzeigen.

(Beifall bei den Republikanern)

So, wie Sie in diesen für Ihren Vorgänger im Amt nicht unbedingt rühmlichen Geschehnissen bisher agiert haben, eilt Ihnen keineswegs der Ruf voraus, das von Ihrem Amtsvorgänger zumindest politisch zu vertretende Pharaonengrab fragwürdiger Abläufe bei der Finanzierung der ländlichen Sozialberatung öffnen zu wollen.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Junginger.

**Abg. Junginger SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Die Regierung und die Regierungsfractionen haben es für richtig befunden, auf die Rückforderung von nach allen vorliegenden Erkenntnissen zu Unrecht angeforderten und ausgezahlten Beträgen in Millionenhöhe zu verzichten und Vereinbarungen abzuschließen, die das Unrecht belohnen und eine Aufklärung erschweren, wenn nicht verhindern.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

(Junginger)

Obwohl die Staatsanwaltschaften in Stuttgart und Mannheim seit vielen Monaten ermitteln, ob Betrugstatbestände erfüllt sind, wird der Untersuchungsausschuss als überflüssig bezeichnet, weil alles bekannt sei und keine Erkenntnisse für eine bessere Regierungspolitik mehr erwartet werden könnten.

Wir setzen dagegen, dass allein das Verhalten der Regierung, während laufender Ermittlungsverfahren Vereinbarungen über die Belassung gezahlter Fördermillionen und die Zuweisung neuer Förderbeträge bis Jahresende 1999 zur Verrechnung zu schließen, einen Untersuchungsausschuss rechtfertigt, weil dieses Verhalten als Vertuschungsversuch und feige Flucht aus der politischen Verantwortung empfunden werden muss.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

„Filz bringt Kohle“ lautete gestern eine Überschrift in einer Zeitung. Gemeint war dort Berufstennis als Geldquelle. Diese Überschrift passt auch gut auf die Sachverhalte, die Anlass zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Förderpraxis des Landes bei der ländlichen Sozialberatung gegeben haben.

Lassen Sie mich untersuchen, was die Verwendung der Formulierung „Filz bringt Kohle“ rechtfertigen könnte.

(Abg. Hauk CDU: Das sollten Sie aber nächste Woche machen!)

Die wesentliche Frage dabei ist, ob Filz Kohle bringt. Die Antwort auf diese Frage wird der Untersuchungsausschuss erarbeiten müssen.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Einstweilen, Herr Kollege Hauk, steht nur im Raum, dass ohne Kontrollen und Einhaltung der allgemeinen hausrechtsrechtlichen Vorschriften wohl auf der Grundlage völlig unzulänglicher bzw. gerade zu unkorrektem Verhalten einladender Förderrichtlinien Beträge abgerufen werden konnten, die nicht für ländliche Sozialberatung, sondern zur Mehrung des Verbandsvermögens verwendet worden sind. Wenn sich das als richtig herausstellt, wird die Feststellung zu treffen sein: Filz hat Kohle gebracht. Damit muss ein für alle Mal Schluss sein.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn sich dann auch noch herausstellen sollte, dass derartige Gelder dann wieder als Spenden an die Partei des Förderministers oder einzelne Abgeordnete

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

zurückgeflossen sind

(Abg. Hauk CDU: Jetzt halten Sie sich aber mit Ihren Mutmaßungen zurück! – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Seimetz: Unverschämtheit!)

– Ihr aufgeregtes Verhalten beweist, dass wir den Punkt treffen –, dann wäre das Fazit noch eindeutiger. Dann würde das Motto lauten: Schwarzer Doppelfilz und Kohleklau.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Frage, meine Kolleginnen und Kollegen, muss lauten: Was ist eigentlich Filz? Sicherlich gibt es auch den Filztennisball.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Hier geht es aber nicht um Sport, sondern um den Verdacht der Kumpanei, Herr Scheuermann, um den Verdacht gesetzwidriger Gefälligkeiten und um die etwaige Bereitschaft, beide Augen zuzudrücken, wenn die richtige Förderkundschaft kommt, und Wünschen befreundeter Verbandsfunktionäre zu entsprechen, noch bevor sie überhaupt geäußert worden sind, und derartige Wünsche, wenn sie geäußert werden sollten, als Befehl zu empfinden. Das ist politischer Filz, Herr Kollege Weiser, Herr Kollege Reddemann, Herr Kollege Göbel, Herr Kollege Kiefl, Frau Ministerin Staiblin und Herr Ministerialdirektor Arnold.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Politischer Filz ist überall von Übel. Er gedeiht auf der Grundlage von verkrusteten Strukturen und mangelnder Politik- und Parteienvielfalt.

Wenn sich dann im Verlaufe der Bemühungen des Untersuchungsausschusses herausstellen sollte, dass schwarzer Filz in der Förderpraxis der ländlichen Sozialberatung eine Rolle gespielt hat, dann wäre das allein bereits ein ausreichender Grund für die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses, um wenigstens für die Zukunft eine gerechte und zielgenaue Verwendung öffentlicher Mittel sicherzustellen.

(Abg. Haas CDU: Ich dachte, Sie seien Jurist!)

Schließlich noch die dritte Frage: Was ist eigentlich Kohle? Sicherlich im hier angesprochenen Sinne nicht ein Brennstoff oder ein Heilmittel gegen Durchfall, sondern schlicht und einfach Geld, Steuermittel, Förderbeträge, Gemeinschaftsmittel also, um angestrebte und sinnvolle Ziele zu erreichen, im konkreten Fall, um bäuerlichen Familien in schwierigen Existenzfragen durch qualifizierte Fachkräfte Beratungsleistung zu gewähren, soweit diese Familien ohne Rücksicht auf eine etwaige Verbandszugehörigkeit zusätzliche Hilfe neben den vorhandenen Beratungsangeboten der ländlichen Sozialversicherungskassen benötigen. Wer so Kohle macht, dass das aufsichtsführende Ministerium nach einer normalen Prüfung durch ein Rechnungsprüfungsamt nach vielen Jahren unzureichender oder gänzlich unterlassener Prüfung die Staatsanwaltschaft mit dem Hinweis auf Betrugsverdacht anruft, kann sich dann zur Rechtfertigung tatsächlich nur auf Kumpanei oder den politischen Segen für dieses Fehlverhalten berufen.

Wenn das so richtig ist – Erklärungen des Kollegen Mayer-Vorfelder, die er zwar in Abrede gestellt hat, die aber so konkret in der Zeitung zu lesen waren, dass eine Zeitungsekte eher unwahrscheinlich erscheint, deuten ebenso darauf hin wie Äußerungen von Verbandsfunktionären, dass sie sich nur so verhalten hätten, wie es von den verantwortlichen Politikern vorgegeben worden sei –, dann ist dieser Untersuchungsausschuss, der sich nach unserem Antrag mit der Entwicklung der Förderung der ländlichen Sozialberatung, mit den Kontrollmechanismen dieser Subventio-

(Junginger)

nierung und deren Versagen, mit den weiteren Förderungen aus internationalen und nationalen Töpfen, dem Stand und den Ergebnissen der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren und dem unsäglichen Vergleich und dessen zweifelhaften Hintergründen beschäftigen soll, notwendig und sinnvoll, um aus den zu erwartenden Erkenntnissen und Konsequenzen für eine bessere Politik zu sorgen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Winckler.

(Abg. Haas CDU: Trotz dieser Hetzrede werden Sie in Berlin unter 20 % kommen! Das ist das einzig Beruhigende!)

**Abg. Winckler** CDU: Herr Präsident, verehrte Damen, meine Herren! Es ist das gute Recht der SPD, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu verlangen,

(Abg. Deuschle REP: Das ist nicht nur das Recht der SPD!)

wenn ein solcher tatsächlich notwendig ist, um ihren Aufgaben als Opposition gerecht werden zu können. Trotz der soeben gehörten vielen Worte von Herrn Junginger, mit denen nichts Neues, geschweige denn etwas Wesentliches gesagt wurde,

(Abg. Haas CDU zur SPD: Hetzrede! Am Sonntag werden Sie dafür in Berlin eines auf die Mütze kriegen!)

bezweifeln wir im vorliegenden Fall diese Notwendigkeit. Denn alle bedeutsamen Fragen, die zu behandeln nach dem SPD-Antrag Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein soll, wurden bereits mehrfach in verschiedenen Gremien dieses Hauses eingehend erörtert. Alles, was damals hierzu erklärt wurde, war so umfassend, so glaubhaft und überzeugend, dass den Sozialdemokraten seinerzeit nicht nur nichts mehr zu fragen einfiel, sondern deren Kritik auch ziemlich gekünstelt ausfiel.

Wir können uns deshalb des Eindrucks nicht erwehren, dass das SPD-Verlangen ausschließlich auf Beweggründen beruht, die mit der Sache nicht das Mindeste zu tun haben. Möglicherweise sehen die Sozialdemokraten den Untersuchungsausschuss als die einzige ihnen verbliebene Chance an, landespolitisch überhaupt noch wahrgenommen zu werden.

(Abg. Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Oder vielleicht soll er der SPD in ihrer gegenwärtigen Hilflosigkeit nur dazu dienen, von ihrem derzeitigen bemitleidenswerten Zustand abzulenken.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Sehr gut! Das sind Fakten! – Oh-Rufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, etwaige derartige und andere sachfremde Erwägungen würden einen schlimmen Missbrauch eines parlamentarischen Rechts darstellen, der geeignet wäre, das wichtige Instrument Untersuchungsausschuss zu entwerten.

Verehrte Damen, meine Herren, mangels erkennbarer sachbezogener Gründe für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wird sich meine Fraktion nachher bei der diesbezüglichen Abstimmung enthalten.

(Abg. Dagenbach REP: Wieso? Lehnt ihn doch ab!)

Im Untersuchungsausschuss werden wir jedoch so mitwirken, wie sich dies gehört.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das war die bisher beste Rede von Herrn Winckler!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Erdrich-Sommer.

**Abg. Marianne Erdrich-Sommer** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben jetzt vielleicht Herrn Günther Schäfer erwartet, der eigentlich für dieses Thema zuständig ist und das auch bearbeitet. Nur, Herr Günther Schäfer wird derzeit Vater und zieht das Wunder der Geburt dieser Debatte um den Untersuchungsausschuss vor.

(Beifall – Abg. Pfisterer CDU: Da verpasst er auch nichts!)

Ich glaube, menschlich ist das die richtige Entscheidung.

(Zurufe, u. a. des Abg. Hauk CDU)

– Herr Hauk, Sie verblüffen mich immer wieder.

Wir diskutieren heute über zwei Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Anlass dafür ist der großzügige Umgang der Landesregierung mit Steuergeldern. Vergewöhnlichen wir uns noch einmal die Ausgangslage.

Da findet eine Doppelförderung der Bauernverbände statt, weil das Ministerium Ländlicher Raum sie neben der Sozialberatung für etwas bezuschusst, nämlich die Sozialversicherungsberatung, wofür die Bauernverbände schon Zuschüsse von den Sozialversicherungsträgern erhalten haben. Die Bauernverbandsfunktionäre glaubten wohl: Wenn das Ministerium will, dass die Beratung zweimal abgerechnet wird, machen wir das auch so.

(Abg. Dagenbach REP: So ist es!)

Damit das Regierungspräsidium bei der Abwicklung der Förderung kein schlechtes Gewissen hat, werden die Zuschüsse Dritter eben zum Teil verschwiegen. Das ist ein klassischer Fall von Subventionsbetrug. So weit ist die Sache klar und aufgeklärt.

(Abg. Drexler SPD: Alles rechtens!)

Nach Berichten der Rechnungsprüfer – nach überschlägiger wohlwollender Kalkulation – gelang es den Bauernverbänden so, sich richtlinienwidrig ca. 7,5 Millionen DM zu erschleichen.

(Abg. Drexler SPD: Nur?)

Das sind Gelder, die dem Landwirtschaftsetat fehlen, die damit den Bauern entzogen werden und die in die Ver-

(Marianne Erdrich-Sommer)

bandskassen geflossen sind. Wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätten aber gern, dass der Landwirtschaftsetat den Landwirten zugute kommt und nicht Verbänden, die staatliche Aufgaben übernehmen, die dadurch die Mitglieder an sich binden und gleichzeitig ihr parteipolitisch gefärbtes Süppchen kochen. Das, meine Damen und Herren, wollen wir nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dieser Missbrauch von Steuergeldern ist klar und belegt.

Die jetzige Landwirtschaftsministerin setzt dem ganzen Vorgang noch die Krone auf, indem sie vor Abschluss der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren einen Vergleich mit den Bauernverbänden abschließt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Faules Ei!)

Sie verzichtet auf eine Rückforderung der nach ihrer eigenen Überzeugung nicht richtlinienkonform gewährten Zuschüsse. So wird die Altlast aus der Ära Weiser nicht bereinigt, sondern durch einen neuen, noch ungeheuerlicheren Vorgang überboten,

(Abg. Drexler SPD: Unglaublich!)

nach dem Motto: Egal, ob die Förderung richtlinienkonform ist oder nicht, Hauptsache, sie trifft die Rechten.

(Abg. Dagenbach REP: Uns schon wieder? – Abg. Teßmer SPD: Die ganz Rechten!)

Meine Damen und Herren, wir haben zwei Anträge. Ich möchte auf den REP-Antrag eingehen. Der stoichert schon mit der Überschrift völlig im leeren Raum. Ich zitiere die Überschrift: „Die Recht- und Gesetzmäßigkeit der Verwendung staatlicher Fördermittel für Projekte der ländlichen Sozialberatung und sonstige Modellvorhaben . . .“ Dies soll untersucht werden. Wir brauchen aber keinen Untersuchungsausschuss, um Fragen zu klären, die schon längst geklärt sind.

(Abg. Hauk CDU: Sehr richtig!)

Der Bericht der Rechnungsprüfer belegt minutiös, dass allerhöchstens 25 % der gewährten Zuschüsse richtlinienkonform gewährt wurden, der Rest damit nicht recht- und gesetzmäßig verwendet wurde. Die Landesregierung und die Fraktionen der FDP/DVP und CDU reagieren auf diese Verstöße überhaupt nicht.

Auch die Frage nach der Kontrolle der Fördergelder, die die Republikaner untersuchen wollen, ist schnell beantwortet. Kontrolle war nicht erwünscht. Untersucht werden muss nicht, was schief lief – das liegt nämlich klar vor –; bei dem Untersuchungsausschuss geht es vielmehr darum, zu fragen: Wie funktionieren und funktionierten die Förderbeziehungen zwischen Bauernverbänden und Ministerien, zwischen Verbandsvertretern und Ministerien? Interessant ist doch die Frage, inwieweit die jetzige Landwirtschaftsministerin, Frau Staiblin, noch Herrin der Entscheidungen ist oder ob sie sich nur noch innerhalb von Abhängigkeiten und Verstrickungen bewegen kann.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Hat sie sich nicht aktiv eingesetzt?)

Wie konnten Sie, Frau Ministerin, nach einem derartigen Aufklärungsstart, bei dem ich Sie wirklich bewundert habe, zu diesen unsäglichen Vergleichen kommen? Das werde ich einfach nicht verstehen.

Interessant ist auch die Frage, wie innerhalb der Landesregierung mit dem Wissen um die ungesetzlichen Machenschaften umgegangen wurde. Gehört etwa die Methode, die hier angewandt wurde, zum Kern der Regierungspraxis des Kabinetts Teufel? Zu dieser Frage kann der von den Sozialdemokraten beantragte Untersuchungsausschuss mit etwas Glück erhellende Einblicke vermitteln. Damit wäre dann auch ein echtes Stück parlamentarischer Aufklärungsarbeit geleistet. Hoffentlich werden wir am Ende dieses Ausschusses wissen, welche Gründe dazu führten, dass die Landwirtschaftsministerin zunächst die Machenschaften der Bauernverbände engagiert anging, aber jetzt vor den Bauernverbänden erstarrt und den offensichtlichen Subventionsbetrug mit großzügigen Vergleichen honoriert hat.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, daher unterstützen wir den Antrag der SPD auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses; denn er ist geeignet, diese Methoden im Regierungssystem Teufel an einem klaren Fallbeispiel näher zu beleuchten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

(Abg. Teßmer SPD: Horst, du gehst einen schweren Gang! – Abg. Drautz FDP/DVP: Jetzt zeigs ihnen!)

**Abg. Dr. Glück FDP/DVP:** Sie kommen schon noch dran.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Förderpraxis für die Sozialberatung bei den Bauernverbänden hat die Opposition in den letzten Wochen und Monaten eine Vielzahl von Anfragen gestellt.

(Zuruf von der SPD: Warum Sie nicht?)

Das Ministerium hat ausführlich berichtet, im Ausschuss wurde diskutiert, und die Ministerin hat stets Rede und Antwort gestanden. Deshalb ist die Frage erlaubt, was die Antragsteller mit dem Untersuchungsausschuss überhaupt noch bezwecken wollen oder was dieser Untersuchungsausschuss überhaupt noch zutage fördern soll, was nicht durch einfachere parlamentarische Möglichkeiten, nämlich eine Anfrage, gelöst werden könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Charmant an dem Antrag der SPD ist, dass Sie einen Untersuchungsausschuss wollen, der etwas aus der Zeit der großen Koalition aufklärt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der CDU: Aha!)

Herr Präsident, hier steht: „Sprechzeit zu Ende“. Ich glaube, das ist ein Irrtum.

**Stellv. Präsident Birzele:** Sie haben noch vier Minuten, Herr Kollege Glück.

**Abg. Dr. Glück FDP/DVP:** Fakt ist, dass die Förderung in dem Augenblick eingestellt wurde, als Vorwürfe bekannt wurden. Die Beratung wurde dennoch fortgesetzt. Frau Erdrich-Sommer, es handelt sich hierbei nicht um eine Doppelförderung, sondern um zwei verschiedene Förderungen für zwei verschiedene Maßnahmen. Das ist ein Unterschied. Herr Junginger, in dem Vergleich, der dann zwischen dem Ministerium einerseits und den Bauernverbänden andererseits unter Mitarbeit des Rechnungshofs geschlossen wurde, wurde nicht auf Geld verzichtet, sondern da hat man tatsächlich die geleistete Arbeit bewertet und dann einen Vergleich geschlossen – unabhängig von den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die noch laufen.

(Abg. Junginger SPD: Nehmen Sie einmal Akten-einsicht im Ministerium!)

Meine Damen und Herren, welcher Schaden ist für das Land entstanden? Die bisherigen Anfragen lassen Zweifel aufkommen, ob nach diesem Vergleich, durch den das Land wieder zu seinem Geld gekommen ist, überhaupt noch ein Schaden gegeben ist.

(Lachen bei der SPD – Abg. Teßmer SPD: Doktorchen! – Zuruf von der SPD: Peinlich, peinlich!)

Der Rechnungshof hat die Förderrichtlinien kritisiert; sie sollten klarer sein. Diese werden neu geregelt. Ab dem Jahr 2000 werden wir andere Richtlinien haben. Aber es ist ein ganz normaler Vorgang, dass der Rechnungshof etwas kritisiert und dass die Regierung dann reagiert.

Wir halten auf jeden Fall die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für nicht begründet,

(Abg. Bebbler SPD: Das ist ein ganz normaler Vorgang?)

zumal sich die Dimension dieses so genannten Skandals doch erheblich relativiert hat. Unstrittig ist auch, dass die Bauernverbände ihre Arbeit gut und kostengünstig geleistet haben.

Somit stellt sich die Frage: Was will die SPD wirklich mit der Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses?

(Abg. Maurer SPD: Was will die FDP/DVP?)

Herr Maurer, zunächst einmal könnte ich mir vorstellen, dass Sie von eigenen Problemen ablenken wollen.

(Lachen bei der SPD)

Dann haben Sie in der Vergangenheit die Bauernverbände madig gemacht. Jetzt werden Sie vermutlich einen Untersuchungsausschuss wollen, der sich schön langsam bis nahe an das Jahr 2001 heranarbeitet.

(Abg. Teßmer SPD: Irrtum!)

Wenn das bestritten wird – ich habe auch andere Stimmen gehört –, wird der Ausschuss sehr schnell abgevespert, und dann stellen Sie in einem neuen Ausschuss den Vorsitzen-

den. Dann haben Sie bis zum Jahr 2001 einen Propagandaminister etabliert. Wir werden sehen, welche Taktik Sie einschlagen.

(Abg. Teßmer SPD: Wo ist der Liberalismus hingegangen?)

Meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuss ist das schärfste Mittel des Parlaments zur Aufklärung eines Sachverhalts.

(Abg. Teßmer SPD: Wie die Spritze des Doktors!)

Aber dieses Mittel sollte angemessen eingesetzt werden und nicht dazu dienen, dass man einen Sachverhalt weiter köchelt, der bereits klar ist oder der einfach durch Abfragen vollends abgeklärt werden könnte.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die SPD hat zweifelsohne das Recht, diesen Ausschuss zu fordern.

(Abg. Teßmer SPD: Zu gütig!)

Wir von der FDP/DVP-Fraktion sind garantiert nicht betroffen. Wir haben wirklich eine neutrale, unvoreingenommene Rolle. – Herr Brechtken, auch wenn Sie das in Zweifel ziehen, ändert das nichts daran.

(Lebhafte Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Teßmer SPD: Gallus ist auch dabei!)

Wir sind allerdings davon überzeugt, dass mit diesem Ausschuss mit viel Aufwand nichts Neues herauskommen wird. Bestenfalls könnte es sein, dass Sie Ihre öffentlich geäußerte Vorverurteilung zurücknehmen müssen.

Ihnen, meine Herren von den Republikanern, darf ich sagen: Auf diesen fahrenden Zug aufzuspringen ist gefährlich.

(Zurufe von den Republikanern)

– Ich weiß; Sie haben den Antrag formal etwas früher eingereicht. – Dieser Zug führt Sie vielleicht noch mehr auf das Abstellgleis.

Meine Damen und Herren, wir können den Untersuchungsausschuss nicht verhindern; wir wollen das letztlich auch nicht. Wir sehen ihn als eine unnötige, personalintensive Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Lediglich aus Respekt vor dem parlamentarischen Mittel des Untersuchungsausschusses werden wir uns bei der Abstimmung über den Antrag der SPD der Stimme enthalten.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Ministerin Staiblin.

(Abg. Drexler SPD: Wieso das?)

**Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sehe der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

(Ministerin Gerdi Staiblin)

mit größter Gelassenheit entgegen. Ich habe nichts versäumt und auch nichts verheimlicht. Über die Vereinbarung waren das Justizministerium und die Staatsanwaltschaft informiert. Weder die Staatsanwaltschaft noch das Justizministerium hatten Einwände, und der Rechnungshof hat diese Vereinbarung akzeptiert. Also was wollen Sie noch?

Wenn Sie die Antworten auf all die Fragen, die Sie bisher gestellt haben – keine Frage blieb unbeantwortet –, immer noch nicht verstanden oder kapiert haben, wiederholen wir alles noch einmal.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dagenbach.

(Abg. Deuschle REP: Aber erst, wenn es ruhiger ist!)

**Abg. Dagenbach REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es weitere Beweise für die Richtigkeit und Stimmigkeit unseres Antrags auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorgänge in der ländlichen Sozialberatung bedurft hätte, so haben die Redner der Koalitionsfraktionen diese soeben geliefert.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig! – Abg. Hauk CDU: Schreiben Sie das vorher schon auf?)

Ich muss schon sagen, Herr Winckler – –

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Herr Hauk, stellen Sie doch einmal Ihre Bellerei ein. Das bringt doch nichts.

(Abg. Hauk CDU: Mich würde es nur interessieren!)

Sie haben im Untersuchungsausschuss sehr viel Gelegenheit, zu maulen und Ihre Vorstellungen einzubringen.

(Abg. Hauk CDU: Ich frage Sie doch jetzt!)

Heben Sie es lieber bis dahin auf.

Noch einmal: Herr Winckler, auch wenn Sie meinen, unseren Antrag ignorieren zu können: Das, was Sie vorhin hier an Inhaltslosigkeit abgelassen haben, zeigt geradezu die Notwendigkeit einer weiter gehenden parlamentarischen Befassung zur Aufhellung des ausgedehnten Dunkelfeldes,

(Abg. Wacker CDU: Das haben Sie auch aufgeschrieben! – Abg. Hauk CDU: Er hat Sie doch gar nicht erwähnt!)

Herr Hauk, regierungsamtlichen und behördlichen Verhaltens in dieser Frage auf.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Fleischer CDU: Was aufgeschrieben ist, muss auch gelesen werden!)

Herr Winckler, auch heute haben Sie den untauglichen Versuch unternommen, die anstehenden Fragen einer in Verdacht stehenden staatlichen Klientelförderung abzu-

würgen. Ihre Bemühungen, Ihnen politisch und möglicherweise auch persönlich verbundene Amts- und Mandatsträger vor jeder Kritik zu bewahren, sind zu durchsichtig, um sich ernsthaft damit auseinander zu setzen.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Sie greifen dabei zu der ebenso unbrauchbaren wie auch unangemessenen Taktik, Ihren Freunden sowohl vor Abschluss der strafrechtlichen Ermittlungen als auch vor der Aufnahme der parlamentarischen Untersuchungen aus Papierscheinen zusammengehaltene Mäntelchen umzuhängen.

(Zuruf des Abg. Reddemann CDU)

Ihr Bemühen ist weiterhin darauf ausgerichtet, Handlungs- und Tatverdächtige außerhalb jedes Verdachts zu halten.

Auch wir wehren uns gegen einen mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht in Einklang zu bringenden Generalverdacht gegenüber einem ganzen Berufsstand oder den anderen in der ländlichen Sozialberatung tätigen Organisationen. Wir wissen nur zu gut, zu welchen unsäglichen geistigen Exzessen im Zeichen der Political Correctness ein auch von Ihnen und dem Führungspersonal Ihrer Partei seit 1992 mit zu vertretender Generalverdacht gegen nicht auf Ihrer politischen Wellenlänge befindliche Personengruppen geführt hat.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir sind daher – ich sage das in aller Deutlichkeit an die Bauernverbände und die übrigen mit Projekten in der ländlichen Sozialberatung befassten Organisationen – gegen jede hier und in den Medien erfolgte Vorabverurteilung von Personen oder Personengruppen. Jedoch muss es uns erlaubt sein, Kritik an den aufgezeigten rechtlichen und administrativen Schwachstellen im Ablaufverfahren der staatlichen Bezuschussung in der ländlichen Sozialberatung zu üben. Denn die nähere Befassung mit der Praxis hat gezeigt, dass hier unendlich großer Aufklärungsbedarf besteht.

Die bislang bereits fast ein Dutzend Mal erfolgte parlamentarische Behandlung dieser Fragen spricht nicht für die Seriosität der von der Landesregierung erteilten Antworten. Im Gegenteil: Nicht wenige der vom Ministerium Ländlicher Raum zu verantwortenden Aussagen der Landesregierung bewirkten zusätzlichen oder gänzlich neuen Fragebedarf.

Das von Ihnen, Frau Ministerin Staiblin, in der Plenardebatte am 15. Juli an die Fraktionen gerichtete Angebot zur Einsichtnahme in diverse die ländliche Sozialberatung betreffende Akten wird von uns zudem als Versuch gewertet, mittels einer mit dem Rücken zur Wand gerichteten Vorwärtsstrategie die taktisch-operative Sachherrschaft in dem streitigen Verfahren zurückzugewinnen.

Trotzdem, Frau Ministerin, ehrt es Sie – das möchte ich betonen –, dass Sie sich zu dem Schritt der Gewährung von Akteneinsicht angesichts des heraufdräuenden Untersuchungsausschusses entschlossen haben, wenn auch unter dem Zwang des Faktischen.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

(Dagenbach)

Ich sage aber auch insbesondere den mit der Umsetzung des Angebots befassten Mitarbeitern Ihres Hauses ausdrücklichen Dank.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie waren doch gar nicht da!)

– Aber selbstverständlich war ich dabei. Ich kann auch lesen.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Ehrlich?)

Allerdings hat gerade auch das Ergebnis Ihrer einen Hauch von Glasnost andeutenden Offenheit unsere Auffassung bestärkt, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu beantragen. Unsere Vermutung, dass sich unter dem Dach des Ministeriums Ländlicher Raum und dessen Vorgängereinrichtungen in fast einem Vierteljahrhundert eine Vielzahl höchst aufklärungsbedürftiger Vorgänge, insbesondere die ländliche Sozialberatung betreffend, angesammelt haben, sehen wir nicht zuletzt durch Erkenntnisse aus der Akteneinsicht bestätigt.

Das von mir vorhin aufgezeigte, im Untersuchungsausschuss noch zu öffnende Pharaonengrab im Ministerium Ländlicher Raum birgt in der Tat noch viele politisch und auch rechtlich zu lüftende Geheimnisse.

(Abg. Göbel CDU: Wollen Sie eine Pyramide bauen? – Abg. Drautz FDP/DVP: Er lacht über sich selber!)

Da wir aber davon überzeugt sind, zumindest einen der Schlüssel zu dem Pharaonengrab gefunden zu haben, stellen wir hiermit unseren Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 35 der Landesverfassung zur Abstimmung. Wir werden auch keine Probleme mit dem Antrag der SPD haben, die ja überwiegend unsere Positionen inhaltlich übernommen hat,

(Lachen bei der SPD – Abg. Scheuermann CDU: Aber besser formuliert!)

und ihm ebenfalls zustimmen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Ihr Hahnenkrähen hat heute gerade noch gefehlt.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort hat Herr Abg. Teßmer.

(Abg. Seimetz CDU: Er gibt jetzt eine Erklärung zu seiner Person wegen der Verwicklung in diese Angelegenheit ab!)

**Abg. Teßmer** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

– Hören Sie erst einmal zu! Ich habe ja noch gar nichts gesagt. Aber eines kann ich Ihnen garantieren, Herr Seimetz: Ich sage ein bisschen mehr als Ihr Kollege. Wahrscheinlich ist er der Einzige, der sagt: Da ich nichts davon verstehe, darf ich darüber reden.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist die Begründung dafür, dass Sie reden dürfen! – Abg. Haas CDU: Das ist eher bei Ihnen so! – Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Herr Winckler ist sicher nicht der Wichtigste zur Begründung dieses Untersuchungsausschusses.

Was für uns Sozialdemokraten den letzten Ausschlag gegeben hat, war eigentlich der übereilte Abschluss des Vergleichs. Frau Ministerin, Sie hätten sehr viel Achtung gewonnen, wenn Sie das Verfahren nach der Anzeige bei der Staatsanwaltschaft durchgehalten hätten. Wer aber miterlebt hat, wie Sie auf dem Landwirtschaftlichen Hauptfest – ich sage es einmal ganz vorsichtig – geschnitten und beleidigt wurden, hat gemerkt: Diese Ministerin hat zwei Entscheidungsvarianten:

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Sie waren natürlich nicht dabei, Herr Hauk; das ist mir klar. – Entweder – das ist die Variante A – bin ich wohlgefällig – dann habe ich, wie Herr Ruf sagt, nichts Entscheidendes falsch gemacht –,

(Heiterkeit bei der SPD)

oder ich bleibe bei meiner Linie – ich glaube, das wollte sie auch, durfte sie aber nicht – und habe keine Zukunft.

Ich glaube, wir müssen eines deutlich machen. Die Bauernverbände haben sich selbst widersprochen. Sie haben gesagt: „Solange nicht alles geklärt ist, unterschreiben wir nicht.“ Die standen ja schon draußen mit dem Kugelschreiber, als hier drin mit knapper Mehrheit beschlossen worden ist, dass dieser Vergleich angenommen wird. Die wollten das ja haben. Die wollten gar nicht klären.

Frau Staiblin, Sie haben uns freundlicherweise Einblick nehmen lassen. Das Wichtigste fehlt. Das liegt nicht bei Ihnen, das liegt beim Gericht. Das hätten wir natürlich auch gern gesehen. Alles, was an Prozeduren hätte bekannt werden sollen, war nicht ein – –

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Das hätte Ihnen so gefallen. Dann hätten Sie gesagt, wir verschleppten das. Nein, Herr Hauk.

(Abg. Hauk CDU: Sie hätten alle Akten sehen können!)

Wenn so etwas für die Landwirte berechenbar werden soll, dann müssen wir schnellstmöglich klären: Ist soziale Beratung förderungswürdig – dann müssen wir etwas anderes finden –, oder ist sie unnötig? Dann hat der Ausschuss auch eine Aufgabe erfüllt. Das muss als Ergebnis herauskommen.

Dabei wird auch noch geklärt werden müssen: Wer hat denn wie andere gefördert oder unterstützt oder die Augen zugemacht? Wenn einem da berichtet wird, dass ein Ministerialdirektor Arnold bei der Schulung von Beratern gesagt haben soll: „Bitte hinterfragen Sie dieses Formular nicht“,

(Lachen bei der SPD)

(Teßmer)

dann muss er doch etwas gewusst haben. Er ist immer noch Ministerialdirektor. Wer die Amtsführung von Herrn Weiser kannte und kennt, der weiß: Herr Weiser wusste bis zum letzten Punkt, was in seinem Ministerium passiert. Dem nehmen wir doch nicht ab, dass er von dieser Fehlbedarfsfinanzierung nichts gewusst hat. Das war eine Fehlbedarfsfinanzierung laut Satzung. Und was ist daraus geworden? Eine direkte Bezuschussung von – –

(Abg. Hauk CDU: Es gibt gar keine Satzung!)

– Was ist denn das Formular anderes, wenn draufsteht?: Ich muss bestätigen, dass ich nur Geld bekomme, wenn ohne diesen Zuschuss die Maßnahme nicht möglich ist. Das heißt auf Deutsch Fehlbedarfsfinanzierung. Gehen Sie mal zu einem Juristen; Sie haben ja genug.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Hauk CDU: Aber keine Satzung!)

– Nein, Herr Hauk, so billig nicht!

Es geht auch um die Frage: Warum hat das Parlament anderthalb Jahre nichts erfahren, obwohl dieser Prüfbericht schon vorlag? Glauben Sie doch nicht, dass uns so ein Untersuchungsausschuss Spaß macht.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

Ihr Klagen heißt nur: Wir haben Recht. Wenn Sie nichts zu verbergen gehabt hätten, dann hätten Sie es mit diesem Vergleich nicht so eilig gehabt. Das hat uns noch niemand widerlegt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Marianne Erdreich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken und Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Helfen Sie mit! Wir wollen das nicht bis zur Wahl verzögern, damit Sie wieder mehr Rezepte ausschreiben können, Herr Kollege Dr. Glück.

(Heiterkeit bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

– Das weiß ich. Davon verstehen Sie auch mehr, Herr Kollege Dr. Glück.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Auch das stimmt!)

Hier werden die Gesetze gemacht, hier werden die Richtlinien mit überwacht, und wenn wir Fehler feststellen, ist es das Recht und, ich glaube, sogar die Pflicht, dass wir das in einem Untersuchungsausschuss überprüfen. Wir wollen niemanden verfolgen, aber wir wollen, dass Recht Recht bleibt und dass kein Vertrag Unrecht nachträglich rechtmacht. Ich glaube, wir tun unseren Landwirten damit auch einen Gefallen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Hauk.

(Abg. Wacker CDU: Jetzt redet wenigstens mal einer, der etwas davon versteht! – Abg. Eigenthaler REP: Der meint, etwas davon zu verstehen!)

**Abg. Hauk CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man muss natürlich schon, wenn hier von den Grünen und von der SPD immer wieder mangelnde Kontrolle beklagt wird, einmal fragen: Wie kam es denn überhaupt dazu, dass wir über das Thema diskutieren? Es war doch nicht die Opposition, die hier angebliche Missstände festgestellt hat, sondern es war genau eine funktionierende Kontrolle in der Verwaltung

(Lachen bei der SPD – Beifall des Abg. Seimetz CDU)

– langsam! –, die, wie in jedem anderen Ressortbereich auch, routinemäßig Dinge durchleuchtet, die wir dann unter Umständen auch politisch zu bewerten haben.

(Abg. Brechtken SPD: Controlling, wenn der Laden bankrott ist!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ob soziale Beratung förderungswürdig ist, mögen Sie ja infrage stellen.

(Abg. Teßmer SPD: Nein! – Abg. Junginger SPD: Fehlbedarfsfinanzierung!)

Aber für meine Fraktion und auch für die Kollegen der FDP/DVP war und ist klar, dass wir spätestens nach Ihren Beschlüssen in Berlin,

(Lachen und Widerspruch bei der SPD – Beifall des Abg. Seimetz CDU)

spätestens nach den Fehlerverhandlungen zur Agenda 2000 einen Strukturwandel in der Landwirtschaft bekommen werden, den Sie zu verantworten haben und der auch entsprechend begleitet werden muss.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Und das haben Sie schon vor zwölf Jahren gewusst!)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

lenken die Kollegen der Opposition vom Thema ab.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie versuchen, von ihrem eigenen Fehlverhalten in der Landwirtschaftspolitik abzulenken und es durch Dreckschleuderei – einen ersten Eindruck haben wir vom Kollegen Junginger schon bekommen – und durch Behauptungen und Mutmaßungen, die willkürlich und rein aus der Luft gegriffen sind, wettzumachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben in der Vergangenheit stets Schiffbruch erlitten. Schauen Sie sich einmal die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg in den letzten Jahrzehnten an, nach all den Untersuchungsausschüssen, die Sie durchgesetzt haben,

(Unruhe)

und den Methoden, die Sie sie dabei angewandt haben: Der Wähler hat dies nicht honoriert. Ich bin überzeugt, er wird es diesmal genauso wenig tun.

(Hauk)

(Abg. Herrmann CDU: Weiter so, SPD! – Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, allein mit Behauptungen und aus der Luft gegriffenen Mutmaßungen ist kein Untersuchungsausschuss zu führen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir sehen diesen Untersuchungsausschuss als kropfunntig an. Ich wundere mich auch etwas über die Grünen, denn sie haben versucht, einen Kraftakt hinzubekommen. Ich wundere mich schon über ihre Haltung. Sie haben ja immer gesagt, im Prinzip lägen alle Fakten auf dem Tisch, es gebe ja eigentlich nichts zu untersuchen. In Ordnung. Dass man seine Meinung ändert, das ist man bei ihnen ja in den letzten anderthalb Jahren, vor allem in Bonn – bei Ihnen persönlich nicht, Frau Erdrich-Sommer –, gewohnt.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Aber, meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuss ist als solcher kropfunntig,

(Abg. Drexler SPD: Wer war es denn? Wer denn? Der Bundeskanzler? Der Bundeskanzler wars!)

weil die Fakten zwischenzeitlich mehrfach hinlänglich hier in den Fachausschüssen und in einer gemeinsamen öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses und des Landwirtschaftsausschusses

(Zurufe von der SPD)

sowie durch angebotene Akteneinsichtnahme – – Kollege Teßmer, Sie hätten ja alle Akten einsehen können.

(Abg. Teßmer SPD: Nein! Im Jahre 2005!)

Sie hätten nur warten müssen, bis die Staatsanwaltschaft ihr Ermittlungsverfahren abgeschlossen hätte.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Dagenbach REP: Oje, oje, oje! – Abg. Teßmer SPD: Was soll denn das?)

Sie hätten warten können, bis die Staatsanwaltschaft abschließend ermittelt hätte. Dann hätten übrigens alle, die im Untersuchungsausschuss sind, auch eine weitaus bessere Bewertungsgrundlage gehabt.

(Abg. Drexler SPD: Überhaupt nicht!)

Dann hätten Sie auch alle Akten einsehen können und dann – das wäre das Richtige gewesen – auch sachkundig entscheiden können, ob Sie einen Untersuchungsausschuss wollen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Sie wollen ihn, weil wir jetzt anderthalb Jahre vor der Landtagswahl stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und Sie wollen ihn, weil Sie den Untersuchungsausschuss als Instrument mit in den Wahlkampf hineinnehmen wollen. Das ist Ihr einziges Anliegen.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Wir können das nicht verhindern. Das sind die Minderheitenrechte, die wir der Opposition immer eingeräumt haben. Wir können das nicht verhindern. Deshalb werden wir auch nicht dagegen stimmen.

(Abg. Teßmer SPD: Gott sei Dank! Sonst tötet ihr das auch noch!)

Aber wir halten ihn für kropfunntig.

(Abg. Drexler SPD: Sie halten jeden Untersuchungsausschuss für kropfunntig!)

Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

Zum Antrag der Republikaner: Herr Dagenbach, es entbehrt schon jeder Ernsthaftigkeit, dass Sie diesen Antrag überhaupt stellen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Sie wissen doch selbst: Allein kriegen Sie nichts auf die Beine. Sie brauchen Partner dazu.

(Abg. Dagenbach REP: Herr Hauk, was Sie von sich geben, spricht doch für sich! Was Sie sagen, spricht doch für sich!)

Die Antragstellung entbehrt jeglicher Ernsthaftigkeit, weil Sie sich nicht einmal bemüht haben, Partner für Ihren Antrag zu finden. Den Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Deuschle REP – Abg. Dagenbach REP: Das hätten Sie wahr scheinlich gemacht! – Zurufe von der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir ab über den Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4375. Dieser Antrag ist weder von zwei Fraktionen noch von einem Viertel der Mitglieder des Landtags unterschrieben. Der Antrag ist daher kein Minderheitsantrag im Sinne von Artikel 35 Abs. 1 der Landesverfassung bzw. nach § 33 Satz 2 der Geschäftsordnung. Der Landtag ist deshalb zur Annahme dieses Antrags rechtlich nicht verpflichtet. Er entscheidet mit einfacher Mehrheit.

Wer dem Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4375, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Deuschle REP: Macht nichts! Ein guter Antrag!)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4416. Hierbei handelt es sich um einen Antrag einer qualifizierten Minderheit. Der Antrag ist von 39 Mitgliedern des Landtags unterschrieben. Der Landtag ist deshalb nach Artikel 35 Abs. 1 der Landesverfassung rechtlich zur Annahme des Antrags verpflichtet.

(Stellv. Präsident Birzele)

Wer dem Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 12/4416, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Nagel SPD: Oh, der Herrmann! Rechtsbrecher! – Abg. Herrmann CDU: Der Antrag ist kropfunnötig! – Heiterkeit bei der SPD)

Enthaltungen? – Der Antrag ist bei wenigen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen angenommen.

(Abg. Herrmann CDU: Kostet einen Haufen Geld und ist völlig unnützlich!)

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr aus Punkt 5 der Tagesordnung auf:

**c) Wahl der Mitglieder, des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses**

Wir wählen zunächst die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Es ist vorgeschlagen, dass dem Untersuchungsausschuss elf ordentliche Mitglieder und elf stellvertretende Mitglieder angehören sollen. Da der gemeinsame Wahlvorschlag der Fraktionen von dieser Mitgliederzahl ausgeht, nehme ich an, dass bezüglich der Ausschussstärke Einvernehmen zwischen den Fraktionen besteht.

(Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

Ich stelle ausdrücklich fest, dass der Landtag dem zustimmt.

Der gemeinsame Wahlvorschlag der Fraktionen liegt Ihnen vor. (Anlage 1) Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, dass das Haus die vorgeschlagenen Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Untersuchungsausschusses gewählt hat. – Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur Wahl des Vorsitzenden. Nach § 6 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes steht der CDU-Fraktion das Vorschlagsrecht für die Wahl des Vorsitzenden zu. Die CDU-Fraktion schlägt Ihnen Herrn Abg. Rech zur Wahl vor. (Anlage 2) Wer Herrn Abg. Rech zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Maurer SPD: Überwältigender Vertrauensbeweis!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig gewählt.

Herr Abg. Rech, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

**Abg. Rech** CDU: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

**Stellv. Präsident Birzele:** Ich danke Ihnen und beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir haben nun den stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zu wählen. Das Vorschlagsrecht

dafür steht der SPD-Fraktion zu. Sie schlägt Herrn Abg. Junginger zur Wahl vor. (Anlage 3) Wer Herrn Abg. Junginger zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Nagel SPD: Der Haas! – Heiterkeit bei der SPD)

Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist Herr Abg. Junginger zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Ich frage Sie, Herr Abg. Junginger: Nehmen Sie die Wahl an?

**Abg. Junginger** SPD: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.

**Stellv. Präsident Birzele:** Ich danke Ihnen und gratuliere auch Ihnen zur Wahl.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 5 der Tagesordnung insgesamt erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 12/4389**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung zehn Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Gespräche einzustellen, Platz zu nehmen und aufmerksam den Ausführungen der Frau Ministerin zu lauschen.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Sehr gut!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes tragen wir einer vielfältiger gewordenen schulischen Wirklichkeit an unseren Gymnasien Rechnung und ziehen die Konsequenzen aus guten Erfahrungen seit Beginn der Neunzigerjahre.

Die vorgeschlagene und damit jetzt endgültig vorgesehene Aufnahme einer achtjährigen gymnasialen Bildungszeit in das Schulgesetz ist ein weiteres Element zur Differenzierung und Profilierung des schulischen Angebotes und fügt sich damit in die Grundphilosophie baden-württembergischer Bildungspolitik ein.

Ein modernes Bildungswesen, das den unterschiedlichen Schülerpersönlichkeiten gerecht wird und leistungsorientiert ist, hat von unterschiedlichen Begabungen, Interessen und Neigungen der jungen Menschen auszugehen. Deswegen hat Baden-Württemberg eine hochdifferenzierte Schullandschaft gestaltet, die jetzt um eine weitere Variante bereichert wird.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Das, was wir heute vorschlagen, meine Damen und Herren, ist also weder eine Maßnahme zur Hochbegabtenförderung, wie manchmal gesagt wurde,

(Abg. König REP: Sehr gut!)

noch ist es ein Sparmodell. Die Maßnahme ist eine attraktive zusätzliche gymnasiale Variante für entsprechend motivierte Schülerinnen und Schüler. Oder, um es anders zu sagen: Um nach acht bzw. nach zwölf Jahren, wenn man die gesamte Schulzeit betrachtet, Abitur zu machen, braucht es nicht einer herausragenden Begabung, sondern entsprechender Motivation; es braucht des Willens dazu. Das haben wir in den vergangenen neun Jahren dort, wo solche Möglichkeiten geschaffen wurden, beobachten können.

Interessant ist, dass sich in diesen neun Jahren die Meinungsbildung bezüglich der Frage „Acht- oder neunjähriges Gymnasium?“ quer durch Deutschland und quer durch die Parteienlandschaft verändert hat. 30 Jahre sind eigentlich die gleichen Argumente hin- und hergeschoben worden. Spätestens seit dem Zeitpunkt, ab dem wir auch stärker über die Grenzen unseres Landes schauen, spätestens seit dem Zeitpunkt, ab dem deutlich geworden ist, dass wir, auch im Vergleich mit vielen europäischen und internationalen Partnern, sehr lange – in den Augen vieler zu lange – Bildungs- und Ausbildungszeiten haben, wird immer mehr auch jungen Menschen deutlich: Es kann ein großer Vorteil sein, nach zwölf Jahren Abitur zu machen, selbst über die Gestaltung des 13. Jahres zu entscheiden, gegebenenfalls früher mit einem Studium beginnen und damit auch früher das Studium abschließen zu können.

Der erste Vorlauf, den wir gehabt haben, waren vier bzw. fünf Gymnasien – das fünfte ist mit Verspätung hinzugekommen – seit Beginn der Neunzigerjahre. Der erste Jahrgang machte 1999 das Abitur. Es waren 39 Schülerinnen und Schüler am Karls-Gymnasium in Stuttgart, am Tulla-Gymnasium in Rastatt, am Marie-Curie-Gymnasium in Kirchzarten und am Droste-Hülshoff-Gymnasium in Meersburg. Das waren sozusagen die Ersten.

Wer sich die wissenschaftliche Begleituntersuchung dieser Schulversuche anschaut, stellt mehrerlei fest. Erstens haben wir festgestellt – das haben wir auch geändert; das ist in einer entsprechenden Anfrage der Grünen ja auch deutlich geworden –: Es ist nicht richtig, für den achtjährigen Bildungsgang eine andere gymnasiale Oberstufe vorzusehen als für den neunjährigen. Das war ein Manko in den ersten Versuchsschulen. Deshalb sind viele Schüler spätestens nach Klasse 10 in die reguläre gymnasiale Oberstufe abgesprungen.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Das heißt, die Verlustquote im ersten Durchgang war relativ hoch. Deshalb sind es auch „nur“ 39 Schülerinnen und Schüler. Aus diesem Grunde gibt es im neuen Anlauf, an dem sich mittlerweile 44 Gymnasien in Baden-Württemberg beteiligen, eine identische gymnasiale Oberstufe für den acht- und den neunjährigen Bildungsgang. Es gibt Veränderungen, es gibt unterschiedliche Wege in der Sekundarstufe I, also in den Klassen 5 bis 10.

In der wissenschaftlichen Begleitstudie von Professor Heller wird deutlich, dass G-8-Schüler nicht nur im Blick auf ihre kognitiven Fähigkeiten interessant sind, sondern – deshalb betone ich diesen Gesichtspunkt auch so – ihre Voraussetzungen für einen solchen Bildungsgang vor allem auch von ihrer Motivation her gut sind. Die Prüfungsangst ist gering ausgeprägt, Misserfolge werden primär auf fehlende Anstrengung oder Pech, nicht auf fehlende Begabung zurückgeführt, Schüler und Schülerinnen des achtjährigen Bildungsgangs fühlen sich nicht überfordert. Außerdem – das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt gewesen –: Die Schüler und Schülerinnen dieses Bildungszweigs werden in der Öffentlichkeit ja manchmal als ganz eigentümliche Wesen dargestellt, die nur noch an die Schule gekettet sind, die außerhalb der Schule nichts mehr zuwege bringen, die sich nicht engagieren, die keinen Hobbys nachgehen können, die ausschließlich auf Schule fixiert sind. Mit das Interessanteste dieser Studie ist, dass ganz deutlich wird: Erhöhte Anforderungen bringen bei einem Teil der Schüler mehr Motivation auch für das, was sie außerhalb der Schule tun. Die Schülerinnen und Schüler dieses Bildungsgangs sind außerhalb der Schule besonders engagiert. Erhöhte Leistungsanforderungen führen nicht zu einem Rückgang außerschulischen Engagements, erhöhte Anforderungen führen auch nicht einfach zu einem schlechteren Notendurchschnitt und zu einem schlechteren Abitur, sondern besondere Herausforderungen – das hat diese wissenschaftliche Begleitstudie gezeigt – führen ganz häufig zu besonderer Motivation, zu besonderen Leistungsfähigkeiten und damit verbunden Leistungsbildern.

Also alle gemalten Horrorszenarien in dieser Hinsicht lassen sich jedenfalls durch die Erfahrungen, die wir bei uns gemacht haben, und übrigens auch durch Erfahrungen in den Bundesländern, die jetzt ähnliche Versuche durchführen, überhaupt nicht belegen.

Ich habe es bereits gesagt: In der jetzigen neuen Phase nehmen 44 Gymnasien in Baden-Württemberg mit einem achtjährigen Zug an dieser Weiterentwicklung teil. Damit hat sich im Zeitraum vom Schuljahr 1997 bis heute die Zahl der teilnehmenden Schulen von 18 über 35 auf jetzt 44 Schulen kontinuierlich erhöht. Genauso ist es auch mit den Anmeldezahlen. Während es in der Regel beim ersten Jahrgang noch eine gewisse Zurückhaltung bei den Anmeldungen gab, wächst nun ihre Zahl an nahezu allen beteiligten Schulen von Jahr zu Jahr.

Das Kultusministerium will auch nach der schulgesetzlichen Verankerung in diesem Schuljahr das Freiwilligkeitsprinzip beibehalten. Wir glauben, dass es richtig ist, diese Weiterentwicklung des Gymnasiums auch in Abstimmung mit den Wünschen vor Ort durchzuführen. Ich glaube allerdings, dass es richtig ist, wenn mit der Aufnahme des achtjährigen Bildungsgangs in das Schulgesetz diese Abstimmung vor Ort erleichtert wird und diese jedenfalls nicht mehr dazu führt, dass ein Gremium das andere Gremium schachmatt setzt. Wir haben viele Situationen gehabt, in denen es am Ende so viele Abstimmungen gab, dass dann doch nicht das zustande kommen konnte, was sich Schülerinnen und Schüler und die Elternschaft gewünscht haben.

Erstmals wurden in diesem Schuljahr an zwei Gymnasien zwei achtjährige Züge eingerichtet: am Annette-von-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Droste-Hülshoff-Gymnasium in Meersburg, also einem der Pionierstandorte von 1991, und am Deutsch-Französischen Gymnasium in Freiburg. Beide Gymnasien führen aufgrund der hohen Anmeldezahlen zwei G-8-Klassen parallel. Interessant ist auch, dass im Laufe der Jahre die Klassen in G 8 nicht mehr kleiner als die Klassen in G 9 sind. Durch mehr Interesse an G 8 gibt es im Laufe der Jahre parallele Entwicklungen.

Zum Ziel Flächendeckung, und das ist das Ziel unserer Koalitionsvereinbarung: Wir haben gesagt, bis zum Ende der Legislaturperiode sollten die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg in erreichbarer Nähe ein solches Angebot haben. Im städtischen Raum ist das immer einfacher als im ländlichen Raum gewesen. Deshalb wird es jetzt auch wichtig werden, dass wir ganz gezielt auch im ländlichen Raum, dort, wo Wünsche da sind, mithelfen, dass solche Wünsche auch erfüllt werden können und gegebenenfalls Kooperationen zustande kommen. Jedenfalls ist in diesem Schuljahr im Blick auf das Ziel der flächendeckenden Versorgung ein erheblicher Schritt gemacht worden. In Schwäbisch Hall, in Schwäbisch Gmünd, in Ellwangen, in Backnang, in Weinheim, in Waldshut-Tiengen, in Villingen-Schwenningen und in St. Blasien sind neue Standorte hinzugekommen, also längst auch über die großen Städte hinausgehend.

Meine Damen und Herren, wer sich jetzt einmal in anderen Bundesländern umschaute, stellt fest, dass es sehr verschiedene Traditionen gibt und sich aufgrund von Schulversuchen in Rheinland-Pfalz, in Berlin und in Baden-Württemberg mittlerweile ein facettenreiches Bild zeigt. Die wissenschaftlichen Begleitstudien aus Berlin, aus Rheinland-Pfalz und auch von uns stehen zur Verfügung. Sie werden auch öffentlich diskutiert. Das Ergebnis ist, dass es immer mehr Beschlüsse quer durch die Parteien gibt, Möglichkeiten zu schaffen. Das gilt für das Saarland, das gilt für Nordrhein-Westfalen, das gilt für Niedersachsen, und das gilt jetzt auch für Bayern. Dort gibt es die so genannten Schnellzüge.

Ich glaube, es ist richtig, die Entwicklung nicht allein auf einzelne Klassen zu beschränken, sondern jetzt zu sagen: Im Schulgesetz von Baden-Württemberg wird beides regulär verantwortet, die 13-jährige Schulzeit bis zum Abitur, die übrigens immer im Blick auf die beruflichen Gymnasien gelten wird – wir werden nie nur eine gymnasiale Schulzeit von zwölf Jahren haben, weil wir diese gute Einrichtung der beruflichen Gymnasien, die nach der Realzeit einsetzen, haben –, und die 12-jährige. Ich bin davon überzeugt, dass das, was in vielen Parteiprogrammen unterschiedlicher Parteien, unterschiedlicher Landes- und Bundesverbände schon seit Mitte der Achtzigerjahre steht, an Kontur und an Akzeptanz gewinnt. In drei bundesweiten Umfragen unter Jugendlichen zu der Frage „Abitur nach acht oder neun Jahren?“ hat sich jeweils eine Mehrheit der befragten Jugendlichen für die Wahlmöglichkeit zwischen acht und neun Jahren Gymnasialzeit ausgesprochen. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass es jetzt Zeit ist, einen Knopf dranzumachen und nicht so zu tun, als sei das eine nur ein Versuch und das andere die Realität. Beides wird interessante und überzeugende gymnasiale Realität in Baden-Württemberg werden.

Dieser Gesetzentwurf lässt Raum für die notwendige Flexibilität moderner Schulpolitik und sichert die innovative qualitätsbewusste Weiterentwicklung des Gymnasiums in unserem Land, wozu bekanntlich auch noch eine Reihe anderer Entwicklungsschritte gehört. Aber dieser Schritt ist für junge Menschen im Blick auf den verantwortlichen Umgang mit Lebenszeit ein attraktiver und zukunftsweisender Schritt. Deshalb bitte ich dieses hohe Haus um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Lazarus.

**Abg. Ursula Lazarus CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ein Schulversuch, wie er jetzt in der Form seit drei Jahren läuft, weitet sich so stark aus, dass völlig entgegen anfänglicher Skepsis von Eltern und auch von Lehrerseite jetzt die Grenzen des Schulversuchs eigentlich gesprengt sind. Ein Konzept, das es jetzt schon in so großer Verbreitung gibt, ist eben kein Versuch mehr. Deshalb ist es konsequent, ihm jetzt die rechtliche Grundlage im Schulgesetz zu geben, nämlich als Regelangebot.

Wir reden sehr viel von Standortwettbewerb und meinen damit den wirtschaftlichen Bereich. Es gibt aber auch Standortwettbewerb im Bereich von Schule und Ausbildung. Das ist nicht zum Nachteil von Schule und Schülerinnen und Schülern. Ein flexibles Angebot für verschiedene Fähigkeiten und Interessen von Schülerinnen und Schülern gehört eben zur Qualität von Schule, und zur Qualität gehört auch ein Angebot für leistungsstarke, für lernwillige Kinder – ein freiwilliges Angebot.

Wir meinen, die Schule muss dieses Angebot machen: Bedürfnisse und Fähigkeiten für Kinder auch in diesem achtjährigen Gymnasium zu fördern und damit der Verschiedenheit von Begabungen Rechnung zu tragen. Zu entscheiden haben vor allem die Eltern, ob sie nach entsprechender Beratung dieses Angebot annehmen. Es gibt sogar Kritik daran, dass wir den Eltern so große Entscheidungsfreiheit lassen. Zu den Kritikern gehört auch der Philologenverband. Da wird davon gesprochen, dass man den Gymnasien ein Abweisungsrecht geben solle. Die CDU-Fraktion sieht dies nicht so, sondern will es ganz bewusst beim Elternrecht belassen und baut auf vernünftige Entscheidungen der Eltern.

Wir wissen, dass sich der Landeselternbeirat mehr für eine, wie gesagt wird, einheitliche Schulzeit des allgemein bildenden Gymnasiums ausspricht und diese Schulzeit sehr stark bei neun Jahren sieht. Man befürchtet einen Qualitätsverlust der gymnasialen Ausbildung und eine Ungleichbehandlung zwischen – in der Kurzform – G 8 und G 9 und meint, dass man im achtjährigen Gymnasium bevorzugte Bedingungen hätte. Die CDU-Fraktion nimmt diese Bedenken durchaus ernst, aber wir glauben, dass genau durch die gemeinsame Oberstufe und das gemeinsame Abitur diesem Qualitätsverlust vorgebeugt ist, und wir meinen, dass sich Ungleichheiten, zum Beispiel in der Stärke einer Klassen-Gruppe, die am Anfang vorhanden waren, jetzt – wie die Ministerin ja auch sagte – durch die größer werdenden Zahlen der Klassen ausgleichen und so nicht mehr gegeben sein werden.

(Ursula Lazarus)

Der Landesschulbeirat und auch der Landesschülerrat äußern zwar noch Wünsche an dieses achtjährige Gymnasium, sind aber grundsätzlich damit einverstanden.

Ich möchte jetzt noch auf eine Frage eingehen, die heute eventuell noch an die CDU gestellt werden wird. Ich möchte sie vorwegnehmen.

(Heiterkeit des Abg. Braun SPD)

Es ist folgende Frage: Ist die Verankerung des achtjährigen Gymnasiums im Schulgesetz vielleicht ein erster Schritt zur Abschaffung des neunjährigen Gymnasiums? Da wird manchmal sogar von Salamiakt gesprochen. Man könnte Parteitagbeschlüsse der CDU auf der Bundesebene – und die hat es schon in den Achtzigerjahren gegeben – oder auch ganz aktuell auf der Landesebene beziehen, um so etwas zu vermuten.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen: Parteien haben das Recht – und selbstverständlich haben sie das Recht – und auch die Pflicht, Grundsätze zu formulieren und langfristige Ziele zu stecken. Wir entscheiden aber heute über die Überleitung eines Schulversuchs in ein Regelangebot, nicht mehr und nicht weniger. Es wird spannend sein – auch für die CDU –, zu beobachten, wie dieses Angebot aufgenommen wird. Das ist mit einer der Gründe, warum wir es so stark in die Elternhand geben. Denn ein ganz wesentlicher Anteil, ob es angenommen wird oder nicht, wird eben bei den Eltern liegen. Weder die Kultusministerin noch die CDU-Fraktion kann heute im Jahr 1999 beantworten, ob zum Beispiel in fünf Jahren die Schwerpunkte beim achtjährigen oder beim neunjährigen Gymnasium liegen werden.

Trotzdem noch einmal grundsätzliche Ausführungen zu der kürzeren Schulzeit: Es gibt schon gute Gründe, diesen Weg zu öffnen. Nicht nur der internationale Vergleich und der Wettbewerb in der Wirtschaft sprechen dafür. Werfen wir doch einmal einen Blick auf so eine ganz persönliche Vita von Schülerinnen und Schülern. Gemessen an den langen Ausbildungszeiten, die sie heute insgesamt haben – ob in Schule oder Hochschule –, müssten wir doch denjenigen, die lernwillig sind und Willens sind, auch kürzere Wege zu gehen, wirklich alle Wege dazu ermöglichen. Das ist für uns das Argument, warum wir heute wirklich mit Überzeugung zu dieser Schulgesetzänderung Ja sagen. Wir sollten uns ihr nicht verschließen, womöglich sogar noch aus ängstlichen oder aus ideologischen Gründen. Aus ideologischen Gründen hat es schon immer Schiffbrüche im Schulwesen gegeben; ich erinnere nur einmal an die Gesamtschule, von der ja heute fast niemand mehr redet. Das war so ein gewünschtes Experiment gewesen.

(Abg. Wieser CDU: Doch, der Wintruff spricht darüber! – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Da hatten Sie ideologische Probleme! Das ist Ihr ideologisches Problem!)

Wir meinen: Wir müssen offen sein, wir müssen flexibel sein. Die CDU ist innovativ in der Schulpolitik und hat den Mut zu neuen Wegen. Diese Schulgesetzänderung ist ein ganz kleiner Schritt dazu.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

**Abg. Zeller SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD ist gegen die Einführung eines Zweiklassengymnasiums an den baden-württembergischen Schulen,

(Widerspruch bei der CDU)

die Sie, Frau Schavan, mit dem Turbo-Abi vorhaben. Deshalb lehnen wir Ihren Gesetzentwurf zur Einführung des achtjährigen Gymnasiums ab. Sie, Frau Schavan, wollen mit Ihrer falsch verstandenen Eliteförderung keine wirkliche Reform des Gymnasiums.

(Abg. Wieser CDU: Sachsen-Anhalt! Was macht der Höppner dort?)

Sie wollen keine Diskussion über Inhalte und Ziele der gymnasialen Ausbildung führen. Sie verweigern sich der notwendigen Auseinandersetzung darüber, welchen neuen Herausforderungen sich die Gymnasien zukünftig zu stellen haben.

Ich nenne als Aufgaben der Schulen beispielsweise die intensivere Befassung mit der Berufs- und Arbeitswelt, die bessere Vermittlung ökonomischer Zusammenhänge oder von Sozial- und Methodenkompetenz sowie den gesamten Medien- und Kommunikationsbereich. Das sind übrigens alles Punkte, die auch in der Jugend-Enquetekommission einhellig gefordert worden sind. Nein, Frau Schavan, Sie wollen lediglich aufs Tempo drücken und damit die Auslese fördern.

(Zuruf von der CDU: Das wäre heute auch gut gewesen!)

Statt zu begreifen, dass in der Weiterentwicklung des neunjährigen Gymnasiums eine Gestaltungschance liegt und Unterricht in einer heterogenen Gruppe Jugendlicher neue, bisher leider allzu oft ungenutzte Möglichkeiten eröffnet, forcieren Sie selektive Strukturen des Gymnasiums. Sie betreiben Auslese.

Dabei hätten Sie doch in den letzten Jahren erkennen müssen, dass viele Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schüler gegen Ihr konservatives Spaltungskonzept sind. Sie müssten die Schulen förmlich zum Einstieg in das Turbo-Abi drängen und sie überreden. Die ablehnenden Stellungnahmen des Elternbeirats, im Grunde auch der Landesschülervertretung – Frau Lazarus, Sie haben jetzt nur gesagt, das werde so kommen; reden Sie einmal mit den Leuten –, der Lehrerverbände, der Gewerkschaften gegen Ihren Gesetzentwurf sind alle von einer deutlichen Einigkeit geprägt. Sie wollen gegen den ausdrücklichen Willen aller am Schulleben Beteiligten Änderungen durchsetzen, die für die Schulen zu einem Mehraufwand und für die Schülerinnen und Schüler zu Chancenungleichheit führen werden.

Sie behaupten, die Qualität des G 8 habe sich bewährt, obwohl die Fachleute das Gegenteil vortragen.

(Abg. König REP: Was für Fachleute?)

In den vier untersuchten Gymnasien – nur über diese vier Schulen wurde eine empirische Begleituntersuchung

(Zeller)

durchgeführt – sind von den ursprünglich 77 als geeignet befundenen Schülerinnen und Schülern, wie Sie auch zugestanden haben, im Laufe der Klassen 5 bis 10 über 40 % entweder nicht versetzt worden, oder sie haben freiwillig den G-8-Zug verlassen. Ich betone, die Auswahl der Schüler für den G-8-Zug erfolgte damals durch eine Aufnahmeprüfung. Es handelte sich schon um jene, bei denen davon ausgegangen wurde, dass sie zu den besonders Leistungsfähigen und Leistungsmotivierten gehören. Dies alles ist in dem Antrag der Kollegin Rastätter nachzulesen.

Im Laufe der Jahre sind immer mehr Schüler vom G-8-Zug abgesprungen, und die Klassen wurden immer kleiner, während in den normalen Gymnasien die Klassen immer größer wurden. Heute schon sind an den Gymnasien in beinahe jeder fünften Klasse mehr als 30 Kinder; das mussten Sie in der Debatte gestern einräumen. Ich werfe Ihnen deswegen eine falsch verstandene Elitförderung vor, weil Sie damit ungerechte Lern- und Arbeitsbedingungen schaffen.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das ist doch eine richtige!)

Die durchschnittliche Klassenstärke in den neuen fünften Klassen liegt im Normalzug bei 27,2 Schülern, im G-8-Zug sind es weniger als 20. Springen im Laufe der Zeit Schülerinnen und Schüler aus diesem G-8-Zug ab, werden diese Klassen kleiner, und auf der anderen Seite werden die G-9-Klassen immer größer. Ich möchte fast sagen, dies liegt in der gewünschten Logik des Gesetzentwurfs. Einzelne Turboklassen haben mancherorts weniger als 15 Schüler, teilweise sogar nur 12 Schüler, während in den normalen Gymnasien inzwischen Klassen mit 33 Schülern sind.

Was Sie treiben, halte ich für eine skandalöse Benachteiligung des G-9-Zuges bei steigenden Schülerzahlen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Göbel CDU: Sie widersprechen sich doch!)

Von Professor Heller, den Sie auch zitiert haben, wurde bei der Untersuchung der vier ursprünglichen Gymnasien erhoben, dass der G-8-Zug Defizite in der Sozialkompetenz aufweise – darüber haben Sie heute gar nichts gesagt –

(Abg. Göbel CDU: Herr Zeller, ist das in den ganzen neuen Bundesländern auch so?)

und die Ellenbogenmentalität ein Stück weit gefördert werde. Dies mag durchaus dem bildungspolitischen Leitbild mancher Leute entsprechen. Wir jedenfalls wollen so etwas nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. König REP: Was wollt ihr?)

Meine Damen und Herren, eine Reform des Gymnasiums ist dringend erforderlich. Ich hoffe, dass wir uns darin einig sind. Wir brauchen eine Reform, in der alle Schülerinnen und Schüler gefordert werden, auch die leistungsstärkeren.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie drücken ausschließlich aufs Tempo und betrachten dies schon als Fortschritt. Bildung braucht aber Zeit, und zwar Zeit gerade auch für neue Unterrichtsformen.

In einem Interview in der „Badischen Zeitung“ vom 21. April 1999 sagte Ihr Gutachter Professor Heller – ich zitiere –:

Für die Schüler und Eltern an den achtjährigen Gymnasien ist das Thema acht oder neun Jahre nicht entscheidend, das haben unsere Untersuchungen gezeigt. Ihnen geht es nicht vorrangig um die Schulzeitverkürzung, sondern um die Förderung ihrer begabten Kinder durch individuelle Herausforderungen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja!)

Das ist die Quintessenz dieser Untersuchung. Also brauchen Sie den G-8-Zug gar nicht, wenn Sie entsprechende unterrichtliche Rahmenbedingungen schaffen. Wenn das so ist – und Sie stimmen ja gerade zu, Frau Berroth –, wenn dieser Satz stimmt, dann verändern Sie doch mit uns gemeinsam die Unterrichtssituation am G-9-Gymnasium, wechseln Sie zum Beispiel die Lernorte und stellen Sie sich auf die Lernortvielfalt ein. Weshalb soll es denn nicht zum Beispiel gängige Praxis werden, dass Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit Forschungseinrichtungen besuchen,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

mit Unternehmen zusammenarbeiten und auch soziale Einrichtungen besuchen usw.?

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Man könnte viele Beispiele finden.

Wieso soll es nicht möglich sein, dass Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Begabungen in Gruppen oder einzeln gefördert werden? Ich deute nur an, welche Möglichkeiten einer Ausweitung und Aufwertung des herkömmlichen Unterrichts an den Gymnasien bestehen.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Man kann dazu sehr viele Ideen entwickeln. Das heißt, wir müssen den Schulen Mut machen und ihnen den Freiraum geben, diese Formen auch tatsächlich zu praktizieren. Von all dem wollen Sie aber nur sehr wenig oder gar nichts wissen. Sie verdichten den Unterricht durch diesen Gesetzentwurf, indem Sie den Stoff der Jahrgangsstufe 6 auf die Sekundarstufe I verteilen.

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Um die Vorgaben der Kultusministerkonferenz von 265 Wochenstunden in der gymnasialen Schulzeit für die bundesweite Anerkennung der Abiturprüfung, um die es ja auch noch geht, einzuhalten, richten Sie nun zusätzlichen Unterricht ein. Sie beziehen diesen so genannten Ergänzungsunterricht in die erforderlichen 265 Stunden mit ein, den Sie dann übrigens den G-9-Gymnasien vorenthalten. Ich bezweifle wirklich, dass Sie die KMK-Vorgabe tatsächlich werden erfüllen können.

Zudem erleichtern Sie mit Ihrem Ausscheren aus der Übereinstimmung in der KMK den baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler den Wechsel in andere Bundes-

(Zeller)

länder nicht, was angesichts der wachsenden Mobilität, die von den berufstätigen Eltern immer stärker gefordert wird, zunehmende Probleme bereiten wird.

Ich stelle abschließend nochmals für meine Fraktion fest: Wir lehnen dieses Gesetz ab,

(Zuruf des Abg. Traub CDU)

weil es unausgegoren ist, weil es in Schule und Gesellschaft die Spaltung vorantreibt, weil es zusätzlichen Aufwand und Risiken birgt und weil vor allem die am Schulleben Beteiligten, also Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und auch Schüler, dies im Grunde genommen ebenfalls ablehnen. Wir halten es für einen sträflichen Fehler, einen derartigen Rückfall in eine alte ständestaatliche Form gegen den Widerstand von vielen, vielen Eltern – ich sage es nochmals – und Schülern durchziehen zu wollen.

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Die machen es doch freiwillig!)

Nehmen Sie den Gesetzentwurf zurück und setzen Sie das um, was ursprünglich in der KMK vereinbart wurde.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Frau Kultusministerin Schavan! Nachdem Sie nunmehr gegen große Widerstände von Eltern, Lehrkräften und Verbänden – ich nenne hier nur die GEW und den Philologenverband – erreicht haben, dass jetzt der achtjährige Zug parallel zum neunjährigen Gymnasialzug an 44 Gymnasien in Baden-Württemberg eingeführt ist, halten Sie den Zeitpunkt für gekommen, G 8 als Regelform parallel zum neunjährigen Gymnasium im Schulgesetz zu verankern.

(Abg. Christa Vosschulte CDU: Es wird höchste Zeit!)

Um es gleich vorweg zu sagen: Meine Fraktion lehnt die Verankerung des achtjährigen Gymnasiums als Parallelzug zum neunjährigen Gymnasium ab.

(Abg. Göbel CDU: Welche Überraschung!)

Wir vermissen allerdings in dieser Frage, Frau Kultusministerin, Ehrlichkeit. Wir fordern Sie auf, endlich Farbe zu bekennen, ob es sich bei dem Einstieg um eine generelle Verkürzung nach dem Muster „Salamitaktik mit Domino-Effekt“ handelt, oder ob Sie ein generelles System mit zwei Geschwindigkeiten als Möglichkeit der Leistungsdifferenzierung, Leistungsförderung und Elitebildung auf Dauer verankert haben wollen.

Wir erwarten als Landtag eine Klarstellung hierzu.

(Abg. List CDU: Sie ist doch erfolgt!)

Warum gerade dieses Modell der Schulzeitverkürzung? Es ist kein Reformkonzept, sondern lediglich eine Verdichtung des Unterrichtsstoffs durch das Herausstreichen des sechsten Schuljahres. Die Nachteile und Schwächen dieses Modells liegen ganz offensichtlich auf der Hand.

Die Entscheidung fällt zu früh. Auf den Eltern liegt ein enormer Entscheidungsdruck. Die Eltern haben ja bislang schon die Entscheidung im dreigliedrigen Schulsystem zu treffen, und nun kommt noch eine weitere Entscheidung dazu.

Diesen Entscheidungsdruck auf die Grundschule und auf die Eltern halten wir nicht für akzeptabel. Wenn sich Eltern für G 9 entscheiden und das Kind seine Leistungspotenziale erst im siebten oder achten Schuljahr entwickelt, gibt es für dieses Kind in Ihrem Modell keine Möglichkeit mehr, die Schulzeit auf acht Jahre zu verkürzen.

(Abg. König REP: Doch! Man kann überspringen!)

Generell ist es so, dass die Prognose über die weitere Schulentwicklung und die weitere Leistungsentwicklung der Kinder in diesem Alter nicht zuverlässig getroffen werden kann. Das zeigt gerade die Antwort auf unsere parlamentarische Anfrage.

Danach ist es so, dass bei den vier ersten Eliteklassen – ich nenne die Zahlen bewusst ganz deutlich – nur 30 % der Schüler, die in G 8 angefangen haben, nach acht Jahren das Abitur im vorgesehenen Modell gemacht haben. Nur 50 % der Schüler und Schülerinnen haben überhaupt nach acht Jahren das Abitur gemacht. Das heißt, 50 % – die Hälfte – der „handverlesenen“ Schüler und Schülerinnen, die eine Aufnahmeprüfung und einen speziellen Eignungstest zu Beginn ablegen mussten, sind anschließend entweder nicht versetzt worden oder in G 9 übergewechselt. Das heißt konkret, in diesem Alter gibt es keine Prognosesicherheit für G 8.

Sie sagen in Beantwortung unserer Anfrage, Sie wollten mit der Verankerung des achtjährigen Gymnasiums helfen, dass junge Menschen entsprechend ihrer Lebensplanung Einfluss auf ihre Schulzeit nehmen können. Das ist doch weltfremd. Kann man denn von einem zehnjährigen Kind eine Lebensplanung für das achtjährige oder das neunjährige Gymnasium erwarten? Hier entscheiden doch ausschließlich die Eltern; es geht nicht um die Lebensplanung eines Kindes. Die Lebensplanung erfolgt erst in einem Alter, in dem die jungen Menschen tatsächlich eine entsprechende Entscheidung treffen können.

(Abg. König REP: Wann ist das?)

Wir Grünen – das muss ich ganz deutlich sagen – lehnen auch eine weitere Differenzierung des Bildungswesens nach dem vierten Schuljahr ab.

(Abg. List CDU: Wie im klassenlosen Krankenhaus!)

Wir lehnen sie ab, weil wir der Meinung sind, dass in der Unter- und Mittelstufe des Gymnasiums durch ein gemeinsames soziales Lernen aller Schüler, durch neue Unterrichtsmethoden und durch differenzierte Angebote an Kinder unterschiedlicher Schnelligkeit, Motivation und Begabung ausreichend auf die Begabung der jungen Menschen Rücksicht genommen werden kann. Wir wollen nicht eine bestimmte Gruppe von Schülern und Schülerinnen aus der Mittelstufe heraus in einen separaten Gymnasialzug hineinbringen.

(Renate Rastätter)

Die Rahmenbedingungen sind so, dass der Klassendurchschnitt in den gymnasialen achten Klassen durchschnittlich sehr viel niedriger ist. Ich weiß nicht, wie es dieses Jahr ist;

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eben!)

aber beim ersten Jahrgang waren es durchschnittlich zehn Kinder in einer Klasse weniger. Im zweiten Jahr war der Durchschnitt im achtjährigen Bildungsgang 23 und im neunjährigen Bildungsgang 30.

Wir müssen davon ausgehen, dass es auch eine Verlustrate geben wird. Das heißt, dass im Laufe der Jahre Kinder und Jugendliche der Turboklassen in den neunjährigen Bildungsgang überwechseln werden. Damit werden die Klassen im achtjährigen Bildungsgang noch viel kleiner. Das ist eine Ungleichbehandlung, die im Übrigen gerade der Landeselternbeirat kritisiert. Er sagt: Ungleichbehandlungen können bei diesem System der zwei Geschwindigkeiten grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden.

Frau Kultusministerin Schavan, ich frage Sie: Warum bieten Sie nur dieses eine Modell an? Warum bieten Sie zum Beispiel kein Modell an, in dem junge Menschen am Ende der Mittelstufe, nach der zehnten Klasse oder vielleicht sogar – das könnte ich noch nachvollziehen – nach der neunten Klasse eine Entscheidung treffen können, die weitere gymnasiale Bildung in einer kürzeren Zeit zu durchlaufen?

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Dann würde man die Entscheidungsfähigkeit und die Einflussmöglichkeiten junger Menschen auf ihre Bildungsbiografie stärken und würde ihnen tatsächlich Chancen geben, Einfluss auf ihre Lebensplanung zu nehmen. Ich fordere Sie dazu auf, ein solches Modell einzuführen.

Man könnte tatsächlich in der Oberstufe eine zweijährige Möglichkeit gewährleisten. Die Schülerinnen und Schüler könnten dann zum Beispiel durch mehr Stunden, durch einen höheren Aufwand, den sie dann aber selber verantworten würden, ein Jahr weniger bis zum Abitur brauchen und hätten damit auch die Möglichkeit, in acht Jahren das Abitur abzulegen.

(Abg. König REP: Beim Studium können sie das dann in der Regelstudienzeit einmal probieren!)

Damit würden wir wirklich die Verantwortung junger Menschen stärken.

Angesagt ist allerdings wirklich – das wurde schon angesprochen –, dass die Weiterentwicklung des Gymnasiums nun in der Tat angegangen wird. Die Inhalte müssen überprüft und verändert werden. Sie haben gestern gesagt: konzentriert werden. Man muss sich auch die Frage stellen: Was bedeutet gymnasiale Allgemeinbildung heute?

(Zuruf des Abg. König REP)

Was bedeutet Studierfähigkeit heute? Was bedeutet aber auch die Vorbereitung auf Berufe? Denn sehr viele Abiturienten gehen ja in die Berufswelt und absolvieren kein Studium.

Diese Fragen sind zu klären. Darin muss die Priorität liegen. Dazu sollte ein öffentlicher Dialog auch mit den Beteiligten geführt werden. Die Weiterentwicklung des Gymnasiums sollte aber nicht abgeschottet in einer Kommission behandelt werden, sondern im Dialog mit den Verbänden, mit den Lehrkräften, mit den Schülerinnen und Schülern, die dazu auch viel zu sagen haben. Dann, glaube ich, können wir auch längerfristig klären: Wie viel Schulzeit ist für das Gymnasium notwendig? Wo kann eine Beschleunigung möglicherweise in der Verantwortung junger Menschen einsetzen? Aber eine Form, die die Entscheidung ausschließlich den Eltern aufzwingt in einem Alter der Kinder, in dem nicht sicher gesagt werden kann, wie die Bildungsentwicklung, die Motivationsentwicklung und die Leistungsentwicklung der Kinder sein wird, eine solche Form parallel zum neunjährigen Zug lehnen wir ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Wintruff SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird vermutlich niemanden verwundern, dass wir Freien Demokraten das Bemühen um die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit grundsätzlich positiv bewerten.

(Abg. Wintruff SPD: Das haben wir gewusst! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das wird übrigens auch von vielen Eltern so gesehen. Auch sie wollen Anerkennung von Leistungsbereitschaft und keine durchschnittliche Bildung für alle, wie SPD und Grüne das jetzt gerade wieder gefordert haben, um dann gleichzeitig doch wieder Differenzierung zu fordern. Wie Sie das organisieren, ist mir nicht ganz klar;

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wenn man es nicht versteht, dann sollte man nichts darüber sagen!)

aber das dürfte Ihr Problem sein.

Ich habe kein Problem mit dem Begriff Elite.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wir auch nicht! – Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Das habe ich auch nicht!)

Jedes Gemeinwesen braucht in den verschiedensten Bereichen herausragende Persönlichkeiten, die die Entwicklung vorantreiben. Besonders begabten Menschen sollten wir genauso unsere Förderung angedeihen lassen wie denen, die benachteiligt sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Christine Rudolf SPD: Zustimmung! – Abg. König REP: Das täte der FDP/DVP auch gut: ein bisschen mehr Elite! – Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Die trotz Störversuchen von mancherlei Seite kontinuierlich steigende Nachfrage nach G 8 belegt, dass viele Eltern G 8 wünschen. So ist die Aufnahme in das Schulgesetz eine logische Konsequenz.

(Heiderose Berroth)

Durch diesen Erfolg halten wir es auch für geheilt, dass ein als Schulversuch gestartetes Unternehmen nun in einer vom Versuch nicht ganz abgedeckten Form als Gesetz erscheint. Übrigens gibt es auch in anderen alten Bundesländern durchaus Überlegungen und Schritte zu G 8, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Dort gibt es das allerdings mit einer durchaus fragwürdigen Lösung, nämlich mit der Anregung zum kollektiven Überspringen – man höre – von Klasse 11,

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen:  
Irgendetwas muss am Honecker ja auch gut gewesen sein!)

und zwar ohne eine Veränderung der Lehrplaninhalte in den Klassen davor. Die einzige begleitende Maßnahme ist der Einsatz des Kurssystems erst ab Klasse 12. Das bedeutet einen Verzicht auf ein Drittel der Wahlmöglichkeiten für alle Schüler, auch für die in G 9.

Das ist genau das Gegenteil von dem, was die baden-württembergische FDP/DVP will. Wir wollen die Einbettung in eine Gesamtkonzeption für die Weiterentwicklung des Gymnasiums. Wir wollen langfristig nur G 8,

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

allerdings nicht durch die einfache Übernahme der „Turboversion“, sondern durch eine grundsätzliche Neukonzeption für alle Klassenstufen mit einer veränderten Struktur des Bildungsplans. Zu den genauen Inhalten verweise ich auf die von uns beantragte Debatte zur Qualitätssicherung in der Schule, die gestern geführt wurde.

Hierzu ist einiges zu leisten. Die vorgesehene Reform der gymnasialen Oberstufe zum Beispiel können wir Liberalen erst dann abschließend beraten, wenn wir die Einbindungsmöglichkeiten in ein künftig generell achtjähriges Gymnasium kennen. Hier wartet unsere Fraktion auf eine entsprechende Vorlage aus dem Kultusministerium,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Tja!)

das allerdings seinerseits zunächst wohl die entsprechenden Beschlüsse der Kultusministerkonferenz berücksichtigen und einbauen muss.

Es gibt heiße Diskussionen über die Frage der Unterrichtswochenstundenzahl bis zum Abitur. Die KMK-Vereinbarung sieht 265 Wochenstunden vor. Im G 8 werden diese im sprachlichen Bereich überschritten. Im naturwissenschaftlichen Bereich im G 8 ergeben sich etwas weniger Stunden. Wenn man allerdings den Seminarkurs und die fakultative Fremdsprache dazuzählt, dann sind es wesentlich mehr Stunden. Ich frage mich: Warum sollte man sie nicht dazuzählen? Wir alle wollen den Seminarkurs.

Grundsätzlich ist ja eine Frage zu stellen: 265 Stunden sind der Richtwert für G 9; auch das ist übrigens nicht in allen Bundesländern eingehalten. Die Frage ist: Muss dieser generelle Richtwert eigentlich auch für die besonders leistungsbereite und leistungsfähige G-8-Klientel gelten? Die

sind doch gerade deshalb darin, weil sie schneller kapierten. Die Frage, ob eine zwangsweise Verknüpfung von Quantität und Qualität zulässig und sinnvoll ist, haben wir heute Morgen schon bearbeitet. Übrigens: Wer eine Klasse überspringt, was ja Befähigten durchaus empfohlen wird, kommt nur auf etwa 240 Wochenstunden in seiner Schulzeit – man beachte Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Oi, oi, oi!)

Welche Veränderungen gibt es jetzt beim G-8-Modell gegenüber den Schulversuchen? Zum Beispiel den Verzicht auf Grundschulgutachten, weil die Erfahrungen des Versuchs belegen, dass das Beratungsgespräch von abgebender Grundschule und aufnehmendem Gymnasium mit den Eltern intensiv wahrgenommen wird und zu einem Ergebnis führt, das seitens der Eltern in aller Regel akzeptiert wird. Das Grundschulgutachten liefert also keine zusätzlichen Erkenntnisse.

Ein von verschiedenen Seiten gefordertes formales Abweisungsrecht des aufnehmenden Gymnasiums lehnen wir allerdings aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Wir wollen keine neuen Instrumente zur Steuerung der Schullaufbahn. Die Wahl ist grundsätzlich dem Elternwillen überantwortet. Ein Gymnasium hat ja allerdings die Möglichkeit, wenn sich in der Schulpraxis ergibt, dass ein Schüler der Unterrichtsgeschwindigkeit von G 8 nicht gewachsen ist, frühzeitig im Kontakt mit den Eltern ein Überwechseln in G 9 anzuregen. Der neue Halbsatz in § 89 sieht das ja anstelle einer Nichtversetzung sogar direkt vor.

Die von verschiedener Seite vorgetragene Bedenken bezüglich einer Gleichbehandlung von G 8 nehmen wir ernst. Wir gehen allerdings auch davon aus, dass die Schulverwaltung ein wachsames Auge hierauf hat. Insoweit halten wir jedoch die vom Landesschulbeirat erhobene Forderung nach stichprobenhaft wissenschaftlicher Begleitung der jetzigen Form von G 8 für bedenkenswert.

Meine Damen und Herren, ein Nebeneinander von G 8 und G 9 an derselben Schule birgt sicher eine Reihe von Problemen in der Organisation oder bei der gleichwertigen Behandlung. Manche befürchten auch eine Verschlechterung des Schulklimas durch ein Zweiklassenabitur. Das Nebeneinander bringt auch eine Erschwerung des grundsätzlich richtigen Klassenausgleichs, was im Übrigen zeigt, dass G 8 durchaus kein Sparmodell ist. Aus diesen und anderen Gründen soll das Nebeneinander in der Tat nicht Dauerzustand sein, sondern, wie schon erwähnt, vor dem Hintergrund des richtigen Bemühens um eine Verkürzung der Erstausbildungszeit vom generellen „G 8 neu“ abgelöst werden.

Wir wollen dies, obwohl individuell unterschiedliche Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit durch dieses Nebeneinander natürlich einen Beitrag zur sicher wünschenswerten schulischen Vielfalt bringen. Wir müssen allerdings überlegen, inwieweit wir diesen unbestreitbaren individuellen Voraussetzungen durch die künftige Gestaltung der Durchlässigkeit in unserem Schulsystem Rechnung tragen können.

Diese Durchlässigkeit hat für mich nach wie vor außerordentliches Gewicht. Wir können zum Beispiel die berufli-

(Heiderose Berroth)

chen Gymnasien, die vorrangig als Weiterführung nach der mittleren Reife vorgesehen sind, letztlich ausweiten und dann als alternativen neunjährigen Weg zum Abitur anbieten. Das wäre ein weiterer Schritt in Richtung Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, die der FDP/DVP schon immer ein großes Anliegen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Tatsächlich?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. König.

(Abg. Seimetz CDU: Machs kurz!)

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass meine Fraktion und ich seit unserem Einzug 1992 in den Landtag von Baden-Württemberg immer wieder Begabtenförderung, Eliteförderung usw. thematisiert haben, weil wir gesehen haben, dass die Förderung der begabten Schüler bis heute ein Schattendasein führt.

Wenn man sich allerdings die Rede des Kollegen Zeller mit ihren klassenkämpferischen Formeln noch einmal vor Augen führt – er spricht von einer Spaltung der Gesellschaft, von Ungleichbehandlung usw. –, muss man sich eigentlich fast eklig vorstellen, wenn man die Begabtenförderung in den Vordergrund stellt.

Herr Kollege Zeller, sie sprechen von Ungleichbehandlung. Es ist aber auch eine Ungleichbehandlung, wenn man nur Schwächere fördert und die Begabtenförderung völlig vernachlässigt.

(Abg. Zeller SPD: Das hat doch niemand gesagt!)

Wir haben gegenüber allen Schülern Verantwortung und die Verpflichtung, sie entsprechend zu fördern.

(Abg. Zeller SPD: Sie haben nicht richtig zugehört!)

– Herr Zeller, ich kenne Ihre früheren Reden, und ich habe die heutige sehr genau verfolgt. Sie haben ein Problem, und das ist das gegliederte Schulwesen.

(Abg. Zeller SPD: Ich habe kein Problem!)

– Doch, das haben Sie. Sie hätten am liebsten eine Gesamtschule, bei der vorne alle miteinander hineingehen und hinten alle miteinander mit dem Volksabitur herauskommen.

(Abg. Zeller SPD: Sie ersparen es mir, auf so dummes Zeug überhaupt einzugehen!)

Es ist eben einfach so, dass die Menschen sehr unterschiedlich veranlagt sind. Dem müssen wir Rechnung tragen. In Baden-Württemberg tun wir das zum einen durch das gegliederte Schulwesen und zum anderen durch Binnendifferenzierung. Was hier geschieht, nämlich die flächendeckende Einführung und Verankerung des G-8-Zuges im Schulgesetz, das ist nichts anderes als eine Binnendifferenzierung. Die begabten und hoch begabten Schüler sollen nicht in einer Klasse mit vielen fehlgeleiteten Schülern sitzen – darüber haben wir gestern schon gesprochen –, die

das Lerntempo und –niveau nach unten drücken. Die begabten Schüler sollen die Möglichkeit haben, ihren Leistungswillen und ihre Leistungsbereitschaft einzusetzen, um damit ein Jahr Schulzeit zu sparen. Das kann doch nicht von vornherein etwas Böses sein, sondern wir halten das für etwas sehr Gutes.

Ich bin auch für Binnendifferenzierung in anderen Schularten. Ich habe gestern zum Beispiel gesagt, dass wir eine Binnendifferenzierung in Form von sprachgetrennten Klassen auch im Grund- und Hauptschulbereich brauchen, was das Erlernen der deutschen Sprache anbelangt. Aber das wollen Sie von der linken Seite dieses Hauses nicht, weil es Ihrer Ideologie der Gleichmacherei zuwiderläuft.

Meine Damen und Herren, zur Sache, zum vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes: Wir Republikaner begrüßen, dass mit der heutigen Ersten Beratung ein Schlussstrich unter den Schulversuch G 8 gezogen und dieser Bildungsgang als reguläre Möglichkeit am Gymnasium im Schulgesetz verankert wird.

Ich warne aber davor – das richtet sich insbesondere an die CDU –, dies als Einstieg in ein generelles Gymnasium mit acht Klassenstufen zu betrachten.

(Abg. Hauk CDU: So wollen wir es!)

– Ja, so wollen Sie es. Das muss man zugeben. Aber die Kollegin Lazarus hat vorhin etwas ganz anderes gesagt. Sie hat gesagt, der Beschluss des Landesparteitags der CDU gelte nicht so sehr. Sie dagegen sagen jetzt, er sei gültig. Dann würde es sich doch um einen Einstieg handeln.

Meine Damen und Herren, das darf nicht so sein. Denn der Effekt, den wir damit erzielen wollen, nämlich Begabte zu fördern und Leistungswillen zu honorieren, würde wieder verpuffen, wenn wir schließlich ein generelles G 8 hätten, in dem alle Schüler säßen, die bisher im G 9 gewesen sind. Dann hätten wir gar nichts erreicht. Letztlich könnten wir nur dann wieder das Abitur erreichen, indem wir die Stundenpläne, die Lerninhalte bzw. die Lehrpläne entsprechend zusammenstreichen würden. Das kann nicht der Sinn der Sache sein. Die Parallelität – auf sie lege ich sehr großen Wert – muss hier gegeben sein, um den Effekt der Begabtenförderung aufrechtzuerhalten.

Meine Damen und Herren, ich habe die Stellungnahmen der Verbände zu dem Gesetzentwurf gelesen. Ich freue mich, dass viele Verbände auch lernfähig sind. Sie stimmen dem G-8-Zug inzwischen erfreulicherweise überwiegend zu. Sie sind im Gegensatz zu Herrn Zeller lernfähig. Das zeigt sich, wenn man die Stellungnahmen der Verbände liest.

Ich möchte einen Punkt, den der Landesschülerbeirat angeführt hat, ausdrücklich erwähnen. Der Landesschülerbeirat, also die Schüler selbst, spricht sich dafür aus, in die Grundschulempfehlung mit aufzunehmen, ob ein Kind für einen G-8-Zug geeignet oder befähigt ist. Das sagen die Schüler selbst; das sollte man bedenken. Deshalb halte ich es für notwendig, dies in einer Verwaltungsvorschrift umzusetzen. Warum eigentlich? Es heißt – das findet auch statt –, es gebe Beratungsgespräche zwischen Eltern und Lehrern. Wie sollen das die Eltern erfahren? Entweder der Sohn

(König)

oder die Tochter sagt es zu Hause, oder der Lehrer ruft an, damit überhaupt ein Gespräch stattfinden kann. Warum machen wir es nicht so, dass all diejenigen Eltern, deren Kinder für einen G-8-Zug befähigt sind, dies über das Zeugnis erfahren? Dann können auch sie das Gespräch suchen, und das Gespräch muss nicht von der Schule aus angestoßen werden.

Meine Damen und Herren, die Kollegin Rastätter sagt immer, über die Lebensbiografie könne ein Kind mit 10 Jahren eigentlich noch nicht entscheiden. Das kann es mit 12 nicht, viele können es mit 20 nicht, und ich kenne auch welche, die es mit 30 noch nicht können. Bisher haben letztlich immer die Eltern aufgrund der Grundschulempfehlung die Entscheidung gefällt, welche Schulart ihr Kind nach der Grundschule besucht. Trauen Sie doch den Eltern so viel zu, dass sie auch im erweiterten Bereich, nämlich beim G-8-Zug, entscheiden können: Hat unser Kind die Fähigkeit, wollen wir ihm dies zumuten, wollen wir es auch begleiten? Denn das Kind muss vom Elternhaus auch begleitet werden.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Das muss man doch sehen. Die Selbstentscheidung eines Kindes mit 10, 12 oder 16 Jahren kann genauso schief gehen, wie einmal die Elternentscheidung daneben gehen kann, wenn es sich um besonders ehrgeizige Eltern handelt. Das ist also kein Grund.

Meine Damen und Herren, ganz wichtig ist, dass es sich hier in der Tat um eine Verkürzung der Ausbildungszeit handelt.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

– Ich habe sogar noch Redezeit. Sie, lieber Herr Wintruff, müssen einmal nachschauen, welche Redezeit hier ange setzt ist: zehn Minuten bei gestaffelten Redezeiten.

Ich weiß es nicht, glaube aber, dass Sie nicht zu der Generation gehören, die mengenlehre geschädigt ist.

(Abg. Wintruff SPD: Das kommt mir aber so lang vor!)

Dann wissen Sie, dass ich noch Redezeit habe.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Das heißt nicht, dass Sie so lange reden müssen!)

Dass es sich bei gleichem Stoff um eine verkürzte Schulzeit handelt, geht daraus hervor, dass G-9- und G-8-Schüler nach dem 13. oder 12. Schuljahr dasselbe Zentralabitur, dieselbe Prüfung ablegen. Es ist ganz entscheidend, meine Damen und Herren, dass es hier keine, wie Sie immer vermuten und den Verdacht haben, Privilegierung oder sonst etwas gibt.

Meine Damen und Herren, wir haben folgende Gründe, die ich noch einmal zusammenfasse: Wir sehen das „Turbogymnasium“ oder wie man dazu sagen will, den G-8-Zug als Instrument der Begabtenförderung an und bejahen dies. Die gleiche Abschlussprüfung und damit die Vergleichbarkeit mit dem G-9-Zug bleibt erhalten. Es entstehen keine Mehrkosten; das ist ganz entscheidend. Im Gegenteil, unter

dem Strich müsste sogar noch ein Ressourcengewinn an Lehrerstunden am Gymnasium herauskommen. Es ist ein Beitrag zur Verkürzung der allgemeinen Ausbildungs- und Bildungszeiten, und es ist schließlich zum Vorteil der Schüler, die Leistungswillen zeigen wollen. Wir wollen ja immer wieder zur Leistung zurückkehren. Die Beliebigkeit bringt uns nicht weiter. Unser Land braucht Förderung Begabter, es braucht letztendlich Eliten, um weiterbestehen zu können. Hier sind wir auf dem richtigen Weg. Wir stimmen dem zu.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Vossschulze.

**Abg. Christa Vossschulze** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zeller, ich denke, die Unterscheidung zwischen G 8 und G 9 ist eine längst fällige Differenzierung, die im Gymnasialbereich äußerst notwendig ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Das habe ich von Ihnen auch nicht anders erwartet! Das ist mir klar! Das wundert mich nicht!)

– Ich möchte es nur noch einmal betonen. Ich weiß nicht, ob Sie Erfahrung in der Gymnasialaufbahn haben.

(Abg. König REP: Sonderschülerfahrung! – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Ich nehme Sie gerne auf, Herr König!)

Sie könnten dann nämlich feststellen, dass wir am Gymnasium eine ganze Reihe von Schülern haben, die nicht scheitern, weil sie zu dumm sind, sondern die daran scheitern, dass sie komplett unterfordert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, wir tun in unserem Schulsystem sehr viel für die schwachen Schüler. Das ist in Ordnung. Ich stehe voll dahinter. Wir müssen aber auch etwas für die Schüler tun, die besser und die schneller sind.

(Abg. Zeller SPD: Na, machen Sie doch etwas!)

Und dazu dient dieser achtjährige Zug. Im Übrigen haben wir an der Hauptschule ebenfalls eine Differenzierung. Wir haben die Werkrealschule. Auch das ist Differenzierung innerhalb einer Schulart. Genau so kann man auch im Gymnasium differenzieren.

(Zuruf des Abg. König REP)

Im Übrigen differenziert die integrierte Gesamtschule auch. Sie sehen, ohne Differenzierung geht es nicht. Insofern ist dies begrüßenswert.

Sie sagen, die Eltern litten unter Entscheidungsdruck, die Eltern wollten es nicht, auch der Landesschülerbeirat wolle es nicht. Daran stimmt so einiges nicht. Der Landesschülerbeirat hat ausdrücklich zugestimmt. Der Landeselternbeirat hat nicht zugestimmt. Das ist auch klar. Der vorherige Vorsitzende war ein eindeutig links ausgerichteter Mann. Dass er nicht zustimmte, war klar.

(Christa VossSchulte)

(Abg. König REP: Ja, er hat eine Erblast übernommen! – Abg. Christine Rudolf SPD: Der jetzige stimmt aber auch nicht zu! Die Nachfolgerin hat auch nicht zugestimmt!)

Die Eltern wollen es nicht: Da darf ich Ihnen nur einmal eines ins Stammbuch schreiben. Als die Frage anstand, das achtjährige Gymnasium einzurichten oder nicht, haben Sie und die Verbände einen solchen Zirkus veranstaltet, dass die Eltern in einer Weise verunsichert wurden, die nicht mehr feierlich war.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Zurufe von der SPD)

Ich habe mit den Eltern gesprochen. Ich habe diesen Zug selbst an meiner Schule. Ich weiß, was sich dazu schon an den Grundschulen getan hat, auch über die dortigen Lehrer. Das ist nicht mehr feierlich gewesen.

Im Übrigen: Wenn wir 40 Schulen haben, die einen Zug dieser Art haben, können Sie nicht mehr davon sprechen, dass Schüler, Eltern und Lehrer das nicht wollten. Sie wollen es und nehmen es an. Wenn sie unsicher sind, liegt es daran, dass Sie zu dieser Verunsicherung beigetragen haben.

Dann sprechen Sie den schönen Satz aus, Bildung brauche Zeit.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Viel Zeit!)

Hervorragend! Woher wissen Sie aber, dass das genau neun Jahre sein müssen, und zwar für jeden Schüler, der an das Gymnasium kommt? Woher nehmen Sie diese Weisheit? Glauben Sie nicht, dass unsere Schüler heute schon ein bisschen früher reif werden, weil sie einer ganz anderen Umwelt ausgesetzt sind?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Und glauben Sie doch bitte nicht, dass heute Schüler die Bildung nur noch über die Schule beziehen. Das ist doch ein Unfug. Insofern ist es doch lächerlich, zu sagen, Bildung brauche Zeit. Damit drücken Sie auf eine Tränendrüse des 19. Jahrhunderts. Das ist katastrophal.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner)

Dann kreiden Sie die geringere Klassenstärke an. Die liegt zum einen daran, dass sich natürlich die Eltern noch etwas unsicher sind und sich noch nicht trauen, ihr Kind in das achtjährige Gymnasium zu schicken, obwohl das sehr wohl möglich wäre. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir auch in der reformierten Oberstufe, die Sie ja mit dem Kurssystem so sehr schätzen, dieselben Unterschiede haben. Da haben wir Kurse mit sechs, sieben oder acht Schülern,

(Abg. König REP: Zum Beispiel in Latein!)

und wir haben Kurse, da sitzen 23 oder 24 oder 25 Schüler drin. Das ist genauso ungerecht wie das andere. Im Übrigen denke ich, dass sich diese Unterschiede in dem Moment sehr schnell ausgleichen werden, in dem das achtjährige Gymnasium im Gesetz verankert ist und ein „normales“ Gymnasium wird.

Sie haben von den Aufnahmekriterien gesprochen. Sie können selbstverständlich auch im neunjährigen Gymnasi-

um keine hundertprozentige Schullaufbahn voraussagen. Das kann immer irgendwo schief gehen. Das geht bei einem erheblichen Teil der Schüler im neunjährigen Gymnasium auch schief. Das geht auch bei einem erheblichen Teil der Schüler in der Realschule schief, ebenso in der Hauptschule. Das müssen wir als gegeben hinnehmen, weil eben die Entwicklung der Kinder anders und besonders ist.

Sie haben dann angemahnt, wir sollten die Inhalte ändern, und gesagt, wir sollten Berufs- und Arbeitswelt bedenken. Ich darf darauf hinweisen, dass wir Berufsorientierung an den Gymnasien haben und dass das in den Lehrplänen verankert ist. Sie haben auf die Medien- und Kommunikationsfähigkeit hingewiesen. Ja glauben Sie, wir leben an den Gymnasien noch im Mittelalter? Da passiert doch überall etwas, an jedem Gymnasium. Und Sie sagen, da geschehe nichts.

(Abg. König REP: Einmal hineinschauen! – Abg. Haas CDU: Zeller muss noch einmal in der achten Klasse anfangen!)

Ich bitte Sie, gehen Sie in die Gymnasien hinein und schauen Sie sich einmal an, mit welchem Einsatz sich dort die Lehrer um die Computer und diese Dinge bemühen, damit das für die Lehrer machbar wird und eingesetzt werden kann.

(Abg. Haas CDU: Zeller zurück in die erste Klasse! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

**Abg. Christa VossSchulte** CDU: Gerne, Herr Kollege.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön, Herr Wintruff.

**Abg. Wintruff** SPD: Frau VossSchulte, befürchten Sie eigentlich nicht, dass wegen dieser dauernden Doppelgleisigkeit in allen Schularten die Gleichheit im Bildungswesen gefährdet ist? Beispielsweise kann man heute die Grundschule in drei oder in vier Jahren durchschreiten.

(Abg. Seimetz CDU: Großartig!)

Die Hauptschule können Sie in neun oder in zehn Schuljahren abschließen,

(Abg. Seimetz CDU: Prima!)

jetzt das Gymnasium in 12 oder 13 Jahren.

(Abg. Seimetz CDU: Ausgezeichnet! – Abg. Haas CDU: Sehr gut!)

Die Berufsschule kann man infolge der einjährigen Berufsfachschule in drei oder in vier Jahren abschließen. Da würde sich ja fast die Frage anschließen: Wann kommt die Realschule dran, dass die in neun oder in zehn Jahren abgeschlossen werden kann? Meinen Sie nicht, dass hier sukzessive aufgebaut wird, dass es in allen Schuljahren Schüler erster Klasse und Schüler zweiter Klasse gibt? Das beängstigt mich irgendwie. Sie nicht?

(Abg. König REP: Schon wieder klassenkämpferische Töne! – Abg. Seimetz CDU: Einheitsbrei!)

**Abg. Christa Vosschulte** CDU: Herr Kollege Wintruff, ich gebe Ihnen zu, dass die Gleichheit Gott sei Dank aufgegeben wird, und diese Gleichheit wollen wir auch überwinden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner)

Wir wollen nämlich, dass möglichst viele Schüler ein möglichst auf sie zugeschnittenes Profil einer Schule finden können. Deshalb haben wir diese Unterschiede.

(Abg. Wintruff SPD: Wir wollen Bildungschancen für alle!)

Wir halten es für sinnvoll, den Schülern das anzubieten, was ihnen auf den Leib geschneidert ist.

(Abg. König REP: Die besten Chancen für jeden!)

Deshalb die Differenzierung.

Frau Rastätter, bei Ihnen weiß ich nun wirklich nicht mehr, was Sie eigentlich wollen. Sie haben erst gesagt: überhaupt keine Separierung, alles gleich, wie es der Kollege Wintruff auch möchte. Dann haben Sie gesagt, in der Oberstufe sollte man aber oder könnte man sie auseinander nehmen, teilen und trennen. Das ist mir ein bisschen undurchsichtig. Ich möchte Ihnen nur eines sagen: In der Oberstufe ist es relativ spät. Wenn Sie sich die Lehrstoffe anschauen, die in der Unter- und Mittelstufe durchgenommen werden, sehen Sie, dass das im Wesentlichen Inhalte sind, die zur Einübung von Kenntnissen und Fertigkeiten dienen. Und die geistige Auseinandersetzung mit den Dingen beginnt dann zunehmend im Laufe der Mittelstufe und in der Oberstufe. Wenn Sie in der Oberstufe etwas wegschneiden, ist es viel schlimmer, als wenn Sie für die Schüler, die schneller und besser sind, in der Unterstufe lediglich Übungsstoff herauschneiden. Das ist die Zeit, die Sie beim achtjährigen Gymnasium gewinnen. Sie brauchen nicht pausenlos zu wiederholen, sie brauchen nicht pausenlos zu üben, sondern das geht eben schneller bei diesen Kindern. Warum soll man ihnen diese Chance nicht geben? Ich bin sehr dafür und bin sehr froh, dass wir dieses achtjährige Gymnasium als Möglichkeit haben; als Möglichkeit wohlgermerkt, ich möchte es nicht für alle haben.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer nach zwölf Jahren Abitur macht, gehört damit noch nicht automatisch zur Elite. Deshalb wäre ich ganz dankbar, wenn nicht auch mit diesem Begriff ein Populismus betrieben würde, der mit der Wirklichkeit und dem Selbstverständnis dieser Schüler und Schülerinnen überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zweiter Satz: Wenn jetzt die hohe Verlustquote an den vier Versuchsschulen angesprochen wird, die bei etwa 40 % lag, dann wissen doch diejenigen, die das jetzt sagen, auch,

dass es erstens in jedem neunjährigen Gymnasium zwischen Klasse 5 und Klasse 13 eine Verlustquote von etwa einem Drittel gibt, und außerdem habe ich eben schon einmal gesagt, dass ein Hauptgrund, warum sie nach Klasse 10 in das reguläre System übergegangen sind, die Verschiedenheit der Sekundarstufe II war.

Also deshalb auch hier keine Legendenbildung.

(Abg. Zeller SPD: Wer mit Legenden arbeitet, das war jemand anderes!)

Die Sache war klar: Wenn ich zwischen zwei oder vier Leistungskursen wählen kann, dann war das ein Unterschied, der zu groß war.

Dritter Satz – und das sage ich aber doch energischer –: Es gibt eine Reihe von Begriffen – und die ergänzen Sie unaufhörlich –: die Zwei-Klassen-Struktur, das Zwei-Klassen-Abitur, das „Turbogymnasium“, die Ellenbogenmentalität, die Asozialität der Schüler und Schülerinnen. Im Sinne dieser Schüler und Schülerinnen halte ich das für eine Frechheit. Für eine Frechheit!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Entwickeln Sie sich gerade zur Märchentante?)

Das zeigt übrigens auch – Herr Zeller, Sie haben gerade aus dem Gutachten von Professor Heller zitiert –, dass den Eltern die Frage, ob acht oder neun Jahre, eigentlich egal ist. Vielmehr sind sie an einem Bildungsgang am Gymnasium interessiert, bei dem sie den Eindruck haben, dass hier noch einmal besonders die Motivation und die Leistungsfähigkeit ihrer Kinder gefördert wird. Das ist ein ganz verständlicher Wunsch, nachdem sich im Gymnasium die Schülerzahlen in den letzten 20 bis 30 Jahren etwa verfünffacht haben. Das ist eine positive Entwicklung. Ich gehöre nicht zu denen, die ständig sagen: Wir haben zu viel Abiturienten oder Abiturientinnen. Aber wenn wir eine solche Bandbreite haben, dann brauchen wir für das Gymnasium genau so eine differenzierte Entwicklung, wie wir sie in allen anderen Schularten auch haben. Dazu gehören die beruflichen Gymnasien, dazu gehört die Anschlussfähigkeit von der Realschule in eine gymnasiale Oberstufe, und ich finde, dass dazu auch der Faktor Zeit gehört.

Meine Damen und Herren, das durchschnittliche Alter beim Abitur in Deutschland liegt bei 20,7 Jahren, das Staatsexamen wird mit durchschnittlich über 29 Jahren gemacht, die Promotion im Durchschnitt mit über 32 Jahren.

(Zuruf des Abg. König REP)

Ich weiß, dass Veränderung nicht allein über Schule zu bewirken ist, aber es kann doch nicht mehr in Wirklichkeit ein Dissens unter uns bestehen, dass junge Menschen einen erheblichen Nachteil haben, wenn wir in dieser Hinsicht nichts tun, und das beginnt bei der Einschulung, das geht über Schulzeitenlängen, das geht bis hin zur künftigen Gestaltung von Hochschulstudien.

Ich glaube, dass, wenn man alles andere wegtut, allein die Betrachtung der Lebenssituation junger Menschen und die Konkurrenz, in der sie stehen werden, die Andersartigkeit auch anderer Bildungssysteme uns in die Pflicht nehmen,

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

uns etwas einfallen zu lassen, um differenzierte Angebote zu machen und um Angebote zu machen, die verantwortlich mit der Lebenszeit junger Menschen umgehen.

Wenn jetzt über Chancengleichheit gesprochen wird: Niemand muss darüber streiten, dass es unsere Aufgabe ist, Sorge dafür zu tragen, dass junge Menschen die gleichen Chancen auf das haben, was für sie wichtig ist. Das steht im Übrigen in der Landesverfassung. Aber die Chance besteht eben darin, ein passendes Bildungsangebot zu finden. Das wird immer mit Verallgemeinerungen und Gruppenbildungen zu tun haben, mit denen wir nicht allen Schülern optimal gerecht werden. Aber dass dieses Bildungswesen mehr Differenzierung braucht, damit die gleichen Chancen auf gute Bildung und Ausbildung und auf kulturelle Teilhabe gewährleistet werden, das ist gerade in den letzten zwei, drei Jahren in der bildungspolitischen Debatte unbestritten.

Ich komme noch einmal auf die Klassenbildung. Es ist wahr, dass es in den ersten Jahren durchaus große Gruppenunterschiede gab. Die sind aber für das Gymnasium nichts Neues, die hat es immer gegeben. Wenn eine Gruppe von 15 Schülern Latein und Griechisch lernen wollte, hat niemand bezweifelt, dass die Schüler das lernen durften. Wenn 15 Schüler Französisch I wählten, hat in der Vergangenheit niemand bestritten, dass sie Französisch I wählen konnten. Niemand ist auf die Idee gekommen, daraus etwas zu machen, sondern alle haben gesagt, das sei eine besonders wichtige Differenzierung. Als wir vor einigen Wochen an einem Gymnasium in Konstanz gesagt haben, im Rahmen des Klassenausgleichs sei das nicht mehr möglich, man müsse auf eine andere Schule gehen, sind wir vom Gericht ermahnt worden, dass das individuelle Interesse gewahrt werden müsse. Wenn das alles möglich ist, muss man schon noch einmal fragen, warum einzig beim achtjährigen Gymnasium diese Spielregel nicht gelten sollte.

Meine Damen und Herren, zur Frage anderer Modelle: Die gibt es in anderen Ländern. Ich glaube, dass die Klasse 11 aus vielen Gründen nicht geeignet ist, zu der entscheidenden Klassenstufe zu werden, erstens weil der Anteil der Schülerinnen und Schüler zunimmt, die genau dieses Jahr als Auslandsjahr nutzen, zweitens weil viele sagen, es sei auch ein wichtiges Orientierungsjahr für die gymnasiale Oberstufe, und drittens weil es nicht darum gehen soll, einfach ein Jahr herauszunehmen, sondern weil das, was mit der Klasse 6 wegfällt, über einen längeren Zeitraum verteilt werden soll. Es sollen eben nicht einfach die Inhalte in die anderen Klassenstufen gestopft werden, sondern wir wollen ein bestimmtes Stundenpotenzial zur Verfügung stellen, das entsprechend besonderer Akzente eingesetzt werden kann.

Was die Allgemeinbildung angeht, reicht es nicht, dass wir Fragen stellen. Wir müssen die Fragen beantworten, und wir sind mittendrin. Es ist doch nicht wahr, dass wir in Baden-Württemberg nur über Schulzeitverkürzung und achtjährigen Bildungsgang diskutieren, sondern wir sind in dem Prozess der Weiterentwicklung, der Konzentrierung von Bildungsplänen. Wir haben jetzt in allen Gymnasien ein naturwissenschaftliches Profil eingeführt, das mit dem naturwissenschaftlichen Praktikum einen neuen Zugang zu den Naturwissenschaften bringt. Wir haben an vielen Gym-

nasien das Seminarfach. Wer auf dem Kongress in Mannheim gewesen ist, der hat festgestellt, dass viel mehr Gymnasien, als wir denken, längst bei dem Thema Berufsorientierung eingestiegen sind und neue Lernformen, neue Gruppenbildungen und neue Inhalte entwickelt haben.

Völlig klar ist: Die Schulgesetzänderung, die wir heute vorschlagen, ist ein Element. Sie ist ein bedeutsames Element. Sie ist ein attraktiver zusätzlicher Weg für Schülerinnen und Schüler. Sie ist in eine Gesamtentwicklung des Gymnasiums in Baden-Württemberg eingebettet, zu der inhaltliche Fragen, strukturelle Fragen und auch die Frage des Umgangs mit Zeit gehören.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

**Abg. Zeller SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mit einigen Märchen aufräumen.

(Abg. Seimetz CDU: Märchenonkel Zeller! – Abg. Hofer FDP/DVP: Mit eigenen!)

Frau Vossschulze, Sie sind ja im Gleichklang mit Herrn König, wenn Sie behaupten, dass Sie alles gleich haben wollten.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es geht uns darum, die Leistungsstarken, die sich unterfordert fühlen, an der Schule entsprechend zu fördern. Dies ist im G-9-Zug genauso möglich, wie dies auch in einer Grundschule der Fall ist.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Den, der hier sagt, dass Schülerinnen und Schüler unterfordert seien, und sich auch noch brüstet, aus dem gymnasialen Bereich zu kommen, frage ich zurück: Was tun Sie denn, damit diese Schülerinnen und Schüler nicht unterfordert werden? Wie verändern Sie denn Ihren Unterricht, damit die entsprechenden Angebote da sind?

Ich habe den Eindruck, dass vielfach Unterricht nach dem Motto gemacht wird: Alle lernen das Gleiche, zum gleichen Zeitpunkt und mit dem gleichen Tempo. Dann brauche ich mich allerdings nicht zu wundern, wenn Unruhe entsteht und sich einige unterfordert oder überfordert fühlen.

(Zuruf des Abg. König REP)

Im Übrigen ist ja interessant, Frau Schavan, dass Sie auf einige Punkte gar nicht eingegangen sind. Unter anderem spricht Herr Heller davon, dass lediglich 10 % der Schülerinnen und Schüler dafür infrage kommen. Gleichzeitig sagt Herr Heller etwas Wichtiges dazu – ich zitiere ihn aus dem vorhin genannten Zeitungsartikel in der „Badischen Zeitung“ –:

Auch Hochbegabte müssen die Erfahrungen machen, dass es Menschen gibt, die langsamer sind, die mehr üben müssen, die aber vielleicht andere Talente haben.

(Abg. Haas CDU: Das ist doch nichts Neues!)

– Bei Ihnen ist das offensichtlich etwas Neues. – Deswegen ist es wichtig, dass wir eine Schule haben, in der Kin-

(Zeller)

der nicht ausgesondert, separiert werden und der Rest übrig bleibt, sondern dass beide gleichermaßen lernen;

(Abg. Seimetz CDU: Es wird doch nicht besser durch Wiederholen!)

denn Gymnasium ist mehr als nur die Wissensvermittlung. Bildung ist mehr als nur Wissensvermittlung. Dazu gehört auch Erziehung und gehört, soziale Erfahrungen machen zu können. Genau diese sozialen Erfahrungen wollen wir unseren Gymnasiasten ermöglichen.

Sie, Frau Schavan, haben noch etwas verschwiegen; Sie sind darauf interessanterweise nicht eingegangen. Wir hatten gestern Abend ein Gespräch mit dem neuen Vorstand des Landeselternbeirats. Die Vorsitzende, Frau Picker, hat im Gespräch ausdrücklich nochmals bestätigt, dass sie das für falsch hält, meine Damen und Herren von der CDU, was vonseiten der Ministerin vorgeschlagen wird und was Sie offensichtlich wollen. Ich bitte, einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass ein vom Kultusministerium eingesetztes Gremium, ein Beirat, klar und deutlich sagt: „Da machen wir nicht mit!“ Offensichtlich interessiert Sie das alles nicht mehr. Sie sind davon beseelt, Ihre Kürzung durchzuziehen.

(Abg. König REP: Der Landeselternbeirat sagt Ja!)

Zur Ausbildungszeitverkürzung: Wenn wir europäische Vergleiche anstellen, sollten wir in der Tat einmal feststellen, weshalb unsere Absolventen am Ende des Studiums so alt sind. Das ist doch nicht ein Problem des Gymnasiums, sondern das ist vor allem eine Frage der Reform der Hochschule. Deswegen setzen Sie hier am falschen Punkt an.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Da seid ihr auch dagegen! – Abg. Scheuermann CDU: Ihr seid gegen alles! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Stimmt gar nicht! Dann haben Sie nicht zugehört!)

– Das ist doch nicht wahr. Herr Scheuermann, wenn Sie sich in die Bildungspolitik wagen, wird es gefährlich. Seien Sie lieber ruhig, und bleiben Sie bei der Umweltpolitik.

(Lebhafte Unruhe – Zurufe von der CDU – Gegenrufe, u. a. Abg. Christine Rudolf SPD: Sie verstehen kein Wort! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie verstehen kein Wort von dem, was Sie hören!)

Ich sage Ihnen, Frau Schavan: Im Grunde genommen betreiben Sie mit diesem Gesetzentwurf eine gefährliche Spaltung, eine Trennung.

(Lachen des Abg. Seimetz CDU)

Sie bringen Unruhe in unsere Schulen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es ist die Frage, wer das macht!)

Ich habe den Eindruck, Frau Lazarus und alle, die sich jetzt furchtbar aufregen, dass Sie offensichtlich mit den Lehrerinnen und Lehrern viel zu wenig reden.

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Doch! – Abg. Christa Vosschulte CDU: Ich nehme Bezug auf meine Schule! Ich kenne es doch! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie suchen sich offensichtlich ein paar raus wie Frau Vosschulte. Informieren Sie sich einmal. Ich sage noch einmal: Reden Sie einmal mit dem Landeselternbeirat, reden Sie einmal mit den Lehrervertretern.

(Zurufe der Abg. Seimetz und Ursula Lazarus CDU)

Die sagen Ihnen, dass das, was Sie vorlegen, aus pädagogischen Gründen Blödsinn ist.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe eine Minute Zeit und will versuchen, in der einen Minute Ihr Modell zu kritisieren.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Da bin ich gespannt!)

Erstens: Wirkliche Intelligenz braucht Zeit, denn sie muss vergleichen. Wenn man eine Intelligenz will, die nicht eindimensional nur in eine Richtung geht, sondern – das brauchen wir heute – die vergleicht, die Querbeziehungen aufstellt, braucht man Zeit. Das ist die Art von Intelligenz, die unsere Gesellschaft braucht.

Zweitens: Ich bin gegen Ihr Modell; aber unter zwei Bedingungen hätte ich Respekt vor Ihrem Modell gehabt. Ich hätte zum einen Respekt gehabt, wenn Sie den Mut gehabt hätten, die Klasse 11, die Klasse 12 oder die Klasse 13 zu streichen. Dann hätten die jungen Bürschchen und Mädchen einmal zeigen können, was sie in der Birne haben. Aber davor, die Klasse 6 zu streichen, wo es auf etwas ganz anderes ankommt, wo man zeigen muss, wie man mit seinen Mitschülern und Mitschülerinnen umgehen und wie man seine Intelligenz sozusagen im Kontext anwenden kann, kann ich keinen Respekt haben. Oben hätten Sie streichen können, und dann hätten Sie sagen können: So, jetzt zeigt einmal, was ihr könnt!

Zum anderen hätte ich Respekt gehabt, wenn Sie gesagt hätten: In diesem „Turbogymnasium“ sind jetzt alle „Gscheidle“ versammelt, da mache ich einmal den Klassenteiler höher. Denn wer gescheit ist, kann auch unter ungünstigen Bedingungen sehr gut lernen.

(Abg. Deuschle REP: Ja, klar!)

Dafür hätten Sie mehr Puffer bei denen, die es schwerer haben. Auch dann hätte ich Respekt vor Ihrem Modell gehabt.

Aber da Sie solche Randbedingungen, die einer wirklichen Intelligenz und Elite entsprechen, nicht definiert haben, ist das, finde ich, ein Modell, das merkwürdig mit dem umgeht, was eigentlich eine Elite sein soll und was man von ihr fordert. Wenn man von Eliten wirklich etwas fordert, Frau Kultusministerin, muss man ihnen schon in jungen Jahren etwas zumuten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Hauk CDU: Gott sei Dank!)

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Gesetzentwurfs. Vorgeschlagen ist Überweisung an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Weiterentwicklung des Verbands Region Stuttgart – Drucksache 12/4235**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 12/4402**

Berichterstatter: Abg. Wettstein

Ich rufe zusätzlich die Änderungsanträge auf; ich werde sie bei den Abstimmungen jeweils im Einzelnen benennen.

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Schweizer das Wort.

**Abg. Rosely Schweizer** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Gesetz über die Weiterentwicklung des Verbands Region Stuttgart betrifft, wie der Name sagt, die Region Stuttgart. Die Merkmale dieser Region sind vor allen Dingen eine hohe Bevölkerungsdichte und eine starke Industrialisierung. Regionen wie zum Beispiel Mittlerer Oberrhein, Unterer Neckar und Südlicher Oberrhein haben andere Strukturen, andere Schwerpunkte, andere Defizite und andere Lösungen für ihre Probleme.

Charles Darwin hat einmal gesagt: Weder die größte noch die stärkste noch die intelligenteste Art wird überleben, sondern einzig diejenige, die sich am besten an wandelnde Bedingungen anpasst.

(Abg. Deuschle REP: Das ist aber gut, dass Sie mit Darwin kommen!)

Um es ganz klar zu sagen: Im Wettbewerb der Regionen wird die flexibelste und anpassungsfähigste Region in Europa die Nase vorn haben.

Die Landesregierung ist keineswegs daran interessiert, nur die Region Stuttgart weiterzuentwickeln – das wäre auch sehr kurzfristig –; wichtig ist, dass sich jede Region in Baden-Württemberg nach eigener Entscheidung und eigenen Schwerpunkten entwickeln kann. Inzwischen liegt uns ja die Studie „Region Stuttgart – Baden-Württembergs Motor für die Wirtschaft“ des Statistischen Landesamts vor, die im Auftrag der IHK erstellt worden ist. Diese Studie zeigt ganz deutlich die Stärken und auch die Schwächen dieser Region. Sie zeigt damit auch die Arbeitsfelder für die Region Stuttgart in der Zukunft auf.

Die Region hat eine hohe Wertschöpfung je Einwohner, was eng damit zusammenhängt, dass gerade in diesem Gebiet die Dienstleistungsbereiche gut entwickelt sind. Die Region hat einen Pendlersaldo von 86 000 Beschäftigten, das heißt, so viel mehr pendeln ein in die Region als auspendeln. Das sind nur zwei ganz spezifische Merkmale der Region Stuttgart, aber sie haben natürlich weit reichende Auswirkungen, zum Beispiel in der Regionalplanung, in den Siedlungsschwerpunkten, in den Gewerbegebieten, in den Landschaftszügen, bei den Verkehrswegen und den Verkehrsträgern, in der Abfallplanung.

Und wie immer: Dieses Gesetz, das sich mit all diesen Bereichen beschäftigt, geht den einen nicht weit genug und den anderen viel zu weit. Die CDU ist der Ansicht, dass das jetzt vorgelegte Gesetz angemessen ist und der Region die Kompetenz gibt, mit der sie gut arbeiten kann.

(Beifall der Abg. Ingrid Blank und Dr. Inge Gräßle  
CDU – Abg. Schmiedel SPD: Zwei einzelne Fans!  
– Beifall des Abg. Haas CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Hat Sie der Beifall so überrascht, Frau Kollegin?

**Abg. Rosely Schweizer** CDU: Es muss doch auch einmal etwas Lustiges heute hier passieren.

Ich denke, dass dieses Gesetz einen Ausgleich schafft zwischen dem Kirchturmdenken und dem regionalen Interesse. Dass das nur ein erstrittenes Miteinander sein kann, wie die Grünen in ihrer Pressemitteilung gesagt haben, liegt in der Natur der Sache.

Dieses Gesetz ist in enger Abstimmung mit allen Beteiligten erarbeitet worden. Auch alle anderen Regionen wurden gehört. Ich denke, es ist unsere Aufgabe, in der Zukunft gerade für die anderen Regionen im Land mögliche Modelle zu untersuchen und zu bewerten.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Regionen müssen vor allem aus zwei Gründen gestärkt werden. Erster Grund: Die Verflechtungen innerhalb von Regionen werden immer stärker. Verkehrliche Verflechtungen, ökonomische Verflechtungen, Lebenszusammenhänge finden nicht mehr auf örtlicher Ebene und auch nicht auf Kreisebene statt, sondern die Region ist die Plattform, auf der sich all das abspielt. Entsprechend braucht die Region auch eine politische Organisation, um die gemeinsamen Probleme lösen zu können und gemeinsame Perspektiven entwickeln zu können. Dies ist der eine Grund.

Der zweite Grund: Regionen stehen heute im europäischen und im internationalen Wettbewerb. Nicht mehr einzelne Städte konkurrieren miteinander, sondern Regionen. Wie sich das auf unsere Region Stuttgart auswirkt, sieht man an der Diskussion um Daimler-Chrysler. Die Hauptversamm-

(Schmiedel)

lung wird in Berlin stattfinden, die Vorstandssitzungen in New York, und wie die Geschichte weitergeht, ist völlig offen.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Angesichts dieser Herausforderungen, vor denen die Region Stuttgart steht, hätten wir eigentlich erwartet, Herr Minister: Sie treiben mit einer Weiterentwicklung des Gesetzes über die Region Stuttgart einen Elefanten in die Arena, um zu zeigen, dass es nach vorne geht, dass es aufwärts geht. Aber was Sie uns vorgelegt haben, ist ein Mikrozephalus: Man muss die Lupe nehmen, um Fortschritte zu erkennen.

Ich möchte an vier Punkten zeigen, dass Sie vor den Herausforderungen und Notwendigkeiten, die wir zu bewältigen haben, versagt haben.

Erster Punkt: Verkehrspolitik. Der tägliche Stau ist eine Erfahrung in der Region Stuttgart. Er beeinträchtigt nicht nur die Lebensqualität, sondern ist mittlerweile ein ökonomisches Hindernis geworden. Es hätte eigentlich nahe gelegen, da, wo die verkehrlichen Zusammenhänge nur regional gelöst werden können, auch eine Zuständigkeit für die regionalen Verkehrsfragen zu schaffen.

Was Sie gemacht haben, ist lächerlich. Die Region kann jetzt noch zusätzlich eine Nebenbahn im Welzheimer Wald oder sonst irgendetwas betreiben,

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

aber wir können keine Verkehrspolitik aus einem Guss betreiben. Bevor Entscheidungen in der Region Stuttgart nur zum Nahverkehr möglich sind, tagt im Verkehrsverbund beispielsweise der Aufsichtsrat der Straßenbahnen AG als erste Stufe. Dann kommt die Hauptversammlung der Straßenbahnen als zweite Stufe; dann kommen die Unternehmensgesellschafter der Deutschen Bahn. Dann kommt die VVS-Unternehmensgesellschaft und schlägt dem Aufsichtsrat des VVS eine Tarifierhöhung vor. Dann geht die Geschichte weiter mit der Vorberatung in den Ausschüssen der Landkreise und der Landeshauptstadt, und dann kommt eine Empfehlung an die Gesellschafterversammlung. Nach Wochen und Monaten intensiver Beratung von Hunderten von erwachsenen Menschen kommt am Ende eine Entscheidung zustande, die meistens unzulänglich und durch Kompromisse geprägt ist und mit der am Ende niemand zufrieden ist. Sie hätten die Chance gehabt, diesen gordischen Knoten des Verkehrswirrwarrs in der Region Stuttgart zu durchschlagen, wenn Sie gesagt hätten: eine Körperschaft, eine Zuständigkeit, künftig klare Entscheidungen. Sie haben sich nicht durchgesetzt. Deshalb sind wir mit Ihnen und dem Gesetz hier nicht zufrieden und lehnen auch den entsprechenden Punkt ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens haben Sie darauf hingewiesen: Die Region Stuttgart gehört zu den am dichtesten besiedelten Regionen in Europa. Wenn wir in diesem dicht besiedelten Raum mit vielen Menschen die entsprechenden Arbeitsplätze bereitstellen wollen, dann müssen wir auch eine Menge an Infrastruktur schaffen, die natürlich auch die Lebensqualität be-

einträchtigt. Wir müssen die Arbeitsplätze konzentrieren. Wenn wir den Menschen auf der einen Seite Konzentrationen zumuten, dann müssen wir ihnen auch einen Ausgleich schaffen und Flächen für Freizeit und Erholung nicht nur planen, sondern endlich realisieren. Deshalb hätte es doch nahe gelegen und sich aufgedrängt, dass man der Region nicht nur die Zuständigkeit gibt, immer wieder neue Pläne und Konzepte im Bereich von Landschaftsparks zu machen, sondern zu sagen: Dann macht es doch endlich auch einmal, und setzt sie um. Wir dürfen das nicht. Sie haben sich nicht durchgesetzt, Herr Minister. Deshalb ist das Gesetz auch in diesem Punkt unzureichend, wo Sie im Wesentlichen nur feststellen, dass wir weiterhin das tun können, was die Region jetzt schon tut.

Ein dritter Punkt: Es hätte eine Chance gegeben, in dieser Region für eine Straffung von Verwaltungsabläufen und für klarere Entscheidungsprozesse zu sorgen. Sie haben diese Chance nicht genutzt. Es bleibt im Wesentlichen dabei, dass die Region hinzukommt, ein Mitakteur ist, und dass alle anderen weiterhin mitreden. Das führt nicht zu klareren Entscheidungen. Es hätte eine Chance bestanden, da, wo es regional wichtig ist, dass es zu klaren Entscheidungen kommt, etwas von der Kreisebene zur Region heraufzuziehen und etwas vom Regierungspräsidium zur Region herunterzuziehen und dort zu bündeln, um vor allem Planung, Entscheidung und Durchführung in eine Hand zu geben. Das wäre ein Muster gewesen, auf das sehr viele – nicht nur wir, sondern auch die Wirtschaft – gewartet haben. Deshalb ist die Kritik, die insbesondere der IHK-Präsident Stihl übt, natürlich berechtigt. Deshalb werfen wir Ihnen vor, dass Sie die Chance verpasst haben, durch klarere Entscheidungen endlich auch Bürokratie abzubauen und dadurch Geld zu gewinnen, um real etwas bewirken zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Ein letzter Punkt: Es hätte eine Chance gegeben, mit der Verabschiedung dieses Gesetzes auch wieder so etwas wie eine Aufbruchstimmung zu erzeugen, die es ja bei der Einrichtung der Region gegeben hat. Die Erfolge, die ja unbestreitbar sind und auf die die Regierung unentwegt hinweist, haben doch auch etwas damit zu tun, dass damals eine Aufbruchstimmung erzeugt und gesagt wurde: Wir packen etwas Neues an, was überfällig ist; wir beweisen, dass es gut ist. Dann geht es aber auch mit großen Schritten weiter voran, um eine wirkliche Region zu schaffen.

Sie haben es versäumt, diese Aufbruchstimmung zu erzeugen. Das beschädigt die Region. Es beschädigt die Wirtschaft. Wenn Sie nach Berlin gehen, dann spüren Sie etwas von dieser Aufbruchstimmung.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Wo?)

Das wird doch beobachtet.

Wenn sich hier in der Region der Verkehrsminister mit dem „Echterdinger Ei“ herumwürgt und bittelt und bettelt, es müsste doch kommen, aber es kommt überhaupt nichts zustande, es gibt keine Aufbruchstimmung, dann schlägt sich das natürlich auch ökonomisch nieder.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das liegt an den unterschiedlichen Kompetenzen!)

(Schmiedel)

Das ist ein weiteres Versäumnis, das wir Ihnen vorzuwerfen haben.

Jetzt muss man die Frage stellen: Weshalb ist es, obwohl doch viele die Überlegungen, die ich hier vortrage, teilen, nicht zu diesem Fortschritt gekommen? Weshalb bleiben wir stecken? Weshalb gibt es, wenn überhaupt, nur minimalste Fortschritte? Die „Stuttgarter Zeitung“ hat von „Reformchen“ geschrieben. Ich finde, das ist noch übertrieben. Was Sie uns vorlegen, ist ein Minireformchen. Warum eigentlich?

(Abg. Haasis CDU: Was soll er machen? Gar nichts machen?)

Ich habe hier ein Papier, das heißt: „Selbstbewusst in die Zukunft – Region Stuttgart – Leitvorstellungen der CDU“.

(Lachen des Abg. Maurer SPD)

Daraus möchte ich zwei kurze Abschnitte zitieren:

Die öffentliche Hand muss ihre Kräfte bündeln, um einen Nahverkehr aus einem Guss zu verwirklichen,

(Abg. Birzele SPD: Sehr gut!)

der nicht zu Zuständigkeitsstreitereien führt, sondern zu optimalen, kostengünstigen Lösungen.

(Abg. Deuschle REP: Wer hat das geschrieben?)

Recht hat die CDU.

Der Verband muss deshalb einziger Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr in der Region werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Warum machen Sie es dann nicht?

Zweiter Punkt:

Die Handlungsspielräume des Verbandes sind hier zu gering.

Gemeint sind die Landschaftsparks.

Er braucht vom Gesetzgeber die Befugnis, aktive Landschaftsgestaltung nicht nur planen, sondern auch in eigener Trägerschaft in Kooperation mit den Kommunen umsetzen zu können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Birgit Kipfer SPD: Richtig!)

Recht hat die CDU. Aber warum machen Sie es dann nicht?

(Abg. Birzele SPD: Haasis ist dagegen!)

Sie sind wahrhaftig eingeknickt aus Angst vor Ihren vier CDU-Landräten in der Region. Obwohl diese kurz vor der Pensionsgrenze stehen, haben sie offensichtlich noch so viel Macht, dass Sie, obwohl Sie das in der Region beschließen, nicht die Power haben, zu sagen: Wir setzen das um. Im Gegenteil: Sie müssen auch noch den Minister, der weiter gehende Vorstellungen hat, in den Schwitzkasten nehmen, damit er an seinem Gesetzentwurf noch Abstriche

macht und ihn so weit zurückschraubt, dass Ihre Landräte, Ihr Regierungspräsident und alle Ihre Bedenkenräger zufrieden sind.

Wir haben einen Gesetzentwurf, bei dem sich die Regierung als Lordsiegelbewahrer überkommener Strukturen beweist.

(Abg. Herrmann CDU: Guter Strukturen!)

Er wird der Notwendigkeit nicht gerecht, er wird den Chancen dieser Region nicht gerecht. Die Region bleibt daher zwangsläufig hinter ihren Möglichkeiten zurück. Anstatt optimale Voraussetzungen für sie zu schaffen, die sie eigentlich hat und die man begünstigen könnte, organisieren Sie den Stillstand.

Weil unsere Bedenken so gravierend sind, lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Frau Abg. Bender.

**Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus der Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lautet die Eingangsfrage dieser Debatte: Wie viel Macht hat die Landratsfraktion in der CDU? Die Antwort heißt: Diese Landratsfraktion kann zwar das Rad der Zeit nicht zurückdrehen, aber sie ist sehr wohl in der Lage, bei der Modernisierung der Verwaltungsstrukturen ein Schnecken tempo zu erzwingen. Das wirft ein schlechtes Licht auf die Aktionsfähigkeit der CDU-Landtagsfraktion.

Es ist richtig – Frau Kollegin Schweizer, Sie haben mich bereits zustimmend zitiert –, dass die Region Stuttgart in den letzten Jahren zu einem respektablen politischen Akteur geworden ist, der das Nebeneinander der Stadt Stuttgart und der Landkreise zu einem – manchmal erstrittenen – Miteinander gemacht hat. Aber ich füge hinzu, Frau Kollegin: Wenn es Streit gibt, wenn Kooperation nicht funktioniert, dann brauche ich Instrumente, um den Streit zu entscheiden. Da ist die Frage: Kann die Region beweisen, dass sie letztlich über die notwendigen Instrumente verfügt, um dieses Miteinander zu erzwingen? Leider lautet die Antwort: Diese Instrumente geben Sie ihr nicht wirklich in die Hand. Wo ein ordentliches Werkzeug angesagt wäre, ist es im Grunde jeweils nur ein Fingerzeig.

Einige Beispiele: Die Region müsste in der Lage sein – wir hatten da ja zahlreiche Konflikte; ich erinnere daran, dass es letztlich Konflikte zwischen Kommunen sind –, die Regionalplanung durchzusetzen. Mit dem Klagerecht, das Sie jetzt einführen, geht es zugegebenermaßen ein Stück vorwärts. Nur: Mit dieser Art von Klagerecht, das erst bei den Baugenehmigungen relevant wird, zwingen Sie die Region im Konfliktfall, wie die alte Fasnet hinterherzukommen, wenn schon alles „geschwätzt“ ist. Wer will dieses Konfliktpotenzial auf sich laden? Das ist nicht gut.

Wir treten deswegen dafür ein, so, wie ursprünglich vorgesehen, der Region ihre Planungskompetenz tatsächlich als Selbstverwaltungsrecht zuzugestehen, sodass sie auch die Belange der Regionalplanung in der Bauleitplanung der Kommunen durchsetzen kann, notfalls vor Gericht.

(Birgitt Bender)

Zweites Beispiel: Abfall. Dazu ist im Gesetzentwurf fast gar nichts enthalten, weil sich die Landräte da nicht hineinreden lassen wollen, und Sie haben es auch nicht gewagt. Da gibt es gerade einmal ein Anhörungsrecht, ein Benehmensefordernis der Region. Wir hingegen sagen: Wir wollen ein einheitliches Entsorgungskonzept für den Müll in der Region mit dem Ziel auch einer Trägerschaft des Verbands Region Stuttgart für die Behandlungsanlagen.

Ein anderes Beispiel: Verkehr. Beim öffentlichen Nahverkehr gehen Sie ein Schrittchen vorwärts, ja. Aber neuer Streit ist schon wieder vorprogrammiert, weil Sie der Region den so genannten regional bedeutsamen Schienenverkehr in die Hände legen. Bei der Ersten Beratung hat uns Herr Oettinger – er hört jetzt nicht zu – versprochen oder angedroht, je nachdem, im Verkehrsausschuss würde Strecke für Strecke durchgegangen, was ein regional bedeutsamer Schienenverkehr sei. Dies hat im Verkehrsausschuss nicht stattgefunden.

(Abg. Deuschle REP: Auch im Wirtschaftsausschuss nicht!)

Stattdessen hat die CDU-Fraktion gesagt, sie habe schon erkannt, dass es da ein Problem gebe, und sie denke jetzt über eine Instanz nach, die die Frage der Regionalbedeutsamkeit letztlich klären könne. Dann frage ich: Wo ist denn nun diese Instanz?

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Ich sehe dazu keinen Änderungsantrag der CDU-Fraktion oder der Koalitionsfraktionen. Das heißt, es gibt keine Instanz, und es wird bei dem immer währenden Streit um den so genannten unbestimmten Rechtsbegriff „Was ist Regionalbedeutsamkeit, welche Umsteigerquoten muss ich danach an welcher Haltestelle haben?“ bleiben. Das ist nicht gut so. Wir hingegen wollen eine einheitliche Zuständigkeit der Region für den öffentlichen Nahverkehr und – das fügen wir hinzu – für die Straßen, damit keine Parallelplanungen stattfinden, sondern ein Mobilitätskonzept im umfassenden Sinn aus einer Hand kommt.

Es gibt weitere Beispiele, die Ihnen nicht gut gelungen sind. Die Übernahme weisungsfreier Aufgaben haben Sie schon auf die Planungsaufgaben mit Ausnahme der Bauleitplanung beschränkt. Dann werden weitere Kautelen eingeführt, vor allem die Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde, wengleich sich die Gemeinden bereits geeinigt haben.

Sport- und Kulturveranstaltungen wiederum dürfen nur übernommen werden, wenn sie keineswegs umlagerelevant sind.

Meine Damen und Herren, ich finde diese Regelungen irgendwie miesepetrig und vor allem bürokratiebeladen. Warum? Es wird das Regierungspräsidium beschäftigt, es wird im Vorhinein das Regionalparlament mit quasi Haushaltsberatungen beschäftigt. Ich finde, meine Damen und Herren, wer sich bereits mit dem Einwand auseinander zu setzen hat, hier würde eine weitere Verwaltungsebene geschaffen, sollte darauf achten, dass neue Regelungen bürokratiearm und wenig reglementierungsfreudig sind, und nicht noch neuen Verwaltungsaufwand erzwingen. Genau dies ist bei Ihrem Gesetzentwurf aber leider der Fall.

Im Übrigen möchte ich hinzufügen: Der Verband Region Stuttgart mit 70 Beschäftigten sieht gegenüber den Landratsämtern mit mehreren Tausend Beschäftigten in der Region echt schlank und fit aus, und das ist auch gut so.

Ich sage abschließend: Wir haben ein weiter gehendes Konzept für die Region Stuttgart. Wir wollen mehr regionale Aktionsfähigkeit. Dennoch: Wir werden dem Gesetzentwurf letztlich zustimmen.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Warum? Wir wollen ein Signal für diejenigen in der CDU setzen, die nach vorn denken. Davon gibt es ja, insbesondere in der Region, einige; ein paar gibt es auch in der Landtagsfraktion der CDU. Wir sagen letztlich: Lieber ein bisschen mehr Region als gar nichts. Aber zufrieden sind wir nicht.

Ich komme noch auf das Thema „andere Regionen“. Sie haben mittlerweile ja entdeckt, dass Sie da unter Druck geraten. Es ist ja nicht so, dass die Region Stuttgart als solche privilegiert ist. Ich bin sehr dankbar für die Studie im Auftrag der IHK; Frau Kollegin Schweizer, Sie haben sie auch schon erwähnt. Es ist doch einmal festzuhalten, dass, wenn die Hauptstadtregion beispielsweise bei der Zahl der Landesbediensteten an sechster Stelle und mithin genau im Mittelfeld aller zwölf Regionen des Landes liegt, von einem Moloch Stuttgart, der immer alles und insbesondere die Arbeitsplätze der Landesbehörden an sich zieht, überhaupt nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil dürfte man wohl durchaus sagen, dass dies in anderen Bundesländern für eine Hauptstadtregion doch als eher erstaunlich angesehen würde.

Aber auch wenn die Region als solche durch die Landespolitik nicht privilegiert ist, gerät es natürlich zu einem Privileg, wenn allein die Region Stuttgart neue Handlungsmöglichkeiten, neue Aktionsmöglichkeiten bekommt und es bei den anderen Regionen nicht klar ist, was aus ihnen wird, wenn vielleicht nicht einmal klar ist, ob beispielsweise die Regionalverbände überhaupt erhalten und weiterentwickelt werden sollen.

Sie haben in der ersten Lesung groß angekündigt: Wir reden mit allen, wir machen dazu in der Sommerpause Anhörungen. Meine Damen und Herren von der CDU, die Sommerpause scheint bei Ihnen ziemlich lange zu dauern, denn Sie haben schließlich vor zwei Tagen eine Anhörung zustande gebracht. Dazu haben Sie die Regionalverbände eingeladen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das ist noch der Winterschlaf!)

Sei es drum. Was Sie jetzt als Resolution auf den Tisch gelegt haben, ist im Wesentlichen ein Prüfauftrag. Jetzt steht da nicht mehr drin, man solle die Regionalverbände auflösen – was Sie auch schon einmal diskutiert haben –, sondern Sie überlegen durchaus, wie das mit den Regionalverbänden weitergehen könnte. Es soll alles geprüft werden. Dann wird aber auch schon wieder gesagt: Aber vielleicht könnten die Aufgaben der Regionalplanung auch von Zweckverbänden erledigt werden. Das könnte man ja auch noch prüfen. Meine Damen und Herren, prüfen scha-

(Birgitt Bender)

det nie etwas. Aber was Sie da verlangen, ist die Quadratur des Kreises. Ich wünsche den Ministerien, die das prüfen sollen, viel Vergnügen und bin einmal gespannt, was dabei wohl herauskommt. In Koalitionsverträgen ist es ja immer so: Wenn ein Prüfauftrag erteilt wird, weiß man, dass sich die Fraktionen nicht geeinigt haben. Hier scheint es ein entsprechendes internes Problem der CDU-Fraktion zu geben.

(Abg. Oettinger CDU: Das mag bei Rot-Grün so sein!)

Deswegen, Herr Kollege Oettinger, sage ich abschließend: Maßanzüge für die anderen Regionen bleiben noch zu schneiden, auch wenn Sie prüfen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Hofer.

**Abg. Hofer FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns ja einig, dass die Zielsetzung des vorliegenden Gesetzentwurfes dahin geht, die Wettbewerbsfähigkeit der Region Stuttgart im europäischen internationalen Rahmen zu stärken. Ich denke schon, dass das vorgelegte Gesetz mit seinen Kompetenzerweiterungen für die Region dem Rechnung trägt.

Wir haben außerdem versprochen, das Gesetz pünktlich vorzulegen, rechtzeitig vor der Regionalwahl. Das ist geschehen. Die Wähler wissen nun, woran sie sind.

Mag dieses Gesetz den einen vielleicht zu weit gehen – wir haben es gehört: Gemeindetag, Landkreistag –, den anderen ist es vielleicht zu kurz gesprungen: IHK, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der SPD und natürlich auch die Stuttgarter Zeitungsblätter. Wie dem auch sei, ob es nun starke oder weniger starke Worte gibt: Wir, die Fraktion der FDP/DVP, wollen uns in unserer Meinung dadurch nicht beirren lassen. Ich füge hinzu: Mag dieser Gesetzentwurf auch angesichts weiter zu erwartender regionaler Entwicklung nicht die letzte gesetzliche Regelung in dieser Sachlage sein, so setzt das Gesetz doch angesichts des derzeitigen Verwaltungsaufbaus und auch des engen Zeitrahmens, den wir in Bezug auf die Wahl haben, das richtige Maß.

Wir verabschieden heute also nicht nur ein Gesetz, mit dem ein tragbarer Kompromiss für die Koalitionsparteien gefunden wurde, sondern, wie ich meine, auch ein im Inhaltlichen sehr sachgerechtes und zweckgerichtetes Gesetz. Dies sagen übrigens auch der Regionalpräsident in der Region Stuttgart und der Regionaldirektor.

(Abg. Deuschle REP: Wundert Sie das, Herr Hofer?)

Sie hätten sich mehr gewünscht – ich punktuell an einer Stelle auch –, aber es ist zum Beispiel beim Klagerecht mehr herausgekommen, als man ursprünglich erwartet bzw. befürchtet hat. Es war ja auch nicht ganz einfach, dieses Klagerecht zu verankern.

Zweitens muss man einmal festhalten, dass die Region Stuttgart in Sachen regionaler Kompetenz eine bundesweite Spitzenposition einnimmt.

Drittens – das ist der wichtigste Punkt – vermeidet man mit dieser gesetzlichen Regelung, dass der große und bis heute noch bestehende – jeder, der in der Region arbeitet, weiß das – gravierende Nachteil, Fehler und Geburtsfehler dieser Region noch weiter verstärkt wird, dass man nämlich eine neue Einrichtung mit Aufgabenträgerschaft und Kompetenzen geschaffen hat, aber dieses in rein additiver Weise, und nirgendwo anders etwas abgebaut hat. Als Konsequenz aus dieser Entscheidung resultiert – das ist doch ganz logisch – die ständige Gefahr einer vierten Verwaltungsebene und ganz zwangsläufig die so leidige Umlagefinanzierung.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Man kann es gar nicht anders machen als durch Umlagefinanzierung. Wir wollen mit regionaler Entwicklung das Gegenteil. Wir wollen eine Verschlankung der Administration, eine Verschlankung des Verwaltungsaufbaus und der Bürokratie. Wenn Sie genau hinschauen, sehen Sie, dass die Vorschläge der Grünen und auch der SPD-Fraktion nichts anderes als eine Aufblähung des gesamten Verwaltungsapparats, die absolut negativ ist, sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Wir machen eine Bündelung!)

Sie, Frau Bender, fordern für Ihre Fraktion für den Verband eine zusätzliche Aufgabenträgerschaft für den gesamten Abfallbereich, für den Bau und die Unterhaltung aller Landes- und Kreisstraßen sowie für den gesamten öffentlichen Personennahverkehr einschließlich des Schülerverkehrs. Darf ich Sie fragen, was man dann eigentlich im Landkreis noch viel tun soll. Privatisieren Sie die Kfz-Zulassungsstellen, kommunalisieren Sie Krankenhäuser und Berufsschulzentren – und dann ist nichts mehr da. Was wollen Sie dann noch gestalten? Sie treten aber gerade im Wahlkampf an und wollen im Landkreis viel gestalten.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Wenn Sie meinen, dass die Landkreise dann überflüssig sind, können wir darüber reden!)

– Moment! – Sie können aber nicht für 2,6 Millionen Einwohner in der Region einen Regionalkreis machen. Das weiß jeder. Ein Zurück zum alten Nachbarschaftsverband, selbst wenn Sie den Schulterchluss fänden, dauerte doch viel länger. So lange kann doch die Region nicht auf diese erste Novellierung warten. Deshalb hat die Koalition den einzig vernünftigen, aber zugegebenermaßen nicht spektakulären Weg gewählt. Aber Vernunft ist nicht immer spektakulär.

(Abg. Brechtken SPD: Aber nicht alles Unspektakuläre ist vernünftig!)

Sie hat statt einer vierten Verwaltungsebene eine weitgehende Erweiterung der Planungskompetenz für den Verband sowie eine Optimierung und Abrundung der bestehenden Trägerschaftskompetenzen geschaffen.

Weil Sie woanders nichts abbauen können, selbst wenn Sie es wollten – ich glaube nicht einmal, dass Sie es wollen –, gehen Ihre Vorschläge auf die Schaffung einer vierten Verwaltungsebene mit einer gigantischen Umlagefinanzierung hinaus. Das wollen wir nicht.

(Hofer)

Die Arbeit des Verbands wird allenthalben – wir haben das gehört, und ich schließe mich dem übrigens an – als gut und sehr erfolgreich bezeichnet. Das veranlasst den einen oder anderen zu der Frage: Zu was dann eigentlich noch weitere Kompetenzen? Dann ist doch die Basis für eine weitere gute Arbeit da. In der Tat darf ich einmal festhalten: Der Verband hat in der Vergangenheit seine eigentlichen Erfolge – darauf sind wir alle, die wir da mitarbeiten, sehr stolz – nicht im Kompetenzstreit errungen, sondern dadurch, dass er als Initiator und Koordinator alle vorhandenen Kompetenzen gebündelt hat: die Kompetenzen der Kommunen, der Unternehmen, der zahlreichen Bildungseinrichtungen. Er hat hier eine neue regionale Relevanz geschaffen. Das ist diese regionale Cluster-Bildung, die ja die Wirtschaft im globalen Wettbewerb geradezu fordert, also das Gegenteil von Kompetenzstreit.

Das hat übrigens sehr viele Zuschüsse gebracht: 120 Millionen DM Zuschüsse für Bioregion, Existenzgründerprogramm, Verkehrssubstitution durch das Programm Mobilist und auch für das, was die SPD-Fraktion in der Region beantragt hat, nämlich die Schaffung neuer Kompetenzzentren. Das ist die Aufgabe und nicht dieses läppische Streiten. Wir plädieren für das Einbinden der Kompetenzen.

Natürlich – da haben Sie Recht – muss sich die Region dann, wenn das Miteinander etwa nicht möglich ist, weil es kommunale Alleingänge und kommunale kontraproduktive Verhaltensweisen gibt – das gibt es ab und zu –, dagegen wehren können. Deshalb brauchte sie ein Klagerecht. Alle Positionen, wegen denen die ganze Diskussion überhaupt erst entstanden ist – großflächige Einzelhandelsplanungen Filderstadt, Fellbach, Plochingen –, werden voll und ganz von dem Klagerecht erfasst.

(Abg. Deuschle REP: Aber erst nachträglich! –  
Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Aber  
nur da, wo man eine Genehmigung braucht!)

Übrigens kann man auch gegen die Genehmigung eines Flächennutzungsplans klagen. Und dann wird immer so getan, als ob Klagen-Können gleich bedeute, dass man die Klage gewonnen habe. Ich wundere mich. In Plochingen hat man klagen können, nur hat man die Klage nicht gewonnen. Ich kann nur hoffen, dass die Region nur einen Bruchteil von dem einklagt, was sie einklagen könnte. Sie ist nicht gut beraten, wenn sie alles einklagt.

Übrigens: Ich räume ein, dass das materielle Klagerecht, das immer gefordert wird, weiter geht. Das bedeutet aber, dass man staatlich abgeleitete Planung zur Selbstverwaltungsaufgabe macht, mit Schutz von Artikel 28 des Grundgesetzes. Aber, Frau Bender, dann haben Sie verfassungsgarantiert die vierte Verwaltungsebene. Sie haben sie dann doch geradezu verfassungsrechtlich garantiert eingeführt.

Was den ÖPNV angeht, nur noch eine kleine Anmerkung: Wir sind ganz generell der Meinung, dass die Kommunen und Landkreise das regeln sollen, was lokal zu regeln ist, und die Region die Aufgaben erfüllt, bei denen Einheit stark macht. Nach unserer Vorstellung baut sich die Region von unten nach oben auf und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deshalb halten wir auch am Begriff „regional bedeutsam“ fest. Dieser hat natürlich den Nachteil, dass er auslegungsbedürftig ist. Darüber kann man auch streiten. Aber es ist immer noch ein geringerer Nachteil als der, dass die Region ohne Not Dinge, die örtlich hervorragend funktionieren, einfach nach oben zont. Ich bringe immer wieder das Beispiel der Wieslaufalbahn von Rudersberg nach Schorndorf. Da kannst du dir den ganzen Regionalverband ersatzlos wegdenken, und das Ding funktioniert hervorragend auf örtlicher Ebene. Warum denn das hochnehmen? Das ist doch Unsinn.

(Beifall der Abg. Kleinmann FDP/DVP und List  
CDU)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem sagen, was mir jetzt viel wichtiger erscheint, nämlich zu dem Entschließungsantrag zum Thema Regionalentwicklung in den anderen Landesteilen. Also, es hat in der Region Stuttgart wirklich eine ganze Zeit lang gedauert, bis man begriffen hat, dass der Streit, ob nun die Stadt Stuttgart oder das Umland zu den Gewinnern oder Verlierern gehört, kontraproduktiv ist und ein höchst müßiger Streit ist, weil es eben um das Ganze geht.

Es wundert mich schon – und das möchte ich an dieser Stelle sagen –, dass regionale Akteure wie zum Beispiel auch Herr Stihl, die eine solche Auseinandersetzung mit Recht als überholt und als kommunales Kirchturmdenken gegeißelt haben, nun ihrerseits kräftig darüber streiten, ob die Region Stuttgart oder die anderen Regionen im Lande zu den Gewinnern oder zu den Verlierern gehören. Der globale Wettbewerb betrifft das ganze Land, und daher braucht man auch Regionalentwicklung im ganzen Land. Auch hier ist Kooperation und nicht regionales Kirchturmdenken gefragt. Der globale Wettbewerb untersagt es eben auch bei der Regionalentwicklung, ständig untereinander aufzurechnen, wer denn nun zu den Gewinnern oder Verlierern gehört. Das führt uns nicht weiter. Ich meine, das sollte schleunigst eingestellt werden.

Wenn ständig die Lautsprecherdurchsagen von Karlsruhe nach Stuttgart und von Stuttgart dann wieder hinaus in die anderen Regionen zu hören sind, um wen man sich mehr kümmert und um wen man sich weniger kümmert, dann ist das für eine regionale Entwicklung im Land kontraproduktiv; man kann das freundlicherweise höchstens noch unter dem Thema Folklore unterbringen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU)

Natürlich ist die Region Stuttgart wirtschaftlich ein Motor – wer wollte das bestreiten – und wahrscheinlich sogar der Motor des Landes, und der braucht Kraftstoff. Aber den bekommt er doch nun wirklich, wenn wir an die Finanzierung von Stuttgart 21 und an die Messefinanzierung denken. Also, da wird doch nun wirklich Kraftstoff zugegeben.

Ich denke, dass wir uns in diesem Land auch darüber verständigen können, dass wir nur eine Landeshauptstadt haben. Darüber könnte man sich noch verständigen.

(Hofer)

(Abg. Brechtken SPD: Ob das alle so sehen? –  
Abg. Brechtken SPD zu Abg. Ingrid Blank CDU:  
Sehen Sie das auch so?)

Umgekehrt ist Baden-Württemberg aber auch mehr als nur der Einzugsbereich des Stuttgarter S-Bahn-Netzes. Wenn man immer von 30 % des Bruttoinlandsprodukts in Stuttgart spricht, dann heißt das eben: 70 % werden außerhalb von Stuttgart erzielt. Deshalb muss man einfach sehen – und dafür plädieren wir –, dass die Weiterentwicklung der Region Stuttgart nicht weiter im Alleingang erfolgen kann. Da kommt nichts mehr dazu, wenn die Weiterentwicklung nicht in eine eigene regionale Entwicklung in diesem Land eingebettet ist. Nur so kann es auch zu den landesweiten Umstrukturierungen oder gar zu Verwaltungsreformen kommen.

Deshalb stimmen wir auch dem Entschließungsantrag zu, der zwar ein bisschen umständlich ist,

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen:  
Mindestens!)

aber dafür sehr genau formuliert ist. Denn wir haben all das aufgegriffen, was bei dieser Anhörung erstaunlicherweise übereinstimmend an Wünschen vorgetragen worden ist, die wir weiterleiten sollen. Nicht dass wir sie gleich beschließen, aber wir werden sie Punkt für Punkt genau untersuchen, und das in einem Zeitrahmen, den wir gesetzt haben.

Ich fasse zusammen: Der hartnäckigen Kritik gegenüber dem Gesetz über die Weiterentwicklung des Verbandes Region Stuttgart setzen wir genauso hartnäckig entgegen, dass es ein zweckdienliches Gesetz ist, sicherlich nicht das letzte. Jetzt wird in der Region gewählt, aber dann kommt endlich wieder die Zeit, in der gearbeitet wird. In der Region gibt es so viel zu tun. Ich will nicht den alten Spruch „Packen wirs an“ sagen, aber wir sollten uns wieder einmal um diese Dinge kümmern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Regionalisierung wird vielfach als Antwort auf die Globalisierungstendenzen der Weltwirtschaft angesehen. Die Regionen sollen für den Wettbewerb der Standorte in Deutschland und Europa fit gemacht werden. Dies gilt besonders für Großstadtreionen wie die Region Stuttgart, die Anfang der Neunzigerjahre ca. 100 000 Industriearbeitsplätze, vor allem im Maschinenbau, verloren hat. Dazu kommt, dass die Entwicklung innerhalb der Region unterschiedlich verläuft und dass auf diese fundamentalen Änderungen der Siedlungsstruktur reagiert werden muss. Die Soziologin Weeber hat nachgewiesen, dass die Zahl der Einwohner und der Beschäftigten in den Kernstädten ständig abnehme, wohingegen im Umland Zuwächse festzustellen seien.

Die Entwicklung suburbaner Räume in der Region Stuttgart hat auch Konsequenzen für die Landesplanung. So halte ich, Herr Wirtschaftsminister Döring, die jetzige Ein-

teilung in Klein-, Unter-, Mittel- und Oberzentren aufgrund des starken Zusammenwachsens innerhalb der Region für überholt und für entwicklungs-hemmend. Herr Wirtschaftsminister, ich fordere Sie deshalb auf, dies bei der noch für dieses Jahr geplanten Anpassung des Landesplanungsgesetzes zu berücksichtigen.

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht für die Stärkung der Planungskompetenz des Verbandes Region Stuttgart eine so genannte prozessuale Lösung vor. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob diese Lösung zu einer Stärkung der Autorität des Verbandes beiträgt, die notwendig wäre, um dem wachsenden Flächenverbrauch und den Raumnutzungskonflikten zwischen verschiedenen Städten, Gemeinden und der Region entgegenzuwirken.

In der Ersten Beratung habe ich bereits darauf hingewiesen, dass bei den ÖPNV-Kompetenzen nur ein kleines Reformchen und nicht der große Wurf gelungen ist. Im Verkehrsverbund Stuttgart, VVS, sitzen auch weiterhin acht kleine Aufgabenträgersgesellschaften zwei Großunternehmen, nämlich der Deutschen Bahn AG und den SSB, gegenüber. So bleibt auch weiter der reale Einfluss demokratisch gewählter Gremien auf die Tarif- und Verkehrspolitik des VVS sehr begrenzt. Ich verweise auf die Kritik der Ludwigsburger Kreistags-gremien an den geplanten Tarifierhöhungen. Diese Kritik blieb folgenlos. Es ist nicht gut, wenn die Entscheidungen demokratisch gewählter Politiker total verpuffen.

Die vorgesehene Begrenzung der Kompetenzen des VRS nur auf den regional bedeutsamen Schienenpersonennahverkehr und den Bus-Ersatzverkehr reicht nicht aus und wirft Abgrenzungsprobleme auf. Herr Oettinger hat in der ersten Lesung zugesagt, dass in der Ausschussberatung – nicht im Innenausschuss, sondern entweder im Wirtschafts- oder im Verkehrsausschuss – Strecke für Strecke aufgerufen werde, um festzulegen, was im Einzelnen unter „regional bedeutsamem Schienenverkehr“ zu verstehen sei, und damit einen etwaigen Streit zwischen Kreisen und Region von vornherein auszuschalten.

Ich habe hier die Beschlussempfehlung und den Bericht des Umwelt- und Verkehrsausschusses. Da will ich schon einmal nachfragen; denn ich lasse es Ihnen von der CDU und der FDP/DVP nicht so leicht durchgehen, dass Sie Aussagen machen und sich eine Woche später nicht mehr daran erinnern wollen. Ich zitiere:

Ein Abgeordneter der CDU legt dar, Artikel 1 Nr. 2 Buchst. a enthalte die Formulierung „regional bedeutsame“. Die CDU-Fraktion habe sich mit der Frage beschäftigt, was geschehe, wenn es einen Streit darüber gebe, wie die Formulierung „regional bedeutsame“ auszulegen sei, und suche daher nach einer Möglichkeit, eine Instanz im vorliegenden Gesetzentwurf zu verankern, die bei einem derartigen Streit entscheide.

Dies ist nun leider nicht geschehen.

Meine Damen und Herren von der Regierung und von den Regierungsfraktionen, geben Sie hier doch einmal eine konkrete Antwort. Oder sind solche Aussagen nur l'art pour l'art und werden von Ihnen gar nicht mehr ernst genommen?

(Deuschle)

Auch die vorhin vom Kollegen Hofer gemachten Aussagen führen uns da nicht weiter. Kollege Hofer, wenn man die Wieslaufalbahn nur als Teil der Verbindungen im Rems-Murr-Kreis sieht, haben Sie Recht. Aber wenn Sie ein Konzept einer regionalen Ringbahn verfolgen, für das wir ja vielleicht einmal gemeinsam gekämpft haben,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

dann müssen Sie das als regional bedeutsam ansehen, und dann ist es eine andere Sache.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Fahren Sie einmal mit dem Bähnle!)

Wir haben ja einen entsprechenden Änderungsantrag stellen müssen, weil von Regierungsseite nicht klar definiert wird, was „regional bedeutsam“ ist. Mit unserem Antrag orientieren wir uns an der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs, nach der der Schienenpersonennahverkehr innerhalb der Region Stuttgart insgesamt regional bedeutsam ist.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Das stimmt so. – Dem VRS wird weiter in § 4 a das Recht eingeräumt, über Vereinbarungen mit Kommunen und Landkreisen in der Region weisungsfreie kommunale Planungsaufgaben zu übernehmen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

Dies ermöglicht bessere Umsetzungsmöglichkeiten für Ziele des Regionalplans und eine bessere Zusammenarbeit zwischen regionaler und kommunaler Planung. – Sie unterstützen mich, Herr Kollege Hofer. – Aber dann frage ich Sie, wieso wir dann eine Vielzahl von Einschränkungen im Gesetzentwurf haben, die nicht sachlich notwendig sind und die die Wirkung dieser Vorschrift unnötig begrenzen.

Es ist zum Beispiel nicht nachvollziehbar, warum der Verband nicht einmal mit der Zustimmung der betroffenen Gemeinden die Bauleitplanung für regional bedeutsame Projekte übernehmen darf

(Abg. Hofer FDP/DVP: Verfassungsrechtlich!)

und nicht eine Art Moderatorenrolle übernehmen kann.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das geht verfassungsrechtlich nicht!)

– Nein. Beweisen Sie das erst einmal.

(Abg. List CDU: Das ist doch so! Planungshoheit!)

Ebenso stellt sich die Frage, weshalb der Abschluss einer Vereinbarung zwischen mehreren demokratisch legitimierten selbstständigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten bedarf. Die Frage stellt sich. Wir wollen den Abschluss einer solchen Vereinbarung mit einem entsprechenden Änderungsantrag ermöglichen.

Die Republikaner lehnen den Verzicht auf das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit für die Beteiligung des Verbands an regional bedeutsamen Kongressen, Kultur- und Sport-

veranstaltungen ab. Dies gilt auch für den im Gesetzentwurf eingeschränkten Fall, dass diese Veranstaltungen nicht umlagerrelevant wären.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Herr Kollege Hofer, jede Veranstaltung, an deren Vorbereitung und Durchführung sich Mitarbeiter des Verbands in ihrer Arbeitszeit beteiligen, ist per se umlagerrelevant.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Das müssen Sie doch zugeben. Wenn er es in der Freizeit machte, wäre es eine andere Sache.

Damit zeigt sich die vorliegende Formulierung nur als fauler Kompromiss, und sie ist in der praktischen Tätigkeit nicht wirklich umzusetzen.

Meine Damen und Herren, wir Republikaner bestehen darauf, dass das Quorum Zweidrittelmehrheit erhalten bleibt und einer leichtfertigen Geldausgabementalität Zügel angelegt werden.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Deshalb fordern wir dies in einem weiteren Änderungsantrag, dem Sie ja zustimmen können.

Der VRS ist gemäß § 3 des Verbandsgesetzes für die Trägerschaft und Koordinierung regional bedeutsamer Wirtschaftsförderung zuständig. In der Praxis zeigt sich neben einigen beachtlichen Erfolgen, dass auch auf diesem Gebiet Kompetenzprobleme weitere Entwicklungen hemmen. So arbeiten auf diesem für Standort und Arbeitsplätze so wichtigen Gebiet regionale, lokale und kreisbezogene Wirtschaftsförderer oft unkoordiniert nebeneinander und erreichen nicht genug die Interessenten.

Wie soll es, meine Damen und Herren, mit den regionalen Entwicklungen in Baden-Württemberg weitergehen, wenn der Regierungsentwurf heute zum Gesetz wird? Eines darf ich Ihnen ganz deutlich sagen: Unsere Landtagsfraktion will keine zusätzliche Verwaltungsebene, sie will aber so weit wie möglich auf die Wünsche der Regionen eingehen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ein bisschen schon!)

Dabei dürfen an dieser regionalen Diskussion nicht nur die entsprechenden Mandatsträger teilnehmen. Für uns ist ganz wichtig, dass sich die Menschen vor Ort direkt an der demokratischen Willensbildung über ihre Heimat beteiligen dürfen. Zweckverbände haben verwaltungstechnisch manche Vorteile bei der Lösung konkreter Aufgaben, ihnen mangelt es aber an demokratischer Teilhabe der ansässigen Bürger, und sie können deshalb zum Beispiel auch keine Identitäten bilden. Zweckverbände sind, so gesehen, technokratische Gebilde. Wir Republikaner wollen aber unsere Bürger an der Lösung von Problemen in ihrer Heimat unmittelbar beteiligen.

Ich komme nun zum Fazit: Der Gesetzentwurf der Landesregierung bringt kleine Verbesserungen mit sich. Er kann aber wesentliche Probleme wie zum Beispiel beim ÖPNV oder bei der Finanzierung nicht lösen. Die Umlagefinanzierung ist und bleibt ein Geburtsfehler. Dies hat Herr

(Deuschle)

Kollege Hofer erst gestern in den „Stuttgarter Nachrichten“ bestätigt. Daran hat sich die Landesregierung aber nicht herangewagt.

Die Landtagsfraktion der Republikaner wird den Gesetzentwurf aus besagten Gründen ablehnen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. List.

**Abg. List** CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was mir in der ganzen Argumentation der Oppositionsfraktionen zu kurz gekommen ist, ist die Tatsache, dass das Land Baden-Württemberg nicht an den Grenzen der Region Stuttgart aufhört.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Abg. Deuschle REP: Das stimmt doch nicht!)

– Es ist so. Das Land Baden-Württemberg besteht aus zwölf Regionen und nicht nur aus einer einzigen Region. Das ist auch der Grund für unseren Entschließungsantrag; auf ihn werde ich nachher noch kurz zurückkommen.

Ein Zweites an die Adresse der Oppositionsfraktionen: Bedenken Sie doch einmal selber den großen Widerspruch, den Sie aufgebaut haben! Auf der einen Seite konstatieren Sie der Region Stuttgart ein erfolgreiches Arbeiten auf der Grundlage des bisherigen Status.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ja, relativ gesehen, Herr Kollege List!)

Andererseits lamentieren Sie, dass das jetzt weiter gehende Gesetz – das ist ja wohl unstrittig – keine Möglichkeit für ein erfolgreiches und effizientes Arbeiten biete. Diesen Widerspruch müssen Sie einmal auflösen.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das ist überhaupt kein Widerspruch!)

Ein Weiteres: Was Sie hier gesagt haben, müssen Sie auch draußen gerade jetzt vor den Kreistagswahlen sagen, weil Sie die Landkreise und die Kommunen durch Ihre Anträge und Ihre Vorstellungen schwächen würden. Sie wollen eine neue Verwaltungsebene; Herr Kollege Hofer hat das sehr dezidiert und sehr klar herausgearbeitet. Das müssen Sie auch draußen sagen und dürfen nicht Landräten, die sich über die Region mokieren, noch akklamieren und Beifall spenden. Dann müssen Sie sich auch hinstellen und sagen: Wir wollen eine Schwächung der Landkreise, der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Planungshoheit. Wenn Sie so argumentieren, wie Sie es hier getan haben, gehört das ein Stück weit zur Ehrlichkeit.

Herr Kollege Schmiedel, Sie haben gesagt, nicht die Städte, sondern die Regionen hätten miteinander zu konkurrieren.

(Abg. Schmiedel SPD: Im internationalen Wettbewerb!)

Ich sage Ihnen: Gott sei Dank konkurrieren die Städte miteinander, auch in der Wirtschaftsförderung, in der Ansiedlung von Gewerbebetrieben und in der Stabilisierung ihrer

eigenen Wirtschaftsunternehmen. Gott sei Dank konkurrieren sie da. Die ausgeprägte Selbstverwaltung ist nämlich auch ein Stück Standortvorteil in Baden-Württemberg.

Sie haben dem Gesetzentwurf sehr schlechte Noten gegeben: Man müsse mit der Lupe suchen, was sich verbessert. Die Landesregierung, der Wirtschaftsminister und die Fraktionen, die die Landesregierung tragen, hätten versagt, und was wir der Region anbieten, sei lächerlich.

(Abg. Schmiedel SPD: Richtig!)

Ich kann das nicht nachvollziehen. Die Region hat gut gearbeitet. Wir geben ihr ein Instrumentarium, damit sie regionale Aufgaben, vor allem Planungsaufgaben, noch stärker und noch besser wahrnehmen kann. Dafür, dass die Instrumente effizient werden, bietet der Gesetzentwurf eine gute Grundlage.

Sie haben das Verkehrsproblem angesprochen – ich greife das einmal heraus – und haben die Staus erwähnt. Ja, glauben Sie denn ernsthaft, die Region könne die Staus beseitigen?

(Abg. Schmiedel SPD: Ja! – Lachen der Abg. Rosely Schweizer CDU)

Das müssen Sie einmal konkretisieren. Sie haben sehr negativ dargestellt, wie es mit dem Verkehrsangebot in der Region läuft. Wir haben aber doch in dieser Region ein hervorragendes ÖPNV-System ungeachtet der Tatsache, dass verschiedene Träger zuständig sind. Wollen Sie denn ernsthaft, dass beispielsweise für den Verkehr im Kirchbachtal von Hohenhaslach und von Häfnerhaslach nach Sachsenheim die Region zuständig ist?

(Abg. Deuschle REP: Es kommt doch auf das Konzept an!)

Sie kennen doch im Kreis Ludwigsburg das Konzept mit den Nahverkehrsunternehmen.

(Abg. Schmiedel SPD: Ein teures Konzept!)

– Ja glauben Sie denn, die Region mache dies billiger?

(Abg. Schmiedel SPD: Ja! – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ja! Die Region kann besser verhandeln! Da ist doch mehr Verhandlungsmacht vorhanden!)

Die Region lässt eigene, billige Busse fahren? Das müssen Sie uns und den Busunternehmern zuerst einmal erklären.

Ich bleibe dabei: Wir haben ein hervorragend funktionierendes öffentliches Personennahverkehrssystem in dieser Region. Dass die Landkreise bei der Abstimmung und der Mitentscheidung beteiligt sind, ergibt sich schon daraus, dass sie einen ganz beträchtlichen Teil des Verbundverlustes in dieser Region bezahlen. Deshalb müssen sie auch mitbestimmen können. Die Kreistage müssen da beteiligt sein.

(Abg. Schmiedel SPD: Was dürfen die, mitbestimmen?)

Sie haben zum Zweiten erklärt, bei der Infrastruktur müsse man eine Konzentration haben, beispielsweise bei den

(List)

Landschaftsparks. Das ist genau der Punkt, wo Sie wollen, dass die kommunale Planungshoheit und die kommunale Zuständigkeit zugunsten der Region geschwächt wird. Ich bitte, auch das draußen vor den Kommunalwahlen so deziert, wie Sie es hier gesagt haben, zu verkaufen. Da tun Sie es nicht. Sie sagen es hier; draußen sagen Sie es nicht.

(Abg. Deuschle REP: Das machen doch Ihre Parteifreunde auch, Herr List!)

Man schwächt nämlich die kommunale Selbstverwaltung, wenn man dies auf die Regionen hinaufzont.

Was zu den Verwaltungsabläufen zu sagen ist, das hat der Kollege Hofer, glaube ich, in sehr deutlicher Weise gesagt.

Dann haben Sie gesagt, man brauche eine Aufbruchstimmung, um neue Straßen bauen zu können. Das „Echtdinger Ei“ haben Sie als Beispiel gewählt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Geld braucht man!)

Glauben Sie denn, dass man das in einer Aufbruchstimmung baut? Dafür braucht man Geld und nicht eine Aufbruchstimmung.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich komme zur selben Bewertung wie der Kollege Hofer, dass dieses Gesetz ein wirkungsvolles Instrument ist, die schon bisher hervorragende Arbeit der Region Stuttgart weiter zu intensivieren. Diese Arbeit muss sich aber schwerpunktmäßig auf Planungsaufgaben beschränken.

Nun noch ein paar Sätze zu unserem gemeinsamen Entschließungsantrag für die anderen Regionen. Man muss einfach die Vielfalt im Lande sehen. Mannheim hat im Neckarraum zusammen mit Ludwigshafen und Hessen-Süd eine ganz andere Funktion als hier die Region Stuttgart. Karlsruhe hat hervorragend funktionierende Instrumente, die aber zusammengeführt werden müssen, um noch wirkungsvoller zu sein. Freiburg hat wieder andere Vorstellungen einer regionalen Entwicklung. Es ist ja Ihr Parteifreund Böhme

(Abg. Schmiedel SPD: Ein guter Mann!)

– daran habe ich überhaupt keinen Zweifel –, der die Zweckverbandslösung will. In Ulm bestehen wieder – auch grenzüberschreitend mit Bayern – andere Vorstellungen. Das heißt, wir müssen doch versuchen, diesen Räumen auch abweichend von der Region Stuttgart und abweichend vielleicht von ländlicheren Regionen individuell eine eigene Möglichkeit zu geben, ihre Region zu ordnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dabei gelten einige Eckpunkte, die da heißen: erstens keine Gebietsveränderung der Region

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Warum nicht?)

und zweitens keine neue Verwaltungsebene. Auch dazu hat der Kollege Hofer das Notwendige gesagt. Aber wir wollen durch diese Öffnungsklausel die Möglichkeit schaffen,

dass in den Regionen individuell auch andere Möglichkeiten aufgezeigt werden.

(Beifall des Ministers Dr. Schäuble)

Im Übrigen darf ich noch einmal sagen: Die Anhörung, die Sie ja ein bisschen in ihrem Inhalt und ihrem Wert angezweifelt haben, war eine hervorragende Anhörung.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Sie war halt ein bisschen spät!)

– Für uns ist das nicht zu spät. Wir verabschieden heute das Gesetz.

(Abg. Schmiedel SPD: Eine Alibiveranstaltung! Fünf vor zwölf!)

– Das war überhaupt keine Alibiveranstaltung. Herr Schmiedel, wenn Sie eine Versammlung von Landräten, Oberbürgermeistern, Fraktionsvorsitzenden und Regionalverbandsdirektoren, die hier ernsthaft drei Stunden lang über die Zukunft der Regionen gesprochen haben, als Alibiveranstaltung bezeichnen, ist das Ihre Sache. Für uns war es eine hervorragende Veranstaltung, die ein Höchstmaß an Übereinstimmung bei der Regionalplanung gezeigt hat.

Deshalb ist es richtig, jetzt auf der Grundlage dieses Entschließungsantrags auch die Weiterentwicklung der anderen Regionen anzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Schmiedel zu einer zweiminütigen Erklärung.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Kollege List, wenn Ihnen die anderen Regionen so wichtig sind, dann frage ich Sie: Warum haben Sie denn nicht schon längst gehandelt? Sie haben all diese hochkarätigen Herrschaften hierher gebeten, um am Ende festzustellen: „Wir haben zu prüfen.“

(Abg. Deuschle REP: Da hat er Recht!)

Das alles hätten Sie ohne dieses Meeting prüfen können. Das Meeting hat den Alibicharakter gehabt, fünf vor zwölf noch einmal eine Aktivität zu zeigen. Handeln Sie doch einfach!

Sie haben den Verkehr gelobt und gesagt, in der Region Stuttgart sei das alles bestens. Es war doch Ihr Kreistag, der in einer wütenden Erklärung festgestellt hat, der VVS sei „eine Mafiaorganisation“, er sei undurchschaubar, niemand blicke mehr durch, wie welche Entscheidungen zustande kommen. Ihr Kreistag hat das erklärt.

(Abg. Oettinger CDU: Wie bitte?)

Irgendwo müssen Sie schon einmal stringent bleiben.

Und jetzt wird der Popanz mit der vierten Verwaltungsebene aufgebaut. Damit wollen Sie davon ablenken, dass Sie sich in einzelnen Punkten nicht durchgesetzt haben.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

(Schmiedel)

Herr List sagt, wenn die Region einen Landschaftspark verwirklichen würde, dann würde sie der kommunalen Ebene etwas wegnehmen. Dazu sage ich: Dann macht ihn doch! Wo ist denn der Landschaftspark der kommunalen Ebene? Wo ist er denn?

(Beifall der Abg. Birgit Kipfer SPD – Zuruf des Abg. List CDU)

Jeder sagt doch, die Region solle etwas tun, weil es diese Landschaftsparks nicht gibt.

(Zuruf von der FDP/DVP)

Auch die CDU sagt das. Ich kann Ihnen das Papier noch einmal vorlesen. Die CDU entlang der Nebenflüsse sagt, die Region solle es machen. Vor Ort sind Sie immer dafür, dass die Region das macht. Dann kommen Ihre Landräte und sagen: Aber, bitte schön, die Region nicht stärken! Dann kneifen Sie, und Sie bauen den Popanz einer vierten Verwaltungsebene auf. So geht es nicht.

Jetzt noch einmal zum Verkehr. Weshalb dauert es bei uns Jahre, beispielsweise im Vergleich zur Region Karlsruhe, bis so ein einfacher Vorgang wie die Einführung eines Schülertickets ausdiskutiert und beschlossen und eingeführt ist? Weil wir einen Klügel an Zuständigkeiten haben. Da können jetzt die Einzelnen gar nichts dafür. Dieser Klügel ist im Laufe der Jahre gewachsen.

(Abg. Deuschle REP: Das ist richtig!)

Er ist aber undurchschaubar geworden. Es wäre jetzt an der Zeit gewesen, zu sagen: Jetzt schaffen wir klare Zuständigkeiten und klare Verantwortlichkeiten, damit es eben nicht so ewig lange dauert, bis es zu Entscheidungen kommt, die dann meistens auch Kompromisscharakter haben.

Jetzt noch etwas zur Aufbruchstimmung. Der Zusammenhang, Herr List, den ich genannt habe, ist: Gerade weil wir uns mit wichtigen Infrastrukturvorhaben schwer tun, gerade weil es doch unübersehbar Hängepartien gibt, was die großen Projekte anbelangt, die wir mit großem Elan angegangen sind, wäre es doch umso wichtiger gewesen, ein politisches Signal zu geben, dass diese Region gestärkt wird. Dieses politische Signal bleibt aus. Das hat negative ökonomische Wirkungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Deuschle REP: Das ist richtig!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

(Abg. Deuschle REP: Aber erklären Sie das Problem mit dem regional bedeutsamen Verkehr!)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht ist es doch hilfreich, Herr Kollege Schmiedel, wenn ich kurz noch einmal darauf eingehe, wie der Gesetzentwurf eigentlich entstanden ist und wie wir, wie ich meine, dabei sehr sinnvoll vorgegangen sind. Schauen Sie einmal: Wir haben im Jahr 1998, wie Sie wissen, eine umfassende schriftliche Umfrage in der Region durchgeführt und von allen Kommunen, den Kreisen, den Gewerkschaften, der Wirtschaft und von

vielen anderen die Meinungen zum Verband Region Stuttgart und zu seiner Weiterentwicklung eingeholt. Der Gesetzentwurf beruht auf dem Ergebnis dieser Anhörung.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Zwei Jahre!)

Wenn ich eine Anhörung ernst nehme, dann kann ich nicht nur dem einen, der weiter gehende Wünsche hat, Recht geben, sondern ich muss natürlich versuchen, einen Kompromiss aus den Anhörungsergebnissen zu finden. Dieser Kompromiss fließt dann in den Gesetzentwurf ein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sehr gut!)

Das ist meiner Meinung nach die sachlich richtige und auch allen Betroffenen gegenüber sachgerechte Vorgehensweise. Es war interessant: Als wir diese Umfrage damals gestartet haben, sind wir ja heftig kritisiert worden: „Jetzt macht ihr eine Umfrage zu diesem Verband Region Stuttgart!“ Als wir sie durchgeführt hatten und deutlich machten, dass wir die Umfrage und ihre Ergebnisse – die Stellungnahmen aus den Kommunen, aus den Kreisen, aus der Wirtschaft, von den Gewerkschaften und von vielen anderen – ernst nehmen und uns darum bemühen, eine Kompromisslösung finden, wurde gesagt: Jetzt ist es der richtige Weg. Das Ergebnis ist hier in diesen Gesetzentwurf eingeflossen, der, wie Herr Kollege Hofer völlig zu Recht gesagt hat und wie ich meine, ein Schritt in die richtige Richtung ist. Mit Sicherheit ist das heute nicht der letzte Gesetzentwurf zum Thema Verband Region Stuttgart.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Ein kleiner Schritt!)

Wir werden natürlich auch den nächsten Schritt machen, den Sie ja auch mitgehen wollen. Dies ist ja der Auftrag, der aus dem Entschließungsantrag heute ergeht: allen anderen Regionen im Lande weitere Entwicklungschancen aufzuzeigen und weiter darzulegen, wie die Stärkung dieser anderen Regionen aussehen soll, damit der Abstand nicht zu groß wird. Dann wird ein weiterer Schritt auch beim Verband Region Stuttgart möglich. Wir werden das der Reihe nach auf den Weg bringen, damit wir eine Stärkung der Regionen insgesamt erreichen und deutlich machen: Das, was jetzt im Gesetzentwurf steht, ist mehr als das, was Herr Schmiedel darzustellen versucht.

An einer Stelle Ihrer ersten Wortmeldung – das kann durchaus an mir liegen – habe ich das Verlangen nach einer regionalen Verkehrsplanung nicht verstanden.

(Abg. Schmiedel SPD: Die Planung nützt mir nichts, die Umsetzung ist wichtig!)

– Die Umsetzung hat Herr Kollege List doch gerade angesprochen. Die Planung ist nun einmal eine Pflichtaufgabe; das wissen Sie natürlich.

(Abg. Schmiedel SPD: Wenn der Plan aber nicht Realität wird?)

Die Umsetzung ist auch eine Frage des Geldes. Deswegen kann ich nicht etwas angehen, was ich nachher nicht finanzieren kann.

(Minister Dr. Döring)

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen:  
Aber es wird doch billiger, wenn es die Region  
macht!)

Aus diesem Grund liegen wir meiner Meinung nach mit  
unserer Vorgehensweise richtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich  
zu ein paar Einzelpunkten Stellung nehmen, die heute sehr  
sauber in einer Spalte aufgelistet worden sind. Ich will es  
der Reihe nach machen.

Erstens: ÖPNV. Der ÖPNV in der Region ist auf acht ver-  
schiedene Träger verteilt. Daran ändert sich nichts. Aber  
entscheidend ist nicht die Anzahl der Träger. Es geht doch  
nicht um die Zuständigkeit für jedwede kleine Neben-  
buslinie. Entscheidend ist, dass der regional bedeutsame  
ÖPNV zum Verband Region Stuttgart kommt. Deswegen  
verstehe ich die Kritik an der Aufteilung nicht. Aufgabe  
des Verbands Region Stuttgart kann doch nicht eine Ne-  
benlinie irgendwo da draußen sein, die ausschließlich einen  
kleinen interkommunalen Bereich betrifft.

Der nächste Punkt betrifft das Klagerecht. Herr Kollege  
Hofer hat dazu, wie ich meine, schon das Richtige ausge-  
führt, aber es soll noch einmal verdeutlicht werden. Es ist  
nicht richtig, dass das Klagerecht erst einsetzt, wenn die  
Kommunen die Baugenehmigung erteilt haben. Der Ver-  
band Region Stuttgart kann vielmehr gegen alle Entschei-  
dungen klagen, die regionalplanerischen Festsetzungen zu-  
widerlaufen, also zum Beispiel gegen die Genehmigung  
von Bebauungsplänen oder von Flächennutzungsplänen.  
Das ist von entscheidender Bedeutung.

Im Übrigen ist keineswegs ausgeschlossen, dass der Ver-  
band Region Stuttgart im Einzelfall im Wege eines Nor-  
menkontrollverfahrens – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, darf  
ich Sie um etwas mehr Ruhe bitten. Ich bitte darum, unbe-  
dingt notwendige Gespräche nach draußen zu verlegen.

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Danke.

Es ist ja auch nicht ausgeschlossen, dass der Verband Regi-  
on Stuttgart im Einzelfall im Wege eines Normenkontroll-  
verfahrens gegen Bebauungspläne vorgehen kann. In die-  
sen Fällen kommt die Klage eben nicht, wie es vorhin hieß,  
zu spät, um im Ernstfall zu wirken.

Der nächste Punkt, der sowohl in den Medien als auch in  
dieser Debatte kritisiert wurde, ist das Anhörungsrecht im  
Abfallbereich. Frau Kollegin Bender, es ist richtig: Die  
zentrale Zuständigkeit des VRS für die Abfallwirtschaft  
war nicht durchzusetzen. Ich glaube, Sie hatten das mo-  
niert. Aber es ist gleichwohl falsch, das dem VRS künftig  
zukommende Anhörungsrecht als wertlos zu bezeichnen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Kollege Wieser, wenn Sie mir den Rücken zudre-  
hen, ist das unhöflich. Wenn Sie dazu noch reden, ist es  
doppelt unhöflich. Ich höre Ihnen normalerweise auch zu.  
Wenn Sie mir nicht zuhören wollen, gehen Sie bitte hinaus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der SPD  
und des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Wieser  
CDU: Entschuldigung! Herr Minister, nehmen Sie  
die Entschuldigung an?)

– Vielen Dank, Herr Wieser. Das mache ich.

Der Verband hat künftig ein im Gesetz ausdrücklich veran-  
kertes Anhörungsrecht zu allen relevanten Entscheidungen  
im Bereich der Abfallwirtschaft. Werten Sie das nicht so  
ab, indem Sie sagen, dies sei kein Instrument. Es hat schon  
Bedeutung, wenn er in allen relevanten Fällen ein qualifi-  
ziertes Anhörungsrecht hat. Damit kann er seine Meinung  
zum Ausdruck bringen und auch eingreifen. Damit kann er  
die regionalen Belange in die Entscheidungsprozesse ein-  
bringen.

Wir setzen darauf, dass hier miteinander und nicht gegen-  
einander gearbeitet wird und dass die Vorstellungen der  
Region in den vielfach kontroversen Auseinandersetzun-  
gen Gehör finden und sich, wo nötig, auch durchsetzen  
werden.

Nächster Punkt: Landschaftspark Mittlerer Neckar. Wich-  
tig ist zunächst, dass mit dem VRS eine Instanz mit der  
Aufgabe betraut wird, einen solchen Landschaftspark aus  
dem größeren Blickwinkel der Region und nicht nur aus  
Sicht der Kommunen und Kreise zu konzipieren. Die Um-  
setzung dieser Planung ist eine Aufgabe, die gut im Mitei-  
nander von Region, Stadt- und Landkreisen sowie Kom-  
munen gelöst werden kann und soll. Deswegen ist auch  
dieser Punkt wichtig.

Mir geht es darum, dass wir einen wichtigen Schritt in  
Richtung einer weiteren Stärkung und Erweiterung der  
Kompetenzen des Verbands Region Stuttgart gehen – das  
lässt sich nicht wegdiskutieren – und heute per Gesetz be-  
schließen. Außerdem soll in diesem Jahr und Anfang des  
nächsten Jahres auch noch die Weiterentwicklung der an-  
deren Regionen auf den Weg gebracht werden. Es ist wich-  
tig, dass dies möglichst im Gleichklang erfolgt, dass die  
Abstände nicht zu groß werden. Dass die Hauptstadtregion  
Stuttgart die Nummer 1 ist bezüglich der Stärke, des Vo-  
rangens, des Beispielgebens und des modellhaften Cha-  
racters, steht außer Frage. Wir sind auf dem richtigen Weg,  
und wir werden den Gesetzentwurf heute so beschließen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren,  
Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen  
daher zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage  
ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses,  
Drucksache 12/4402.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Gesetzes über die Errichtung des  
Verbands Region Stuttgart

Dazu liegen Änderungsanträge vor. Ich rufe zunächst Arti-  
kel 1 Nr. 1 und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der

(Stellv. Präsident Weiser)

SPD, Drucksache 12/4453-1, auf. Wer dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

(Abg. Haasis CDU: Dreifache Mehrheit! – Abg. Wieser CDU zur SPD: Ihr seid ja ein zahnloses Gebiss!)

– Ich bitte wenigstens während der Abstimmung um einigermäßen Aufmerksamkeit.

(Abg. Brechtken SPD: Wieder Wieser!)

– Diese Bemerkung ist genauso überflüssig wie die zuvor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP – Heiterkeit)

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4453-7 Ziffern 1 bis 5, die den § 3 betreffen, auf. Wer den Ziffern 1 bis 5 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Das Letztere war die Mehrheit. Die aufgerufenen Ziffern des Änderungsantrags Drucksache 12/4453-7 sind abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4453-12 Ziffer 1, auf. Wer diesem Begehren der Republikaner zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Letztere war die Mehrheit.

(Zurufe von den Republikanern: Knapp! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, diese Wertungen nehmen wir nicht zur Kenntnis!)

– Ich äußere mich dazu nicht.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir stimmen damit über Artikel 1 Nr. 1 in der Fassung der Regierungsvorlage ab. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Dem Artikel 1 Nr. 1 ist zugestimmt.

Aufgerufen ist Artikel 1 Nr. 2 – Änderungen des § 4 – und dazu der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4453-2. Wer dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist bei einigen Enthaltungen und Gegenstimmen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4453-7 Ziffern 6 bis 9, auf. Wer diesen Ziffern zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Die aufgerufenen Ziffern des Änderungsantrags Drucksache 12/4453-7 sind abgelehnt.

Ich rufe schließlich den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4453-12 Ziffer 2, auf. Wer

diesem Begehren zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Ziffer 2 des Änderungsantrags Drucksache 12/4453-12 ist abgelehnt.

Wir stimmen ab über Artikel 1 Nr. 2 in der Fassung der Regierungsvorlage. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Artikel 1 Nr. 2 ist angenommen.

Ich rufe die Nummer 3 – Einfügung eines neuen § 4 a – des Artikels 1 auf und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4453-3. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Ziffer 10 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4453-7, auf. Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Die Ziffer 10 des Antrags Drucksache 12/4453-7 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Ziffer 3 des Antrags der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4453-12, auf. Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Die Ziffer 3 des Antrags Drucksache 12/4453-12 ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen über Artikel 1 Nr. 3 in der Fassung der Regierungsvorlage ab. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Artikel 1 Nr. 3 ist in der Fassung der Regierungsvorlage mehrheitlich angenommen.

Ich rufe die Nummer 4 des Artikels 1 auf. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor. – Ich stelle formlos die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe die Nummer 5 des Artikels 1 auf und dazu die Ziffer 11 des Änderungsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4453-7, die die Streichung dieser Nummer begehrt. Wer der Ziffer 11 des Antrags des Bündnisses 90/Die Grünen zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Diese Ziffer ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Deuschle REP: Die sind ja gar nicht mehr da! Die Grünen gibts nicht mehr, nur noch das Bündnis!)

Ich rufe die Nummer 5 des Artikels 1 in der Fassung der Regierungsvorlage zur Abstimmung auf. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Nummer 5 des Artikels 1 der Regierungsvorlage ist damit angenommen.

Ich rufe die Nummer 6 des Artikels 1 in der Fassung der Regierungsvorlage auf. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Danke. Diese Nummer ist mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe auf

#### Artikel 2

##### Änderung des Landesplanungsgesetzes

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4453-4. Wer diesem SPD-Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4453-8, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Artikel 2 in der Fassung der Regierungsvorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Danke. Artikel 2 ist in der Fassung der Regierungsvorlage mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

#### Artikel 3

##### Änderung des Landesabfallgesetzes

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4453-5. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4453-9, auf. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen dann über Artikel 3 des Gesetzentwurfs ab. Hier ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 12/4402, zu beachten. Danach sollen in Artikel 3 im Einleitungssatz die Worte „Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Juli 1998 (GBl. S. 422)“ durch die Worte „Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Juli 1999 (GBl. S. 292)“ ersetzt werden. Wer Artikel 3 mit dieser Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Danke. Der Artikel 3 ist mehrheitlich angenommen, und zwar in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung.

An dieser Stelle rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4453-10, auf. Danach soll ein neuer Artikel 4 eingefügt werden. Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf

#### Artikel 4

##### Schlussbestimmungen

in der Fassung der Regierungsvorlage. Wer Artikel 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Enthaltungen? – Der Artikel 4 ist mehrheitlich angenommen.

##### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. Oktober 1999 das folgende Gesetz beschlossen:“.

##### Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Weiterentwicklung des Verbands Region Stuttgart“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

##### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, Erklärung zur Abstimmung!)

– Ja, bitte.

**Abg. Birgitt Bender** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklären, dass wir dem Gesetzentwurf, den wir für unzureichend halten, trotzdem zugestimmt haben, weil wir ein bisschen mehr Region besser finden, als wenn sich gar nichts tut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Weiterentwicklung des Verbands Region Stuttgart – liegen noch zwei Entschließungsanträge vor, und zwar zum einen der Antrag Drucksache 12/4453-6, ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD. Ich gehe davon aus, dass er überall bekannt ist und deshalb eine Begründung nicht mehr erforderlich erscheint.

(Abg. Brechtken SPD zur CDU: Da könnt ihr zustimmen!)

Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD ist damit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Entschließung zur Weiterentwicklung der elf weiteren Regionen –, Drucksache 12/4453-11, auf. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Danke. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP ist damit angenommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, Erklärung zur Abstimmung!)

– Ja, bitte.

**Abg. Schmiedel** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag nicht deshalb abgelehnt, weil wir etwas gegen die Stärkung der anderen Regionen

(Schmiedel)

im Land hätten, sondern deshalb, weil Sie unter Ziffer 2 Buchst. d auch eine Option anführen, die Regionen durch Zweckverbände zu ersetzen. Dies hielten wir für einen Rückschritt, und deshalb sind wir gegen ein solches Vorgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes – Drucksache 12/4417**

**b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Finanzministeriums – Finanzierbare Altersteilzeit für mehr Beschäftigung – Drucksache 12/3867 (geänderte Fassung)**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung jeweils fünf Minuten, für die Aussprache über a und b fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort hat Herr Abg. Fischer.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Abg. Fischer** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor elf Monaten, am 12. November 1998, habe ich für meine Fraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes eingebracht. Neben der Forderung nach Einstellungsteilzeit stand die Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte im Mittelpunkt. Diese Maßnahmen hätten relativ schnell zur Schaffung von neuen Stellen im Beamtenbereich beigetragen. Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, stimmten diesem Gesetzentwurf nicht zu und führten als Grund Ihrer Ablehnung speziell die von uns geforderten Kriterien zur Einstellungsteilzeit an. Gleichzeitig erklärten Sie aber, dass man über die Altersteilzeit reden könne und Sie von der Regierung und den sie tragenden Fraktionen in diesem Punkt parlamentarisch tätig würden.

Fast ein Jahr ist nun vergangen, und ein wichtiger Schritt zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen wurde von Ihnen versäumt.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!)

Allerdings gab es von Ihrer Seite, meine Damen und Herren von der CDU, immer wieder öffentliche Verlautbarungen, dass Sie diese Probleme lösen wollen. Heute können wir den „Stuttgarter Nachrichten“ und der „Stuttgarter Zeitung“ entnehmen: „Schlag in die Magengrube – Land lehnt Altersteilzeit für Beamte ab“ oder „Koalition lässt Altersteilzeit sterben – Finanzminister setzt sich mit ablehnender Haltung durch“.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Der kann nicht rechnen!)

Laut den Berichten lehnen Sie alles ab, was in Richtung Altersteilzeit auch von Ihnen angedacht wurde. Alle positiven Signale, die Sie den einzelnen Institutionen und Verbänden gegeben haben, sind praktisch Makulatur. Sie stehen nicht zu Ihrem Wort, das Sie, auch Ihr Fraktionsvorsitzender Oettinger, in vielen Reden in den letzten Monaten verlauten ließen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen diese überfälligen Maßnahmen auch im Interesse vieler junger Menschen, die auf einen Arbeitsplatz warten, und zur Unterstützung des Bündnisses für Arbeit beginnen und legen deshalb heute einen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbeamtengesetzes vor. Der Gesetzentwurf sieht die Einführung der Altersteilzeit für ausnahmslos alle Beamtinnen und Beamte im Geltungsbereich des Landesbeamtengesetzes vor.

Die Altersteilzeit ist ein besonderes Personalsteuerungselement und soll den Beamtinnen und Beamten einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Der Bewilligungszeitraum von Altersteilzeit erstreckt sich bis zum Beginn des Ruhestands. Nach dem Bundesbesoldungsgesetz und der Altersteilzeitzuschlagsverordnung erhalten Beamtinnen und Beamte in Altersteilzeit einen steuerfreien, nicht ruhegehaltfähigen Zuschlag. Auch Beamte, die bereits in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis stehen, können Altersteilzeit in Anspruch nehmen.

Die durch die Altersteilzeit entstehenden personalen Kapazitätsverluste sollen in den Bereichen, die nicht vom Stellenabbau betroffen sind – hier insbesondere bei den Lehrern, der Polizei und beim Justizvollzug –, durch die Schaffung von Ersatzstellen im Eingangsamt bzw. für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf ausgeglichen werden. In den vom Stellenabbau betroffenen Bereichen, die ihre Abbauverpflichtungen im Laufe dieses Jahres oder der letzten Zeit erfüllt haben, werden ebenfalls Ersatzstellen bereitgestellt. Dies setzt jedoch die Schaffung von entsprechenden haushaltsgesetzlichen Regelungen voraus.

Unser Gesetzentwurf sieht die Übernahme des so genannten bayerischen Stufenmodells zur Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte des Landes Baden-Württemberg vor. Sie, meine Damen und Herren, streben ja sehr oft dem nach, was Bayern vorgibt. Bitte, nehmen Sie sich auch hier Bayern zum Vorbild.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dabei handelt es sich um eine landesrechtliche Umsetzung, die aus Kostengründen hinter den Möglichkeiten des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes des Jahres 1998 zurückbleibt, was die maßgeblichen Altersgrenzen für den Einstieg in die Altersteilzeit betrifft. Weitergehend aber als die bundesbeamtenrechtliche Umsetzung der Altersteilzeit ist dagegen die Einbeziehung der bereits in Teilzeitbeschäftigung tätigen Beamtinnen und Beamten.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen die Änderung des Landesbeamtengesetzes, weil die Altersteil-

(Fischer)

zeit – ich habe es schon erwähnt – ein besonderes Personalsteuerungselement ist, das auch einen arbeitsmarktpolitischen Beitrag des öffentlichen Dienstes darstellt und den Beamtinnen und Beamten einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen soll. Der Bundesgesetzgeber hat deshalb den Ländern für die Ausgestaltung der Altersteilzeitregelung einen weiteren Gestaltungsspielraum eingeräumt, um der besonderen Personalstruktur und der Haushaltslage der Länder in diesem Bereich Rechnung zu tragen. Das halten wir für gut so. Das hätte schon die frühere Bundesregierung vorgeben können. Dann hätte man, wie ich meine, auch hier viel flexibler und schneller handeln können. Wir haben jetzt die Möglichkeit und sollten das tun.

(Beifall der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Die Einbeziehung der bereits Teilzeitbeschäftigten in das Altersteilzeitmodell lässt sich vor dem Hintergrund der arbeitsmarktpolitischen Zielsetzung der Altersteilzeit nur rechtfertigen, wenn auch die Teilzeitbeschäftigten einen Beitrag zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten leisten.

(Beifall bei der SPD)

Entsprechend dem für Vollzeitbeschäftigte geltenden Modell „Reduzierung der Arbeitszeit auf die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit“ muss daher auch bei einer bestehenden Teilzeitbeschäftigung die Arbeitszeit weiter ermäßigt werden, um die besoldungsrechtlichen Privilegierungen der Altersteilzeit gegenüber anderen Formen der Teilzeitbeschäftigung zu rechtfertigen. Denn, meine Damen und Herren, würde man den Wechsel aus einer bestehenden Teilzeitbeschäftigung in die Altersteilzeit mit der hälftigen Arbeitszeit belassen, wären damit nur in beschränktem Maße beschäftigungspolitische Effekte verbunden. Das wollen wir nicht. Die Öffnung der Altersteilzeit für bereits in Teilzeitbeschäftigung befindliche Beamtinnen und Beamte setzt daher eine Reduzierung der Arbeitszeit auf die Hälfte der in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit voraus. Damit lassen sich Mitnahmeeffekte ausschließen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Altersteilzeit kann nur mit der Maßgabe beantragt werden, dass sich der Ruhestand unmittelbar an die Altersteilzeit anschließt.

Ich will zu den einzelnen Paragraphen, meine Damen und Herren, heute in der ersten Lesung keine weiteren Ausführungen machen. Dazu gibt es im Ausschuss und in der zweiten Lesung noch ausreichend Gelegenheit.

Die anhaltende schwierige Arbeitsmarktsituation im Land und vor allem die sinkenden Chancen junger Menschen auf einen Einstieg ins Berufsleben machen es notwendig, dass auch seitens des Landes beschäftigungspolitische Impulse gegeben werden. Im Tarifbereich des öffentlichen Dienstes und bei den Bundesbeamten wurde bereits mit gutem Beispiel vorangegangen, indem Regelungen zur Altersteilzeit eingeführt wurden. Mit diesem Gesetzentwurf, den wir vorlegen, soll für die Beamtinnen und Beamten des Landes gleichgezogen werden.

Wir sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Meinung, dass das Gesetz so schnell wie möglich in Kraft

treten soll, damit die beschäftigungspolitischen Effekte zeitnah erreicht werden können und die von der Altersteilzeit . . .

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Fischer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Fischer SPD:** . . . – wenn ich fertig bin – betroffenen Beamtinnen und Beamten Sicherheit für die Planung ihrer letzten Dienstjahre bekommen.

Meine Damen und Herren, verschließen Sie sich nicht den notwendigen Maßnahmen, und stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu, so wie Sie das in öffentlichen Verlautbarungen schon oft getan haben. Ich kann, wenn Sie wollen, Zitate von Herrn Oettinger bringen, der – wir haben Auszüge aus verschiedenen Berichten – eindeutig in unserem Sinn plädiert hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Oettinger CDU: Lesen Sie sie bitte vor!)

Jetzt, bitte.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Wieser.

**Abg. Wieser CDU:** Welche Beschäftigungseffekte erwarten Sie von Ihrem Gesetzentwurf, und haben Sie auch Vergleichsberechnungen gemacht, welche anderen Beschäftigungseffekte mit demselben Geld erreichbar wären?

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das kostet doch gar nichts!)

**Abg. Fischer SPD:** Lieber Kollege Wieser, wir streichen in unserem Gesetzentwurf – Sie müssen ihn einmal durchlesen – die zwei Übergangsurlaubstage im Jahr, und wir nehmen die zusätzlichen Stunden weg.

(Abg. Wieser CDU: Die Beschäftigungseffekte wollte ich wissen!)

– Die Frage nach Beschäftigungseffekten kann ich Ihnen natürlich beantworten. Können Sie sich vorstellen, dass dann, wenn Leute früher aus der Arbeit entlassen werden und ihre Stellen besetzt werden müssen, neue Leute eingestellt werden? Oder leuchtet das nicht ein?

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Sie haben also keine Zahlen! – Gegenruf des Abg. Redling SPD: Das stimmt nicht! – Abg. Wintruff SPD: Stoiber gibt die Antwort!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Hackl.

**Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen:** Die Zahlen habe ich.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Antrag und der nahezu identische Gesetzentwurf der SPD-Fraktion

(Abg. Wieser CDU: Der Günter hat keine Zahlen!)

begehren die Einführung der Altersteilzeit für die Beamten in Baden-Württemberg. Wir meinen, dass dies ein notwendiger Beitrag des Landes Baden-Württemberg wäre, um der sehr schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg zu begegnen. Bei über 310 000 Arbeitslosen

(Hackl)

in Baden-Württemberg wäre das ein Zeichen des Landes als eines der größten Arbeitgeber dafür,

(Abg. Döpfer CDU: Sind das alles Beamte?)

dass sich das Land nicht weiter um seine beschäftigungspolitische Verantwortung drückt

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

– Herr Heinz, hören Sie zu! –, sondern endlich aktiv wird, um etwas gegen den unhaltbaren Zustand zu tun.

Wir meinen, Altersteilzeit ist gelebte Solidarität der Alten mit den Jungen. Die Alten verzichten auf einen Teil ihrer Arbeitszeit und auch auf einen Teil ihres Lohns. Sie arbeiten noch 50 % und bekommen dafür 83 % der Nettozulage. Gleichzeitig können wir dafür jungen Menschen neue Einstellungschancen sicherstellen.

Wir meinen ebenso wie die SPD-Fraktion, dass wir die Teilzeitbeschäftigten in das Modell einbeziehen müssen, weil wir sonst, da die Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst bislang meistens Frauen sind, insbesondere Frauen von der Altersteilzeit ausschließen würden.

(Abg. Wieser CDU: Wo ist da der Beschäftigungseffekt?)

Das aber, meine Damen und Herren, wollen wir nicht. Wir wollen Frauen nicht zusätzlich benachteiligen.

Wir meinen, Altersteilzeit in Baden-Württemberg bietet grundsätzlich vier Chancen. Die erste Chance wären zusätzliche vorgezogene Einstellungsmöglichkeiten, insbesondere in den Schwerpunktbereichen, in denen kein Stellenabbau erfolgen soll, also im Bereich der Polizei, der Justiz und der Bildung. So könnte man zum Beispiel einen wertvollen Beitrag zur Verjüngung der Lehrerkollegien leisten.

Wir kommen pro Jahr auf die Zahl von 1 400 bis 2 400 zusätzlichen Einstellungsmöglichkeiten in den nächsten vier Jahren im Land Baden-Württemberg. Diese Möglichkeiten würden wir den jungen Menschen in den nächsten vier Jahren zur Verfügung stellen.

Dadurch wäre auch kein Nachteil für spätere Zeiten zu befürchten. Da es gerade in den Zeiten danach sehr hohe Altersabgänge geben wird, haben wir auch noch in späteren Zeiten genügend Einstellungsmöglichkeiten für die künftigen Jahrgänge.

Wir meinen zum Zweiten, dass die Altersteilzeit die Möglichkeit für eine vorausschauende Personalpolitik bietet. Wir haben gerade in den nächsten Jahren sehr hohe Altersabgänge,

(Abg. Heinz CDU: Das widerspricht sich doch!)

und wir werden dann sehr große Probleme haben, die entsprechenden Lücken in der Landesverwaltung zu schließen. Herr Heinz, hören Sie zu: Der Ersatzbedarf bei den Lehrern steigt von 2 400 im Jahr 2000 bis zum Jahr 2010 auf 4 100 im Jahr an.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Wenn wir dort etwas von diesen Einstellungsmöglichkeiten durch Altersteilzeit nach vorn ziehen, dann schaffen wir dadurch einen gleichmäßigeren Altersaufbau in der Lehrerschaft . . .

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Hackl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winckler?

**Abg. Hackl** Bündnis 90/Die Grünen: . . . – lassen Sie mich diesen Satz noch beenden, dann gestatte ich die Zwischenfrage –, . . .

**Stellv. Präsident Weiser:** Ja, gut.

**Abg. Hackl** Bündnis 90/Die Grünen: . . . und wir schaffen es auch, dass es in den Ausbildungseinrichtungen zu keinen Kapazitätsengpässen kommt.

Herr Winckler, bitte sehr.

**Abg. Winckler** CDU: Herr Hackl, sind Sie in Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten der Auffassung, dass zur Gegenfinanzierung die beiden Freistellungstage gestrichen werden sollen, und, wenn ja, ist Ihnen eigentlich bekannt, dass es gegenwärtig nur noch einen Freistellungstag gibt?

**Abg. Hackl** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Winckler, ich komme nachher noch zu unseren Gegenfinanzierungsvorschlägen, und da werde ich dann sehr detailliert darauf eingehen.

Ich hatte von zwei Chancen gesprochen. Ich komme zur dritten Chance. Da sind wir dann auch schon bei den Gegenfinanzierungsvorschlägen. Wir meinen auch, dass die Altersteilzeit eine Chance dafür bedeutet, die vorgesehenen Stelleneinsparungen, die Sie ja in einem sehr ambitionierten Programm beschlossen haben, nämlich 6 000 Stellen bis zum Jahr 2003, vorzunehmen. Sie haben sehr große Schwierigkeiten, diese Stelleneinsparungen zu realisieren. Wir meinen, diese Stelleneinsparungen könnten zum Teil durch Altersteilzeit vorgezogen werden. Die dann anfallenden Einsparungen kann man natürlich auch zur Gegenfinanzierung der Altersteilzeit verwenden. Gleichzeitig eröffnet ein früheres Erreichen des Einsparziels auch die Möglichkeit, wenn das Einsparziel erreicht ist, in diesen Einsparbereichen die entsprechenden Einstellungskorridore zu verbreitern und dort dann auch wieder jungen Menschen eine Einstellungschance zu geben.

Die vierte Chance, die uns die Altersteilzeit ermöglicht, ist – zumindest in dem einen oder anderen Fall – die Vermeidung von vorzeitiger Dienstunfähigkeit. Wenn wir uns vor Augen führen, dass im letzten Jahr nur jeder dritte Beamte und im davor liegenden Jahr nur jeder fünfte Beamte mit 65 Jahren in den Ruhestand gegangen ist, dann sehen wir da einen sehr großen Handlungsbedarf. Ich glaube, dass ein gleitender Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand ein Beitrag dafür wäre, vorzeitige Dienstunfähigkeit zu vermeiden.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Auch dabei würde das Land Baden-Württemberg sicherlich einsparen können, um damit wiederum die Altersteilzeit gegenzufinanzieren.

(Hackl)

Warum führt das Land Baden-Württemberg die Altersteilzeit nicht ein, wenn doch so viel dafür spricht? Der Bund hat die Altersteilzeit eingeführt, die neuen Bundesländer haben die Altersteilzeit eingeführt. Herr Dr. Kurt Falthausser in Bayern kommt dazu, dass die Altersteilzeit kostenneutral eingeführt werden kann.

(Der Redner spricht in Richtung Regierungsbank.  
– Abg. Hauk CDU: Herr Hackl, das Plenum ist hier!)

– Ich habe gerade mit dem Finanzminister zu kommunizieren versucht,

(Abg. Döpfer CDU: Das ist Ihnen gelungen!)

der in diesem Fall ja leider zu den Bremsern in diesem Hause gehört. – Da wird ganz deutlich, dass in Bayern offensichtlich geht, was in Baden-Württemberg nicht geht. Die Bayern können ein Altersteilzeitmodell kostenneutral verwirklichen.

(Abg. Haas CDU: Das glauben Sie ja selber nicht!)

Wir meinen, das muss auch in Baden-Württemberg möglich sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich denke, dass das Einmaleins nicht nur in Bayern, sondern auch in Baden-Württemberg gilt und man die entsprechenden Zahlen noch einmal durchrechnen sollte. Ich glaube, dass das Finanzministerium das Altersteilzeitmodell absichtlich schlecht gerechnet hat.

(Abg. Redling SPD: Das glauben wir auch! Und nicht rechnen kann!)

Das Finanzministerium hat bestimmte Randbedingungen angenommen, die dazu führen, dass es zu Milliarden an Mehrkosten kommt, die aber nur in der Fantasie des Finanzministeriums und nicht in Wirklichkeit vorhanden sind.

(Abg. Döpfer CDU: Vielleicht wollen wir auch sparen!)

Wir meinen, dass man Altersteilzeit kostenneutral durchführen kann, wenn man sie ohne Anspruch stufenweise einführt, wenn man notwendige Stelleneinsparungen entsprechend vorzieht, wenn man die Altersermäßigungen im Lehrerbereich im Gegenzug bei denjenigen streicht,

(Abg. Wieser CDU: Um Gottes willen! Sie sind ja wahnsinnig!)

die die Altersteilzeit in Anspruch nehmen.

Und wir meinen auch, dass es durch die Altersteilzeit so lange zu keinen Folgebeförderungen auf diesen Stellen kommen darf, solange der entsprechende Beamte in Altersteilzeit ist. Die Horrorzahlen des Finanzministeriums kommen nur deswegen zustande, weil das Finanzministerium durch die Altersteilzeit eine Beförderungswelle durch die Beamtenschaft jagen sieht. Wir meinen, das muss nicht sein. Bayern sieht das auch nicht vor. Wenn man so rechnet, dann kommt es auch nicht zu den entsprechenden Mehrbelastungen des Landeshaushalts. Dann kann man die Altersteilzeit kostenneutral einführen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Altersteilzeit schafft zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten in einer Zeit, in der wir sie brauchen. Die Einführung der Altersteilzeit ist kostenneutral möglich. Ich denke, die jungen Menschen in unserem Land warten darauf. Bitte stimmen Sie unserem Antrag und dem SPD-Gesetzentwurf zu.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Heinz.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Mal sehen, was der rechnet! – Abg. Döpfer CDU: Jetzt!)

**Abg. Heinz CDU:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Fischer hat es angedeutet: Es ist der zweite Anlauf der SPD in Richtung Altersteilzeit. Beim ersten Mal war das noch verbunden mit der Einstellungsteilzeit. Damals haben Sie das Bundesmodell zugrunde gelegt, das von den Kosten her – darüber sind wir uns wohl mittlerweile einig, Herr Fischer; das haben Sie wahrscheinlich nachgerechnet – jenseits von gut und böse ist.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das hat Ihr Finanzminister zugrunde gelegt!)

Wir haben hier vom Finanzministerium Berechnungen auf der Basis von 50 % der infrage kommenden Beamten. Das ergab 1,7 Milliarden DM. Jetzt haben wir die bayerische Lösung. Ich sage dazu: Das Problem dieser 50 % ist ja, dass das ein Maßstab ist, über den man streiten kann. Das ist gar keine Frage. Jetzt haben Sie die bayerische Lösung zugrunde gelegt und sich an diese Lösung angelehnt. Dabei lägen wir mit der 50%-Lösung, wenn man die Zahlen des Finanzministeriums zugrunde legte, bei etwa 1,3 Milliarden DM.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das ist eine ganz komische Zahl, die Sie nicht belegen können!  
– Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das muss Ihnen doch wehtun!)

– Wir rechnen im Ausschuss bestimmt noch einmal nach, Herr Hackl.

Die Grünen haben ihren Berichtsantrag vom März 1999 noch um ein Stufenmodell nach bayerischem Vorbild ergänzt. Damit liegen sie – Sie haben das angedeutet, Herr Hackl – in etwa auf der SPD-Linie. Es gibt fast keinen Unterschied – nur in Nuancen – zwischen diesen beiden Vorschlägen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Aber bei Ihnen, Herr Hackl, ist mir eines sofort aufgefallen. Bei der Refinanzierung bleiben Sie mit Ihrem Ergänzungsantrag, den Sie jetzt nachgereicht haben, gegenüber dem Antrag vom März 1999 zurück. Damals haben Sie nämlich gesagt: „Bei der Wiederbesetzung nehmen wir nur jede fünfte Stelle in den Bereichen, die nicht Schwerpunkt sind.“

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Ja!)

(Heinz)

Davon lese ich jetzt in diesem Änderungsantrag nichts mehr. Jetzt schreiben Sie, nach Erfüllen der Stellenstreichungen nach dem beschlossenen Stelleneinsparungsprogramm sollten die frei werdenden Stellen wieder voll besetzt werden. Damit steigen aber nach Adam Riese – das unterschlagen Sie ein bisschen – natürlich die Kosten dieses Modells an.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Herr Heinz, das stimmt nicht!)

Es ist das gute Recht der Opposition, liebe Kolleginnen und Kollegen, Forderungen an die Regierung und an die sie tragenden Fraktionen zu stellen und die Finanzierung dann diesen zu überlassen. Es ist auch überaus populär – zumindest bei dem Teil der Beamtenschaft, der vom Altersjahrgang her von diesem Gesetz profitieren würde –, solche Forderungen nach Altersteilzeit zu stellen, aber die Finanzierung offen zu lassen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sie sparen sogar mehr! Er hat es nicht verstanden! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU)

Ein Beispiel dafür, dass die von Ihnen aufgemachten Rechnungen nicht stimmen, will ich nochmals nennen. Der Kollege

(Zurufe: Wieser!)

– nein, nicht Wieser –

(Zurufe: Winckler!)

Winckler hat das Ihnen zugeschrieben, aber eigentlich hätte er es der SPD zuschreiben müssen. Denn in dem Antrag der SPD steht nämlich, als Gegenfinanzierung sollten zwei Freistellungstage gestrichen werden.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das habe ich nicht geschrieben!)

– Sie nicht. Ich sage das ja. Der Kollege Winckler hat Sie aus Versehen gemeint. Er hätte Herrn Fischer ansprechen müssen,

(Abg. Fischer SPD: Das ist doch etwas ganz anderes!)

weil es nämlich mittlerweile nur noch einen Freistellungstag gibt. 1996 wurde nämlich schon einer gestrichen.

(Abg. Haasis CDU: Richtig!)

Das ist der SPD entgangen. Mit solchen Luftschlössern darf man einfach nicht argumentieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Das waren doch Urlaubstage! Das wissen Sie doch genau! – Zuruf des Abg. Redling SPD)

Wenn ich solche Finanzierungsvorschläge vorlege, dann komme ich auf keinen grünen Zweig, Herr Fischer. Das stimmt halt hinten und vorn nicht. Da kommt das ganze Kartenhaus schon ins Wanken.

(Abg. Redling SPD: Lesen Sie doch einmal ganz genau, Herr Heinz! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In Ihrem Gesetzentwurf ist ein weiteres Risiko enthalten, das ich Ihnen hier noch einmal vortragen möchte, wenn Sie gestatten, dass ich das noch tue.

(Abg. Fischer SPD: Okay!)

Sie wollen die Teilzeitbeschäftigten einbeziehen. Das hat auf der einen Seite den Vorteil, dass man den Effekt, dass viele vielleicht aus der Teilzeit in die Vollzeit gehen, bekämpft. Auf der anderen Seite, muss ich Ihnen sagen, fehlt dafür doch jegliche juristische Grundlage. Das Bundesrechtsrahmengesetz gibt das überhaupt nicht her.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Warum macht es Bayern? – Zurufe der Abg. Redling SPD und Döpper CDU)

– Beruhigen Sie sich. Das ist eindeutig geklärt. Es gibt juristische Gutachten, die besagen, dass das nicht möglich ist.

(Zuruf des Abg. Redling SPD)

Dafür muss der Bund erst die Rechtsgrundlage schaffen, und dann kann man das einführen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Also verstößt Bayern gegen das Recht, oder wie?)

– Offensichtlich.

(Abg. Oettinger CDU: Nicht nur in dieser Frage! – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Also ein klarer Vorwurf an Stoiber! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Wir reden hier über Baden-Württemberg, nicht über Bayern! – Glocke des Präsidenten)

Trotzdem bleibt die Tatsache, dass bei Teilzeitbeschäftigten und Altersteilzeit eine so genannte unterhälftige Teilzeit entsteht – jetzt kommen die Fachbegriffe –, falls nicht das Blockmodell gewählt wird. So weit sind wir uns wahrscheinlich einig.

Für den Arbeitgeber und den Bürger als Kunden der öffentlichen Verwaltung würden somit Arbeitsverhältnisse von sehr geringem Umfang entstehen, die einerseits für den Dienstherrn im Dienstleistungsbereich hohe Kosten erbringen, andererseits für den Bürger im Servicebereich zu Mängeln führen würden, sodass die Qualität der Dienstleistungen eindeutig beeinträchtigt würde.

Aus der Sicht der CDU-Fraktion ist die Altersteilzeit ein personalwirtschaftliches Instrument im alleinigen Interesse des Dienstherrn. Der Anreiz von besoldungs- und versorgungsrechtlichen Vergünstigungen soll lediglich helfen, die Ziele des Dienstherrn zu verwirklichen.

In der politischen Diskussion mit den Gewerkschaften über die Altersteilzeit wird diese mehr als Anspruch der Beschäftigten gesehen, den die Politik erfüllen muss. Ähnlich haben Sie es heute gesagt. In Gesprächen, die ich mit vielen Beamten geführt habe, habe ich jedoch festgestellt, dass diese an die Landesregierung eigentlich andere Wünsche als die Altersteilzeit haben, zum Beispiel die Aufhebung der Beförderungssperre oder die Wiedereinführung der Jubiläumsgabe.

(Abg. Redling SPD: Fragen Sie den Vorsitzenden des Beamtenbundes!)

(Heinz)

– Fragen Sie Herrn Bäuerle – er sitzt dort oben –, was er meint. Das würde mich auch interessieren. Er wird natürlich sagen: Wir nehmen alles, wir möchten sowohl die Altersteilzeit wie auch die Aufhebung der Beförderungssperre und die Jubiläumsgabe. Aber wenn ich die Beamten frage, dann interessiert sie die Altersteilzeit nur in sehr eingeschränktem Umfang.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, auf die Uhr zu schauen und dann zu prüfen, ob wir die Diskussion so weiterführen wollen.

**Abg. Heinz CDU:** Davon würden doch nur ganz wenige Jahrgänge profitieren.

Die Erhöhung der Antragsaltersgrenze auf das 63. Lebensjahr und die damit verbundenen Pensionsabschläge bis zu 7,2 % sind ein wirksames Instrument, die vorzeitige Zuruhesetzung zu begrenzen. Die Einführung der Altersteilzeit steht hierzu in offensichtlichem Widerspruch.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Heinz, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

**Abg. Heinz CDU:** Ich komme zum Ende. Sind die zehn Minuten schon um? Das wundert mich. Das waren die vielen Zwischenrufe von Herrn Hackl.

(Abg. Fischer SPD: Sie schwätzen halt zu viel!)

Es ist unbestritten, dass durch Altersteilzeit keine neuen Arbeitsplätze entstehen, sondern allenfalls Vorzieheffekte, die zulasten der nachfolgenden Jahrgänge gehen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das habe ich erwähnt!)

Gerade bei Lehrern steigt die Zahl derjenigen, die in den Ruhestand gehen, in den nächsten Jahren sehr stark.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Eben!)

In dieser Legislaturperiode gehen über 10 000 Lehrer in den Ruhestand und werden durch junge Lehrerinnen und Lehrer ersetzt.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Dann macht es doch vorher!)

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass die Altersteilzeit nur kostenneutral eingeführt werden kann.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Macht das doch im Ausschuss!)

Sie ist und bleibt ein Instrument des Personalmanagements. Wir sagen Ja zur Altersteilzeit, wenn sie für diesen Zweck verwendet wird. Allerdings haben die Modelle, die wir bisher vom Finanzministerium durchrechnen ließen, Kosten in dreistelliger Millionenhöhe ergeben.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Gerhard Milchmann!)

Wir sehen deshalb keine Möglichkeit, dem vorliegenden SPD-Gesetzentwurf und dem Antrag der Grünen zuzustim-

men. Wir denken, dass der Landeshaushalt das nicht hergibt. Wir brauchen andere Lösungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Kluck.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Machs gnädig! Kurz und heftig!)

**Abg. Kluck FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir auch den baden-württembergischen Beamten die Möglichkeit einer Altersteilzeit geben könnten, Herr Kollege Fischer, wäre das eine schöne Sache. Diejenigen, die sich im Staatsdienst überfordert fühlen, könnten vorzeitig in Pension gehen. Gleichzeitig könnten wir junge Leute, die sonst weniger Aussicht auf eine Stelle hätten, in den Staatsdienst holen.

Aber das alles muss – und das ist eben der springende Punkt – bezahlt werden können.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wenn uns jemand eine kostenneutrale Lösung aufzeigt, stimmen wir freudig erregt zu.

(Abg. Redling SPD: Herr Bäuerle rechnet Ihnen vor, dass Sie sogar Plus machen!)

– Diese Rechnung, Herr Redling, stimmt eben nicht. Ich habe mir alle Modelle angesehen, ich habe sie sogar mit Herrn Hackl bei zwei Bieren im Gasthaus Neckarmüller in Tübingen gewälzt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Es hat keine Erkenntnis gebracht.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Wieser CDU: Das ist eine Bierconnection!)

Die Stellungnahme des Finanzministeriums zu dem Antrag der Grünen ist klar und eindeutig: Unter 1 Milliarde DM an zusätzlichen Kosten ist nichts drin. Wenn es nur die Hälfte wäre

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie sich einmal die Rechnung angeschaut?)

– ja, ja –, könnten wir es auch nicht verkraften. Das muss ich hier ganz klar sagen.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Da haben Sie die Zahlen schon doppelt gesehen!)

Neben den Kosten käme noch der Vorwurf der ungerechten Behandlung auf uns zu. Denn viele Beamte haben die Möglichkeit eines vorzeitigen Ruhestands mit entsprechendem Versorgungsabschlag bereits genutzt. Was sagen sie dann? Die sagen: „Ich bin in den Ruhestand gegangen, habe einen Versorgungsabschlag in Kauf genommen, und anderen wird das jetzt nachgeworfen.“ Das wären dann doch die Gelackmeierten.

(Kluck)

Wie soll das mit der Ausdehnung auf die Teilzeitbeschäftigten aussehen, Herr Fischer? Das Bundesrecht fordert zuvor ja eine mindestens dreijährige Vollzeittätigkeit. Das wissen Sie.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das wird innerhalb der nächsten zwei Monate geändert!)

– Wird geändert, gut.

(Zuruf des Abg. Redling SPD)

Aber bisher verbietet das Bundesrecht eine solche Lösung.

(Zuruf des Abg. Redling SPD)

Sie wollen das kippen. Sie sagen, das werde innerhalb der nächsten zwei Monate geändert. Nach dem, was Sie sagen, soll in Berlin vieles geändert werden. Da bin ich vorsichtig. Warten wir einmal ab.

(Abg. Scheuermann CDU: Genau!)

Keiner sagt mir, wie das funktionieren soll. Wir laden uns dann doch nur Probleme auf. Wie soll ich zwei Teilzeitbeamten, die beide zu 50 % Arbeitsleistung erbringen, klar machen, dass der eine nur 50 und der andere über 80 % erhält? Das ist doch komisch.

(Abg. Redling SPD: Die zwei Bier waren zu viel!  
– Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Da wird doch der eine sagen: Was ist das? Das geht doch nicht.

Jetzt bestünde die Möglichkeit, meine Damen und Herren, Altersteilzeit zum Zweck des Stellenabbaus einzuführen. Genau dies war die Haupttriebfeder des Bundes bei seinem Gesetz. Da war der Umzug nach Berlin, da war die Selbstverpflichtung: 2 % Stellenabbau. Dann hat man gesagt: Diese Möglichkeit nutzen wir.

Aber wir haben doch Bereiche, in denen wir überhaupt keinen Stellenabbau vornehmen können, sondern sogar zusätzliche Stellen schaffen müssen. Denken Sie an den Schuldienst, an Polizei und Justiz. Das heißt, wir können gar nicht Stellen abbauen. Wir haben einige wenige Bereiche, wo dies der Fall ist. Aber auch da kommt dann wieder der Wunsch nach Gerechtigkeit. Wenn ich sage: „Ich führe die Altersteilzeit in der Versorgungsverwaltung ein, weil ich dort Stellen abbauen will“, wird doch in anderen Bereichen gefragt: „Wieso dürfen die den vergoldeten Vorruhestand in Anspruch nehmen und ich nicht?“

(Abg. Redling SPD: Das erklärt Ihnen Herr Oettinger!)

Dann will ihn jeder Lehrer, jeder Polizeibeamte und jeder Justizvollzugsbedienstete auch einfordern, und ich weiß dann nicht, wie ich den Leuten erklären soll, dass das nicht geht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wissen, dass man einen entscheidenden Fehler gemacht hat. Aber ihn haben die Tarifvertragsparteien zu ver-

treten. Sie haben auch im öffentlichen Dienst die Altersteilzeit für Angestellte und Arbeiter eingeführt.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das ist auch Ungleichbehandlung!)

– Ja, aber da ist es eben kein Problem, Herr Kollege Hackl, weil die Mehrkosten von der Bundesanstalt für Arbeit getragen werden.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Kluck, einen Moment. – Herr Kluck saß die ganze Zeit auf seinem Platz und hat nicht einen Zwischenruf gemacht. Jetzt lassen Sie ihn doch auch einmal reden.

(Zuruf des Abg. Redling SPD)

– Herr Redling, das ist doch überflüssig.

(Abg. Haasis CDU: Sonst hört der gar nicht mehr auf!)

**Abg. Kluck FDP/DVP:** Vielen Dank, Herr Präsident. – Auch die in Bayern und Rheinland-Pfalz gefundenen Regelungen sind nicht übernehmbar. Wir haben das wirklich sorgfältig geprüft. Ich bin einmal gespannt, wie sie das bezahlen.

Langer Rede kurzer Sinn: Die FDP/DVP lehnt eine Altersteilzeit, die uns in zusätzliche Kosten stürzt, ab. Ich appelliere deshalb nochmals an den vor allem in den Lehrerverbänden versammelten mathematischen Sachverstand: Überzeugen Sie das Finanzministerium mit anderen Zahlen, wenn das möglich sein sollte. Dann wird gegen eine kostenneutrale Lösung nichts einzuwenden sein. Vorher läuft nichts. Dazu stehe ich als überzeugter Föderalist, auch wenn in anderen Ländern etwas läuft. Wir machen das hier nicht.

Ich verstehe es auch nicht, wenn Sie, Herr Hackl, jetzt ausgerechnet Herrn Stoiber anhimmeln. Bei ihm ist ja auch nicht alles Gold, was glänzt – das wissen Sie doch –, . . .

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

(Heiterkeit)

**Abg. Kluck FDP/DVP:** . . . wenn ich an die Riesenverluste bei der dortigen LEG denke. Wir wollen eine solide Haushaltspolitik, wir wollen einen kontinuierlichen Schuldenabbau, und wir wollen die unerträglich hohe Staatsquote zurückschrauben. Deshalb passt eine mit Steuergeldern vergoldete Altersteilzeit für Beamte nicht in die politische Landschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. König.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin jetzt gerade 55 und bin Beamter. Ich müsste eigentlich jubilieren, denn nach dem Gesetzentwurf der SPD würde mir, wenn der so durchginge, in zweieinhalb Jahren in Aussicht stehen, Altersteilzeit zu beantragen, und ich würde sie wahrscheinlich auch bekommen,

(König)

(Abg. Wieser CDU: Dann sind Sie aus dem Landtag raus!)

mit 83 % meines Nettogehalts bei Vollzeitarbeit. Prima! Ich würde sehr gerne jubelieren und mit mir sicher auch alle meine Altersgenossen.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Wieser CDU: Genossen!)

– Das Problem bei uns Lehrern ist, dass eben in der Tat sehr viele Genossen dabei sind. Die sind auch so alt wie ich.

(Heiterkeit – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Haasis: Das ist sogar gut!)

Jetzt aber einmal Spaß beiseite. Ich würde jedem Beamten beim Land, aber auch bei den Kommunen Altersteilzeit mit der beschriebenen Besoldung gönnen. Bloß, wenn jemand kommt und mir sagt, dass dies kostenneutral oder sogar mit einem Plus, mit Ersparnissen zu verwirklichen sei, machen wir es lieber gestern als heute oder gar morgen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut, Herr König!)

Das Problem ist nach wie vor das der Finanzierung. Es geistern da Zahlen in der Gegend herum – ich habe es gerade schon angedeutet – von einem Plus unter dem Strich bis zu Milliardenbeträgen, die es kosten würde, dies so zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren, wenn wir Republikaner einen Gesetzentwurf vorlegen würden, wie ihn jetzt die SPD hier vorlegt, mit einer solchen Kostenvorausschau, wie sie sie hier praktiziert, würde jeder, der hier am Rednerpult steht, sagen: Über so etwas Unausgegorenes, handwerklich schlecht Gemachtes können wir nicht diskutieren. Wir tun es aber heute trotzdem.

Ich möchte einmal darauf zurückkommen, mit wie viel Wenn und Aber die SPD versucht, eine Kostenneutralität aufzuzeigen. Aber den Beweis bleibt sie letztendlich schuldig. Ich hätte erwartet, dass seitens der Antragsteller für diese Gesetzesänderung zumindest eine Modellrechnung aufgestellt worden wäre. Da steht zum Beispiel:

Bei Zugrundelegung von bestimmten Grundannahmen zum Antragsverhalten der verschiedenen Beamtengruppen wird in einer Gesamtbetrachtung Kostenneutralität erreicht.

Vorhin habe ich aber von Herrn Fischer gehört, dass diese Altersteilzeitregelungen künftig arbeitsmarktpolitisch unheimlich Wirkung zeigen würden,

(Abg. Fischer SPD: Ja!)

das heißt also, Arbeitsplätze in größerer Anzahl entstünden. Bei den Grundannahmen zum Antragsverhalten, das heißt also, wenn wenige davon Gebrauch machten, wäre die Altersteilzeit vielleicht noch kostenneutral zu verwirklichen. Wo bleibt aber dann die arbeitsmarktpolitische Wirkung? Das ist ein Widerspruch in sich.

Ein anderer Punkt: Die Frage der Pensionslasten, die uns schon mehrfach beschäftigt hat, wird nicht dadurch gelöst, dass wir zusätzliche Beamte einstellen,

(Zuruf von der SPD: Die verändert sich nicht!)

sondern dieses Problem wird sehr viel größer.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. König, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hackl?

**Abg. König REP:** Sehr gerne, Herr Präsident.

**Stellv. Präsident Weiser:** Bitte, Herr Abg. Hackl. – Aber auf die Redezeit aufpassen.

**Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen:** Herr König, ist Ihnen entgangen, dass es sich bei der Altersteilzeit nicht um zusätzliche Stellen, sondern nur um Ersatzstellen handelt, das heißt die Pensionsbelastung sich nicht verändert, und dass derjenige, der in Altersteilzeit geht, ja auf einen Teil seiner Pensionsansprüche verzichtet und insofern jemand, der in Altersteilzeit geht, auch einen Beitrag dazu leistet, dass die Pensionskosten niedriger werden?

(Abg. Fischer SPD: Mengenlehre geschädigt!)

**Abg. König REP:** Nein, ich bin nicht mengenlehre geschädigt. Ich habe das heute schon einmal gesagt. Ich bin sogar in Mathematik gut drauf.

Wenn ein Beamter in Teilzeit auf 50 % seiner Arbeitszeit verzichtet und gleichzeitig ein junger Beamter eingestellt wird, hat dieser junge Beamte ab dem Zeitpunkt seiner Einstellung Anspruch auf Pension. Zweitens hat er Anspruch, auch wenn er mit 50 % beschäftigt ist, auf volle Leistungen bei der Beihilfe.

(Abg. Rückert CDU: So ist es!)

Das ist so. Auch der mit 50 % in Altersteilzeit Beschäftigte hat, was die Beihilfe anbelangt, 100 % Anspruch auf Beihilfe.

(Zuruf von den Republikanern: Es gibt keine Teilzeitkranken!)

All dies ist in den Kostenberechnungen nicht berücksichtigt.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist längst überschritten.

**Abg. König REP:** Ja, Herr Präsident.

Noch ein letzter Punkt. Das Landesbeamtengesetz gilt nicht bloß für die Beamten des Landes Baden-Württemberg, sondern sein Gültigkeitsbereich erstreckt sich auch auf die Kommunen. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, dass wir zum Beispiel in der Gemeinde Dobel zwei Beamte haben, nämlich den Hauptamtsleiter und den Kämmerer.

(Abg. Haasis CDU: Die Redezeit müsste längst abgelaufen sein! Der redet schon eine Viertelstunde! So lange können die in Dobel auf dem Rathaus auch nicht sprechen!)

– Ja, aber das sind wichtige Dinge.

(König)

Stellen Sie sich vor, dort entsteht dann dieser Rechtsanspruch. Wie kann diese kleine Gemeinde – und solche gibt es viele – das bewältigen?

Meine Damen und Herren, solange nicht klares Zahlenmaterial dazu vorliegt, dass dieses kostenneutral zu haben ist, stimmen wir Republikaner diesem Gesetz nicht zu.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat der Herr Finanzminister.

**Finanzminister Stratthaus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird zwar am Abend etwas lustig, wir haben aber ein ganz ernstes Thema.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ich darf Ihnen sagen, es gibt wenige Themen, um die ich mich ganz persönlich so intensiv gekümmert habe.

(Abg. Wieser CDU: Das ist aber schade! – Heiterkeit – Beifall des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

– Dieser Beitrag von Herrn Wieser sagt doch nur eines, nämlich dass es einen vorgefassten Wunsch gibt und dass Nachdenken in dieser Sache nicht erwünscht ist.

Meine Damen und Herren, jeder, der hier behauptet, er habe die Sache errechnet, sagt nicht die Wahrheit. Das kann nämlich ein Abgeordneter überhaupt nicht errechnen. Das kann man nicht.

(Abg. Haasis CDU: Es hängt aber nicht am Status des Abgeordneten, dass man das nicht kann!)

Ich sage Ihnen: Wer das errechnen will, muss Grundinformationen haben, Grundinformationen über die Alterszusammensetzung der Jahrgänge, Grundinformationen über die Sterbetafeln, Grundinformationen über demographische Vorgänge, Grundinformationen über die Beihilfe und ihren Anfall je nach den einzelnen Altersgruppen. Das ist eine ganz komplizierte Rechnung. Wer hier behauptet, er könne das einfach machen, täuscht sich. Das sind Voodoo-Mathematics, was Sie hier machen. Anders kann man das nicht berechnen.

(Abg. König REP: Was heißt das auf Deutsch?)

Beispielsweise kommt eine Sache ganz leicht daher.

(Zuruf von der SPD: Wer hat das errechnet?)

– Natürlich haben das unsere Fachleute mit vielen Computerstunden errechnet.

(Abg. Maurer SPD: Wer hat es in Bayern gerechnet?)

– Die Bayern behaupten doch überhaupt nicht, dass das kostenneutral sei.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Selbstverständlich!)

Das stimmt nicht. Die Bayern sagen, dass es Geld kostet. Wir machen den Bayern das Wahlergebnis nach, aber sonst nicht alles.

(Beifall bei der CDU – Abg. Maurer SPD: Ganz bestimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, ich will ganz klar noch einmal zeigen, wie hier schon falsch argumentiert wird. Das ist kein Vorwurf. Es wird nicht absichtlich falsch argumentiert, sondern es wird falsch gedacht. Es wird immer gesagt, wenn einer mit 63 Jahren in Pension gehe, koste er den Rest seiner Zeit 7,2 % weniger. Das ist richtig. Nur, dieser Mensch kostet bereits in seinem 64. und in seinem 65. Lebensjahr jeweils ca. 68 %, bevor ein anderer überhaupt Pension bekommt. Das heißt, erst nach ca. 15 Jahren ist ein ungefähre Gleichstand zwischen denen, die frühzeitig in Pension gehen, und denen, die erst mit 65 Jahren gehen, erreicht. Warum ist das so? Die 7,2 % sind ganz genau errechnet. Deswegen ist es einfach leichtfertig, so etwas zu behaupten. Wir sind gern bereit, in den Ausschüssen Rede und Antwort zu stehen. Aber glauben Sie mir: So einfach, wie es hier gemacht wird, ist das Ganze nicht.

Es gibt gute Gründe, die dafür sprechen. Das ist überhaupt keine Frage. Ich habe vorhin eine Überschrift gelesen. Über die Rente mit 60 hat ein ganz bedeutender Politiker gesagt: „Es ist eine gute Idee, aber sie ist nicht finanzierbar.“ Das war Ihr Bundeskanzler. Dem möchte ich mich hier anschließen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das kann man aber nicht vergleichen!)

– Doch, das kann man vergleichen. Es ist nicht das Gleiche – Sie haben Recht –, aber man kann es vergleichen.

(Abg. Redling SPD: Ja natürlich! Äpfel mit Birnen auch!)

Es gibt sozialpolitische Gründe, es gibt arbeitsmarktpolitische Gründe, es gibt Haushaltsgründe. Es ist eigentlich schon alles gesagt worden. Ich möchte es nicht mehr im Einzelnen aufzählen. Vor allem die guten Gründe, die genannt worden sind, möchte ich nicht mehr aufzählen, weil Sie die richtigweise genannt haben.

Ich möchte einmal versuchen, zu zeigen, was im Einzelnen dagegen spricht.

Sozialpolitische Gründe: Natürlich wäre es angenehm, wenn ein Mensch in Altersteilzeit gehen könnte. Ich persönlich – ich habe es in den letzten Tagen vielen gesagt – weiß, wie schwer es ein Lehrer hat, wenn er über 60 ist. Es ist wirklich nicht leicht, über 60 zu sein und jedes Jahr eine Klasse, die im Verhältnis zu einem selbst immer ein weiteres Jahr jünger ist, vor sich sitzen zu haben. Das erkenne ich an. Nur: Eine haushaltsneutrale Lösung, meine Damen und Herren, gibt es nur dann, wenn keine Nachbesetzung erfolgt, aber eine Nachbesetzung müsste bei den Lehrern und auch bei der Polizei erfolgen. Die ist allerdings schon mit 60 pensionsberechtigt.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Wenn keine Nachbesetzung erfolgt, spart man!)

(Minister Stratthaus)

Wenn Sie nachbesetzen – ich komme gleich auf die anderen Argumente –, können Sie keine haushaltsneutrale Lösung erreichen.

Im Übrigen: Wer könnte denn Altersteilzeit in Anspruch nehmen? Ein Beamter in der höchsten Stufe des mittleren Dienstes mit zwei Kindern verdient zurzeit netto 4 485 DM. 83 % davon wären 3 723 DM. Ich glaube nicht, dass der im Normalfall auf einen so großen Teil seines Nettoeinkommens verzichten kann. Wer es könnte, wären vor allem die Besserverdienenden unter den Beamten, vor allem die, die zu zweit arbeiten. Das möchte ich nur einmal zur sozialen Seite dieser Thematik sagen.

Nun kommt der arbeitsmarktpolitische Effekt: Es wird keine Stelle mehr geschaffen, sondern es werden lediglich Beschäftigungen vorgezogen, die dann später nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können. Jetzt könnten Sie natürlich sagen – und das Argument würde ich akzeptieren –

(Abg. Redling SPD: Demographie!)

– Ja, ich widerlege Ihnen das gleich. Ich sage Ihnen, was ich sagen würde, wenn ich Sie wäre. – Es wäre durchaus ein Argument, dass man sagt, die Demographie sei so, dass Altersteilzeit im Augenblick gut wäre, weil die Dinge später anders aussehen. Doch das stimmt auch nicht ganz. Es ist zwar richtig, dass es ungefähr ab dem Jahr 2005 vor allem bei den Lehrern wesentlich mehr Ausscheidende gibt – das ist wahr –, aber auf der anderen Seite haben wir ab dem Jahr 2008 ungeheuer viele Abiturienten zu erwarten, 20 % mehr als heute. Wenn wir also Stellen abräumen, dann werden diese von 2007 bis 2012 nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können, in einer Zeit, in der wir 20 % mehr Abiturienten haben als heute. Man muss eben die ganze Entwicklung bis zum Jahr 2014 sehen.

Letzten Endes ist dieses Vorziehen etwas Ähnliches wie die Rente und etwas Ähnliches wie die Verschuldung. Es wäre ein weiterer Bereich, in dem wir auf Kosten der Zukunft leben würden.

Wir haben viele Modelle durchgerechnet. Ich sage Ihnen noch einmal: Das bayerische Modell ist auch nicht kostenneutral. Im Ausschuss können wir Ihnen das alles vortragen.

Eines ist klar: Man muss zwischen dem Anteil der Annahmen und der Mathematik unterscheiden. Unsere Mathematik stimmt; das ist keine Frage. Aber ob 50 %, 20 % oder 30 % das Angebot annehmen, ist eine Annahme – das ist ganz klar –, und die Zahlen, die wir zunächst genannt haben, beruhen auf 50 %. Ich gebe selbst zu: 50 % werden es mit allergrößter Wahrscheinlichkeit nicht sein, gerade wegen der vorhin von mir angeführten sozialpolitischen Gründe. Aber es ist ganz einfach: Es ist eine Linearität, die man nun wirklich auch als Laie ganz einfach nach unten rechnen kann – wie es bei 40, 30, 20 und 10 % aussieht.

Wir haben es ausgerechnet. Das bayerische Modell würde bei uns bei 50-prozentiger Inanspruchnahme die rund 1,2 Milliarden DM ergeben, von denen wir immer gesprochen haben; bei 30-prozentiger Inanspruchnahme würde es rund 800 Millionen DM kosten.

Jetzt weisen Sie immer auf Finanzierungen hin. Das hat vorhin schon einmal jemand gesagt, aber ich muss es klarer sagen. Sie wollen Freistellungstage streichen – ob das einer oder zwei sind, ist egal –, und Sie wollen die Altersdeputatsermäßigung streichen. Aber das hat doch nur dann eine Wirkung auf den Haushalt, wenn Stellen gestrichen werden.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Selbstverständlich!)

– Dann müssten Sie 500 Stellen bei den Lehrern streichen. Das wollen Sie doch wohl nicht im Ernst.

(Abg. Rapp REP: Ha doch!)

Wir haben das ausgerechnet. Bei den Lehrern müssten 500 Stellen gestrichen werden. Auf diese Zahl kommen Sie, wenn Sie die wegfallenden Altersdeputate zusammenzählen und in Vollzeitdeputate umrechnen. Wenn Sie die nicht streichen, wird sich das nicht auf den Haushalt niederschlagen.

Meine Damen und Herren, diejenigen, die heute schon halbtags beschäftigt sind, wären dann vierteltags beschäftigt und bekämen die volle Beihilfe. Stellen Sie sich einmal vor, was das gerade bei älteren Leuten bedeutete.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Die werden weniger krank, weil weniger belastet! – Gegenruf des Abg. König REP: Eine Hypothese!)

– Das können Sie sagen, aber ich glaube es nicht. Sie können doch bei denen, die sowieso schon halbtags arbeiten, nicht behaupten, dass sie noch weniger belastet würden, wenn sie nur noch vierteltags arbeiten würden.

(Abg. Deuschle REP: Dann können sie mehr Tennis spielen!)

Dann müsste jeder, der gar nichts mehr schafft, der Gesündeste sein, und das stimmt nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich will ganz im Ernst sagen: Ich bin überzeugt, dass bei vielen älteren Beamten, wenn sie die Hälfte der Halbtagsarbeit arbeiten würden, die Beihilfe höher wäre als das Gehalt. Auch das muss man mit aller Klarheit sehen.

Meine Damen und Herren, zusammengefasst: Ich bin davon überzeugt, man kann die Maßnahme aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht befürworten, weil sie lediglich eine Zeitverschiebung bringt. Aus haushaltspolitischen Gesichtspunkten ist sie nicht tragbar. Es gibt keine kostenneutrale Altersteilzeit.

Jetzt muss ich zum Abschluss doch noch eines sagen: Wir haben jetzt zwei Tage lang über die Nullverschuldung diskutiert. Insbesondere von der linken Seite dieses Hauses kamen laufend Vorwürfe, wir würden nicht sparen. Jetzt kommen Sie mit der Altersteilzeit, und Sie können keinem Menschen erklären, dass die nichts kosten würde. Dazu braucht man keine Mathematik, sondern gesunden Menschenverstand. Wenn Sie so ein finanzpolitisches Perpetuum mobile schaffen würden, dass man einfach weniger ar-

(Minister Stratthaus)

beitet, neue Leute einstellt und das trotzdem kostenneutral läuft, dann wären Sie ein Genie der Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abg. Redling?

**Finanzminister Stratthaus:** Sehr gern.

**Abg. Redling SPD:** Herr Finanzminister, Ihre letzten Ausführungen passen sehr gut zu dem, was ich jetzt fragen will. Das können Sie gleich einbeziehen und auf die Person transferieren. Ich habe hier einen Zeitungsartikel, in dem steht:

Wenn es um die Realisierung der Altersteilzeit für Beamte geht, sind wir auf der Zielgeraden, hat Oettinger in dem Gespräch betont. Im Klartext bedeute dies, dass Ende Oktober, Anfang November eine Entscheidung im Landtag getroffen werde. Oettinger zeigte sich offen gegenüber . . .

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zur Ihrer Frage.

(Abg. Haasis CDU: Herr Oettinger kennt das schon!)

**Abg. Redling SPD:** Er soll doch zu diesen Behauptungen Stellung beziehen.

**Stellv. Präsident Weiser:** Entschuldigung, ich bin nicht bereit, eine neue Debatte zu eröffnen. Sehen Sie einmal, wie Ihre Fraktion besetzt ist.

(Abg. Maurer SPD: Sie wollten es doch wissen!)

Sie haben noch das Wort, aber kommen Sie bitte zu Ihrer Frage.

(Zuruf von den Republikanern: Was soll uns dies sagen?)

Sie können nicht eine Frage stellen, indem Sie sagen: „Kommentieren Sie, was ein anderer gesagt hat.“

(Abg. Maurer SPD: Doch, das ist auch eine Frage!)

– Nein, das ist keine.

**Finanzminister Stratthaus:** Um es relativ einfach zu machen, Herr Redling: Ich kommentiere Aussagen von Herrn Oettinger nicht. Das muss er selbst machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Redling SPD: Das ist aber gut, danke!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4417, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/3867 (geänderte Fassung), und den Änderungsantrag dazu, den Antrag Drucksache 12/4435, an den Innenausschuss zur Vorberatung und an den Finanzausschuss zur federführenden Beratung zu überweisen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Federführend Innenausschuss, mitberatend Finanzausschuss!)

Es wird Überweisung an den Finanzausschuss zur Vorbereitung und an den Innenausschuss zur federführenden Beratung begehrt. Ich gehe davon aus, dass das hohe Haus der Überweisung an die beiden Ausschüsse zustimmt. – Dies ist der Fall.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes – Drucksache 12/4432**

Ich darf noch darauf hinweisen, dass das Präsidium für die Begründung eine Redezeit von fünf Minuten und für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt hat.

Herr Abg. List, Sie haben das Wort.

**Abg. List CDU:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme an, dass in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit die Redezeiten nicht ausgeschöpft werden. Auch ich werde mich sehr kurz fassen und nur einige uns wichtig erscheinende Anmerkungen machen.

Dieses Änderungsgesetz zum Sparkassengesetz ist im Wesentlichen durch die Fusion der beiden Landesbausparkassen und der Sparkassenverbände in Baden und in Württemberg ausgelöst worden. Wir wollen unsere Zufriedenheit zum Ausdruck bringen, dass die Fusion auf freiwilliger Basis zustande gekommen ist. Dies hat Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten erfordert. Wir sind den Handelnden bei diesem doch sehr großen Werk sehr dankbar.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Für uns ist die Fusion der Verbände und der beiden Landesbausparkassen eine logische Konsequenz nach der Bildung der Landesbank Baden-Württemberg, und sie ist auch ein Beitrag zur Stärkung des Standorts Baden-Württemberg. Nun gilt es, die fusionierten Institute, insbesondere die Landesbausparkassen, rasch handlungsfähig zu machen. Deshalb bitten wir, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen, wenn darüber abzustimmen ist. Wir bitten, ihn zur Vorberatung an den Innenausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Veigel.

**Abg. Veigel FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die von uns vorgelegten Änderungen zum Sparkassengesetz enthalten nichts, aber auch gar nichts Spektakuläres. Deshalb kann auch ich mich relativ kurz fassen. Die Änderungen schaffen nur den Rechtsrahmen für die Folgerungen aus den Fusionen der beiden Sparkassenverbände und der beiden Landesbausparkassen. Ferner sind auch noch einige punktuelle Änderungen erforderlich, um

(Veigel)

das Gesetz veränderten Praxisbedürfnissen anzupassen. Auch die Opposition kann meiner Ansicht nach dieser Novelle ohne Bedenken zustimmen.

(Zuruf von der CDU: Gut!)

Im Vorfeld dieses Gesetzentwurfs hat es wilde Gerüchte gegeben, die bösen Liberalen wollten die Mitwirkungsmöglichkeiten der Beschäftigtenvertreter in den Verwaltungsräten der Sparkassen einschränken. Das passt zwar in den Rahmen mancher Unkereien. Aber wir können hier sagen, dass wir standhaft geblieben sind und uns gegen solche Neuerungen gewandt haben,

(Minister Dr. Repnik: Das wäre auch nicht schön gewesen!)

denn unserer Meinung nach hat sich das bisher praktizierte System der direkten Entsendung der Beschäftigtenvertreter in den Verwaltungsrat durchaus bewährt. Es ist Eile geboten. Deshalb werden die neuen Verwaltungsräte nach dem 24. Oktober wie bisher beschickt.

Meine Damen und Herren, ich meine, es ist nicht mehr viel darüber zu sagen. Wir stimmen diesem Gesetzentwurf zu und meinen, dass man in der Ausschussarbeit noch einiges nachbessern kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Redling SPD: Nachbessern?)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Redling.

**Abg. Redling SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich kann Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, verkünden, dass wir diesem Gesetzentwurf in der Zweiten Beratung zustimmen werden.

(Zuruf von den Republikanern: Danke! Das wars!)

Wir halten es auch für begrüßenswert, dass es eine freiwillige Lösung gibt und das Staatsministerium nicht wieder zum Knüppel des Zwangs gegriffen hat. Insofern auch herzlichen Glückwunsch dem einen Präsidenten zu der mordsmäßigen Leistung.

(Beifall bei der CDU – Minister Dr. Repnik: Ein guter Mann, der Haasis!)

Der Gesetzentwurf ist eigentlich die zwangsläufige Folge der Zusammenschlüsse. Wir können gar nichts anderes tun, als den Schritt nachzuvollziehen, der im Gesetz vorgegeben wird. Es gibt keine andere Möglichkeit.

Eine Anmerkung möchte ich noch machen: Ich finde es zumindest temporär gut, dass man bei der Änderung des Sparkassengesetzes den Bereich, der bereits vor einem halben Jahr in den Koalitionsfraktionen angedacht wurde, nämlich eine Verschlechterung der Beteiligungsrechte des Personals, nicht aufgenommen hat, sondern darüber noch einmal nachdenken möchte. Hoffentlich bringt man im nächsten Jahr eine vernünftige Lösung. Dann wird es notwendigerweise eine weitere Novellierung des Sparkassengesetzes geben. Aber wir werden wiederum gern bereit

sein, Ihnen zu helfen, eine vernünftige Lösung auf den Weg zu bringen.

Vielen Dank.

(Abg. Wieser CDU: Danke für die Hilfe!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Frau Abg. Erdrich-Sommer.

**Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen:** Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Die Notwendigkeit und Richtigkeit des Gesetzes ist nachvollziehbar. Ich begrüße sehr, dass das Misstrauensvotum gegenüber den Beschäftigtenvertretern bei der Wahl zum Verwaltungsrat, wie es im Entwurf vorgesehen war, im vorliegenden Gesetzentwurf herausgearbeitet wurde. Ich denke, die CDU- und die FDP/DVP-Fraktion haben erkannt, dass der Entwurf, der in den Sparkassen sehr hitzig diskutiert worden ist, ein Demokratiedefizit aufgewiesen hat. Dass das von Ihnen abgelehnt worden ist, finde ich sehr gut.

Nun hat aber die Mitarbeiterschaft in den Sparkassen die Sorge, dass das Wahlverfahren nur sehr kurzfristig beibehalten wird und dass langfristig doch noch eine Änderung zu erwarten ist, wie sie im Entwurf vorgesehen war. Da wäre eine entsprechende Erklärung des Ministers sehr hilfreich, und bei den Beschäftigten wäre sehr viel Dampf weg, wenn hier eindeutig erklärt würde, dass es langfristig bei der jetzigen Regelung bleiben wird.

Ein zweiter Punkt, den ich ansprechen möchte und wo ich Klärungsbedarf sehe, weil er in der Kürze der Zeit von unserer Fraktion nicht ohne weiteres geklärt werden konnte, ist der § 31. Im Sparkassenwesen wird ja sehr stark diskutiert, ob die Einflussnahme von außen, von Privaten und von Geldgebern außerhalb der Sparkasse nicht die derzeitige Form und den öffentlichen Auftrag der Sparkasse aushöhlt.

Jetzt wird die Vermögenseinlage bei der Landesbank oder bei einer Gesellschaft des öffentlichen Rechts, an der die Landesbank beteiligt ist, ohne Zustimmung des Hauptorgans wieder eingestellt. Ich bitte einfach darum, dass wir uns darüber in den Ausschussberatungen noch einmal unterhalten. Dann kann vielleicht auch ein Minister noch erklären, welche Auswirkungen das hat. Vom letzten Donnerstag bis heute war es uns, wie gesagt, nicht möglich, das so schnell zu klären.

Der vorgelegte Entwurf ist, gemessen an den negativen Erwartungen im Vorfeld, erstaunlich konfliktfrei, und ich hoffe, dass wir die angesprochenen Fragen in den Beratungen noch positiv klären können. Dann können wir dem Gesetzentwurf letztendlich auch zustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Käs.

**Abg. Käs REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei so viel Einmütigkeit kann ich mich – auch angesichts der vorgerückten Stunde – des allgemeinen Drangs, nach Hause zu gehen, natürlich nicht erwehren. Ich will mich deshalb kurz fassen.

(Käs)

(Minister Dr. Repnik: Nein, wir haben Zeit! Von uns aus dürfen Sie reden!)

– Dann kann ich ja mein Manuskript herausholen und noch ein bisschen länger reden.

(Minister Dr. Repnik: Ja, sicher!)

Die Fusion der Verbände und der beiden Landesbausparbanken ist auch von uns durchaus wohlwollend begleitet worden, und der jetzt vorliegende Gesetzentwurf enthält eine Sammlung notwendiger Verbesserungen und Korrekturen. Eine ausführliche Würdigung des Gesetzes hat auch in meiner Fraktion ergeben, dass wir dem Gesetzentwurf sehr, sehr wohlwollend gegenüberstehen.

Das sagt eigentlich alles. Wir sind gespannt auf die Ausschussberatungen und freuen uns auf die Zweite Beratung.

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat der Herr Innenminister.

(Minister Dr. Repnik: Wir haben wirklich Zeit, Herr Minister!)

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin jetzt, wenn ich es richtig sehe, der Schlussredner und will die Gelegenheit zu einem umfassenden und erschöpfenden Überblick über die gesamte Situation der Sparkassen im Land Baden-Württemberg nicht nutzen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Ich darf einfach an die Fraktionen der CDU und der FDP/DVP ein Kompliment aussprechen. Sie haben ja diesen Gesetzentwurf selbst erarbeitet.

(Lachen bei der SPD – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Ist das wahr? – Zuruf des Abg. Dr. Schlierer REP)

Sie haben damit unter Beweis gestellt, dass sie in ihrem Sachverstand in nichts der viel gerühmten Ministerialbürokratie nachstehen. Es ist auch ganz bemerkenswert und vielleicht für die Zukunft ein Fingerzeig: Offensichtlich finden die Gesetzentwürfe der Regierungsfractionen viel leichter eine allseitige Zustimmung im hohen Hause. Deshalb ist das vielleicht für die Zukunft ein beherzigenswertes Vorgehen. Ich darf mich als Innenminister einfach für Ihre Arbeit bedanken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Gesetzentwurf an den Innenausschuss zu überweisen.

(Abg. Haas CDU: Namentliche Abstimmung!)

– Bitte? –

(Minister Dr. Repnik: Kollege Haas fordert namentliche Abstimmung!)

Sie stimmen der Überweisung zu. Danke.

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/4182, 12/4383, 12/4423, 12/4424, 12/4425, 12/4426, 12/4427, 12/4428, 12/4429**

Ich weise darauf hin, dass beantragt ist, die Petition unter der laufenden Nummer 8 der Drucksache 12/4383 und die Petition unter der laufenden Nummer 5 der Drucksache 12/4429 an den Petitionsausschuss zurückzuüberweisen. – Sie stimmen der Rücküberweisung zu.

Im Übrigen stimmen Sie den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses in den aufgerufenen Drucksachen zu.

Damit ist auch Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 12/4317, 12/4318**

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 9. September 1999 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;**

**a) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über nationale Emissionshöchstgrenzen für bestimmte Luftschadstoffe**

**b) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Ozongehalt in der Luft**

– **Drucksachen 12/4397, 12/4422**

Berichterstatter: Abg. Hauk

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Er wünscht es nicht.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich darf mich bei Ihnen herzlich bedanken und berufe die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 27. Oktober 1999, 10:00 Uhr ein. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugesandt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe hiermit die heutige Sitzung.

(Beifall)

**Schluss: 20:14 Uhr**

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
der Fraktion der FDP/DVP und  
der Fraktion Die Republikaner

### Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP/DVP	REP
<hr/>				
Mitglieder:				
Dr. Carmina Brenner Hauk Rech Winckler Zeiher	Junginger Birgit Kipfer Teßmer	Dr. Schäfer	Dr. Glück	Dagenbach
Stellvertreter:				
Hehn Herrmann Oettinger Roland Schmid Traub	Dr. Caroli Maurer Schöffler	Marianne Erdrich- Sommer	Kluck	Huchler

07.10.99

Günther H. Oettinger und Fraktion  
Ulrich Maurer und Fraktion  
Fritz Kuhn und Fraktion  
Ernst Pfister und Fraktion  
Dr. Rolf Schlierer und Fraktion

**Anlage 2**

**Wahlvorschlag**

der Fraktion der CDU

**Wahl des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“**

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Abg. Heribert Rech

07.10.99

Günther H. Oettinger und Fraktion

---

**Anlage 3**

**Wahlvorschlag**

der Fraktion der SPD

**Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“**

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Abg. Hans Georg Junginger

07.10.99

Ulrich Maurer und Fraktion